

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Texte 3

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG (HG.)

Osterweiterung der
Europäischen Union –
die soziale Dimension

*Internationale Konferenz
Berlin 16./17. Juni 2000*

Karl Dietz Verlag Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Osterweiterung der Europäischen Union –
die soziale Dimension;
Internationale Konferenz, Berlin 16./17. Juni 2000
Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. – Berlin
(Reihe: Texte; Bd. 3)
Berlin: Karl Dietz Verlag GmbH, 2000. – 172 S.

ISBN 3-320-02995-9

Copyright © Karl Dietz Verlag GmbH Berlin 2000
Umschlag: MediaService
Satz: Marion Schütrumpf-Kunze
Druck und Verarbeitung: BärenDruck Berlin
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2000

Inhalt

Hilde Ettinger
Vorwort 7

Evelin Wittich
Begrüßung 9

Die Osterweiterung der EU – Chance und Herausforderung

Francis Wurtz
Die Erweiterung muss gelingen 14

Lutz Schrader
Die Osterweiterung der EU als Aufgabe der Politik –
eine sozialwissenschaftliche Perspektive 22

Bruno Drweski
Can the enlargement of the European Union
be an enlargement of the democracy? 40

Marco Berlinguer
EU-Osterweiterung und neoliberale Globalisierung 48

Transformationsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Staaten und die Vorbereitung auf den EU-Beitritt

Gyula Hegyi
Die soziale Dimension der Osterweiterung
der Europäischen Union 56

Włodzimierz Dymarski
Die Vorbereitung Polens auf die Aufnahme in die EU:
Probleme der Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungspolitik 60

Mieczysław Kabaj
An outline of an active programme to resist poverty
and social marginalisation 68

Arndt Hopfmann
Osteuropa und die Europäische Integration –
problematische Aussichten 78

Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der erweiterten EU

Christa Luft
Entwicklung von Regionalkonzepten und Schaffung regionaler
Wirtschaftskreisläufe – eine entscheidende alternative Konzeption
linker Europapolitik 93

Hans Watzek
Wie ist das komplizierte Problem der gemeinsamen Agrarpolitik
im Rahmen der erweiterten EU arbeitsmarktpolitisch
und sozial verträglich zu lösen? 101

Birgit Daiber
Ist eine europäische Sozialunion eine Illusion oder ein
notwendiges Prinzip der Demokratie-Entwicklung in Europa? 114

Andreas Wehr
Diskussionsbeitrag 121

Maura Cossutta
For a democratic and social Europe 123

Europäische Regionalpolitik

Helmuth Markov
Grenzüberschreitende Regionalisierung als Basis
europäischer Integration 127

Miren Etxezarreta
Paradies Europa? Einige Zweifel von der Peripherie 134

Michael Brie
Schlussbemerkungen 166

Autoren 171

Vorwort

»Osterweiterung der Europäischen Union – die soziale Dimension« war das Thema einer internationalen Konferenz, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 16. bis 17. Juni 2000 in Berlin durchführte und an der Vertreter aus 16 europäischen Ländern teilnahmen.

Die diskutierten Probleme bleiben weiter aktuell, denn Osterweiterung der EU und Vertiefung der europäischen Integration prägen die Europapolitik der kommenden Jahre, werden die Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen Menschen bestimmen. Die Frage nach der künftigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausgestaltung Europas ist mit der bevorstehenden Aufnahme der Länder Mittel- und Osteuropas verstärkt in das Zentrum der europäischen Debatte gerückt. Dabei kommt der unter enormem Wettbewerbsdruck zu realisierenden aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik besonderer Stellenwert zu. Der Beitritt einer großen Zahl mittel- und osteuropäischer Länder zur EU stellt eines der bedeutendsten Vorhaben im europäischen Einigungsprozess dar, dürfte aber zugleich auch zur bisher größten Herausforderung und Belastungsprobe für die EU werden. Die Diskussionen machten deutlich, dass die Osterweiterung der EU hinsichtlich ihrer Dimension und ihrer qualitativen Bedingungen mit früheren Erweiterungsrounden kaum zu vergleichen ist. Die Aufnahme dieser Gruppe von Staaten wird tiefgreifende Veränderungen in diesen Staaten, zwischen ihnen und in der EU selbst hervorrufen. Die Europäische Union wird größer, vielfältiger und weitaus heterogener sein als bisher. Es geht nicht nur um die Frage der Befähigung der Länder Mittel- und Osteuropas zum EU-Beitritt, sondern in gleicher Weise um die Frage der Fähigkeit der EU, neue Mitglieder aufzunehmen, ohne dadurch den Prozess der europäischen Integration aufzuhalten. Die EU-Osterweiterung ist ein notwendiger Schritt zur Überwindung der Teilung Europas und muss darauf gerichtet sein, ein Europa des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts zu fördern. Die Unterschiede zwischen Regionen und Nationen, Unterschiede in der Entwicklung und unterschiedliche Leistungsniveaus bedürfen einer Vielfalt integrativer Konzepte. So bietet sich mit der Osterweiterung eine einzigartige Chance, den Prozess der Veränderungen zu nutzen, um über die bisherigen Strukturen nachzudenken, neue Ansätze für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu entwickeln und unverzichtbare sozialpolitische Initiativen zu befördern. Sie verlangt zugleich in notwendiger Verantwortung die Risiken zu benennen, die sich ergeben, wenn die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit, nach Durchsetzung eines Grundrechtekatalogs

nicht EU-weit gestellt, Ungleichheit zwischen Nationen, Ethnien und Geschlechtern nicht abgebaut, soziale Spannungen nicht gemildert und der Migrationsdruck innerhalb Europas nicht verringert werden.

Vertreterinnen und Vertreter linker demokratischer Parteien und Organisationen, im Bereich Europapolitik Tätige sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus langjährigen EU-Mitgliedstaaten und den beitrtrittswilligen Ländern nutzten das Forum, um Fragen der EU-Erweiterung und ihre Folgen in einem breiten öffentlichen Diskurs zu erörtern, um Erfahrungen und Visionen einzubringen, um unterschiedlich reflektierte Probleme und Erwartungen an ein geeintes Europa darzulegen und um über Möglichkeiten nachzudenken, den Beitrittsprozess demokratischer und sozialer zu gestalten. Es zeigten sich Konturen von Alternativen zu dem Weg einer erweiterten EU, wie er von neo-liberalen Ökonomen oder Politikern der »neuen Mitte« vorgezeichnet wird.

Zugleich zeigte sich die dringende Notwendigkeit, den Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch, die gemeinsame Problemanalyse und Zusammenarbeit zu den Problemen der europäischen Einigung weiterzuführen.

In dem vorliegenden Band werden auf der Konferenz gehaltene Referate und Diskussionsbeiträge sowie als Konferenzmaterial eingereichte Beiträge dokumentiert.

Hilde Ettinger

EVELIN WITTICH

Begrüßung

Ich habe die Ehre und das Vergnügen, Sie hier in Berlin im Namen des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu begrüßen und eröffne damit diese, unsere gemeinsame zweitägige internationale Konferenz.

Es ist die erste internationale Konferenz unserer Stiftung und ihr Thema ist – wie Ihre Anwesenheit es eindrücklich bestätigt – von wirklich programmatischer Kraft.

Anliegen unserer Konferenz ist es, Vertreterinnen und Vertretern linker demokratischer Parteien und Organisationen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus langjährigen EU-Mitgliedstaaten und den beitriftswilligen Ländern ein Forum zu geben, um Fragen der EU-Erweiterung in einem möglichst breiten öffentlichen Diskurs zu erörtern. Es geht sowohl um Visionen für ein geeintes Europa, als auch um unterschiedliche Erwartungen und Erfahrungen sowie verschiedene Problemlagen. Wir wollen Alternativen zu dem Weg einer erweiterten Europäischen Union aufzeigen und diskutieren, wie er von neoliberalen Ökonomen oder Politikern der »neuen Mitte« vorgezeichnet wird. Vor allem geht es darum, den Beitrittsprozess demokratischer und sozialer zu gestalten.

Wir sind uns vermutlich darin einig, dass es keine Alternative zu dem gibt, was sehr allgemein unter »Osterweiterung« zusammengefasst wird.

Was aber verbirgt sich hinter diesem Begriff, der allmählich auch in die Alltagssprache eingegangen ist?

Wie sollte, wie müsste und wie kann dieser Erweiterungsprozess verlaufen?

Wer entscheidet über die weiteren Wege, die zu gehen sein werden?

Welche Folgen sind für die jeweiligen Bevölkerungsmehrheiten absehbar?

Wird es EU-Mitglieder zweiter Klasse geben?

Welche Kriterien müssen europaweit, national, regional, bilateral und im Rahmen der transatlantischen Verpflichtungen eingehalten und worauf sollte unbedingt verzichtet werden?

Wie geht Europa mit rechtsextremen Entwicklungen um, die überall latent vorhanden sind?

Wie sehen die europäischen Transformationsprozesse eigentlich vom Standpunkt der dritten und der vierten Welt aus?

Und – last but not least – damit komme ich auf den Schwerpunkt unseres Konferenzthemas zurück: Was bedeutet dabei für wen soziale Gerechtigkeit?

Für uns ist soziale Gerechtigkeit kein schmückendes Beiwerk, sondern wir verstehen darunter ein grundsätzliches Bekenntnis zu jenen sozialistischen, humanistischen Idealen, ohne die unseres Erachtens eine Zukunft in Frieden – auch sozialem Frieden – nicht zu erreichen ist.

Sozial gerecht müssen daher Überlegungen und Entscheidungen sein, die als Programm »Osterweiterung« zu erwarten sind.

Wir als demokratische Sozialisten dürfen und werden die Mühen nicht scheuen, uns konstruktiv und kritisch, unnachgiebig in der Sache und flexibel an der historischen und chronologischen Analyse der Wege zu beteiligen, die in ein vereintes Europa führen – also konkrete »Osterweiterung« bedeuten.

Es reicht nicht aus, in Regierungskarawanen den europäischen Osten zu bereisen und politisch ausgewogene Willenserklärungen zu verlesen. Es reicht auch nicht aus, Europas Zukunft in die Hände einzelner Politiker zu legen.

Was muss statt dessen getan werden, damit jenes künftige Europa ein Teil des öffentlichen Bewusstseins in den europäischen Bevölkerungen wird, damit großen Worten wahrhaft bedeutende Taten folgen können?

Die gestrigen Antworten sind längst nicht mehr ausreichend, um den Giganten Europa kooperativ zu lenken. Die Phrasen von heute verhindern Einsichten.

Die Kommentatoren der großen deutschen Zeitungen lamentieren, dass die globale Ideologie eines »freien Marktes« in nationale Bedrängnisse geraten ist. Ängstliche Verlautbarungen schieben die Frage monetärer Bedingungen und deren Konsequenzen für die satten Staaten des Westens in den Vordergrund. Man schreit nach Reformen, die sich auch zu Barrieren ausbauen lassen.

Von einer europäischen Wertegemeinschaft ist kaum die Rede. Und gerade dieses Thema gälte es deutlich angesichts der nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen und natürlich politischen und ökonomischen Besonderheiten zu definieren.

Es besteht enormer Handlungsbedarf. Und es besteht die dringende Notwendigkeit, die Strukturen im künftigen europäischen Haus mit allen Nachbarn und auf vielen Ebenen zu diskutieren.

Niemand von uns wird sich wünschen, dass die Zukunft von 480 Millionen Menschen – denn so viele werden dereinst dieses in Ausbau befindliche Haus Europa bevölkern – von nationalen Bürokraten entschieden wird. Da wäre kaum zu vermeiden, dass sie weisungsbeflissen innen- oder wahlpolitische Aspekte ihrer dann 27 unterschiedlichen Staaten über das europäische Gemeinwohl stellen könnten.

Es gibt keine Erfahrungen. Die Osterweiterung ist ein Novum. Und auch deshalb werden wir darauf bestehen, uns hier hörbar einzubringen.

Gerade wurde in einer EU-Kommission über europäische Regeln gegen sexuelle Belästigungen von Frauen am Arbeitsplatz nachgedacht. Natürlich

wissen jene, die das Thema auf ihre Tagesordnung gesetzt haben, dass historisch verfestigte Verhaltensweisen (abgesehen von allem anderen, was einem hierzu einfallen muss) nicht durch Verordnungen aus der Welt zu schaffen sind.

Eine unserer Fragen müsste daher auch sein, wie wir uns beispielsweise eine solche Debatte angesichts der kulturellen Normen in Mitgliedsländern und Beitrittskandidatenländern vorstellen.

Wann also wird es ein gemeinsames europäisches Alphabet geben, damit ein Wort wie Belästigung in einer für alle verständlichen Weise buchstabiert werden kann? Oder ist genau das der falsche Weg?

Wäre hier mit Marx richtiger von ungleichem Recht zu sprechen, das es braucht, um Gerechtigkeit zu schaffen?

Ich bin sehr auf die Erkenntnisse unseres Dialogs gespannt – auf die Erfahrungen, auf Einwürfe, die die Vorträge bestätigen, erweitern und ergänzen werden. Darauf, wie europäisch wir bereits denken.

Vor einigen Tagen bin ich aus Moskau zurückgekommen. Es war keine Reise in die Vergangenheit. In Moskau haben sich Europa und Übersee sichtbar markiert. Gleichzeitig ist die kulturelle Distanz nicht zu übersehen. Über diese Widersprüchlichkeit wird viel geschrieben. Was bedeutet es für unsere Tagung, dass Russland und die Ukraine bisher keine Anträge gestellt haben, um in die Liste der Kandidaten für die Europäische Gemeinschaft aufgenommen zu werden? Es gibt hinreichend Erklärungen und Mutmaßungen. Was würde es für den europäischen Gedanken bedeuten, wenn sich die Integration dieses großen Teils des Ostens nicht vollziehen ließe?

Wo aber beginnt und endet heute der geographische Osten? Von oben sozusagen, von der Ebene Brüssel oder Strasbourg oder von unten, nehmen wir ein Arbeitsamt in Frankreich, ein Dorf in Polen oder Portugal, fällt der Blick – und damit die Erwartung und die Möglichkeit der Koordination – sehr verschieden aus.

Wir wissen, welcher politischen Strategie die CDU-Regierung nach dem Bruch der Berliner Mauer folgte, der symbolisch für das Ende des europäischen Staatssozialismus stand. Das war, als sie ohne Rücksicht auf historische Gegebenheiten einen euphorischen Entwurf des zukünftigen Kontinents zur Chefsache machte.

Der Kalte Krieg hatte das geteilte Nachkriegseuropa bis dahin fixiert. Das Prinzip Teilen und Herrschen ist durch geschmeidigere Methoden nicht weniger stabil und ausgrenzend geworden.

Ungleichzeitigkeit ist das Wort der Stunde, der Ruf nach Übergangsregeln macht die Runde. Die künftigen Mitglieder sind zur Anpassung an bestehende EU-Maßstäbe verpflichtet, als wäre nicht das Bestehende selbst zur Anpas-

sung an neue Erfordernisse aufgefordert. Wo supranationaler Filz die Öffnung aus durchsichtigen Gründen blockiert, müssen wir die Herausforderung annehmen, unsere progressive Europapolitik zu entwerfen.

Nicht der Standpunkt der Märkte kann Ausgang aller Politik sein. Eine Wirtschaftsunion Europa wird nur erfolgreich sein, wenn in ihr soziale Gerechtigkeit die Spielregeln definiert.

Aus dieser Sicht bekommt eine konsequente europäische Arbeitsmarktpolitik, die Minimierung der Folgen EU-regulierter Landwirtschaften ein anderes Gesicht. Menschenrechte sind keine Fiktion, und in diesem Kontext sehen wir auch die Regulierung der Migrationsströme, die ein Gewinn für jedes Land sein werden, der Einwanderung und des Asyls.

Frauenfragen, eine gerechte Kinderpolitik, bildungspolitische Maßnahmen für alle Lebensalter und ein klares Bekenntnis zur politischen Bildung lassen sich nicht voneinander isolieren.

Europas Wertegemeinschaft wird die gesamte Bandbreite europäischer Lebensweisen bewusst zu reflektieren haben - oder nicht funktionieren.

Es geht um einen gewaltigen Masterplan, um Reformen von wahrhaft revolutionärer Größe. Es geht um die Vereinigten Staaten von Europa, die nicht das Modell USA kopieren, sondern als Alternative gemäß europäischer Verfasstheiten zu denken sind.

Die europäischen Staaten befinden sich in der Gefangenschaft der internationalen Finanzmärkte. Das ist die entscheidende Herausforderung für sozialistische Politik am Anfang dieses Jahrhunderts.

Ich meine, es geht darum, die europäische Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltunion sowie durch eine Harmonisierung von Steuern und Abgaben zu ergänzen und zu korrigieren. Es muss uns um eine umfassende Demokratisierung der EU gehen, um transparente und unbürokratische Entscheidungsprozesse in Politik und Wirtschaft, um aktive Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger, aber auch um größere Rechte für das Europäische Parlament. Ein ziviles Europa ohne Atomwaffen ist doch ein lohnendes Ziel. Und schließlich sollten wir nicht zulassen, dass in Europa neue Mauern errichtet werden, sondern dafür eintreten, dass die politische und ökonomische Spaltung überwunden wird.

Das Beharren auf Schlagworten wie »funktionierende Märkte«, das aktuelle Debakel um den Kursverfall der einheitlichen Währung, auch das Thema Leitzinsen ist keine Antwort auf die teilweise beunruhigenden Fragen zu unserer Zukunft.

Wie wird sich Europas Gemeinschaft auf Lebensgewohnheiten in unterschiedlichen Bevölkerungen auswirken? Der europäische Gedanke ist nicht im allgemeinen Bewusstsein verankert, trotz Freizügigkeit, Reiselust und Internet.

Wir reden in Landessprachen, wann aber werden große Teile der Bevölkerungen europäisch denken?

Im November 1998 setzte sich die EU mit den ersten fünf handverlesenen Beitrittskandidaten – Estland, Polen, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn – an den Verhandlungstisch, um sie auszuloben. Auch mit Zypern wird gesprochen. Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und die Slowakei stehen noch vor der Tür. Die Türkei hat eine andere Rolle, und die Schweiz mag sich nicht entscheiden....

Wer sich die Landkarte des ost-erweiterten Europas vergegenwärtigt, wird von der regionalen Größe der Aufgabe und der Notwendigkeit einer hierfür erforderlichen politischen und vor allem kulturellen Vision beeindruckt sein. Der Weg wird noch lange unser Problem sein. Nicht das Ziel.

Unterschätzen wir auch nicht, dass in den nationalen multikulturellen und ethnisch vielfarbigen Bevölkerungen ein neuer Typus des europäischen Repräsentanten entstehen muss, der in der Lage ist, sich über seine Herkunft zu erheben. Das ist von nicht geringer Brisanz und stellt – dies sage ich bewusst als Geschäftsführerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung – für die politische Bildung in ganz Europa eine vorhersehbare Herausforderung dar.

Das Europa der Zukunft ist auf jeden Fall eine großartige Vision.

Nach einem Jahrhundert europäischer heißer und kalter Kriege, der faschistischen Barbarei, der stalinistischen Verbrechen und der politischen Spaltung ist der Frieden zur grundlegenden Option geworden – zur einzigen Chance der Menschheit, überall, nicht nur im sich erweiternden Europa.

In diesem Sinne wünsche ich unserer Konferenz einen streitbaren kollegialen Verlauf und ich denke, wir werden die hier gewonnenen Einsichten auf direktem und indirektem Weg auch in den europäischen Zukunftswerkstätten politischer Eliten zu verhandeln haben.

Die Osterweiterung der EU – Chance und Herausforderung

FRANCIS WURTZ

Die Erweiterung muss gelingen

Ich denke, unsere Fraktion stimmt weitgehend darin überein, dass die erfolgreiche Gestaltung der EU-Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa (MOE) eine der größten Herausforderungen ist, vor der unsere Generation steht. Die progressiven Kräfte müssen sie nach unserer Meinung ein wichtiges gesamt-europäisches politisches Projekt gestalten.

Übrigens finde ich schon das Wort »Erweiterung« nicht sehr treffend, auch wenn ich es der Einfachheit halber selbst verwende. Denn es kann einfach nicht das Ziel sein, 10 bis 15 Länder in die Europäische Union zu holen und sozusagen in eine fest vorgegebene, unveränderliche Form zu pressen. Vielmehr spricht alles dafür, das erweiterte europäische Projekt auf neue Grundlagen zu stellen. Da sich die EU erweitert, muss sie sich auch selbst verändern.

Wir, die Völker Europas, müssen versuchen, gemeinsam die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen, kulturellen und politischen Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden und eine nachhaltige Entwicklung auf unserem Kontinent zu schaffen. Zugleich muss das vereinte und erweiterte Europa zu einem geachteten und einflussreichen Faktor im internationalen Geschehen werden. Geachtet und einflussreich genug, um den gegenwärtigen Zustand der Globalisierung verändern zu können. Nicht einer gegen alle und als ein Block gegen andere Blöcke, sondern in Partnerschaft mit allen Ländern, allen sozialen und politischen Kräften, die dies wünschen und ein analoges Ziel verfolgen, insbesondere mit den Ländern des Südens.

Das ist für die Europäische Union ein einzigartiges Experiment. Die Erweiterung, die vor uns liegt, hat nichts mit den Erweiterungen zu tun, die wir bereits hinter uns haben – weder nach ihren geographischen und demographischen Dimensionen, noch nach der historischen und politischen Tragweite. Selbst wenn wir unsere Analyse nur auf die zehn mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) beschränken, mit denen die Beitrittsverhandlungen laufen, wird die Gemeinschaft in etwa zehn Jahren nahezu 500 Millionen Menschen umfassen – ein Zuwachs von fast einem Drittel. Das Territorium wird sich ebenfalls etwa um ein Drittel auf über vier Millionen km² vergrößern. Das ist ungefähr das Achtfache der Bevölkerung und der Fläche eines Landes wie Frankreich.

Die Europäische Union wird nun neben der skandinavischen und mediterranen Dimension ihre sprachliche und kulturelle Vielfalt durch die Zivilisatio-

nen Mittel- und Osteuropas sowie die der baltischen Länder und später der Türkei spürbar bereichern. Damit eröffnen sich völlig neue Horizonte.

Die Umsetzung eines solchen Projekts ist gewiss kein Spaziergang. Eine einzige Zahl soll uns die Widersprüche verdeutlichen, die dabei zu überwinden sind: Wenn sich bis dahin nichts ändert, wird mit der Erweiterung der EU von fünfzehn auf fünfundzwanzig Mitgliedstaaten zwar die Bevölkerung, wie bereits erwähnt, um etwa ein Drittel wachsen, die Produktion materieller Güter aber nur um 4 bis 5 Prozent. Wenn auch weniger quantifizierbar, so sind andere Widersprüche doch ebenso real. In unserer Welt, die von erbarmungslosem Vormachtstreben geprägt wird, sind das sehr komplizierte Zukunftsaussichten.

Deshalb setzt eine erfolgreiche EU-Erweiterung starken politischen Willen, die Mobilisierung großer Energien, Kreativität und beträchtliche Mittel voraus.

Dabei ist das vorbehaltlose Engagement der fortschrittlichen Kräfte in ihrer ganzen Vielfalt gefragt. Denn es geht in der Tat um eine Herausforderung von historischer Tragweite.

Ich denke, von einer gelungenen Erweiterung wird man dann sprechen können, wenn sich jedes Volk, das zum künftig vereinten Europa gehören soll, als Vollmitglied dieser neuen Gemeinschaft fühlt. Die europäische Linke sollte sich nach unserer Meinung das Ziel setzen, mit ihren Möglichkeiten an der Schaffung der Voraussetzungen dafür mitzuwirken. Ich bin davon überzeugt, dass wir in drei eng miteinander verbundenen Richtungen agieren müssen:

- Abbau des Entwicklungsgefälles zwischen den Fünfzehn und ihren zehn Partnern aus Mittel- und Osteuropa sowie dem Baltikum;
- weitere Demokratisierung und Achtung der Souveränität und Würde eines jeden Volkes;
- Beseitigung von Spannungs- und Konfliktherden innerhalb des erweiterten Europas sowie in den Beziehungen zu den Nachbarländern.

Auf diese drei Ziele soll im folgenden näher eingegangen werden.

Abbau des Entwicklungsgefälles

Erstens: Zur Frage der Strukturfonds und der Gemeinsamen Agrarpolitik
In einer Reihe von Beitrittsländern nimmt die Landwirtschaft einen wichtigen Platz ein. Bei den laufenden Verhandlungen wird das zweifellos die umstrittenste Frage sein. Die Beitrittskandidaten bestehen darauf, in Zukunft die gleichen Direkthilfen zu beziehen wie die heutigen Mitgliedsländer. Die EU verhält sich dazu aus haushaltspolitischen Gründen sehr zurückhaltend. Dabei ist diese Frage in den Beitrittsverhandlungen noch gar nicht angesprochen worden. Dennoch ist kaum einzusehen, dass nicht in jedem Land der künftigen

Union die gleichen Kriterien angewandt werden sollen. Wenn man ein Ziel festlegt, dann müssen die dafür notwendigen Mittel, auch die finanziellen, bereitgestellt werden. Die in diesem Zusammenhang genannten Summen klaffen weit auseinander und sind kaum verlässlich. Dieser Problemkreis ist einer strengen Prüfung zu unterziehen.

Gegenwärtig sind zweierlei Beihilfen vorgesehen. Zum einen geht es um die Vor-Beitrittshilfen, die knapp über 3 Milliarden Euro liegen; zum anderen sind es die mit 45 Milliarden für fünf Jahre veranschlagten Beitrittshilfen. Das ist eine durchaus nicht zu vernachlässigende Größe. Man sollte jedoch bedenken, dass dieser über fünf Jahre gestreckte Finanzstrom für zehn Beitrittsländer immer noch unter dem liegt, was mehr als ein Jahrzehnt lang jedes Jahr aus der Bundesrepublik Deutschland in die Ex-DDR geflossen ist. Allerdings sind deren Probleme damit auch nicht gelöst worden. Weit davon entfernt! Diese Solidarfonds sind zwar nötig, können aber allein die enormen Probleme nicht lösen.

Jedenfalls lassen sich damit die destabilisierenden Effekte einer »offenen Wirtschaft mit freier Konkurrenz« – wie sie im Maastrichter Vertrag als wichtigster Grundsatz formuliert ist – nicht abfangen. Angesichts der gewaltigen Entwicklungsunterschiede im produktiven Bereich hat diese goldene Regel des europäischen Binnenmarktes verheerende Auswirkungen auf die Beschäftigungslage, ja auf die Wirtschaft als Ganzes.

Zweitens: Zum Problem des so genannten *acquis communautaire* (Regelwerk) der Gemeinschaft der Fünfzehn – einem Begriff, den ich aus drei Gründen für kritikwürdig halte:

– In diesem »Regelwerk«, das in der vierzigjährigen Geschichte der EU inzwischen auf Zehntausende von Seiten angewachsen ist, wie auch in den für die Beitrittsländer verbindlichen »Kopenhagener Kriterien« gibt es demokratische Regeln, die nach unserer Meinung tatsächlich eingehalten werden müssen, zugleich aber auch neoliberale Beschlüsse, die man aus unserer Sicht einem Beitrittsland nicht einfach aufzwingen darf.

– Diese »*acquis*« enthalten Aspekte wie Liberalisierung, Deregulierung, Öffnung des staatlichen Sektors für die Konkurrenz, Kürzung der öffentlichen Haushalte, besonders der Sozialausgaben, gegen die die fortschrittlichen Kräfte in den heutigen EU-Mitgliedsländern kämpfen. Bei einigen wird sich in Zukunft sicher etwas ändern. Daher dürfen die Beitrittsländer nicht gezwungen werden, sie widerspruchslos zu übernehmen.

– Zugleich müssen auch die positiven Errungenschaften der Beitrittsländer geprüft werden, die uns durchaus inspirieren können. Auf jeden Fall müssen sie die Freiheit haben, daran festzuhalten.

Wie dem auch sei – die liberalsten, konkurrenzverschärfenden Regeln eines überzogenen Freihandels scheinen uns schwerlich mit dem Ziel vereinbar zu sein, das Entwicklungsgefälle zwischen den Fünfzehn und den Beitrittsländern abzubauen. Der Begriff des »*acquis communautaire*« muss daher spürbar aufgelockert und der konkreten Spezifik des jeweiligen Beitrittslandes angepasst werden.

Drittens geht es um die neue Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Sie können den Beitrittsländern sehr günstige langfristige Kredite gewähren, wenn es um Investitionen für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, für den Umweltschutz oder für den Ausbau von Dienstleistungen und Infrastruktur geht, die sich an den Bedürfnissen der EU-Bevölkerung orientieren. All das trifft nach unserer Meinung auch auf die heutigen Mitgliedsländer der Europäischen Union zu.

Demokratie, demokratische Teilhabe der Bürger, Achtung der Souveränität und Würde eines jeden Volkes

Das ist die zweite Richtung von Aktionen der fortschrittlichen Europäer, die zum Gelingen der Erweiterung beitragen können.

Erstens muss dem patriarchalischen Verhalten gegenüber den Menschen der Kampf angesagt werden. Sowohl die in der Gemeinschaft der Fünfzehn, als auch die in den MOEL lebenden Menschen sind als verantwortungsbewusste Bürger zu behandeln.

Obwohl in Ost- und Westeuropa Skepsis und Befürchtungen hinsichtlich der EU-Erweiterung zunehmen, kümmert sich die Kommission nicht darum, welche Veränderungen in ihrer Politik und ihrem Verhandlungsstil die öffentliche Meinung in den betroffenen Ländern für erstrebenswert hält, sondern startet eine großangelegte Kampagne, um diejenigen über ihre Politik und die daraus resultierenden Vorteile »aufzuklären«, die diese noch nicht »begriffen« haben. Dafür werden 150 Millionen Euro ausgegeben. Zielgruppe sind die »Meinungsmacher« wie Presse, politische Institutionen, Geschäftskreise und die Zivilgesellschaft.

Gewiss ist es eine gute Sache zu informieren, doch für den Erfolg reicht das nicht aus. Die Bürgerinnen und Bürger müssen an der Bewertung der Probleme und dem Treffen von Entscheidungen beteiligt werden. Die Rolle der Bürger und der Akteure der sozialen Bewegungen im Prozess der Erarbeitung europäischer Politik gehört zu den großen Schwachstellen der EU-Institutionen. Die Erweiterung der Union macht Veränderungen auf diesem Gebiet

noch dringlicher. Die auf der Tagesordnung der Regierungskonferenz stehenden Fragen sind zwar legitim, werden aber dieser hohen Forderung nach Demokratie nicht gerecht.

Zweitens ist die Idee vom »harten Kern« einiger Mitgliedsländer im künftigen erweiterten Europa abzulehnen.

Viele der diskutierten institutionellen Projekte, wie das von Joschka Fischer, können zu einer Konzentration der Macht in den Händen eines kleinen Clubs von Großmächten führen. Das können wir nicht hinnehmen. Denn jede »Vorhut« bedingt auch eine »Nachhut«. In einem vereinten Europa darf es keine Mitglieder erster und zweiter Klasse geben. Werden die verbrieften demokratischen Grundwerte in allen Mitgliedsländern respektiert, muss jedes Volk gleich sein und seine Entscheidungsfreiheit in allen grundlegenden Fragen bewahren. Basiert auch die Teilung der Verantwortlichkeiten auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, sind Enttäuschungen bei der Aufnahme vermeidbar. Hierin sehen wir eine Voraussetzung für dauerhaften Erfolg.

Drittens erfordert es nach unserer Meinung die volle Achtung der Würde der Völker Mittel- und Osteuropas, dass ihre Bürger die gleiche Freizügigkeit in der erweiterten EU genießen wie alle anderen auch.

Nun ist die Freizügigkeit für Personen aber eines der heiklen Themen der Verhandlungen, und die Fünfzehn haben offiziell noch keine Position dazu bezogen. Unserer Auffassung nach muss die gegenseitige Durchdringung der Zivilgesellschaften gefördert werden. So sollte das Erasmus-Programm, das es Studenten ermöglicht, ein Studienjahr in einem anderen Land der EU zu verbringen, wesentlich aufgestockt werden, denn von 12 Millionen Studierenden in der EU kommen bisher nur 100 000 Studenten in den Genuss eines solchen Stipendiums. Mit dem Ausbau derartiger Möglichkeiten könnten im erweiterten Europa ein besseres gegenseitiges Kennenlernen und das Verständnis füreinander vorangebracht werden.

Wenn infolge der Freizügigkeit für Arbeitssuchende in einem anderen EU-Land Arbeitsbedingungen und Löhne akzeptiert werden, die die sozialen Errungenschaften der Lohnabhängigen dort gefährden, dann ergeben sich Fragen. Unserer Überzeugung nach liegt es im ureigensten Interesse einer erfolgreichen gegenseitigen Durchdringung der Gesellschaften, jegliches Sozialdumping zu vermeiden. Grundsätzlich kann der Gefahr, dass die Völker in der künftig erweiterten EU gegeneinander ausgespielt werden, nur mit dem politischen Willen zum Abbau des Entwicklungsgefälles begegnet werden.

Dass dies möglich ist, zeigen die Teilerfolge, die bei den vorangegangenen Erweiterungsrunden, wenn auch unter anderen Bedingungen, erzielt wurden:

Heute arbeiten EU-weit lediglich 2 Prozent der Lohnabhängigen in einem anderen Land. Im krassen Gegensatz dazu wirbt man in einigen der mächtigsten EU-Länder um hochqualifizierte Fachkräfte aus Drittländern, auch aus MOEL, und dies selbst auf die Gefahr hin, dass diesen für die eigene Entwicklung unverzichtbare Arbeitskräfte entzogen werden. Wenn die Erweiterung gelingen soll, ist eine konsequentere und dynamischere Politik bei Beschäftigung und Ausbildung in der ganzen EU unabdingbar.

Zur Beseitigung von Spannungs- und Konfliktherden

Hier stellt sich die Frage nach dem gegenwärtig praktizierten Verhandlungsmodus.

Mit jedem einzelnen Beitrittsland diskutiert die EU 31 Kapitel, wobei je nach Anpassungsfähigkeit des jeweiligen Landes ein Kapitel nach dem anderen geöffnet wird. Regelmäßig verkündet die Kommission die »Leistungen« und »Verdienste« der einzelnen Länder bei der Anpassung an den »*acquis communautaire*«. So wird zwischen den MOEL ein Klima der Konkurrenz geschaffen, das nach unseren Vorstellungen nicht erstrebenswert ist. Wir glauben hingegen, ohne den Wettbewerbsgedanken auszuschließen, dass die Grundlagen für eine konstruktive und dauerhafte Partnerschaft gelegt werden müssen, die nicht auf Konkurrenz, sondern auf Kooperation beruht.

Es muss unbedingt verhindert werden, dass die Völker der heutigen EU gegen die der neuen Mitgliedsländer ausgespielt werden. Nur so ist es möglich, Spannungsherde abzubauen.

Wenn aber das EU-Budget zugeschnürt wird, wie es gegenwärtig im Namen des Stabilitätspaktes geschieht, dann entsteht die Gefahr, dass die MOEL nicht von den erwarteten Beihilfen profitieren können, ohne dass die aktuellen Hilfszahlungen an die Mitgliedsländer gekürzt werden. Das wäre ungerecht und zugleich gefährlich für den sozialen Zusammenhalt.

Prozentual zum BIP schrumpft der EU-Haushalt seit fünf Jahren.

Wenn es in der EU nicht zu einem Umdenken kommt, liegt darin ein künftiger Spannungsherd. Das Gleiche gilt für die Steuerparadiese, die das Dumping stimulieren. Ich habe bereits davon gesprochen, welche brisanten Spannungen entstehen, wenn das Gefälle bei Entwicklung und sozialem Schutz dauerhaft bestehen bleibt. Die Chefs einzelner Unternehmen drohen bereits ganz offen, ja geradezu erpresserisch damit, den Standort ihrer Aktivitäten zu verlegen. So erklärte der Vorstandsvorsitzende von Siemens, dass ihn bei gleicher Qualifikation die Arbeitsstunde in Deutschland 45 DM, in den MOEL dagegen nur 4,50 DM koste. Wenn uns die Erweiterung gelingen soll, muss eine solche Unternehmensstrategie im Interesse aller Völker verhindert und bekämpft werden.

Will man Spannungen abbauen, dann stellt sich auch die Frage nach den Beziehungen zu den künftigen Nachbarn der erweiterten EU, insbesondere zu Russland, der Ukraine und Belarus.

Natürlich brauchen wir eine strenge Überwachung der Außengrenzen der EU. Schmuggel jeglicher Art muss unterbunden werden. Das darf aber nicht dazu führen, dass ein neuer eiserner Vorhang entsteht. Unter diesem Gesichtspunkt würden wir eine Revision der Schengener Bestimmungen, die jetzt in den Unionsvertrag integriert sind, begrüßen.

Abgesehen von diesen Maßnahmen sind wir in unseren Beziehungen zu Russland weder dafür, die tschetschenische Tragödie auszublenden, noch das russische Volk zu isolieren. Ich halte es für sinnvoll, auf eine globale Partnerschaft der EU mit der GUS hinzuarbeiten. Diese könnte zum einen aus einer Art Marshallplan – ohne Vorherrschaftspläne – bestehen, um die GUS bei der Wiederbelebung ihrer eigenen Wirtschafts- und Handelsstrukturen zu unterstützen, was für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung vorteilhafter wäre als die gegenwärtig praktizierte Öffnung für die internationale Konkurrenz. Andererseits müsste eine solche Partnerschaft den politischen Dialog, den grenzübergreifenden Austausch und das gemeinsame ausdrückliche Engagement für die verbindliche Einhaltung demokratischer und friedlicher Grundregeln einschließen. Wir müssen erreichen, dass die Bevölkerung dies unterstützt, statt weiterhin einen gefährlichen Nationalismus zu pflegen.

Unter diesem Gesichtspunkt halte ich für unseren Kontinent den Ausbau der OSZE unter behutsamer Einbeziehung der Zivilgesellschaften für unverzichtbar, wobei ich als ihre zentralen Aufgaben im Gegensatz zur NATO eine aktive Politik der Konfliktverhütung, vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstungsinitiativen für den gesamten europäischen Kontinent sehe.

Abschließend möchte ich auf die Fragen antworten, die sich jede und jeder unter uns im Hinblick auf erstrebenswerte Veränderungen im bereits begonnenen Erweiterungsprozess stellt: In welchem Rahmen könnte man verschiedene Auffassungen und Optionen debattieren? Und vor allem: Ist es dafür nicht schon zu spät?

Immerhin gibt es seit nunmehr zehn Jahren einen offiziellen Rahmen für die umfassende Auseinandersetzung mit diesem Problem. Das ist die »Europäische Konferenz«. Ihr gehören die Fünfzehn, alle Beitrittsländer und weitere Länder mit Beobachterstatus an. Aber bislang ist dieses Forum im Grunde eine leere Hülse geblieben. Meiner Meinung nach ist die Konferenz substantiell aufzuwerten. Sie muss zu einem echten Konsultationszentrum für die Beitrittsländer werden, wo man Veränderungsvorschläge zur Erweiterung

ohne Tabus verhandeln kann, damit letztere zu einem Erfolg für alle Seiten wird. Sie könnte auch das Gremium sein, das ohne Verzug über eine Zusammenarbeit von fünfundzwanzig, siebenundzwanzig oder achtundzwanzig Staaten Europas entscheidet, wenn dies für Wirtschaft, Soziales, Kultur und Politik erstrebenswert und realisierbar erscheint.

Ist es zu spät, um solche Entwicklungen ins Auge zu fassen? Die Verhandlungen sind zwar schon im Gange, und der Inhalt scheint von der Europäischen Kommission fest vorgegeben. Allerdings wurden die wirklich brisanten Probleme bisher ausgeklammert. Und auch die Bürger sind noch nicht zu Wort gekommen – weder die der MOEL, noch die der Fünfzehn. Unsere Parlamente müssen dazu noch Stellung nehmen. Hier und da werden vielleicht Referenden stattfinden. Es ist durchaus keine Utopie sich vorzustellen, dass die Zivilgesellschaften noch Bewegung in diesen Prozess bringen. Die Frage ist nur, wie sie das tun – auf konstruktive und solidarische oder auf negative und populistische Weise. Darin liegt der Kern der zivilisatorischen Herausforderung, der wir uns als europäische Linke zu stellen haben.

LUTZ SCHRADER

Die Osterweiterung der EU als Aufgabe der Politik – eine sozialwissenschaftliche Perspektive

Vorbemerkung

Man stelle sich vor: Auf den größten Plätzen der Hauptstädte der mittelosteuropäischen Kandidatenländer stehen haushohe digitale Anzeigen, auf denen die jeweils aktuelle Anzahl der in die nationale Gesetzgebung übernommenen Rechtsparagrafen angezeigt wird. Jeder neue Fortschritt wird öffentlich bejubelt. Und immer wenn ein weiteres Tausend der insgesamt über 80.000 Seiten der EU-Gesetzgebung in die nationale Gesetzgebung integriert wurde, treffen sich auf dem Platz die Bürger und feiern mit Konzerten und Tanz die Erfolge auf dem Weg »zurück nach Europa«. Von der Menge umjubelt treten Politiker auf und schildern die Verhandlungen und das Ringen in den Expertengremien.

Das Szenario erscheint weit hergeholt, ja abwegig. So funktioniert Politik nicht, zumindest nicht in demokratischen Staaten. Meinen wir. Doch aus der Nähe besehen, ist der Unterschied zum Alltag des Heranführungsprozesses zwischen der EU einerseits und den Kandidatenländern andererseits so viel anders nicht. Da gibt es Verhandlungen, in denen die eine Seite diktiert, während die andere Seite lediglich mitschreibt, Aufträge entgegennimmt und – wenn sie Glück hat – gute Noten bekommt. Da wird ein Jahrhundertprojekt auf die Schiene gesetzt, ohne dass die Beteiligten wissen, wohin die Reise geht. Und die größte Genugtuung empfinden die Beteiligten bei der Verkündigung von in abgeschirmten Verhandlungsgremien erreichten mehr oder weniger technischen Details. Eigentlich fehlen nur die haushohen digitalen Anzeigen und die politischen Jubeljahrmärkte...

Doch wie wir wissen, vollzieht sich Politik nicht auf dem Jahrmarkt, sondern auf dem Marktplatz, auf der Agora. Politik funktioniert nicht ohne eine gemeinsame Idee, ein Leitbild, das geeignet ist, die soziale Energie aller beteiligten Akteure auf ein gemeinsames Ziel hin zu bündeln. Und demokratische Politik ist nicht denkbar, ohne dass die beteiligten Akteure ein klares, selbstbewusstes Bild von sich, eine stabile Identität haben. Denn diese ist nicht unwichtig für ein selbstbestimmtes Auftreten und mithin für produktive, weil gegenseitige Verhandlungs- und Lernprozesse.

Das Hauptproblem des Heranführungs- bzw. Erweiterungsprozesses besteht nicht im Entwicklungsgefälle zwischen West- und Osteuropa, in den Grabenkämpfen der EU-Agrarlobby oder dem Widerstand Russlands, sondern in

der völlig ungenügenden Ausgestaltung seiner politischen Dimension. Dies gilt für alle drei fundamentalen Aspekte jeglicher politischer Veranstaltung – für das Rollenverständnis und gegenseitige Verhältnis der Akteure, für den institutionellen Rahmen und für die politischen Leitbilder, d.h. für die den Gesamtprozess orientierende politische Idee. Im Fehlen einer solchen Idee sieht der EU-Experte, Werner Weidenfeld, zu Recht die »eigentliche Achillesferse Europas«.

Die *zentrale These*, von der ich mich in meiner Argumentation leiten lasse und die ich an dem sich bislang abzeichnenden Erweiterungsprozess überprüfen will, lautet: Die Osterweiterung der Europäischen Union ist aus wirtschaftlicher, sozialer und politischer Perspektive in hohem Maße dysfunktional und riskant. Gleichwohl ist sie das Ergebnis politischer Aushandlungsprozesse in den Mitgliedsländern der Europäischen Union einerseits und den mittelost- und südosteuropäischen Beitrittsländern andererseits. Gerade weil es keine einfache Alternativen zu Konzeption und Politik der Osterweiterung als Hauptweg der Implementierung der europapolitischen Agenda¹ gibt, ist die Verantwortung der westeuropäischen und mittelosteuropäischen Eliten besonders groß, die Prämissen, Weichenstellungen und die Finalität des Erweiterungsprozesses kritisch zu überprüfen und im Sinne von mehr Symmetrie, Zukunftsoffenheit und Nachhaltigkeit zu korrigieren.

Der Stand des Erweiterungsprozesses: ungelöste Probleme und unangepasste Konzepte

An dieser Stelle müssen einige Schlaglichter genügen. Dabei wird es insbesondere darum gehen, auf Schattenseiten aufmerksam zu machen. Dies geschieht nicht aus bloßer wissenschaftlicher Selbstgerechtigkeit, sondern aus Sorge um den Erfolg der Jahrhundertaufgabe der gesamteuropäischen Einigung. Es werden ausdrücklich Probleme angesprochen, für die in der bisherigen Erweiterungsstrategie bisher keine Lösungen gefunden wurden und die geeignet sind, den Erfolg des Gesamtprojektes in Frage zu stellen.

(1) Die MOE-Staaten als verlängerte Werkbank westeuropäischer Unternehmen
Die westeuropäischen Mitgliedsländer der EU profitieren – trotz der in den

1 (1) Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Europas unter demokratischem Vorzeichen; (2) Schaffung eines Ordnungsrahmens für die erfolgreiche Gestaltung der Transformationsprozesse in den MOEL, (3) Aufbau einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, (4) Bereitstellung der notwendigen politischen und institutionellen Voraussetzungen für die Behauptung und Reform des europäischen Gesellschaftsmodells angesichts der Dynamik und Zwänge der Globalisierung.

Europaabkommen vereinbarten asymmetrischen Liberalisierung – wirtschaftlich deutlich mehr vom sog. Heranführungsprozess als die mittelosteuropäischen Kandidatenländer. Die EU-Staaten realisieren im Außenhandel mit den MOE-Staaten inzwischen einen Überschuss von rd. 10 Mrd. Euro. Den mittelosteuropäischen Staaten wird wie selbstverständlich die Rolle des Zulieferers und des »kostengünstigen« Nischen-Produzenten innerhalb einer von den westeuropäischen Unternehmen organisierten Arbeitsteilung zugewiesen. Ebenso wie von der starken Nachfrage nach westlichen Lebensmitteln mit professionell beworbenen Markennamen profitieren westeuropäische Unternehmen von dem zunehmenden Bedarf an Investitionsgütern für Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur in Mitteleuropa (Weidenfeld 2000).

Es ist noch weitgehend unklar, wie im Interesse einer sozial ausgewogenen und dynamischen Entwicklung Mitteleuropas verhindert werden kann, dass dauerhaft mehr Ressourcen aus den Beitrittsländern abgezogen werden als sie durch Zuwendungen aus dem Struktur-, Regional- und Landwirtschaftsfonds der EU erhalten werden. Bisher scheinen eine durchgreifende Erhöhung der EU-Transfers und vor allem gerechtere Austauschbeziehungen politisch kaum durchsetzbar. Hier sind wirkliche politische, wirtschaftliche Innovationen gefragt. Aus der Not, dass mit der Osterweiterung erstmals Entwicklungspolitik innerhalb eines gemeinsamen politischen Raumes stattfinden muss, sollte eine Tugend gemacht werden, die Beispielwirkung für die gesamte Entwicklungspolitik bekommen könnte.

(2) Strukturelles wirtschaftliches Entwicklungsgefälle EU – MOE

Unter Verweis auf die Erfolgsgeschichte von Irland² und Spanien wird die Herausforderung der Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus zwischen Westeuropa und Mitteleuropa oft als lösbare Aufgabe dargestellt. Ein Blick auf Ostdeutschland, dessen Eingliederung in die Bundesrepublik und die EU *de facto* die erste Osterweiterung gewesen ist, belehrt uns jedoch eines Besseren. »[T]rotz sehr hoher finanzieller Transfers nimmt der wirtschaftliche Aufholprozess eine lange Zeit in Anspruch und hat noch nicht zu einer Angleichung des west- und ostdeutschen Niveaus geführt. Öffentliche Gesamttransfers von fast 1.000 Mrd. DM bewirkten zwischen 1991 und 1996 gerade einmal ein Wachstum des ostdeutschen Pro-Kopf-BNP von 31,3 Prozent auf 54 Prozent des westdeutschen Niveaus« (Brusis 1999). Ungeachtet dessen ist die gesamtwirtschaftliche Dynamik in Westdeutschland immer

2 Among the cohesion countries, only Ireland has made significant progress towards the EU average while Greece could not improve its economic position relative to the EU average (Brusis 1999).

noch höher als in Ostdeutschland. In vielen Bereichen wird der Abstand sogar größer. Das lässt sich nicht zuletzt auch an der Arbeitslosigkeit ablesen, deren offizielle Quote in Ostdeutschland nach wie vor um rd. 10 Prozent höher liegt als im Westen.

Auch wenn die EU mit der wirtschaftlichen Konvergenz einzelner weniger entwickelter Volkswirtschaften Erfahrungen und begrenzte Erfolge vorweisen kann, fehlt es bisher an schlüssigen Konzepten und effizienten Instrumenten, um die gesamte mittelosteuropäische Region mit einem deutlich geringerem Entwicklungsniveau als das Irlands oder Spaniens (und auch Ostdeutschlands) an das Wirtschaftsniveau der Union heranzuführen. Daraus erwächst die Aufgabe, das Verhältnis von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Wirtschaftsstil und kulturellen Prägungen noch eingehender zu untersuchen, um u.a. Entwicklungsstrategien zu entwerfen und zu erproben, die die Erschließung endogener Entwicklungspotentiale in den Mittelpunkt rücken.

(3) Regionale Differenzierung gefährdet die sozio-politische Stabilität der MOE-Staaten

Die Zunahme der regionalen Disparitäten innerhalb und zwischen den Staaten ist eine der dramatischsten Folgen der Transformations- und Annäherungsstrategie der mittelosteuropäischen Kandidatenländer. Sowohl in traditionellen Industrieregionen (z.B. Katowice) als auch in den überwiegend landwirtschaftlich geprägten Gebieten sind auf regionaler Ebene in aller Regel keine ausreichenden Ressourcen für die Umstrukturierung und Modernisierung vorhanden. Unterentwickelte Regionen sind zudem meist weniger durchsetzungsfähig im Wettbewerb um staatliche Zuschüsse. Auch die Erfahrung der EU lehren, dass für einen erfolgreichen Aufholprozess der Transfer finanzieller Ressourcen nicht ausreicht.³ Als Konsequenz droht gerade in den sicherheitssensiblen östlichen Grenzregionen der EU eine krisenhafte Zuspitzung der sozialen Situation und eine abnehmende Akzeptanz des Erweiterungsprozesses.

Was in der EU-alt nicht gelingt, hat in der erweiterten EU erst recht wenig Aussicht auf Erfolg. Die EU-Regierungen sind auf die neuen Herausforderungen in keiner Weise vorbereitet. Das bestehende Instrumentarium der Regional- und Kohäsionspolitik ist völlig unzureichend. Das westeuropäische Pri-

3 In a recent report on the impact of structural assistance, the Commission has stated that the gap in GDP per capita between objective-1 areas and the rest of the Union has narrowed only slowly, with the level in the former having only risen from 64 to 68 per cent of the EU average between 1988 and 1996. The difference in unemployment rates between the EU average and the objective-1 areas has remained by and large the same. According to the Commission's First Cohesion Report, disparities in GDP per capita between EU regions did not change significantly between 1983 and 1993 while disparities in unemployment rates increased (Europäische Kommission (1996), p. 19, 25).

vatkapital zeigt bislang wenig Interesse, sich für die Erneuerung rückständiger Regionen zu engagieren. Auch bestehen dafür keine angemessenen Formen der wirtschaftspolitischen Steuerung. Das bisher favorisierte Prinzip der Zentralisierung aller wirtschaftspolitischen Kompetenzen in Brüssel bzw. Frankfurt/M. muss schleunigst durch innovative Formen dezentraler, regionaler Steuerung ergänzt bzw. ersetzt werden.

(4) Blockage der GAP-Reform bedroht die landwirtschaftliche Entwicklung in MOE

Sowohl die Liberalisierung des gemeinsamen Agrarmarktes der EU nach den Vorgaben der WTO als auch die Beibehaltung der bisherigen Politik hätten einschneidende wirtschaftliche und soziale Konsequenzen für die MOE-Staaten. Besonders in den Ländern mit einer arbeitsintensiven Landwirtschaft würde ein »Bauernlegen« im großen Maßstab mit dem Vordringen der westeuropäischen Agrar- und Lebensmittelkonzerne einhergehen. Schon heute verlieren die MOE-Länder kontinuierlich Marktanteile im Agrarhandel. Als Reaktion darauf haben z.B. in Polen radikale Bauernorganisationen bereits mehrfach gegen subventionierte Agrarimporte aus der EU demonstriert und Grenzstationen blockiert.

Ohne eine tiefgreifende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik kommt für die MOE-Staaten nur eine partielle Mitgliedschaft unter Beibehaltung von Grenzkontrollen und Zöllen für Agrarprodukte in Frage. Angesichts derartiger »Sachzwänge« finden auf die Erhaltung einer bäuerlichen und ökologisch verträglichen Landwirtschaft gerichtete Vorschläge kaum Gehör. Doch gerade hier besteht angesichts geschmacksneutralen Gemüse, unvorausehbarer Folgewirkungen genmanipulierter Getreidesorten und Rinderwahn die eigentliche Herausforderung auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik.

(5) Soziale Fragmentierung und Marginalisierung als Preis der Modernisierung

Die vorrangig durch ökonomische Zwänge und Interessen motivierte Osterweiterung muss von den Bevölkerungen der Kandidaten- bzw. Beitrittsländer mit exorbitanten sozialen Kosten bezahlt werden. Die wichtigsten qualitativen Anpassungs- und Modernisierungsmaßnahmen stehen den MOE-Volkswirtschaften dabei erst noch bevor. Die Bedürfnisse der Kapitalakkumulation drücken die Löhne. Die Einkommensschere zwischen einer kleinen Oberschicht und einer immer größer werdenden Gruppe, die am Rande des Existenzminimums oder schlicht in Armut lebt, öffnet sich von Jahr zu Jahr weiter. Zu den Modernisierungsverlierern gehören hauptsächlich Bewohner von Krisenregionen, alleinstehende Frauen, Familien mit nur einem Einkommen, Rentner und Angehörige ethnischer Minderheiten.

Meist werden die sozialen Kosten als unabänderliche Folge jeglicher Modernisierung dargestellt. Über die bereits absehbaren sozialen Folgen der EU-Osterweiterung wird darum meist hinweggegangen. Doch es stellt sich die Frage, ob sich die erweiterte EU weitere »verlorene Generationen« angesichts der geographischen Nähe des armen Osten leisten können. Gerade angesichts des verschärften globalen Wettbewerbs sind zukunftsfähige und praktikable Lösungen gefragt, wie ein ausgewogenes Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit gewährleistet werden kann.

Wie selbst der knappe *tour d'horizon* über ausgewählte Probleme zeigt, besteht eine große Diskrepanz zwischen dem mit der Osterweiterung verfolgten politischen Ziel, Frieden und Stabilität nach Mittel- und Osteuropa zu exportieren, und der realen Problemlösungsfähigkeit und Gestaltungskraft der EU und ihrer Mitgliedstaaten.

Besonders angesichts der ungelösten Probleme/Hindernisse wird deutlich, wie fragwürdig die einseitige Übertragung westeuropäischer Politikmuster auf einen wirtschaftlich, sozial und kulturell andersartigen Kontext ist. Die westeuropäischen Staaten scheinen dabei auch zu verdrängen, dass sich diese Muster bereits in ihren Gesellschaften in zunehmendem Maße als wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch dysfunktional erweisen.

Die Größe der Aufgaben und Herausforderungen ist im bisherigen Modus der Osterweiterung nicht zu bewältigen. Das Überstülpen des westeuropäischen Entwicklungs- und Integrationsmodells macht den Erweiterungsprozess zu einer Zitterpartie und einem kleinlichen Armdrücken zwischen den westeuropäischen und mittelosteuropäischen Verhandlungsführern. Ganz neue Lösungen sind gefragt, die nur in einem gemeinsamen Lernprozess herausgefunden und umgesetzt werden können. So gesehen böte die Umsteuerung der Osterweiterung eine riesige Chance, in einem Großversuch die politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Entwürfe für das beginnende Jahrtausend zu erproben und schrittweise zu realisieren.

Doch warum lassen sich unter diesen Umständen die EU-Mitgliedsländer, aber vor allem die mittelosteuropäischen Kandidatenländer auf dieses riskante Unterfangen ein? Will man die EU-Osterweiterung nicht als bloßes technokratisches oder Elitenprojekt abtun, ist die Frage nur zu beantworten, wenn man sich ernsthaft mit den hinter dem Prozess stehenden Interessen und Beweggründen beschäftigt. Das ist die Frage nach der politischen Dimension der EU-Osterweiterung.

Die politische Dimension der Osterweiterung: asymmetrische Machtverteilung und inkohärente Strategie

Auf der Suche nach der politischen Rationalität der Erweiterungspolitik liegt es nahe, sich zunächst eingehender mit den Motiven sowohl der EU-Mitgliedstaaten als auch der Beitrittsanwärter zu befassen. Beiden muss unterstellt werden, eine rationale Strategie zu verfolgen. Weiter ist davon auszugehen, dass die Politik der Osterweiterung nicht voluntaristischen Kabinettsentscheidungen oder der Kungelei realitätsferner Technokraten entsprungen ist, sondern das Ergebnis komplexer politischer Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse darstellt.

Die politischen Führungen der westeuropäischen Staaten sind sich darüber im klaren, dass in ihrer Öffentlichkeit nur dann Zustimmung für die Osterweiterung zu erreichen sein wird, wenn diese sich in die Logik der bisherigen Integration einfügt und dem Steuerzahler keine zusätzlichen Belastungen aufbürdet.

Die gegenwärtig tonangebenden westorientierten *Eliten in den mittel- und osteuropäischen Staaten* setzen ihrerseits auf die zugleich mobilisierende und integrierende Kraft des Leitbildes »Europa«, um für den entbehrungsreichen Transformations- und Modernisierungskurs in ihren Bevölkerungen Akzeptanz zu schaffen. Der Slogan »Rückkehr nach Europa« wurde nach 1989 zum Kern der kulturellen und offiziellen politischen Orientierung der mittelost- und südosteuropäischen Gesellschaften.

So gesehen liegt der Strategie und Politik der Osterweiterung eine genuin politische Logik zugrunde. Sie ist eine Balance zwischen dem Maß des den westeuropäischen Gesellschaften Zumutbaren einerseits und dem Übermaß an Hoffnungen der mittelosteuropäischen Gesellschaften andererseits. Sie versucht, für die Westeuropäer den Schrecken der Öffnung der Europäischen Union nach Osten zu minimieren und dennoch für die Mittel- und Osteuropäer die Verheißung der »Rückkehr nach Europa« einzulösen. Doch was auf den ersten Blick wie eine schlüssige, ja alternativlose politische Strategie aussieht, hat – wie wir schon gesehen haben – seine nicht minder politischen Tücken. Dies verdeutlicht schon ein Vergleich der Ziele und Motive, die die westeuropäischen und die mittelosteuropäischen Staaten mit der Osterweiterung verknüpfen.

Während der gemeinsame Nenner der Erweiterungspolitik der *EU-Staaten* darin besteht, ein Mehr an kontinentaler und globaler Macht und Handlungsfähigkeit ohne Verlust an Sicherheit und Identität zu erreichen, ist die Politik der *mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten* primär darauf gerichtet, die Folgen der System- und Umbruchskrise zu überwinden und eine möglichst schnelle Eingliederung in die westeuropäische Wohlstands- und Stabilitätszone zu erreichen.

Die Ziele und Motive beider Seiten sind wie in einem Gospelgesang aufeinander bezogen. Auffällig ist dabei die gewaltige Asymmetrie, die eindeutige Subjekt-Objekt-Relation zugunsten des hegemonialen EU-Pols. Für die Westeuropäer steht außer Frage, dass sich die Mittel- und Osteuropäer auf die EU zubewegen und den *acquis communautaire* abstrichlos übernehmen. Die mittel- und osteuropäischen EU-Aspiranten ihrerseits akzeptieren die von der Europäischen Union und offenbar auch von der Macht des Faktischen vorgegebene Richtung der europäischen Entwicklung.

Ihr Los und ihre Bestimmung – so scheint es – besteht allein darin, sich auf eine schwierige und entbehrungsreiche Aufholjagd einzustellen. Und um so bereit- und lernwilliger sie dem Rat und dem Beispiel der westeuropäischen Partner folgen, desto sicherer können sie auf deren Beistand und Unterstützung bauen. Den gelehrtsten und erfolgreichsten unter ihnen winkt als Belohnung die Aufnahme.

Die durch das gewaltige Machtgefälle und drastische Positionsunterschiede im europäischen Staatensystem bedingten Asymmetrien prägen durchweg alle politischen Aspekte der Osterweiterung:

- die Identität der politischen Akteure,
- das institutionelle Gefüge sowie
- den Zuschnitt der Leitbilder und Konzepte.

Erstens: Asymmetrien auf der Akteursebene

Die Selbst- und Fremdefinition von Akteuren beeinflusst in hohem Maße die Bedingungen und Aussichten ihres Handelns in einem bestimmten politischen Raum. Über die Definition, Aushandlung und Zuweisung von Identitäten werden Macht- und Herrschaftsbeziehungen vermittelt und strukturiert. In diesem Modus sozialer Platzzuweisung wird über Vorherrschaft und Unterordnung, kulturelle Zentralität und Marginalität sowie über Akzeptanz und Legitimität entschieden. Dabei werden in aller Regel die Schwächeren durch die Stärkeren klassifiziert, und die Stärkeren beziehen einen Teil ihrer Identität aus dem Status der Überlegenheit.

Bezogen auf den Prozess der EU-Osterweiterung liegt es auf der Hand, dass das Zentrum Westeuropa die Peripherie Mittel- und Osteuropa definiert, diszipliniert und ordnet. Nach dem Zusammenbruch der »großen Ideologien« machen sich die reformbereiten, politisch liberalen Eliten in den mittel- und osteuropäischen Ländern das Positivimage des Westens zu Nutze und stilisieren Westeuropa zur »Bezugsgesellschaft«, d. h. zum normsetzenden Modell der Nachahmung.

Mit diesem Versuch, sich zur eigenen Entlastung und im Interesse der identitären und legitimatorischen Abstützung des Reformkurses mit dem positiv

eingeschätzten Westen zu verbinden, manövrieren sich die Reformeliten des Ostens in die Rolle des Juniorpartners und Zöglings ihrer westeuropäischen Mentoren. Von deren Anerkennung hängt von nun an weitgehend ihre Identität und Legitimität, ihre Selbst- und Fremddachtung ab. Um die Diskurshegemonie und damit die politische Herrschaft im eigenen Land zu gewinnen bzw. zu behaupten, nehmen die westorientierten Reformparteien in Mittelosteuropa in ihrem Außenverhältnis aus freien Stücken die Hegemonie der EU-Staaten in Kauf.⁴

Schon wenige Jahre nach dem Beginn der Erweiterungspolitik zeigen sich die Grenzen der hegemonialen Politik der westeuropäischen Staaten und der auf Anlehnung an die reichen und mächtigen westlichen Partner abgestellte Entlastungsstrategie der mittelosteuropäischen Eliten. Weit über den Kreis der Transformationsverlierer hinaus wird in den assoziierten Staaten das Gefühl beinahe ungeteilten Enthusiasmus zunehmend von Skepsis und Ablehnung angesichts des Übergewichts des Westens abgelöst, das zunehmend als Kolonialisierung, als Bedrohung lokaler Wirtschaftsinteressen und der eigenen Identität wahrgenommen wird.

Die EU- und die Kandidatenländer stehen vor der Herausforderung, eine kollektive Identität auszuprägen, die mehr umfasst als Wohlfahrtsmerkmale und nicht nur darauf ausgerichtet ist, die Hegemonie der EU zu rechtfertigen bzw. zu verschleiern. Denn ohne einen größeren Kulturzusammenhang und einigermaßen ausbalancierte Machtbeziehungen lassen sich Herrschaftsgebilde und Rechtsgemeinschaften vielleicht kurzzeitig konstruieren, aber nicht dauerhaft erhalten.

Zweitens: Asymmetrien auf der institutionellen Ebene

Auf der institutionellen Ebene findet das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen den EU-Mitgliedstaaten und assoziierten mittelosteuropäischen Staaten seine wohl extremste Ausprägung. Während die EU-Staaten das Institutionengefüge der Europäischen Union und ihre Zugänge uneingeschränkt kontrollieren, werden die MOE-Staaten alternativlos auf die Einübung der Voraussetzungen für den Erwerb der Zugangsberechtigung verwiesen. Den Kern bilden die Beitrittsbedingungen des Kopenhagener Gipfels und der *acquis communautaire*.

4 »In der Wirtschaft wurden liberale Sparreformen eingeführt. (...) Die Reformen wurden durch westliche Experten vorangetrieben und legitimiert. Den Osteuropäern wurde beigebracht, wie Wirtschaftsunternehmen nach industriellen Normen (...) zu führen seien, wie eine Zivilgesellschaft aufzubauen sei, wie Forschung zu betreiben sei, wie eine Armee zu organisieren sei. In diesem großartigen Rekonstruktions-Design werden die lokalen Traditionen oftmals völlig vernachlässigt. Der multidimensionale Sieg des Westens über den Osten macht sichtbar, welche Art von Macht und Dominanz an der Schaffung der neuen Ordnung mitwirkt. Das ist eine Einbahnstraße« (Buchowski 1997: 28).

Die Europäische Union verhält sich institutionensoziologisch völlig rational, wenn sie von den Beitrittskandidaten die Einhaltung und Nachahmung der ihre Leitidee und ihr Ordnungsprinzip repräsentierenden Beitrittsbedingungen einfordert. Dieses Selbstverständnis wird auch dadurch bestätigt, dass die derzeitige institutionelle »Reform« der EU einzig an westeuropäischen Interessen und Rationalitätskriterien ausgerichtet ist.

Die Frage ist nur, ob sich die Europäische Union angesichts der strukturellen Defizite ihres institutionellen Arrangements und der bestehenden West-Ost-Asymmetrien als Steuerungsrahmen für die Bewältigung der europäischen Einigung im Wege der Ostausdehnung ihrer Institutionen überhaupt eignet. Spätestens das Beispiel der Osterweiterung zeigt: Die überkommenen und erprobten Mechanismen greifen nicht mehr ausreichend.

Hinzu kommt, dass sich Rückschläge und Krisen im Erweiterungsprozess unweigerlich auf die Akzeptanz der ohnehin problematischen institutionellen Seite der Osterweiterung auswirken werden. »Institutionen haben nicht schon deswegen Bestand, weil sie gut funktionieren; erst die verbreitet geteilte Überzeugung, dass es sich um die ›richtigen‹, für sich genommen gerechten und wünschenswerten Institutionen handelt, befestigt sie so weit, dass sie selbst noch in Phasen weniger eindeutiger Funktionsfähigkeit Loyalität und Unterstützung finden« (Offe 1998: 103/105).

Was also Not tut, ist die Ausgewichtung des institutionellen Arrangements der Osterweiterung. Da bekanntermaßen die Form der Funktion folgt und nicht umgekehrt, bedarf der Annäherungsprozess der mittelosteuropäischen Staaten an die EU eines eigenen und vor allem eines von beiden Seiten gewählten institutionellen Rahmens.

Drittens: Asymmetrien auf der politisch-inhaltlichen Ebene

Politik ist nicht das Ergebnis willkürlicher Setzungen. Willensbildung und Entscheidung finden vielmehr in einem symbolisch aufgeladenen öffentlichen Raum statt. Politische Inhalte (Programme, Leitbilder usw.) können nur dann Zustimmung und Geltung beanspruchen, wenn sie eine kollektiv spezifische Koordination von Traditionen und kulturellen Prägungen auf der einen Seite und aktuellem Verhalten einer Mehrheit der Angehörigen einer Gruppe auf der anderen Seite herzustellen vermögen. Leitbilder verfangen nur dann, wenn sie den kulturellen Code des jeweiligen sozialen Kollektivs transportieren. Aktualisierend erzählt, werden sie zu Aktionsprogrammen von Gesellschaften. Die Erzähler sind in aller Regel Angehörige der politischen und intellektuellen Eliten.

Bereits im Vorfeld der Osterweiterung tut sich eine politisch möglicherweise folgeschwere Diskrepanz zwischen dem aus Westeuropa importierten »Aktionsprogramm« und den jeweils konkreten Prägungen »vor Ort« auf.

Hier ist die Illusion im Spiel, man könne hochkomplexe sozio-kulturelle Prozesse von außen steuern, ja gleichsam neu programmieren. Dies bedeutet eine Unterschätzung des Beharrungsvermögens und der Strukturmächtigkeit lokaler, regionaler und nationaler Mythen.

Und wie ein Blick nach Westeuropa verrät, handelt es sich bei den Re-Nationalisierungs- und Re-Ethnisierungstendenzen beileibe nicht um eine allein auf Mittel- und Osteuropa beschränkte atavistische Verirrung. Natürlich gibt es in Mittelosteuropa auch Besonderheiten. So erklärt sich die hohe Wertigkeit des Nationalen u.a. daraus, dass die Völker ihre nationale Souveränität erst vor wenigen Jahren wiedergewonnen haben und das neu begonnene oder erstmals in Angriff genommene nation building zeitlich parallel zur Integration in die Weltwirtschaft und zur Anpassung an die EU vollzogen werden muss.

Anstatt nun das Nationale in ihre Identitätspolitik zu integrieren, treten die Anhänger einer Politik der Europäisierung nicht selten mit national gesinnten Eliten in Konkurrenz um die Hegemonie im öffentlichen Raum. Damit provozieren sie völlig unnötig eine Polarisierung und überlassen den Gegnern der europäischen Einigung wertvolles politisches Terrain. Besonders für den Fall der Verdunkelung der Beitrittsperspektive riskieren sie damit ihre politische Isolierung und eine Beschädigung der europäischen Idee, die verglichen mit dem nationalen Mythos nur eine vergleichsweise fragile Strahlkraft besitzt. Ein erstes Abflachen der pro-europäischen Euphorie ist nicht zu übersehen. Gerade in dieser Situation sind die auf die EU orientierten reformwilligen Eliten aber besonders darauf angewiesen, als glaubwürdige Verwalter des Gefühlshaushaltes ihrer Bevölkerungen angesehen und akzeptiert zu werden.

Die Europäische Union hat sich bisher darauf beschränkt, in der kulturellen und identitären Dimension von Politik lediglich eine Funktion und ein Instrument erfolgreicher (technokratischer) Steuerung und Problembewältigung zu sehen. Politik wird allein auf die Ebene der Entscheidung reduziert. Künftig wird dies so nicht mehr aufgehen. Nimmt die EU die besonderen kulturellen Prägungen in Mittel- und Osteuropa nicht ernst, wird sie in diesem Raum scheitern.

Die Asymmetrien auf der Akteurs-, der institutionellen und der politisch-inhaltlichen Ebene zwischen der EU und den mittelosteuropäischen Beitrittskandidaten werden durch das Korsett der bisherigen Erweiterungslogik eher noch befestigt. So rational die Erweiterungsstrategie auf den ersten Blick erscheint, so wenig reicht es offenbar aus, eine Politik zu kreieren, die den Weg des geringsten Widerstandes geht, vorgeblich eherne Sachzwänge beschwört und lediglich kurz- und mittelfristigen Opportunitätserwägungen folgt.

So führt es in die Irre, die Osterweiterung lediglich als weitere Etappe in dem mehrstufigen Erweiterungsprozess der EU anzusehen. Es geht nicht mehr

um die Aufnahme einzelner Mitgliedstaaten mit mehrheitlich ähnlichem wirtschaftlichen und kulturellen Zuschnitt, sondern um die Zusammenführung von zwei sehr unterschiedlichen Teilkontinenten. Aus einem historischen Blickwinkel könnte man zugespitzt formulieren, dass sich die EU das titani-sche Ziel gesetzt hat, West- und Ostrom wiederzuzvereinigen.

Die offizielle Politik der EU-Staaten: Vorteilssicherung und »Durchwursteln«

Langsam wird den Eliten der EU-Staaten die Größe der Aufgabe bewusst. Einflussreiche Experten gehen bereits so weit, »das alte Europa« zu verabschieden. Andere sehen die EU in der Krise und fordern bereits mit Blick auf Nizza weitgehende Reformen. Doch die verantwortlichen Regierungspolitiker lassen sich nicht in die Karten schauen. Ein Staatsminister warnt beinahe beschwörend: »Wir dürfen jetzt nicht wackeln«. Befürchtet wird, dass bei einem Nachgeben gegenüber den immer drängender werdenden Forderungen der Beitrittskandidaten nach Zugeständnissen beim *acquis communautaire* das gegenwärtige *power play* der EU-Staaten in sich zusammenfällt.

Zu dem Druck aus den MOE-Staaten kommt der Widerstand hauptsächlich weiter westlich gelegener EU-Mitgliedsländer, die bei der Umsetzung der Osterweiterung um ihre Pfründe fürchten. Ihnen gegenüber – so wird in Berlin argumentiert – sei eine andere als die gegenwärtige inkrementalistische Politik nicht durchsetzbar. Angesichts dieser wenig behaglichen Sandwich-Position der deutschen Politik und einiger anderer aktiver Erweiterungsbefürworter innerhalb der EU gibt Außenminister Fischer die Losung »Integration oder Erosion« aus. Auch tut er alles, um den angerosteten deutsch-französi-schen Motor wieder auf Touren zu bringen.

Unter dem Druck der ins Haus stehenden Erweiterungsverhandlungen sind die Interessenunterschiede innerhalb der EU stärker aufgebrochen. Im Mittelpunkt stehen Verteilungskämpfe um knapper werdende Mittel für die Agrar- und Kohäsionspolitik sowie unterschiedliche Bewertungen des Verhältnisses von Union, Nationalstaaten und Regionen. Während die einen eine Vollen-dung der internen Reformen vor Beginn der Osterweiterung verlangen, befürchten die anderen eine gegenseitige Blockierung der beiden großen Reformstränge und sind bemüht, gerade durch eine Beschleunigung der Osterweiterung den inneren Reformdruck zu erhöhen.

Zu den Anhängern der zweiten Politikvariante (»Flucht nach vorn«) gehört die deutsche Bundesregierung. Zwischen den Zeilen der »privaten« Berliner Rede von Außenminister Fischer und aus der anschließenden Debatte lassen sich die Eckpunkte der deutschen Politik herauslesen. Die laufende Regierungskonferenz soll sich auf die Regelung der sog. Überbleibsel (»left over«) von

Amsterdam beschränken, um so nach dem Gipfel von Nizza am Jahresende den Weg für die erste Runde der Erweiterungsverhandlungen frei zu machen. Nach der Aufnahme der ersten Tranche der fünf leistungsfähigsten mittelosteuropäischen Kandidatenländer wäre dann erst einmal für lange Zeit Schluss. So sollen die notwendigen internen Reformen in Grenzen gehalten und Zeit für einen späteren grundlegenden institutionellen Umbau der Union gewonnen werden. Auch hätte diese Schrittfolge den Vorteil, dass die weniger entwickelten, sozial und kulturell sowie innen- und außenpolitisch zweifellos »problematischeren« Kandidaten (Bulgarien, Rumänien, Türkei) erst einmal vor der Tür blieben.

Innerhalb der EU-alt wird parallel dazu an einem institutionellen Arrangement gebastelt, das den großen und kleinen Gründungsmitgliedern der EG-Sechs (evtl. zuzüglich der fünf Euro-Staaten) die weitgehende Aufrechterhaltung ihrer machtpolitischen Hegemonie im Inneren und zunehmende außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit in der Weltpolitik ermöglichen soll. Zu diesem Zweck wird die Neugründung der alten Sechser-Gemeinschaft als föderal verfasste Politische Union anvisiert. Eine Folge wäre die Institutionalisierung von Mitgliedschaften unterschiedlicher Qualität. Alt-Mitglieder und sonstige Bundesstaat-Befürworter hätten Anspruch auf die Mitgliedschaft erster Klasse. Für die mittelosteuropäischen Nettoempfänger bliebe nur eine Mitgliedschaft dritter Klasse.

Dieser Versuch der »Quadratur des Kreise«, d. h. der Bündelung auseinander strebender Positionen der EU-Staaten, birgt erhebliche Risiken. Wie schon bei den Alchimisten gelingen Wunder vielleicht auf dem Papier. Doch auch die kunstvollste Formel muss letztlich den Test in der rauen Wirklichkeit bestehen:

(1) Die Erfahrungen mit den bisherigen Reformen der EU zeigen, dass immer nur inkrementalistische Anpassungen machbar waren. Doch stößt ein solches »Durchwursteln« dieses Mal an seine Grenzen. »Dies könnte [zwar] den Beitritt der ersten Gruppe der Kandidatenländer erleichtern, aber gleichzeitig dazu beitragen, dass dieses Vorgehen in eine Blockade-Situation führt, in der in einer größeren und fragmentierteren EU die Übereinstimmung fehlt, den Erweiterungsprozess fortzusetzen« (Brusis 1999).

(2) Durch diese Herangehensweise würden insbesondere Rumänien und Bulgarien »bestraft«. Beide orthodoxen Länder sind nicht nur mit den relativ schlechtesten Ausgangspositionen in den gegenseitigen Überbietungswettbewerb der MOE-Staaten um eine schnellstmögliche EU-Mitgliedschaft eingetreten, sondern wurden auch noch mehr als die anderen Kandidatenländer durch die Folgen der Jugoslawien-Kriege und der westlichen Sanktionspolitik in ihrer sozio-ökonomischen Entwicklung zurückgeworfen.

(3) Mit einer solchen Verzögerung des Erweiterungsprozesses würde eine zusätzliche Fragmentierung des mittelosteuropäischen Raumes in Kauf genommen. In der Folge würde sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch das Ziel der Einheit des Kontinents zumindest für eine lange Zeit aufgegeben.

Trete dieser Fall ein, dann hörte die Osterweiterung ganz offiziell auf, ein geographisch inklusiver Prozess zu sein, der allen Staaten Europas offen steht, die dies wünschen und die die in der Kopenhagener Erklärung fest geschriebenen Voraussetzungen erfüllen. Die riesige Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Erweiterungsprozesses würde ebenso sichtbar werden wie die Diskrepanz zwischen der begrenzten politischen Leistungsfähigkeit des Osterweiterungsprojektes und den Zielen der europäischen Agenda.

Die Europäische Union sieht sich mit dem Eintritt in die Osterweiterung mit neuartigen Entwicklungsschwierigkeiten konfrontiert, für deren Bewältigung sie bislang so recht kein Konzept zu haben scheint. In Anbetracht der heute bereits innerhalb der EU (15) bestehenden Steuerungs- und Legitimationsprobleme drängt sich zunehmend die Gewissheit auf, dass die Perspektive der (erweiterten) Union von 20 bis 30 Mitgliedern jenseits der überkommenen, einst für die Sechser-Gemeinschaft erdachten Integrationslogik zu suchen ist.

Die EU wird von einer klar strukturierten internationalen Organisation zu einem kontinentalen Raum: »Entweder man versteht die Erweiterung der EU als Schlussphase einer großen Erfolgsgeschichte. (...) Oder man lässt sich auf die neue Lage ein. Dann wird die Europäische Union eher die Rolle eines krisenregelnden Systems kollektiver Sicherheit (...) übernehmen. Die Stabilitätsqualität dieses Raumes sollte nicht unterschätzt werden. Alle weiterführenden Ambitionen aber werden nur in Teilregionen der großen Europäischen Union zu realisieren sein«. In jedem Fall – so Weidefeld – brauche die EU endlich »eine Idee von sich selbst« (FAZ, 31.1.00).

Denkanstöße für eine alternative Politik: Dezentralisierung und Demokratisierung

Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsteuerung des Erweiterungsprozesses ist die Organisation gemeinsamer Lernprozesse zwischen den west- und mittelosteuropäischen Eliten und Gesellschaften. Gefordert ist die Gestaltungskraft und Kreativität der politischen Verantwortlichen auf beiden Seiten. Widersprüche und Gegenvorschläge seitens der mittelosteuropäischen Eliten dürfen nicht als lästige Störung des Erweiterungsprozesses angesehen werden. Sie sind vielmehr eine unverzichtbare Bedingung für sein Gelingen. Der Fehler der deutsch-deutschen Vereinigung sollte nicht wiederholt werden, als mit

dem Verweis auf ein angeblich nur kurzzeitig offen stehendes window of opportunity die Dinge übers machtpolitische Knie gebrochen wurden.

Erstens: Für ein dezentrales Leitbild der europäischen Integration

Das sowohl im Westen wie auch im Osten des Kontinents strapazierte Europa-Leitbild hat in den vergangenen Jahren fast jegliche Kontur verloren. Die Europäische Union steht spätestens mit ihrer Öffnung gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas vor einem Paradigmenwechsel. Der westeuropäische Integrationsverband hat ein Entwicklungsstadium erreicht, in dem es im Interesse einer Neuorientierung angebracht erscheint, sich endgültig von der Finalität eines europäischen Bundesstaates zu verabschieden.

Die Steuerfrauen und -männer der europäischen Einigung werden sich auf ein zugleich offenes, polyzentrisches und mehrbiges Institutionen-Design einstellen müssen. Nur so wird es möglich sein, die größer werdende innere Vielfalt an kulturellen Dispositionen, Interessen und Entwicklungspfaden produktiv zu verarbeiten und in einer adäquaten Integrationslogik zusammenzuführen. Die Herausbildung netzwerkähnlich verknüpfter und einander überlappender Politikarenen mit mehreren Integrationskernen zwingt dazu, von der tief verinnerlichten Mentalität der zentralen Steuerung Abschied zu nehmen.

Die Abkehr von der Idee eines steuernden Zentrums innerhalb der Europäischen Union bedeutet zugleich, endlich die realitätsferne Erwartung einer generellen Einführung von Mehrheitsbeschlüssen zu Grabe zu tragen. Mehrheitsbeschlüsse sind nur dann akzeptabel und legitim, wenn zwischen den Gewaltunterworfenen eine hinreichende elementare Gemeinsamkeit besteht, die das Überstimmtwerden erträglich macht. Da auf lange Sicht im institutionellen Patchwork EU die Staaten die »Herren der Verträge«⁵ bleiben werden, sind diese gefordert, innovative Abstimmungsprozeduren zu entwickeln, die bei zunehmender Heterogenität eine tragfähige Konsensbildung zwischen den interessierten Akteuren erlauben.

In einem solchen entwicklungs-offenen Institutionengefüge wäre auch Platz für die Neumitglieder aus Mittel- und Osteuropa. Wie gezeigt wurde, verbietet sich eine technokratisch am Standard des *acquis communautaire* orientierte rückhalt- und abstrichlose Integration in eine einseitig westlich dominierte EU. Der Königsweg zur Einbindung in einen gesamteuropäischen Integrationsverbund wäre die enge Verknüpfung zwischen einer reformierten EU-alt und einem oder mehreren an Dichte gewinnenden Zusammenschlüssen der mittelosteuropäischen Staaten.

5 Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerden gegen den Vertrag von Maastricht, in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 89. Bd, Tübingen 1994.

Eine derartige Tandem-Konstruktion eröffnete den Reformstaaten den nötigen Spielraum für die Entfaltung endogener Entwicklungspotentiale und die Ausprägung einer authentischeren Integrations- und Kooperationslogik. Zudem wäre auf Seiten der MOE-Staaten so das erforderliche Selbstbewusstsein gegeben, ohne das erfahrungsgemäß produktive Lernprozesse nicht zustande kommen können. Und nicht zu vergessen: Um so selbstverständlicher würden die gesamteuropäischen Bande.

Zweitens: Für eine multiple EU-europäische Identität

Gelänge es den EU-Mitgliedstaaten, sich auf ein solches polyzentrisches Mehrebenen-Europa mit variablen Integrationsgeschwindigkeiten und -geometrien zu verständigen, wäre der wichtigste Schritt hin zur Re-Konstruktion einer EU-europäischen Identität getan. Erste Ansätze der Vermittlung von nationaler, regionaler und EU-europäischer Identität haben Eingang in den Amsterdamer Vertrag gefunden. Nun steht eine klarere Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der regionalen, nationalstaatlichen und Unionsebene an.

Immer mehr politisch Verantwortlichen scheint klar zu werden, dass eine mit anderen Identitätskreisen (national, regional, lokal) konkurrierende Europäische Union letztlich auf unüberwindliche Schwierigkeiten treffen würde, eine eigene Identität auszuprägen. Mit einer Identitätspolitik, die die tatsächlichen Entwicklungen der europäischen Integration wach und kreativ zur Kenntnis nimmt, wüchsen dagegen die Chancen, Loyalität und Unterstützung der EU-Bürger für den Fortgang der Integration zu mobilisieren.

Freilich müsste sich eine solche Identitätspolitik in Bescheidenheit üben, denn »die Ausbildung einer spezifisch europäischen Identität (...) kann sich nur auf diejenigen Funktionszusammenhänge beziehen, die auf der europäischen Ebene gesteuert werden«. Dazu gehört z.B. die Ausbildung einer »Solidaritätsidee«. Zugleich hat sie sich jeglicher Homogenisierungsbestrebungen der gewachsenen Vielfalt europäischer Kulturen zum Zwecke ihrer Amalgamierung in einer »gemeinsamen« europäischen Identität zu enthalten.

»Das große Europa wird die Vitalität europäischer Nationen und die kreative Vielfalt seiner Kulturen bewahren – wenn es gelingt, die Prinzipien von Nation und Integration, die ethnischen, regionalen, nationalen und europäischen Bezüge der Menschen als komplementäre Schichten der Identität der Bürger Europas zu vermitteln« (Weidenfeld 1997: 23/24). Kurz: Das Problem ist nicht die Vielfalt, sondern die Vermittlung von Identitäten. Auf absehbare Zeit verfügen allein die Staaten über die Voraussetzungen, um erfolgreich die Ausbildung von Identitäten zu betreiben.

Bezogen auf die Osterweiterung resultiert daraus die Aufgabe, eine Politik zu entwerfen, die die Ungleichzeitigkeit zwischen West- und Osteuropa auf

dem Gebiet der Staatsentwicklung in Rechnung stellt und die Vermittlung zwischen (West-)Europa-Orientierung und »weichem Nationalismus« einschließt. Eine solche mehrstufige Identität sollte auch den »Gründungsmythos« der demokratischen Revolutionen der Jahre 1989/90 integrieren.

Eine auf Vermittlung bedachte und konkurrierende Identitäten schonende Politik könnte auch besser symmetrische Beziehungen zwischen den Akteuren befördern. Angesichts des für lange Zeit fortbestehenden Wohlstandsgefälles gegenüber Westeuropa würde eine starke Identifikation der mittelosteuropäischen Bevölkerungen mit ihren politischen Gemeinwesen zudem eine unverzichtbare stabilisierende Wirkung entfalten.

Drittens: Für eine transnationale Demokratisierung

Der fehlende Konsens über das künftige Leitbild und institutionelle Designs blockiert auch längst fällige Fortschritte bei der Auffüllung des Demokratie-defizits. Zaghafte Anpassungen beschränken sich darauf, die bislang verfolgte Strategie zu optimieren, die auf eine möglichst weitgehende Übertragung des im nationalstaatlichen Rahmen erprobten parlamentarischen Institutionengefüges auf die europäische Ebene (Stärkung des Europäischen Parlaments) zielt.

Über lang oder kurz wird die Abkehr von der *finalité politique* des europäischen Bundesstaates – zumindest für die gesamte Union – und die Hinwendung zum Paradigma eines vernetzten Mehrebenensystems neue demokratische Institutionen- und Prozessmuster erzwingen. Ihr gemeinsamer Fluchtpunkt ist die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Am wichtigsten bleibt jedoch weiterhin die innere Demokratisierung der Staaten.

Der Nationalstaat bleibt auf lange Sicht der unverzichtbare Ankerpunkt in einem sich zunehmend auffächernden System sich überlappender lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Politikarenen. Jede dieser Arenen wird durch eine Bürgerschaft, eine Öffentlichkeit und eine gemeinsame Identität konstituiert. Innerhalb dieser Arenen entfaltet sich Politik, deren Aufgabe es ist, im Rahmen jeweils adäquater demokratischer Regeln und Institutionen die öffentlichen Angelegenheiten zu regulieren und die Vermittlung mit anderen Politikarenen zu gewährleisten.

In einem solchen vernetzten Mehrebenen-Modell liegt der Schlüssel für die Schleifung der strukturellen Barrieren, die bislang eine wirkliche Demokratisierung der EU verhindert haben. Ebenso wie sich eine gemeinsame EU-europäische Identität einzig als Vermittlung nationaler, regionaler und lokaler Identitäten denken lässt, können EU-europäischer Demos und Öffentlichkeit nur durch die Vermittlung und Aggregation der verschiedenen nationalen, regionalen usw. Wahl»völker« Öffentlichkeiten zustande kommen.

Hier liegt für Medien, Parteien, Gewerkschaften usw. die eigentliche demokratische Herausforderung der europäischen Integration. Die bottom up-Demokratisierung, d. h. die demokratische Reform von Politik und Gesellschaft in einem aufsteigenden Prozess von der lokalen bis zur Unionebene könnte der EU-europäischen Integration für die Lösung der anstehenden Aufgaben die erforderliche Legitimation und Handlungsfähigkeit verschaffen.

Alleiniges Kriterium für die Beitrittsentscheidung dürfte demnach die Reife der inneren demokratischen Verfassung der Kandidatenländer sein. Der Maßstab wäre dann nicht die möglichst weitgehende Übernahme des westeuropäischen Modells, sondern die Entfaltung einer authentischen demokratischen Wirklichkeit in Übereinstimmung mit der Geschichte und der Kultur des jeweiligen Landes, der jeweiligen Region. Denn die Ausprägung einer ausbalancierten Identität, die die lokalen, regionalen und nationalen Gegebenheiten sowie die Öffnung gegenüber Europa einschließt, die Schaffung gleichermaßen demokratischer wie effizienter Institutionen sowie die Verwirklichung einer primär auf endogene Entwicklungspotenziale setzenden Politik sind erst die Gewähr für eine sozial nachhaltige Transformation.

Aus der Umsetzung eines so verstandenen demokratischen Paradigmenwechsels im erweiterten EU-Raum ergäbe sich zudem zwangsläufig eine grundsätzliche Offenheit der Union gegenüber ihrem Umfeld. Die Überwindung des Blockdenkens böte zugleich die Chance, Vertiefung und Erweiterung durch die Förderung paralleler Vertiefungsprozesse in mehreren Integrationskernen zu vermitteln. Wenn allein eine authentische Demokratisierung das Kriterium für einen Beitritt zum europäischen Integrationsraum wäre, würden auch Diskussionen über mögliche Grenzen der Erweiterungsfähigkeit der EU gegenstandslos.

Gegenstandslos würden ebenfalls in den mittelost- und südosteuropäischen Staaten durchaus vorhandene Ängste, den Beitritt nicht mehr zu schaffen, ehe sich die Tore für immer oder zumindest für eine lange Zeit schließen. Damit würde auch jeglichem die mittelosteuropäischen Länder einander entfremdenden Überbietungswettbewerb um den schnellstmöglichen Beitritt der Boden entzogen. In dieser Perspektive wäre die EU kein potenziell begrenzter Integrationsverband, der einer Weltmacht gleich internationale Handlungsfähigkeit anstrebt, sondern gleichsam der Prototyp für die künftige Gestaltung der inter-/transnationalen politischen und Wirtschaftsbeziehungen. Ihr Wirkprinzip wäre nicht die Projektion von Stabilität durch Macht, sondern die Kraft des eigenen Beispiels.

BRUNO DRWESKI

Can the enlargement of the European Union be an enlargement of democracy?

The process of enlargement of the EU is the occasion to rediscover problems which have largely been ignored when the EEC was limited to Western Europe in the context of competition with the bloc of socialist States.

At that time, the social and political elites of Western Europe had to answer to the communist challenge and they had to develop, at least partly, a policy of social progress taking into account the interests of the masses of their fellow-citizens and the local and international balance of power. Today, the slogan of a »common European house«, which has been seriously treated by the leaders of the Eastern bloc, partly from the time of the Helsinki treaty and, for sure, from the time of the perestroika, has now been replaced by the construction of new walls in Europe. The EU institutions must then for the moment function within the frames of these new walls:

- The security wall between NATOmember countries and countries under observation of NATO main powers;
- the control wall between countries integrated into the Schengen free movement area and countries excluded from this area;
- the money wall between countries judged in Brussels and Frankfurt able to join the club of stabilized liberal economies of the capitalist centre and »weak elements« of the new capitalist periphery .

The EU candidates are often dreaming to be simultaneously judged able to belong to the exclusive club of »strong economies«, to take advantage of their cheap labour force making possible new investments and to leave their unemployed fellow-citizens emigrate to the richest countries due to the free access to the Labour market within EU.

Till the dismantling of the »iron curtain«, the EEC was able to absorb step by step new members that had to adopt gradually to the still rather supple norms functioning within the »hard core« countries which originally signed the Rome treaty. But today within the »European construction process« there is a much bigger mass of people which are concerned by the enlargement; and this happens just at the moment when leading neo-liberal dogmas have restrained the resources used for solidarity policies. This situation makes then necessary a fundamental transformation of the institutions and norms of the EU. This challenge is one of the main duties for the forces of social progress. They have to elaborate a new society project bringing real security to the societies

of the »old« EU but also of the »new« EU and of neighbouring countries which will not join the EU. This is the basic condition of a democratic perspective for the future. The Left forces have to develop a project able to outmarch the actual contradictions of the EU enlargement process. This challenge is becoming more and more visible since the EU, according to its actual tax policies, have no funds to subsidize the new poor regions which will join it. And this happens in a situation where there are much larger than ever proportions of rural populations in such countries like Poland, Romania, the Baltic States, etc. According to the norms of globalised capitalism, these social groups are globally judged »inefficient«.

Due to the present economic situation, the EU cannot any more export to its enlarged periphery the policies which produced, for example in Central Southern France, the »human desertification« process. At that time, the inhabitants of such marginalized rural areas could leave their homes to emigrate to overcrowded cities where they could at least find new jobs. For the new EU members such policies are now impossible to carry on so the only way to avoid mass unemployment and subsequent ethno-religious »self-defence« tendencies is to launch active public interventionism policies combined with regional democracy. But to carry on these objectives, we must outmarch capitalist rules.

The real liberalism and the hegemony of the destructive egoism

In this context the conservative forces are tempted to make more rigid and more restrictive rules so that the EU could function according to the actual socio-economic system. This leads them to refuse any public discussion concerning the so-called »acquis communautaire« and to accelerate uniformizing policies. They are also tempted to exclude and develop »enemy elements« of the European societies which are not »adaptable« quickly to the norms of the so-called construction of Europe. This led to the Yugoslav war and to the exclusion of post-soviet societies from the process of the construction of Europe. Conservative forces tend implicitly and sometimes explicitly, to reactivate the ethno-religious myths helping them to legitimate the permanent exclusion of post-soviet or Yugoslav nations. This is the main reason why »Huntington and cries« theories according to which the future will be characterized by »civilization conflicts« are coming back.¹ This happens just at the moment where life styles have never been in fact so uniformed throughout all Human history. The capitalist globalisation process leads then to a unified consumption and labour market but with fragmented ethnic or religious »communities« compe-

1 Samuel Huntington, *Le Choc des civilisations*, Paris, Odile Jacob, 1997.

ting for the same goal. That's the basic reason why it has now become so popular in Europe to talk about the alleged basic difference between the »Roman« Europe and the »Byzantine« one.

We have to remember that the adoption of neo-liberal dogmas based on a logic of an export-oriented centred world market tends to marginalize regions located in the »periphery«.² The only way to avoid a solidarity policy carried on in common by the nations of the »periphery« of Europe is to divide them between »good pupils« and bad ones. The maintaining after 1989 of an »hard core« in the EU is the consequence of these strategies. They have caused the development of inequality linked with the comeback of xenophobic and racist trends in western Europe. It's by no way an accident that the »Haider phenomenon« in Austria is a mixture of ultra-liberalism and chauvinism. This situation has also produced the rebirth of egoistical regionalisms in richer regions of Europe. Such movements like the North League in Italy, the extreme right Vlaamsblok in Flanders or the more conservative Catalanian regionalism are some examples of the widespread fragmentation tendency operating in Western Europe. One of the cause of Spanish or Southern Italian social problems lays in the fact that these regions are peripheral because there was, under EU administration, no real cooperation policies between Southern Europe and its North African borderland.³ This situation has led to uncontrolled migrations and ethnic tensions. Should such problems be now »enlarged« to the East? Can real democracy survive with such centre based policies ?

In Eastern Europe, the fragmentation of the earlier socialist community and the dissolution of the former federations of Yugoslavia, USSR and Czechoslovakia were, to a large extent, also due to the temptation of richer regions not to bear any more the costs of the development of their »poorer brothers«. But this egoism, hidden behind national or religious identity myths, had lead at the end to the destruction of any policy of economical growth in both rich and poor areas. The example of the economic ruin of the former Soviet Union and Yugoslavia or the economic crisis in the former Czechoslovakia are showing that egoistic policies are in fact only at the advantage of reduced social groups in each societies. That seems to be the main reason why the destruction of

2 The Gap between poor and rich regions within EU has been analyzed for example in: A. Hannaut, R. Loufir, E.M. Mouhoud, *Convergence des économies et integration européenne*, Paris, Commissariat général au plan, juin 1997; E.M. Mouhoud, »Où en est-on de la convergence réelle des économies européennes ? », Paris, Bulletin de l'Appel des économistes pour sortir de la pensée unique, novembre 1997; 8-ème rapport annuel sur les fonds structurels, Bruxelles, 30 octobre 1997.

3 See Paul Sindic, »Comment sortir la politique euro-méditerranéenne de l'impasse ?«, Paris, La Pensée, No. 315, juillet-aout-septembre 1998, pp. 63-76.

former federated States was never carried on through large public debates and referendums but through the manipulation of public opinion.

We have then to enlarge now simultaneously the areas of cooperation in Europe and to limit the free game of the blind forces of the market which are carrying with them in fact not only individual egoism but also ethno-religious egoisms. Only the forces of the social Left are trying to promote a real project of an economically stable development based on international solidarity.

The former European social compromise was the result of the balance of forces after the Second World War

The anticommunist revenge spirit was typical of the policies carried on by the European social elites at least since 1989. This was made possible because of the peaceful self-dissolution of the socialist bloc. Its leaders have finally fulfilled the principles of the Helsinki treaty, putting to an end the »iron curtain« and the Warsaw pact. But the Western leaders didn't fulfilled their part of the contract. They didn't dissolve NATO and they created soon new walls between the »better Europe« and the »worste« one. This has led to the survival of the Cold war spirit which appeared in the public opinions of the West and the East during the last Yugoslavian NATO-led war.⁴ For the conservative forces, the integration to the EU of the central-eastern European countries presents the basic advantage to create an area under their control, »closing« the access to Western European »hard core« of post-soviet Eastern Europeans. It also brings to Western European capitalists cheap labour force and a rather stabilized and solvent market.

The process of construction of Europe initiated during the Cold war was characterized from the very beginning by several internal contradictions which are now appearing much clearer with the results of neo-liberal policies and capitalist globalisation. This has led to the reduction of the positive effects of the post-war regulated development. The State interventionism, in its Keynesian »soft« version or in its State socialism »hard« one, allowed both, in the West and in the East of Europe, the post-war reconstruction, social mobility and the integration of a large part of the traditionally marginalized social groups. Only these policies were able to lead to massive industrialization and urbanisation. These policies have also produced perverse effects such as pol-

4 The division of European opinion concerning this war happened mostly along the old »iron curtain border«, even within the Left forces. See »War in Yugoslavia: a challenge for the Left«, International Correspondence - new series, Paris, 1999, pp. 1-13 (edition of this review is in English, French, Italian, Spanish, contact : <corint@wanadoo.fr«

lution, »human desertification« of »peripheral« regions, urban over-concentration and destruction of cultural, craft, food, industrial heritages. These processes didn't allow either the complete eradication of poverty, social exclusion and social or regional differences. The countries of the Eastern bloc, even if they succeeded in several aspects to pull up to the more advanced countries, could not entirely reach this goal. But, the introduction of neo-liberal policies in these countries since 1989 has contributed to make the gap between East and West more acute.

In this context, the enlargement of the EU is rather contributing to enlarge the internal contradictions of its organisation because the mass of the people and regions which will be marginalized will be growing when its »hard core« will be limited to the same areas.⁵ The distance between the propaganda myth of a unified, peaceful and world integrated EU assuring economic and social progress on one side and the real existing European Union, in crisis, arrogant and submitted to the USA financial and military power on the other side, is becoming more and more visible. The enlargement of the EU is then the occasion for the movements of social progress to »force« the gates of the »Brussels bunker«. This task is common for the East and the West.

I shall here concentrate to the question which seems to be one of the more sensible and the more revealing of the contradictions functioning within the frame of the present EU policies. This problem is :

- The question of free migration of labour forces within EU.
- The question of free movement of humans and ideas within the countries of the Helsinki treaty and of OSCE.

Both these questions are linked with the right to live and work in one's native homeland.

An ultra-liberal wall

The questions of the free movement and free migration for persons are linked with a lot of problems which have been largely ignored until now in their globality by the promoters of the capitalist globalisation in Europe. The demand of free movement and free migration for the Labour force is not only the consequence of the desire of liberty and of the search for new opportunities. This comes basically from the necessity to find new possibilities of find work or trade due to the destruction of traditional local economic activities coming from the deregulation policies. This is the consequence of the dependence of

5 C. Samary, »L'élargissement à l'Est de l'UE : quel avenir ?«, La Pensée, n° 315, juillet-aout-septembre 1998, pp. 77-86.

the EU countries authorities of the big transnational financial powers. The big private enterprises are judged more performant because the indirect costs of their needs (anti-pollution programmes, construction of a dense highway system, physical and psychological illnesses linked with the competition on the labour market, public transport for employees concentrated in »viable« regions, etc.) are often not taken into account by official statistics.

The demand to have the right to migrate freely is the logical consequence of the realization of the »free migration« of merchandises and financial flows. This is also the consequence of the »human desertification« processes happening in a lot of »peripheral« regions. This situation is the result of the defeat in the EU countries of the social movements which fought for the right »to live and work in one's homeland«. It is also the consequence of the fact that progressive forces did not succeed in defending efficiently the regional, cultural, food, craft, agricultural and industrial heritage of their fellow-citizens. But these processes will accelerate with the enlargement to the East of the EU because the precarisation of social links have been there generalised and because the public powers at all levels renounced to promote active economic policies in consultation with their fellow-citizens. But the enlargement of the EU is at the same time promoting to the growth of unsatisfied peoples.

This is an opportunity which allow us to prepare the counter-offensive against the forces of the conservative financial globalised capital. The freedom of migration of the Labour force can lead to a generalised competition between working and unemployed peoples but it can also lead them to understand the limits of the existing system. Housing and transport problems are also making more and more difficult the realisation of a coherent and unified labour market at the same rhythm as the realisation of the financial unified market.

The demand to realise the free movement of humans and ideas at the scale of the all European continent and, later, of the whole world, is not only the result of the necessity to develop scientific, cultural and political exchanges. This comes basically from the necessity for regions having traditional and diversified economic links to preserve and develop cooperation in order to balance the effects of neo-liberal policies. For the unemployed or under-employed peoples of central eastern and post-soviet areas, the existing formal and informal commercial transborder networks are a guarantee of a minimum subsistence level of life. For Polish peasants, the Eastern markets are also giving the possibility to balance the effects of the domination in Poland of the agricultural products of the big cereal producers of the EU.

But the enlargement of the Schengen treaty area will make difficult the free movement of humans and of ideas throughout Europe. It will destroy economic links and make impossible the development in very important areas. If we

want to get out from this vicious circle of systematic and unfair competition between Human beings, massive exclusion and ethno-religious prejudices, then the forces of social progress and real openness in Europe have to elaborate a global programme able to counter the effects of the capitalist globalisation. They have to develop the inter-nationalisation and the mutualisation of the fragmented efforts made by their fellow-citizens to survive day after day. The world is not for sale and if Europe has to live in a really stable and secure environment, it must not become a fortress protecting only a financial base.

The principle of free migration of labour force within EU, if it shall not lead to a destabilizing process, must function linked to public power intervention policies giving the citizens the guarantee that they can also live and work in their native region. It must also give them the right to defend their cultural and economic heritages and to have access to healthy food and environment. This requires new forms of economic planning. This cannot be any more a rigid administrative planning but it cannot either be the »production« by the central European bureaucracy of rigid and detailed norms like it is now the case. These norms are working for the benefits of financial concentration. They are made in favour of the big business mammoths producing »mad cows«, dioxin and standardized bad quality food and industrial products.

Comparing to the old economic liberalism which was unfair but coherent, neo-liberalism, realized within the frame of EU, is hypocritical. It limits, due to bureaucratically planned norms edicted by States and EU administrations, the real liberty to undertake economical and social initiatives. The process of construction of Europe looks sometimes like a modernised form of the Stalinist process of accelerated development through the construction of socialism.

To be successful, the EU enlargement needs then to be accompanied by the success of the enlargement of democracy. It needs to launch a mutualized co-development policy negotiated within all levels of EU societies and with all societies neighbouring with EU. It needs the organisation of systematic, regular, all-level and really pluralistic meetings of representatives of the civil society of the EU, of countries demanding to join the EU and of countries traditionally linked with EU members such as former USSR countries and Middle East or North African countries. A real integrated Europe needs also to be integrated with its Mediterranean and Eurasian neighbours.

Two complementary strategies need then to be elaborated :

- To create the conditions to assure the free movement, and eventually the free migration, of humans and ideas and, simultaneously,
- To create the conditions to assure a concerted migration control policy allowing a mutualized co-development. Freedom of movement and freedom of migration are not exactly the same thing but in both cases, to assure it, we need

first the development of international solidarity policies elaborated with the participation of all citizens concerned by these questions.

This requires the creation within the EU of democratically controlled public powers and public services. Only if peoples have the possibility to take an equal part in the elaboration of such policies, it will be possible to realize in practice the liberty principles claimed theoretically by the liberals. The neo-liberal dogmas are in fact blocking the real enlargement of European and of civil consciousness. Only the forces of the social and alternative Left can create the constant links between parties, Trade Unions, associations, elected persons of all levels, etc, and promote an Europe respecting diversity and really opened to the world.

Neo-liberal dogmas are obviously based on individual egoism but they objectively tend also to the rise of ethno-regional or ethno-religious egoisms. The forces of the social and alternative Left can practically realize the theoretical principles of the first liberal thinkers because they include the social context in their analyses and programmes. This is the basic condition for the existence of real freedom. It is not only a question of ethical or moral value, it is mostly a question of interest for people needing a real open society, a real secure society and real stability in Europe and in the World. This needs the elaboration of a global view from the bottom in confrontation with the globalisation coming from the top. And Europe can be the place where this process can begin.

MARCO BERLINGUER

EU-Osterweiterung und neoliberale Globalisierung

Osterweiterung der Europäischen Union – ein Thema unter anderen – dessen sich die gesamte europäische alternative Linke sowohl hinsichtlich der Analyse als auch der Ausarbeitung eines eigenständigen strategischen Konzepts mit Verspätung annimmt. Diese Konferenz kann ein erster Schritt sein, um den eingetretenen Rückstand aufzuholen.

Europa, das vorankommt

Wenn man über die Osterweiterung der Europäischen Union nachdenkt, dann stellt sich die Frage nach dem Charakter des heute konkret voranschreitenden europäischen Einigungsprozesses. Die Prc war und ist eine Kraft, die sich entschieden für die europäische Idee einsetzt. Das hat nicht allein und nicht in erster Linie mit der internationalistischen Einstellung zu tun, die der kommunistischen und Arbeiterbewegung Italiens traditionell eigen ist. Unsere entschieden europäische Orientierung erwächst aus der Überzeugung, dass die nationale Dimension für ein wirksames progressives und revolutionäres politisches Handeln im gegenwärtigen historischen Rahmen des neuen Kapitalismus nicht ausreicht. Zugleich sind wir der Meinung, dass die europäische Region – zumindest potenziell – zu einem Gebiet möglichen Widerstandes gegen das Vordringen der neoliberalen Globalisierung werden kann. Und das wegen der kontinentalen Dimension der Region, wegen des hier fortgeschrittenen Prozesses der ökonomischen und institutionellen Integration, vor allem aber wegen der besonderen politischen und kulturellen Traditionen und wegen des Netzes sozialer und institutioneller Beziehungen, die in Europa verwurzelt sind. Diese bewirken bisher, dass sich unser Kontinent trotz seiner inneren Differenziertheit vom nordamerikanischen Modell durchaus unterscheidet und angesichts des Vordringens der heutigen kapitalistischen Revolution voller potenzieller Gegensätze, Widersprüche und Widerstände ist.

In unseren Parteitage dokumenten haben wir Europa daher nicht als einen Raum traditioneller internationaler politischer Beziehungen definiert, sondern als Raum unseres direkten politischen Handelns. Danach gestalten wir auch unsere politischen Initiativen und unseren politischen Kampf in Italien. So haben wir z.B. trotz radikaler Kritik am Maastrichter Vertrag den Prozess der Währungsunion unterstützt, weil wir in der Einheitswährung potenziell ein starkes Instrument der Selbstbehauptung des europäischen Kontinents

gegenüber den Vereinigten Staaten und der Übermacht der Finanzmärkte sehen. So waren wir in den Jahren 1996-1998, da wir die Regierung Prodi im Parlament unterstützten, ohne direkt in ihr vertreten zu sein, bemüht, die Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Werktätigen, der Rentner, der arbeitslosen Jugendlichen und der Frauen mit einer umfassenderen europäischen Vision unseres politischen Kampfes zu verbinden. Wir haben darauf gedrängt, dass die italienische Regierung mit der Regierung der Linken in Frankreich enger zusammenwirkt, die – bei allen Grenzen und Schwierigkeiten, die auf ihre Isolation zurückzuführen sind – heute die fortschrittlichste in Europa ist. Parallel zu Frankreich haben wir versucht, in Italien die 35-Stunden-Woche durchzusetzen. Als die Währungsunion erreicht war, bemühten wir uns, eine Wende herbeizuführen, unsere Regierung zum Einsatz für einen europäischen Einigungsprozess zu bewegen, in dem die Verteidigung und die Erneuerung des europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells die Grundlage eines eigenständigen, alternativen Entwicklungsmodells auf dem europäischen Kontinent und in den internationalen Beziehungen werden sollte.

Die Regierung Prodi schlug aber genau die entgegengesetzte Richtung ein. Gemeinsam mit Blairs New Labour machte sie sich zum Hauptakteur der Errichtung jener neuen Achse der auf dem europäischen Kontinent siegreichen Sozialdemokratien mit Clintons USA. Diese beruht im wesentlichen auf der Akzeptanz des Neoliberalismus (was in der Folgezeit in den verschiedenen Programmen des Dritten Weges oder der Neuen Mitte kodifiziert wurde) sowie auf der nahtlosen Weiterführung der Politik der konservativen Kräfte (Privatisierung, Deregulierung des Arbeitsmarktes, drastische Haushaltsbeschränkungen, Sozialabbau, Finanzpolitik zugunsten der Unternehmen und des Finanzkapitals, zu Lasten der Werktätigen und der Bürger). In Italien trat dies in verschärften Gegensätzen zwischen unserer Partei und der Linken Mitte in Erscheinung, bis es bei der Vorlage des Haushaltes '98 zum endgültigen Bruch kam. Dieser ist auch deshalb entstanden, weil sich ein Teil unserer Parlamentsfraktion zur Abspaltung von unserer Partei entschloss. Ebenso wechselten ca. 30 Abgeordnete des Rechten Zentrums auf die Seite der Regierung. So entstand eine neue Mehrheit im Parlament, die seither die nachfolgenden Regierungen Italiens (D'Alema und Amato) stützt. Diese haben ihre liberalen und moderaten Merkmale mit der Zeit immer stärker ausgeprägt.

Ich bin auf die Haltung unserer Partei zu Europa und auf die jüngsten Ereignisse im politischen Leben Italiens eingegangen, weil wir der Auffassung sind, dass in jenen Monaten eine Etappe, ein politisches Drama zu Ende gegangen ist, was sich nicht nur auf unser Land, sondern auf den gesamten europäischen Kontinent ausgewirkt hat. Übrigens geschah einige Monate später etwas Ähnliches innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, wo der Konflikt zweier zu diesem

historischen Zeitpunkt möglichen alternativen strategischen Optionen mit der Niederlage und dem Rücktritt Lafontaines endete. Wir meinen, dass die alternative Linke Europas diese Vorgänge noch tiefgründiger durchdenken muss.

Nach unserer Überzeugung gewann in jenen Monaten in den Führungskreisen der europäischen Sozialdemokratie eine grundlegend neoliberale Option der Unterordnung unter die USA in der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Oberhand. Diese Haltung fand danach im Balkankrieg ihre dramatische Bestätigung. Dieser Krieg wurde, was die völkerrechtlichen Bestimmungen, was selbst die NATO-Verträge und die Verfassungen einiger Länder (darunter Italiens) betrifft, auf radikal illegale Weise provoziert und geführt. Wir haben ihn als »konstituierenden Krieg« definiert, weil wir der Meinung sind, dass sein Hauptziel keineswegs ein Beitrag zur Lösung der inneren Konflikte Ex-Jugoslawiens war, was die verheerenden und vorher absehbaren Auswirkungen dann auch gezeigt haben. Vielmehr ging es darum, eine neue »imperiale« Art der supranationalen, einseitigen, unipolaren Regelung der Konflikte zu legitimieren, die das Vorschreiten der kapitalistischen Welt-Revolution/ Restauration selbst hervorbringt.

In Europa bestanden die politischen, ökonomischen, sozialen, ja sogar die rechtlichen Voraussetzungen, um dem europäischen Eingangsprozess eine andere Richtung zu geben. Dafür war es nicht einmal notwendig, den Maastrichter Vertrag sofort zu ändern, da er die Möglichkeit offen lässt, Investitionen nicht dem Haushaltsdefizit hinzuzurechnen (und sogar eine zeitweilige, jedoch wiederholbare Kontrolle der Kapitalbewegungen einzurichten). Europa konnte den Weg der Koordinierung der makroökonomischen Politik im Sinne einer expansiven Orientierung gehen. Damit wäre es möglich gewesen, die vielen sozialen und ökonomischen Schwierigkeiten des Integrationsprozesses (Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, Umschulung, Erneuerung, Integration des Produktionsapparates; Verteidigung und Wiederbelebung des Systems der sozialen Rechte und Garantien; Ausgleich der territorialen und sozialen Unterschiede) unter günstigeren Bedingungen für die Werktätigen anzupacken. Eine neue Investitionspolitik, zusammen mit der Wiedereinführung einer politischen und demokratischeren Regulierung des Integrationsprozesses, hätte auch eine andere Politik der Erweiterung der Europäischen Union und der Steuerung der neuen internationalen Arbeitsteilung erleichtert.

Andererseits ist die – gewiss noch unvollkommene und von nicht wenigen Konflikten geprägte – Verbindung zwischen den europäischen und US-amerikanischen politischen Führungskreisen enger geworden. Sie begleitet und bestätigt die strategische Integration der Kräfte des großen europäischen (allen voran des deutschen) und anglo-amerikanischen Finanzkapitals, die – im wesentlichen im gegenseitigen Einverständnis – darauf hinarbeiten, den europäischen Integrationsprozess auf die Schaffung eines großen deregulier-

ten Marktes ohne demokratische politische Kontrolle zu reduzieren, der ausschließlich im Interesse des Profits und der Rendite funktioniert. Das Ziel ist eine reine Geschäftsunion, die zum Träger und regionalen Motor der Errichtung einer Hierarchie der Klassen und Völker wird, wie sie für die gegenwärtig weltweit ablaufende kapitalistische Revolution so charakteristisch ist.

Mit dieser Orientierung verstärken sich unvermeidlich die regressiven und autoritären Merkmale des europäischen Integrationsprozesses, verkümmert das demokratische Leben in den einzelnen Ländern und im internationalen Maßstab weiter, häufen sich Bedrohungen und Gefahren für das friedliche Zusammenleben auf unserem Kontinent, entsteht die Möglichkeit reaktionärer Abenteuer, wie bereits in Österreich geschehen. Ähnliches, so fürchten wir, ist durchaus auch in Italien denkbar.

Das hierarchische Wesen des neuen Kapitalismus

In diesen Rahmen fügt sich der Prozeß der Osterweiterung der Europäischen Union ein (der, nebenbei gesagt, nicht zufällig im wesentlichen den Grenzen der NATO-Erweiterung folgt). Er bildet in der Geschichte der Europäischen Union den Übergang zu einer neuen Phase, wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung richtig festgestellt hat. Das trifft aus vielerlei Gründen zu. Ich möchte nur einen herausgreifen. Wir stehen zum ersten Mal vor einer Erweiterung der EU, die ohne jegliche zusätzliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln vor sich geht. Diese politische Entscheidung, dazu die Praxis, mit jedem Land einzeln über die Beitrittsbedingungen zu verhandeln, zeigt den stark hierarchischen Charakter des Erweiterungsprozesses. Auf diese Weise werden die Beitrittsländer ohne politische Vermittlung und ohne wesentliche Finanzhilfen in einen harten Wettbewerb gegeneinander gezwungen. Die Tür zur EU öffnet sich nur dem, der in diesem Wettstreit die eigene Wirtschaft durch Privatisierung, freie Bewegung des Kapitals, Deregulierung des Arbeitsmarktes, strenge Haushaltspolitik (und - nochmals nebenbei gesagt - Erhöhung der Militärausgaben zur Finanzierung der Integration in das NATO-System) am radikalsten umstellt.

Wenn man genauer hinsieht, dann wird diese Restrukturierung der Wirtschaft allen europäischen Ländern – und nicht nur ihnen – aufgezwungen. Dies ist in jeder Hinsicht die regionale Anwendung einer globalen Strategie. In ihrer Gesamtheit wirkt sie zugunsten der Herausbildung eines neuen Kapitalismus, der global einheitliche Tendenzen aufweist. Er wird von einem Regime reguliert, das von jeglichen sozialen und politischen Rahmenbedingungen »frei« ist und immer umfassender von den Interessen des Finanzkapitals und der wenigen Hundert großen transnationalen Unternehmen dominiert wird, die durch die Kontrolle des Handels und der Produktion in der Welt immer größere Macht

anhäufen. So entwickelt sich Schritt für Schritt ein weltweites Regime, in dem die Beziehungen zwischen den Klassen und Völkern hierarchisch geordnet sind.

Auf diese Hierarchien treffen wir immer wieder, wenn wir uns anschauen, was an der Peripherie und in den Zentren der Weltwirtschaft geschieht. Auch in der EU selbst. So sei auf die Tatsache hingewiesen, dass in den Ländern, die den neuen Beitrittskandidaten immer als Erfolgsbeispiele hingestellt werden – in Irland, Spanien oder Portugal – Entwicklungsmodelle gewachsen sind, die in direkter oder indirekter Abhängigkeit vom transnationalen Kapital stehen. Das bewirkt nicht nur eine Verstärkung der sozialen und territorialen Ungleichheit. Da diese Staaten gestatten, dass die Kommandozentren außerhalb des Landes liegen und sich jeder demokratischen Verantwortung entziehen, sind dadurch mittelfristig ihre Selbständigkeit, mitunter ihre Einheit und ihre Entwicklungsperspektiven bedroht.

Das gilt besonders, wenn Segmente ihrer verarbeitenden Produktion international integriert werden. Einerseits herrscht fast absolute Freiheit und Mobilität des Kapitals, was den Unternehmen selektive Deindustrialisierungsstrategien erlaubt und permanent Erpressungsmöglichkeiten bei Finanzen, Normen und Löhnen gibt. Andererseits ist festzustellen, dass die Systeme zur Kontrolle des Arbeitsprozesses immer weiter modifiziert werden. Die neuen Organisationsmodelle des transnationalen Großunternehmens sehen eine immer stärkere Dezentralisierung der Verarbeitungsprozesse vor. Die Kontrolle erfolgt immer mehr von außen durch den »Markt« und das System von Vergleichspreisen. Die Großunternehmen werden, was die Produktion betrifft, immer »schlanker« und »leichter« (darin dem Finanzkapital immer ähnlicher), platzieren sich in dominierender Stellung - oligopolistisch oder monopolistisch - an den strategischen Knotenpunkten der verschiedenen Märkte. Das führt dazu, dass die Aufteilung der verarbeitenden Industrie in bestimmten Fällen von einer relativen, in gewissen Fällen sogar absoluten Verarmung nicht nur der Werktätigen, sondern auch der betroffenen Regionen begleitet wird.

Dazu kann ich als Beispiel unser Land anführen. Italien ist einerseits eine große kapitalistische Industriemacht, dessen Unternehmen dabei sind, Beziehungen hierarchischer Dezentralisierung zu anderen Ländern, vor allem Osteuropas und des Mittelmeerraumes, zu entwickeln. Andererseits ist es selbst in einen von größeren kapitalistischen Mächten (vor allem der USA, Deutschland und Frankreich) geführten Prozess hierarchischer Unterordnung eingebunden. Dieser vollzieht sich vor allem in den strategischen und innovativen Sektoren. Hier nimmt die Abhängigkeit Italiens zu. Das sind die Sektoren, in denen die internationale Konkurrenz über Kosten und Preise scharf kontrolliert wird und der rigide Charakter von Nachfrage und/oder Kontrolle des Angebots seitens weniger Unternehmen noch hohen Profit (oder Rendite) garantiert.

Unter diesen Bedingungen kann die Existenz eines weitgespannten Netzes kleiner und mittlerer Unternehmen der Verarbeitungsindustrie im Norden unseres Landes, die nun in die komplexen Dezentralisierungsketten der ausländischen Großunternehmen eingegliedert werden, nicht verhindern, dass Italien in der Hierarchie der Aneignung des Mehrwertes in diesem komplexen, nunmehr immer häufiger auf supranationaler Ebene organisierten Prozess weiter ins Hintertreffen gerät. Die Entwicklung der Preisrelationen zwischen importierten und exportierten Produkten, die Asymmetrie der Macht in den Beziehungen zwischen dem oftmals monopolistischen Käufer, der die beherrschende Position einnimmt, und den Lieferbetrieben, die in ständiger Konkurrenz zueinander stehen, bewirkt dieses Absinken, das sich natürlich in erster Linie auf die Arbeitsbedingen und die Löhne der Arbeitskraft auswirkt.

Die Osterweiterung

Wenn dies – grob skizziert – die Lage ist, in der sich Italien, die sechste kapitalistische Macht, heute befindet, welches Schicksal erwartet dann die Länder Osteuropas, die sich unter noch ungünstigeren Bedingungen in Richtung einer beschleunigten EU-Integration bewegen? Ich denke, alle uns zur Verfügung stehenden Daten beweisen eindeutig, dass es sich auch hier um einen hierarchischen Prozess handelt. Analysieren wir einige dieser Tatsachen.

Die Handelsabkommen, die nach und nach mit den Kandidatenländern abgeschlossen wurden, haben die Märkte selektiv geöffnet und zu asymmetrischen Verhältnissen geführt. Das Ergebnis für diese Länder sind strukturelle Probleme und wachsende Handelsdefizite in Landwirtschaft und Industrie. Die Exporte in die EU sind gestiegen, was jedoch das Anwachsen der Importe nicht kompensieren kann. Von 1991 bis 1995 hat sich allein in der Industrie das Defizit von 5,4 auf 19,5 Milliarden Euro erhöht. Wenn wir die Struktur des Handels im verarbeitenden Sektor betrachten, dann sehen wir, dass der Import technologisch hochentwickelter Güter einerseits sowie der Export von Rohstoffen und Erzeugnissen der traditionellen und zurückgebliebenen Sektoren gestiegen ist. Das ist die typische Handelsstruktur einer »abhängigen Entwicklung« in der heutigen Form, ein sicheres Rezept für »ungleichen Handel« (als Grundlage eines neuen Wirtschaftsimperialismus), für die Reproduktion in einer immer klareren Form von Abhängigkeit. Der subalterne Charakter der Reintegration dieser Länder in den kapitalistischen Markt wird noch deutlicher, wenn wir in Betracht ziehen, dass der Anteil der Zulieferungen für europäische Großunternehmen am Export besonders stark gewachsen ist.

Bisher konnten die entstandenen Defizite zumindest zum Teil durch die hereinkommenden Kapitalströme kompensiert werden. Aber auch hier gelten die

Regeln der Asymmetrie. Diese Ströme verlaufen in einer einzigen Richtung – von der EU zu den Ländern des Ostens. Zwar waren ausländische Direktinvestitionen nur von untergeordneter Bedeutung, aber sie haben beim Erwerb Tausender privatisierter Unternehmen eine Hauptrolle gespielt. Schlecht und zu Schleuderpreisen verkauft, sind diese Unternehmen meist erworben worden, um in den Markt einzudringen und dort beherrschende Positionen zu erobern, weniger aus wirklichem Interesse an der Produktion. Der Kapitalfluss aus dem Ausland dient heute strukturell dazu, die Zahlungsbilanzdefizite einzudämmen. Sollte der Strom abnehmen oder ganz versiegen (was nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich ist, wenn die Privatisierungen beendet sind), dann kann das verheerende Auswirkungen haben, wie in Mexiko oder den südostasiatischen Staaten bereits geschehen. Das Ergebnis wären eine noch tiefere Versklavung und subalterne Integration dieser Länder.

In jedem Fall führt die doppelte Abhängigkeit in Handel und Kapitalfluss diese Länder bei Strafe der Unterbrechung der Kredite schon heute zur totalen Unterordnung unter die Direktiven der EU und solcher internationalen Organisationen wie Internationaler Währungsfonds und Weltbank. Deren makro-ökonomische und »Industrie«-Politik stand und steht ganz im Zeichen der »Liberalisierung«, der Währungsstabilität (also des Verbotes von Abwertungen aus Wettbewerbsgründen), der Eindämmung der Inflation, rigoroser Sparhaushalte und der Privatisierung. Konkret hat diese Politik zusammen mit dem destabilisierenden Effekt der Zerstörung der zuvor vorwiegend vom RGW regulierten Produktions- und Handelsbeziehungen zu einer gewaltigen Deindustrialisierung, hoher Arbeitslosigkeit, Lohnrückgang und Massenverarmung geführt. Die Daten, die man zitieren könnte, um die von dieser Politik ausgelöste soziale Katastrophe zu quantifizieren, sind zahlreich und dramatisch. Der Internationale Währungsfond selbst hat geschätzt, dass sogar das oft als Erfolgsmodell für den »Übergang zur Marktwirtschaft« präsentierte Polen erst im Jahre 2010 wieder den Lebensstandard von 1989 erreichen wird. Eine Voraussage, die es noch zu überprüfen gilt und die mit aller Wahrscheinlichkeit dazu bestimmt ist, die lange Liste der auf irrigen Theorien basierenden falschen Prognosen zu verlängern, von denen die jüngste Geschichte der Länder des Ostens voll ist.

Selbst wenn diese Wirtschaften in ein exportorientiertes Produktionssystem integriert und nicht einfach zu einem Schicksal von Desindustrialisierung, Randgruppensein und Verarmung verdammt sein sollten, ist aller Wahrscheinlichkeit nach ein konstanter Wertverlust der Exporte zu erwarten, eine Verschlechterung der Austauschverhältnisse, eine ständig abnehmende Akkumulationsrate, auf jeden Fall aber ein Verlauf von Produktion und Wachstum, der vom Sättigungsgrad der Märkte und vom Wirtschaftszyklus der entwickelten Länder völlig abhängig ist.

Die alternative Linke und Europa

Die Kräfte der alternativen europäischen Linken sind in einer schwierigen Lage. Dennoch glauben wir nicht, dass sie daraus die Schlussfolgerung ziehen dürfen, Europa als Hauptfeld ihres gemeinsamen politischen Handelns aufzugeben und sich in ihre nationalen Grenzen zurückzuziehen. Im Gegenteil.

Ganz sicher ist es unsere Aufgabe, den sozial rückschrittlichen, zutiefst antidemokratischen und hierarchischen Charakter des Prozesses der Integration Europas und mehr noch seiner Erweiterung anzuprangern. Andererseits wäre es falsch, die Kraft dieses von den herrschenden Klassen betriebenen Modells überzubewerten. Es weist sowohl autoritäre, als auch abenteuerliche Elemente auf. Nur wenige oder keines der heutigen Versprechungen wird es halten können. Widersprüche und Krisen vielfältiger Natur (ökonomische, soziale, politische) kündigen sich bereits an und werden unweigerlich ausbrechen.

Wenn wir auch ernste Niederlagen erlitten haben, so ist der Kampf um die Hegemonie in diesem Prozess nach wie vor offen. Auf solchen Gebieten wie der Verteidigung des Friedens und der Demokratie auf unserem Kontinent, die von der gegenwärtig ablaufenden kapitalistischen Revolution direkt bedroht sind, können die Kräfte der alternativen Linken noch breite Bündnisse mit anderen progressiven Kräften schließen. Im sozialen Bereich stellen wir einen, wenn auch noch nicht ausreichenden, aber dennoch wichtigen Aufschwung kritischen Bewußtseins und kämpferischer Aktivität besonders bei der jungen Generation fest. Die Osterweiterung der EU selbst bedeutet die Integration einiger Peripherien in eines der kapitalistischen Kommandozentren. Das kann das soziale Gleichgewicht innerhalb der EU potenziell verändern und die Ausübung der Hegemonie der herrschenden Klassen schwieriger gestalten. Außerdem hat sich jede Kraft der alternativen Linken im eigenen Lande mit Problemen auseinanderzusetzen, die zwar nach Intensität und Besonderheiten verschieden sind, einander aber immer ähnlicher, von gleichen Ursachen und Gegnern verursacht werden.

Hauptproblem der Kräfte der alternativen Linken war und ist, neue Formen der Austragung der Konflikte und neue revolutionäre Strategien auf sozialem, politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet sowie im Verhältnis zwischen den Geschlechtern zu finden – Instrumente, Ziele, Strukturen, Kunstwerke, Organisationsformen, neue soziale Subjekte, die in dieser neuen Zeit der revolutionären Bewegung eine Hauptrolle spielen können.

Diese Aufgabe kulminiert darin, eine neue Form des Internationalismus zu schaffen. Europa bleibt dafür das vorrangige Experimentierfeld.

Die Transformationsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Staaten und die Vorbereitung auf den EU-Beitritt

GYULA HEGYI

Die soziale Dimension der Osterweiterung der Europäischen Union

Bevor ich zu praktischen Einzelheiten und zu politischen Argumenten im Zusammenhang mit diesem Thema komme, gestatten Sie mir eine grundsätzliche Bemerkung:

Für mich persönlich, der ich auch zuweilen theoretische Artikel über Probleme der Linken verfasste, ist das Kommunistische Manifest eine ausgezeichnete und sehr aktuelle Analyse der Globalisierung unter den Bedingungen des kapitalistischen Liberalismus – eine glänzende Zukunftsprognose. Entscheidend ist dabei für mich das Herangehen an dieses Phänomen. Es definiert die Globalisierung als ein negatives Phänomen, zeigt jedoch zugleich, wie unrealistisch, sinnlos und töricht es wäre, so gegen die Globalisierung zu kämpfen, wie die Maschinenstürmer in den Fabriken, die so genannten ethischen Sozialisten, die zu jener Zeit ihren Tagträumen nachliefen.

Wir müssen dieser schlechten Globalisierung das Modell einer guten Globalisierung entgegensetzen. An die Stelle der Globalisierung im Interesse einer exklusiven Elite muss eine Globalisierung der Mehrheit treten, die auf Solidarität und Zusammenarbeit beruht.

Die Europäische Union ist von diesem Idealbild der Globalisierung weit entfernt. Aber trotz allem ist sie ihr näher als es alle übrigen Führungsmächte und Blöcke der Weltwirtschaft sind.

Warum ist es für Ungarn so wichtig, der EU beizutreten? Warum ist das insbesondere für die ungarische Linke so wichtig?

– Zunächst eine kurze Vorbemerkung dazu, dass Herr Schrader mein Land in Mittel- und Osteuropa einordnet. Dazu ist zu sagen, dass alle fortschrittlichen Bewegungen, auch die Arbeiterbewegung in Ungarn, ihre Wurzeln in West- und Mitteleuropa haben. Dazu gehören die deutsche Sprache, Praktiken, Regeln und Ideen – z. B. der Austro-Marxismus – die sämtlich aus West- und Mitteleuropa stammen.

– Die österreichisch-ungarische Monarchie war in vieler Hinsicht der EU durchaus ähnlich. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, gemeinsame Zollgrenzen, eine gemeinsame Währung bei unterschiedlicher Kultur- und Sozi-

alpolitik, ein Markt, aber viele Kulturen – das alles ist uns durchaus nicht fremd.
 – Für den Beitritt zur EU sprechen die soziale Dimension, die gemeinsamen Umweltprogramme, die Entwicklung der Infrastruktur, der gesamte Prozess der Entwicklung, den unser Land so dringend braucht.

– Zwar sind bereits viele japanische und amerikanische Investoren in Ungarn tätig, aber wir wollen Europa zugehören. NATO-Mitglied sind wir bereits.

– Uns einen mit Europa gemeinsame politische Ziele – Nein zu Haider, Nein zu Le Pen, Nein zu den ungarischen Neofaschisten.

– Und schließlich soll auch erwähnt werden, dass ein größeres Europa eine mächtigere Kraft in dem bereits sehr harten Wettbewerb um Märkte, um die Umwelt, um Arbeitsplätze und Energie darstellt.

In den sechziger Jahren versprach man uns, dass ein neues Zeitalter, das des Aquarius anbricht... Heute denke ich mit Trauer, dass uns statt dessen sehr harte Jahre bevorstehen. Auch aus diesem Grunde ist eine größere Einheit Europas, insbesondere West- und Mitteleuropas, für uns unabdingbar.

Lassen wir die Zahlen sprechen!

Zur sozialen Dimension: Die jährlichen Wachstumsraten des BIP liegen in Ungarn in den letzten Jahren zwischen 4,5 und 5 Prozent, d. h., sie sind doppelt so hoch wie in den EU-Staaten.

Die Arbeitslosigkeit liegt bei 7 Prozent, niedriger als der Durchschnitt der EU. Etwa die Hälfte des Exports wird von Multis realisiert, 75-80 Prozent gehen auf den EU-Markt.

In den gemeinsamen Sitzungen mit Parlamentariern des Europäischen Parlaments werden viele Dokumente der EU und des EP debattiert.

Der jüngste Bericht der EU-Kommission über Ungarn aus dem Jahre 1999 enthält folgende Feststellungen:

– Der soziale Dialog in Ungarn kommt voran.

– Die Gleichbehandlung von Mann und Frau ist garantiert. Einige Fälle von Diskriminierung auf Grund des Geschlechts werden von der Ungarischen Arbeitsinspektion geklärt.

– 1998 wurde ein auf drei Säulen beruhendes Rentensystem eingeführt. Dies sind die Sozialversicherung, freiwillige Privatversicherungen und eine obligatorische private Zusatzversicherung für Personen, die dem System nach 1998 beitreten.

– Die Gesundheitsreform hat noch nicht begonnen. Für das Gesundheitswesen werden zwischen 5,5 und 8,5 Prozent des BIP ausgegeben.

Schlussfolgerung der Kommission: »Ungarn ist bei der rechtlichen Umsetzung der EU-Bestimmungen für Arbeit und Soziales relativ weit fortgeschritten. Besondere Aufmerksamkeit muss dabei den Bestimmungen zum Gesund-

heitswesen, zur Sicherheit am Arbeitsplatz und zur Arbeitsgesetzgebung gewidmet werden.« (Im übrigen sollte die Kommission nach meiner Meinung viel größere Bemühungen im Bereich der Umwelt als im Bereich Arbeit und Soziales unternehmen.)

Nun folgen einige persönliche Bemerkungen, die ich hier frank und frei darlege. Vielen von Ihnen werden sie sicher bekannt vorkommen. Es ist eine kurze Bilanz der vergangenen zehn Jahre:

10 Prozent der Bevölkerung haben absolut hinzugewonnen.

Etwa 20-30 Prozent haben relativ gewonnen. Mit mehr Arbeit haben sie ihren Lebensstandard mehr oder weniger stabilisieren können.

60 Prozent sind Verlierer. Nur die Hälfte davon ist in der Lage, wieder auf die Beine zu kommen. Für etwa 3 Millionen Ungarn gibt es keinen Ausweg. Der Kapitalismus ist für sie Endstation, sie können ohne Sozialhilfe nicht überleben.

32 Prozent existieren unterhalb der Armutsgrenze. Das sind vor allem ältere Menschen, Langzeitarbeitslose und arme Menschen auf dem Dorfe – die Opfer des Zerfalls der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Sie verstehen das Neu-Ungarisch, die Bedeutung und Funktionsweise der neuen Gesellschaft nicht, sind alt, krank und ungebildet.

Die Aufgabe der ungarischen Linken muss darin bestehen, zumindest der Hälfte der Verlierer die Chance zu geben, sich selbst zu helfen und zu den Gewinnern zu gehören. Zugleich gilt es, für die Millionen Hoffnungslosen zu sorgen.

Wenn wir uns die Einkommensschere betrachten, dann verdienen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung 8,5 mal mehr als die ärmsten 10 Prozent. Diese Kluft vertieft sich Jahr um Jahr. Die USP hat das Ziel, diesen Prozess zu stoppen.

Die Löhne sind noch sehr niedrig. Ein großer Unterschied besteht zwischen dem Niveau der privaten und staatlichen Dienstleistungen. Einkaufsmeilen, neue Fabriken, Hotels und Medienzentralen sind nicht schlechter als in Graz oder Oberhausen, einige sogar noch »pompöser« als dort. Dagegen sind Schulen, Krankenhäuser und Behördenräume unterentwickelt – zwar nicht mehr ganz wie auf dem Balkan, aber noch nicht wie in Mitteleuropa. (Berichte der UNESCO besagen, dass ungarische Studenten beispielsweise in Mathematik und Physik nach wie vor über dem Durchschnitt der EU liegen.)

Ein starkes Gefälle besteht nach wie vor zwischen den Regionen Westungarn einschließlich Budapest und Ostungarn, zwischen der jungen und der älteren Generation, zwischen den Romas und allen anderen nationalen Gruppen. Letztere stellen zwar nur 5 Prozent der ungarischen Bevölkerung, aber unter den Kindern bis sechs Jahren bereits 20 Prozent. 70 Prozent der männlichen Roma sind arbeitslos. Ohne die arbeitslosen Romas und die hohe Arbeitslosigkeit in Ost-

ungarn wäre die Gesamtrate so niedrig wie in den Niederlanden oder den USA.

Zu beachten ist: In Ungarn arbeiten mehr Osteuropäer illegal als ungarische Bürger in Österreich oder Deutschland. Wir brauchen dringend Entwicklung, um bestimmte Regionen voranzubringen, um die Kluft zwischen arm und reich, zwischen entwickelten und unterentwickelten Gegenden, zwischen den Roma und der Mehrheit der Gesellschaft zu überwinden.

Die EU-Sozialcharta ist in Ungarn ratifiziert

Nach wie vor ist die Hoffnung auf die EU in Ungarn groß. Eine Enttäuschung wäre allerdings sehr gefährlich.

Zu einigen politischen Aspekten:

Der ungarische Ministerpräsident hat seinen österreichischen Kollegen, Bundeskanzler Schüssel, nach Budapest eingeladen. Wo hat er diese Einladung ausgesprochen? In München, als er sich von Herrn Stoiber verabschiedete.

Eine traurige, aber offene Bemerkung, ich bin kein Diplomat: Im Westen interessiert sich die Linke weniger für uns als die Rechte. Viele Körperschaften der USA und NGOs wie Open Society und andere zentral gesteuerte Dienststellen sind in Ungarn sehr aktiv. Dazu kommen westeuropäische Konservative, christlich-demokratische Organisationen, Scientology und verschiedene neoprotestantische Bewegungen. Viele ungarische Intellektuelle verdienen gut als Mittelsleute, die Verbindungen zwischen diesen Agenturen, konservativen Bewegungen und Lobbies einerseits sowie dem zurück gebliebenen Osteuropa andererseits herstellen. In dieser Hinsicht ist Budapest ein neues Wien – für viele Amerikaner die letzte zivilisierte Stadt im Osten. Bei der westeuropäischen Linken sehen wir nichts dergleichen.

Als Journalist und Filmkritiker, der bestimmt schon 25 bis 30 mal in West- und Ostberlin gewesen ist, fühle ich mich hier wie zu Hause, sehe viele Ähnlichkeiten in Lebensgefühl und Architektur zwischen Prenzlauer Berg und unserer Josefstadt...

Wir wollen wieder in das alte europäische Haus zurück – mit neuen Regeln, ohne die Fehler und Verbrechen unserer gemeinsamen Vergangenheit zu vergessen.

Die Probleme der sozialen Dimension von Ungarns EU-Beitritt können gelöst werden. Dafür ist allerdings auf beiden Seiten eine genaue Kenntnis der Tatsachen (z. B. Löhne, regionale Unterschiede, Roma), sind mutige Schritte und Projekte nötig.

WŁODZIMIERZ DYMARSKI

Die Vorbereitung Polens auf die Aufnahme in die EU: Probleme der Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungspolitik

In ihrer Einschätzung der Bewerbung Polens um Aufnahme in die EU von 1997 befand die Kommission: »Polen kann als funktionierende Marktwirtschaft betrachtet werden«; es »müsste gut in der Lage sein, mittelfristig dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten«.

Diese Feststellung wurde in den Fortschrittsberichten zweier aufeinander folgender Jahre bestätigt. In dem Bericht von 1999 wurde hinzugefügt, dass Polen über angemessene rechtliche und institutionelle Bedingungen für wirtschaftliche Betätigung verfügt. Der Bericht führt aus, dass »die makroökonomische Stabilität in Polen gut etabliert ist«, wobei allerdings auch auf die sich ausweitenden Defizite im Handel und in der Zahlungsbilanz als potenzielle Gefahr verwiesen wird, falls sie nicht strikt kontrolliert werden.

Laut diesem Bericht besteht die größte wirtschaftliche Herausforderung, welcher sich Polen gegenwärtig gegenübersteht, darin, die Reformen besonders auf dem Gebiet der Landwirtschaft sowie bei der Privatisierung und Umstrukturierung der vielen noch vorhandenen staatlichen Unternehmen voranzutreiben und gleichzeitig eine mittelfristige Konsolidierung der Zahlungsbilanz anzustreben.

Diese kurze Beschreibung der wirtschaftlichen Situation in Polen wirkt recht positiv, aber bei näherer Betrachtung werden viele ernsthafte Probleme festgestellt, für die in der Zukunft Lösungen gefunden werden müssen. Ich möchte hier die Probleme darstellen, welche die wichtigsten zu sein scheinen.

Makroökonomische Entwicklungen und Probleme der Politik

Nach der tiefen Krise von 1990 und 1991 stieg das Bruttoinlandsprodukt der polnischen Wirtschaft in den folgenden acht Jahren um 48 Prozent und erreichte einen Wert von ca. 8000 US-Dollar pro Kopf (dies entspricht 40 Prozent des EU-Durchschnitts). Während der vergangenen zwei Jahre sank die Wachstumsrate erheblich auf 4,8 und 4,1 Prozent, nachdem in den vorangegangenen drei Jahren auf Grund der enormen Leistungen die Rate 6-7 Prozent betragen hatte.

Das schwächere Wachstum seit Mitte 1998 war das direkte Ergebnis der russischen Krise und der Verlangsamung der Wirtschaft in der EU, verbunden mit einer geringeren einheimischen Investitionsnachfrage. Gegenwärtig wird wieder eine Beschleunigung der Wirtschaft verzeichnet: die Wachstumsrate

während des letzten Quartals des Jahres 1999 und des ersten Quartals des Jahres 2000 betrug ca. 6,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Ausgehend von jüngsten Vorhersagen der Europäischen Kommission ist für das laufende Jahr mit einer Wachstumsrate von 5,1 Prozent zu rechnen.

Obwohl wieder eine hohe Wachstumsrate erreicht wurde, stieg die Arbeitslosigkeit weiter an und erreichte am Ende des ersten Quartals des Jahres 2000 eine Rate von 13,9 Prozent. Es muss erwähnt werden, dass im September 1998 diese Rate schon 9,6 Prozent betrug (die niedrigste seit 1994). Die wachsende Arbeitslosigkeit im Jahre 1999 sowie zu Beginn des Jahres 2000 wurde nicht nur durch den Eintritt neuer Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt und durch ein Sinken der wirtschaftlichen Aktivität einiger Unternehmen, vor allem in der Leichtindustrie, wobei beide Faktoren jeweils 150.000 neue Arbeitslose erzeugten, sondern auch durch Entlassungen hervorgerufen. Diese wurden vor allem in drei Bereichen durchgeführt: *erstens* in den umstrukturierten Kohle- und Stahlunternehmen, *zweitens* in privatisierten staatlichen Unternehmen, *drittens* in der öffentlichen Verwaltung, dem Gesundheitswesen und dem Bildungswesen auf Grund von in diesen Sektoren durchgeführten Reformen. Ein leichtes Absinken (auf 13,5 Prozent) der Arbeitslosenrate im Mai dieses Jahres könnte sich als lediglich saisonbedingt herausstellen, da die meisten der oben genannten Faktoren auch in den kommenden Jahren gültig bleiben werden.

Es muss erwähnt werden, dass laut der Regionsstrategie für die wirtschaftliche Entwicklung (die vergangenes Jahr angenommen wurde) die Arbeitslosenrate bis 2006 nicht unter 10 Prozent sinken wird (und es wurde angenommen, dass die Rate für das Jahr 2000 nur 11,2 Prozent betragen wird).

Wie oben erwähnt, besteht die größte potenzielle Gefahr für die Stabilität der polnischen Wirtschaft in einer Ausweitung des Defizits der Staatsfinanzen und einer Zunahme der negativen Handelsbilanz, die 1999 beinahe 14,5 Milliarden US-Dollar betrug. Das Verhältnis von Exporten zu Importen betrug während der vergangenen drei Jahre ca. 60 Prozent. Während des gleichen Zeitraums blieb der Anteil Polens am Weltaußenhandel auf dem niedrigen Niveau von ca. 0,7 Prozent für Importe und 0,5 Prozent für Exporte. Die Hauptursache für diese ungünstigen Verhältnisse liegt in der geringen Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft.

Das Defizit in der Zahlungsbilanz wuchs von 4,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Jahre 1998 auf 8,3 Prozent bis Ende März 2000. Dies ist zweifellos ein hohes, aber nicht alarmierendes Niveau, wenn man es den offiziellen Devisenreserven von fast 25 Milliarden US-Dollar gegenüberstellt. Die kürzliche Vorhersage der EU ist wesentlich optimistischer als die vor einem halben Jahr veröffentlichte: das Defizit in der Zahlungsbilanz wird für dieses Jahr auf 6,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes geschätzt im

Vergleich zu 8,1 Prozent, die für das Ende des vergangenen Jahres erwartet wurden.¹

Die Inflationsrate in Polen ist weit vom EU-Standard entfernt. Obwohl die jährliche durchschnittliche Inflationsrate ständig gesunken ist, betrug sie 1999 immer noch 7,3 Prozent. Allerdings stieg diese Rate im Jahre 1999 beim Vergleich der beiden Dezember-Monate (von 8,6 Prozent auf 9,8 Prozent). In den drei darauf folgenden Monaten stieg die Rate auf bis zu 10,3 Prozent. Nach einem Absinken auf 9,8 Prozent im April erhöhte sie sich im Mai wieder auf 10 Prozent und für Juni wird mit einem weiteren Anstieg auf 10,3 bis 10,5 Prozent gerechnet. Im Ergebnis dieser Anhebung des Preisniveaus wird die durchschnittliche Inflation in diesem Jahr vermutlich wesentlich höher sein, als im Gesetz zum Staatshaushalt angenommen (5,7 Prozent) und sogar noch höher als die von 1999. Laut Vorhersagen der EU (und nach Meinung einiger prominenter polnischer Wirtschaftswissenschaftler) könnte sie 9 Prozent erreichen oder sogar darüber hinausgehen.² Ein solcher Unterschied zwischen der tatsächlichen und der angenommenen Inflationsrate kann für den Haushalt des Jahres 2001 zusätzliche Probleme aufwerfen.

Eine unterschätzte Inflation und wachsende nominelle Steuereinnahmen verbessern die gegenwärtige Zahlungsbilanz. Allerdings bedeutet dies auch, dass die Regierung nächstes Jahr Ausgleichszahlungen an Rentner leisten muss. Darüber hinaus wird eine große Arbeitslosigkeit wahrscheinlich höhere Beiträge aus dem Staatshaushalt in die Arbeitskräftefonds erforderlich machen und die beabsichtigte Ablösung langfristiger Schatzbriefe durch kurzfristige wird die Zahlungen für den einheimischen Schuldendienst der öffentlichen Hand erhöhen. Im Ergebnis dessen scheint die beträchtliche Verringerung des Defizits des öffentlichen Haushaltes von den für dieses Jahr geplanten 2,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf die für nächstes Jahr von dem früheren Finanzminister Balcerowicz vorgeschlagenen 1,5 Prozent nicht möglich. Ein Defizit von 2,3 Prozent ist jedoch unter Umständen erreichbar. Ich erinnere daran, dass eine weitere Verringerung der CIT- und PIT-Raten für das Jahr 2001 schon beschlossen wurde.

1 Nach der jüngsten Verlautbarung der Polnischen Nationalbank lag das Währungsdefizit im Mai wesentlich niedriger als erwartet (376 Millionen US-Dollar, statt 700-800 Millionen). Das war das niedrigste monatliche Defizit seit fast zwei Jahren. Damit sank das Jahresdefizit für den Zeitraum Juni 1999 bis Mai 2000 auf ca. 7,8 Prozent des BIP. Der Hauptfaktor für diesen Rückgang ist eine beträchtliche Steigerung des Exports; doch auch andere Komponenten der Währungsbilanz haben sich verbessert.

2 Die polnische Regierung geht davon aus, dass die Inflationsrate im nächsten Jahr im Schnitt bei 6,1 Prozent liegen wird.

Probleme der Strukturpolitik*

Der Transformationsprozess sowie die Öffnung der polnischen Wirtschaft für eine freie Bewegung des Kapitals führten zu beträchtlichen strukturellen Änderungen in der Wirtschaft. Die wichtigste Veränderung besteht darin, dass der private Sektor schon ca. 2/3 des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet und ca. 70 Prozent der Arbeitskräfte beschäftigt. Der Prozess der Privatisierung wird fortgesetzt werden, so dass der Anteil des öffentlichen Sektors zwischen 2005 und 2010 auf ca. 10 Prozent gesenkt werden wird (abhängig vom Szenario der Wirtschaftspolitik). Eine wesentliche Rolle in diesem Prozess spielen direkte ausländische Investitionen (FDI). Ausländische Unternehmen haben schon 38,9 Milliarden US-Dollar in Polen investiert (davon 8,3 Milliarden im Jahre 1999). Die größten Anteile haben dabei Deutschland (17,3 Prozent), die USA (14,7 Prozent) und Frankreich (11,1 Prozent).

Ausländisches Kapital wurde vor allem in der verarbeitenden Industrie (49 Prozent) und insbesondere im Bereich Nahrungsmittel, Getränke und Tabakerzeugnisse (13 Prozent) sowie in Transportausrüstungen (13 Prozent) investiert. Finanzielle Transaktionen machen ca. 22 Prozent der gesamten FDI aus, Handel und Reparaturen 10 Prozent. Der Anteil von Transport, Lagerung und Kommunikation beträgt 5 Prozent und der von Gemeinschafts-, sozialen und persönlichen Dienstleistungen weitere 5 Prozent.

Laut ECA nähert sich die Struktur der polnischen Wirtschaft allmählich der der EU an. Der Beitrag von Landwirtschaft und Industrie zur gesamten Mehrwerterzeugung ist gesunken und betrug 1998 4,8 Prozent bzw. 27,9 Prozent. Der Anteil des Bauwesens und der Dienstleistungen ist auf 8,6 Prozent bzw. 58,7 Prozent gestiegen.

Die Auswirkungen des Transformationsprozesses unter Öffnung der Wirtschaft für den internationalen Wettbewerb und die Freizügigkeit des Kapitals auf die einzelnen Wirtschaftszweige sind unterschiedlich.

Bei traditionellen, kapitalintensiven Unternehmen führte die Umgestaltung zu einer sinkenden Nachfrage nach ihren Produkten. Dies betrifft Kohle und Bergbau, Energieerzeugung, traditionelle Transportmittel (Eisenbahnausrüstungen) und bis zu einem gewissen Grade die chemische und die Verteidigungsindustrie. Diese Zweige sind gezwungen, ihre Produktion und die Anzahl der Beschäftigten stark zu verringern und das verbleibende Produktionspotenzial zu modernisieren. Allerdings führt die Verringerung der Beschäftigtenzahlen in diesen Industriezweigen zu schwerwiegenden sozialen

* erarbeitet in Kooperation mit Janusz Tomidajewicz (Universität für Wirtschaftswissenschaften Poznan)

Folgen, da sie in einigen Regionen Polens stark konzentriert sind und deren wirtschaftliche Grundlage bilden. Dies ist der Grund dafür, dass sich ihre Umstrukturierung verlangsamen wird, was letztendlich zu ihrer Schließung führen kann.

Andererseits sind in arbeitsintensiven Industriezweigen (speziell im Bereich Nahrungsmittel, Holz und Holzzeugnisse, Karton und Papier, Metallerzeugnisse, Textilien, Bekleidung und Pelze) Entwicklungen mit eher quantitativem Charakter zu verzeichnen, die auf Investitionen sowohl einheimischen als auch ausländischen Kapitals beruhen. Die immer noch relativ geringen Lohnkosten fördern die Entwicklung und bieten gegenüber den Wettbewerbern in Westeuropa einen Vorteil. Diese Industriezweige waren relativ erfolgreich und auf Grund ihrer engen Bindungen zu dem Rest der Wirtschaft spielen sie in gewissem Maße die Rolle einer Lokomotive.

Allerdings ist das Wachstum dieser Industriezweige langfristig durch zwei Faktoren bedroht. Zum einen wächst der Wettbewerb durch nichteuropäische Hersteller in Ländern mit noch niedrigeren Lohnkosten (zum Beispiel China, Vietnam), was die Leistung einiger dieser Unternehmen schon im Jahre 1999 negativ beeinflusst hat. Zum anderen steigen die Reallöhne in Polen relativ schnell, was bedeutet, dass der Vorteil der Lohnkosten gegenüber den westeuropäischen Herstellern allmählich verschwindet. Dies kann dazu führen, dass ihr Wachstum beendet wird und danach ihr Ausstoß und die Anzahl der Beschäftigten sinken.

Darüber hinaus hat die Entwicklung einiger dieser Unternehmen auch eine negative Nebenwirkung. Diese besteht in dem traditionell großen Bedarf an importierten Rohmaterialien, der nach der Öffnung der Wirtschaft für einen freien Handel sogar noch größer wurde. Berücksichtigt man das enorme Defizit des polnischen Außenhandels, ist dies als ein Faktor zu betrachten, der nicht zur Lösung des Problems beiträgt.

Im dritten Sektor, welcher Hightech und moderne Industriezweige umfasst, ist die Situation differenziert. Der Flugzeugbau scheint in der nahen Zukunft aufgeben zu müssen. Andererseits wurden die größten Unternehmen der Automobilindustrie, Elektronik, Elektrotechnik sowie des Apparatebaus von führenden internationalen Unternehmen gekauft, die ihr Knowhow und ihre Technologien einführten. Die Mehrheit dieser Unternehmen ist sowohl auf dem Inlands- als auch auf dem Auslandsmarkt erfolgreich. Allerdings sind auch hier zwei bedeutende negative Nebenwirkungen zu verzeichnen. Die aufgekauften Unternehmen haben ihre Beziehungen zu den früheren Zulieferern und kooperierenden einheimischen Unternehmen sowie einheimischen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen stark eingeschränkt oder völlig abgebrochen, so dass die Nachfrage nach deren Erzeugnissen dramatisch

gesunken ist. Der moderne Sektor der Wirtschaft ist also weitgehend vom Rest der einheimischen Hersteller isoliert. Unternehmen, die sich im Besitz ausländischen Kapitals befinden, sind außerdem verantwortlich für einen beträchtlichen Teil der negativen Handelsbilanz. Um ehrlich zu sein, muss ich sagen, dass die Schuld hierfür nicht nur bei den internationalen Unternehmen liegt. Einige von ihnen versuchen, Zulieferer unter den polnischen Unternehmen zu finden, doch die Qualität der Angebote dieser Unternehmen ist oft nicht befriedigend.

Ein ganz besonderes Problem ist die polnische Landwirtschaft. Ländliche Gebiete und die Landwirtschaft sind in Polen eng miteinander verbunden und ihre soziale Rolle und wirtschaftliche Bedeutung ist größer als in den EU-Ländern. Es gibt einige Regionen, in denen die Landwirtschaft immer noch der wichtigste Wirtschaftssektor ist. Der sinkende Anteil dieses Sektors wurde schon erwähnt, es muss aber auch hinzugefügt werden, dass dies zum Teil das Ergebnis der sinkenden Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Vergleich zu anderen Waren ist.

Die landwirtschaftliche Produktion in Polen ist nicht durch Quoten geregelt und der Erzeuger trägt das gesamte Produktionsrisiko, wobei nur wenige Erzeugnisse auf Grund von Lieferverträgen geliefert werden. Im Ergebnis dessen sind die Einkommen der Landwirte niedrig und sinken weiter (und es findet kein Ausgleich durch Fördermittel statt, wie dies in den EU-Ländern der Fall ist).

Die Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft ist enorm. Sie liegt bei fast 4 Millionen Arbeitskräften, d.h. 27 Prozent der gesamten Arbeitskräfte. Die versteckte Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft wird auf 900.000 Personen geschätzt. Mehr als 92 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen in Polen befinden sich in Privatbesitz, aber die Größe und das Produktionsniveau vieler landwirtschaftlicher Unternehmen ist zu gering. Im Ergebnis dessen sind nur ca. 57 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe marktorientiert. Überproportional hohe Kosten und fehlende Gewinne machen es für viele Landwirte unmöglich, neue Ausrüstungen zu kaufen und neue Methoden anzuwenden, insbesondere solche, welche zu besserer Hygiene und besserer Qualität der Erzeugnisse führen. Andererseits kann der geringe Einsatz von Düngemitteln und Chemikalien für den Pflanzenschutz als potenzieller Vorteil für die polnische Landwirtschaft gewertet werden.

Ein weiteres Problem besteht im Fehlen eines stabilen Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, was zu unzureichenden Verbindungen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern und Nahrungsmittel verarbeitenden Unternehmen und Großhändlern führt. Der wachsende Wettbewerbsdruck durch ausländische Nahrungsmittel (von denen viele in ihren Herkunftsländern subventioniert werden) macht die Situation noch schwieriger.

Probleme der Beschäftigungspolitik

Vor zwei Jahren, Mitte 1998, als die Arbeitslosenrate in Polen von dem vier Jahre vorher erreichten Spitzenwert von fast 17 Prozent auf unter 10 Prozent sank, schien es, als wäre das Problem der Arbeitslosigkeit auf dem besten Wege, in der nächsten Zukunft gelöst zu werden. Seit dieser Zeit ist die Rate nicht weiter gesunken, sondern um ein Drittel angestiegen, was beweist, dass die Arbeitslosigkeit eines der schwierigsten sozialen und wirtschaftlichen Probleme ist und nur durch eine umfassende Umstrukturierung der gesamten Wirtschaft gelöst werden kann.

Das Problem ist sogar noch schwerwiegender als es mit Blick auf die Anzahl der registrierten Arbeitslosen erscheint. Laut einer Schätzung der Regierung ist die tatsächliche Arbeitslosenrate ca. 8 Prozentpunkte höher als die offiziell angegebene auf Grund versteckter Arbeitslosigkeit, vor allem in der Landwirtschaft. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in ländlichen Gebieten wird auf 2 Millionen Menschen geschätzt. Dieses Problem kann zweifellos nicht durch eine Migration in städtische Gebiete gelöst werden, die nicht in der Lage sind, einen bedeutenden Anteil der in Frage kommenden Menschen aufzunehmen. Darüber hinaus verfügt die Mehrheit (75 Prozent) der ländlichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter nur über eine elementare Bildung und nur ein winziger Teil (2 Prozent) hat einen Universitätsabschluss. Die Schlussfolgerungen liegen auf der Hand. Es ist absolut notwendig:

- in den ländlichen Gebieten mehr Arbeitsplätze (Vollzeit und Teilzeit) zu schaffen;
- die ländliche Bevölkerung mit einer besseren Bildung auszustatten;
- die technische und soziale Infrastruktur zu verbessern, so dass ländliche Standorte als Wohnorte und Unternehmensstandorte attraktiver werden.

Leider sind nur wenige Verbesserungen der ländlichen Infrastruktur während der vergangenen Jahre zu verzeichnen. Die Anzahl der Arbeitsplätze in Unternehmen außerhalb der Landwirtschaft ist gesunken und der Zugang der ländlichen Jugend zu guter Oberstufen- und Universitätsbildung war in den vergangenen Jahren auf Grund wirtschaftlicher Faktoren eingeschränkt. Was den Zugang zu Schulbildung angeht, so bestehen die Hauptfaktoren in den wachsenden Kosten für den Pendelverkehr oder dem Schließen unwirtschaftlicher Linien des öffentlichen Verkehrs zwischen ländlichen und städtischen Gebieten. Bezüglich der Universitätsbildung ist der Zugang eingeschränkt durch hohe Unterbringungskosten in den Städten und eine wachsende Kommerzialisierung der öffentlichen Universitätsbildung.

Falls in der nächsten Zukunft nicht beträchtliche Fortschritte bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze gemacht werden, kann die Arbeitslosigkeit drama-

tisch ansteigen, da in den kommenden fünf bis sechs Jahren der erwartete Zustrom junger Arbeitskräfte auf 1,6 Millionen Menschen geschätzt wird. Allerdings hat die Regierung hier noch nicht viel getan, um günstige Bedingungen zu schaffen und diese Entwicklung durch eine konsequente zweckmäßige Politik abzufedern.

Die Arbeitskräftepolitik in Polen war seit 1998 unter dem starken Einfluss einer orthodox liberalen Doktrin. Unter dem Einfluss dieser Politik wurden die Zahlungen aus dem Staatshaushalt in den Arbeitsmarktfond, aus dem die passive und aktive Arbeitsmarktpolitik finanziert wird, verringert. Im Ergebnis dessen ist sogar die absolute Zahl der Arbeitslosen, die durch verschiedene aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erfasst waren, gesunken und der Anteil der Arbeitslosen, die Lohnersatzzahlungen erhalten, hat sich auf nur 23 Prozent der Gesamtzahl verringert.

MIECZYSLAW KABAJ

An outline of an active programme to resist poverty and social marginalisation

Introduction

The paper deals briefly with the programme of counteracting poverty, which has been elaborated recently in Poland.¹ The programme covers three parts: (1) the trends in poverty incidence, (2) the factors responsible for expansion of poverty during the period of transformation, and (3) the outline of strategy for poverty alleviation.

The trends

The transition of the Polish economy to a market system since 1990 has been relatively successful. In economic terms the rate of economic growth since economic recovery started in 1992 has been relatively high. Average rate of growth of GDP during this period was 5% annually.

During the same period due to a decline of real wages and increase of unemployment the poverty rate has increased dramatically. It has been estimated that overall poverty, i.e. the percentage of the population receiving income lower than the social minimum, increased from 20,5% in 1990 to 50% in 1998. The number of people living in extreme poverty (income below subsistence level) is estimated at a level of 2,2 million persons i.e. 5,6% of the population of the country. According to the World Bank methodology² the poor in Poland constitute 14,4% of the population, that is 5,6 million persons. Using the Leyden methodology or subjective poverty line, the poor constitute 30,8% or 11,9 million persons. As observed by recent research, poverty is closely connected with the size of the household, the place of residence (60% of the poor live in rural areas), unemployment and the level of education (see Figure 1 and tables 1-3).

The factors

Two main factors have been responsible for growth of poverty. The most important factor has been an increase of unemployment between 1990 and 94

1 M. Kabaj, Programme of counteracting poverty, Institute of Labour and Social Studies, Warsaw 2000.

2 The World Bank, Poverty and Social Transfer in Poland, March 1995, p. II.

and again from 1998 to 2000 (see Figure 2). In March 2000 unemployment reached more than 2,5 million persons and unemployment rate 14% of labour force.

At the same time, due to very rigid legislation, the number of persons entitled to unemployment benefit declined to 25% of total registered unemployment.

The second important factor responsible for poverty expansion has been low wages, pensions, decline in income of farmers, and very low level of social assistance.

In conditions of growth of GDP the expansion of poverty has been linked with dramatic an increase in income differentiation. The process of income polarisation is illustrated by Figure 3. Between 1990 and 1998 income share of first decile declined from 4% to 2,2%, and the share of tenth decile increased from 21,2% to 26,2%. The ratio tenth/first decile increased from 5,3 to 11,9.

The analysis of change in income distribution shows that the fruits of economic growth has not been equally distributed, leaving millions of people struggling in ever deepening poverty. Jobless and ruthless growth, growing poverty and social exclusion may create social and economic threats to the economic reforms and the further development of a market economy. Therefore, it is absolutely essential to elaborate programmes and strategies for reducing poverty and social exclusion, to develop active labour market measures and strategies, and to adjust programmes of the Public Employment Services and Social Assistance Centres to these activities.

An outline of the programme

The main objectives of the programme has been integration of goals and targets for reducing and consequently eliminating poverty and social exclusion into the overall economic and social policies and development planning at the national regional and local levels.

New methods of reducing unemployment, poverty and social exclusion by employment-oriented growth has been suggested: introducing changes in the structure of labour market programmes towards active measures (training, retraining, subsidized employment, public works, development of SME access to credit for entrepreneurship), and a new approach to social assistance, focusing on active measures which enable reducing dependency on the welfare system.

Promotion of employment and reducing unemployment

The key for alleviation of poverty is employment promotion. Policy of reducing unemployment should not be limited to active labour market programmes.

It has been obvious that active labour market policy can bring effects if it is of a *complementary*, i.e., is integrated with an employment-oriented development strategy. This analysis demonstrates the necessity of looking for alternative methods of counteracting unemployment. They consist of an employment oriented development strategy and an integral approach to employment and unemployment in the economic decision-making process.

The new approach to promoting employment is based on a *dual growth strategy*. Three basic elements of this strategy are illustrated by Figure 4. In a situation of relative scarcity of capital, considerable unemployment and large additions to the labour force, an employment-oriented strategy must be two-pronged (a) it stimulate the development of, on the one hand, of modern technological processes and high productivity, and (b) on the other hand – should activities conducive to labour-intensive economic growth, for example, through development of small business and sectors of production which exhibit high labour-intensiveness. The programme postulates that the chief precondition for implementation of this last element of the dual strategy is reduction of the social security taxes which drive up labour costs, especially in small and labour-intensive enterprises. *It is a paradox that employment is heavily taxed in the economy with unlimited labour supply and mass, structural unemployment.*

There are three aspects to the promotion of employment-oriented economic growth: (1) expansion of investment and better utilization of existing of modern production capacity; (2) accelerated development of small and medium sized enterprises which require the least capital investment per 1 new job created; (3) creation of tax relief's or lightening the burden of obligatory social insurance contributions in small enterprises with relatively high levels of labour imputes. A system for counteracting unemployment consists of three mentioned above interdependent subsystems a macroeconomic policy conducive to the creation of new jobs.

The changes in economic policy needed to promote productive employment and reduce unemployment concern four fundamental areas:

(1) Initiation of macroeconomic, sectoral and regional (local) strategies and measures to expand investment, demand and productive employment;

(2) Reform of labour market policy aimed at increasing the share of active labour market programmes, which lead to more productive employment and retraining of the unemployed;

(3) Deregulation of labour markets and enhancement of their flexibility;

(4) Creation of institutional framework required promoting employment and reducing unemployment.

An integrated approach entails two things in particular. *First*, labour market policy must operate as part of over-all economic policy and should not be treated as a separate area; *second*, labour market policy cannot make up for a lack of employment-oriented growth policies (substitution function). It means that the »substitution« approach to labour market policy is not very effective. The second an alternative approach, favoured by the author, could be called an »integrated« or »complementary« approach. When economic growth cannot expand employment sufficiently, macroeconomic policy measures should be adjusted to promote the creation of new jobs. The role of labour market programmes is vital, but limited to three functions (Figure 5):

- a) supplementing and supporting macroeconomic policy,
- b) addressing high unemployment on local labour markets,
- c) targeting particular groups, such as the long-term unemployed, young people, the disabled, etc.

An effective programme of employment promotion is possible only if it is assigned a more prominent place within social and economic policy at all levels. Only a combination of the efforts of central government, social partners regional and local authorities, and the legislature has a chance of reversing the negative employment processes which have taken hundreds of thousands of people out of the employment. In this connection, the words of the late Olof Palme could not be bettered: »*In my government all ministers are ministers of full employment*«. In simple terms this means that no economic decision should be taken without taking due account of their impact in employment and unemployment.

Figure 1
Table 1

Table 2

Table 3

Figure 2

Figure 3

Figure 4

Figure 5

ARNDT HOPFMANN

Osteuropa und die Europäische Integration – problematische Aussichten*

Die unerwartet abrupte und geschlossene Abkehr der ehemaligen Ostblockstaaten vom Sozialismusmodell sowjetischen Typs war keineswegs nur darauf gerichtet, einen autoritär-diktatorischen Überbau zu beseitigen (»Debolschewisierung«) und durch parlamentarisch-demokratische Strukturen zu ersetzen. Von Anfang an zielte die Einleitung einer »Systemtransformation« vom »vormundschaftlichen« Staatssozialismus zu kapitalistischer Marktwirtschaft und Konkurrenzdemokratie auch auf eine Hinwendung zu (West)Europa.

Insbesondere hoffen die Reformstaaten auf einen erheblichen Wohlstandsanstieg, der nicht zuletzt mit Hilfe eines raschen Beitritts zur Europäischen Union (EU) verwirklicht werden soll.¹ Genährt wurden diese Hoffnungen vor allem auch durch einflussreiche politische Repräsentanten der EU-Staaten, die kaum eine Gelegenheit ausließen, den Mittel- und Osteuropäern – als Gruppe, oft aber auch Einzelstaaten – unter bestimmten Bedingungen die baldige EU-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen. Dafür, dass die EU den Integrationshoffnungen der Mittel- und Osteuropäer mit deutlichen Signalen entgegenkam und diese so in mehr oder weniger konkrete Beitritts Hoffnungen verwandelte, gab es offenbar zwei wesentliche Ursachen. Einerseits wurden die sozialen Erschütterungen und politischen Unwägbarkeiten des Transformationsprozesses sehr wohl als – allerdings eher diffuses – Konflikt- und Bedrohungspotential empfunden, dem mit einer baldigen wirtschaftlichen und militärpolitischen Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in westeuropäische Politik- und Wirtschaftsstrukturen die Spitze genommen werden sollte. Auf der anderen Seite bot der Zerfall des Ostblocks auch die historische Chance, den geopolitischen Großraum Europa neu zu ordnen (vgl. Thiel 1998: 262f).

Der allenthalben verbreitete Beitrittsoptimismus, der angesichts der augenfälligen Zuspitzung hausgemachter Probleme des Integrationsprozesses innerhalb der EU (vor allem hinsichtlich der Erfüllung und Einhaltung der Konvergenzkriterien für die Teilnahme an der Währungsunion und in bezug auf die

* Dieser Beitrag beruht in großen Teilen auf einem Artikel, der unter dem Titel »Die Osteuropäer ante portas – quo vadis Europa?« in: Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: »Ökonomie eines friedlichen Europa« erscheinen wird.

1 Daran, dass diese Erwartungen »zu Recht« bestehen, wie Brücker/Schrettl (1997: 24) meinen, bestehen angesichts der vorherrschenden wirtschaftspolitischen Dogmen innerhalb der EU zumindest beträchtliche Zweifel.

gemeinsame Agrarpolitik der Union) trotz der spezifischen politischen Rahmenbedingungen doch einigermaßen überrascht, hat bisher zwei Konsequenzen gezeitigt.

Zum einen wurde durch die Verheißung einer schnellen Aufnahme in die EU unter den wirtschaftlich relativ entwickelten Staaten Ostmitteleuropas ein Beitrittswettbewerb ausgelöst. Denn natürlich war den Regierungen – von Warschau über Prag und Budapest bis Ljubljana – klar, dass kaum alle zehn Antragsteller² kurzfristig und zu den aktuellen Bedingungen in die EU aufgenommen würden. In der Konkurrenz um einen eventuell möglichen schnellen Beitritt für einzelne Bewerber liegt auch begründet, dass die maßgeblich auf Betreiben der EU zwischen den Visegrád-Ländern (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) 1992 geschaffene Zentraleuropäische Freihandelszone (CEFTA) kaum ernsthaft institutionalisiert und gefördert wurde (vgl. auch Holtbrügge 1996: 537), weil von vornherein der Verdacht bestand, dass diese Regionalstruktur unter der Hand zu einem »EU-Wartesaal mit unbegrenzter Aufenthaltsdauer« (Meier 1997: 30) mutieren könnte. Zum anderen wurde durch die Vereinzelung der Bewerber sichergestellt, dass die Bedingungen des Beitritts mangels gemeinsamer Verhandlungspositionen allein durch die EU diktiert werden können.³

Diese Konstellation sichert der EU zweifellos eine günstige Ausgangsposition für die Beitrittsverhandlungen, »weil ihre Entscheidungen im Gegensatz zu Verhandlungsprozessen im EU-System nicht zuvor von den verhandelnden Staaten gebilligt werden müssen« (Brusis 1999: 88). Dennoch ist es angesichts der internen Probleme der EU – und vor allem weil die Osterweiterung diese Probleme kaum vermindert, sondern eher noch zuspitzt⁴ – nur schwer

- 2 Alle zehn Staaten, mit denen die EU Europa-Abkommen abgeschlossen hat, haben inzwischen Beitrittsanträge gestellt, und zwar Ungarn (31. März 1994), Polen (5. April 1994), Rumänien (22. Juni 1995), Slowakei (27. Juni 1995), Lettland (13. Oktober 1995), Estland (24. November 1995), Litauen (8. Dezember 1995), Bulgarien (14. Dezember 1995), Tschechien (17. Januar 1996) und Slowenien (10. Juni 1996) – (vgl. dazu auch Thiel 1998: 265-269).
- 3 Grundlage für die »Heranführung« der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer an die EU sind die vom Europäischen Rat im Juni 1993 in Kopenhagen festgelegten Kriterien für einen Beitritt – institutionelle Stabilität, funktionsfähige Marktwirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit, Übernahme des *acquis communautaire* – und das in Cannes 1995 gebilligte »Weißbuch«, in dem die Rechtsvorschriften in 23 Bereichen aufgelistet werden, die für den Europäischen Binnenmarkt maßgeblich sind und an die die Kandidaten ihre jeweiligen Rechtsordnungen anpassen müssen (vgl. Meier 1997: 25).
- 4 Zwar könnte die EU-Bevölkerung im Zuge der Osterweiterung um mehr als ein Viertel auf nahezu 500 Millionen wachsen, das Gesamtbruttoinlandsprodukt würde jedoch nur um knapp fünf Prozent steigen (vgl. Agenda 2000/Einleitung) – »die Osterweiterung würde 100 Mio. Verbraucher zusätzlich bringen, wobei die durchschnittliche Kaufkraft der neuen Verbraucher aber nur rund ein Drittel derjenigen der derzeitigen Verbraucher in der Union erreicht « (Agenda 2000/Abschnitt III/3). Die neuen Mitglieder wären (zu den gegenwärtigen Bedingungen) alle Nettozahlungsempfänger.

verständlich, warum die Ausdehnung der EU mit solcher Vehemenz betrieben wird. Die verborgenen Triebkräfte des Projekts »Osterweiterung« erschließen sich daher auch weniger aus dem politischen Druck, der von Seiten der mittel- und osteuropäischen Reformer auf die EU ausgeübt wird, sondern vielmehr aus jenen wesentlichen Wandlungen, die sich seit etwa Mitte der achtziger Jahre im westeuropäischen Integrationsprozess selbst vollzogen haben.

Westeuropa – von der Wohlfahrts-Gemeinschaft zur Standort-Union

Wie die angestrebte Osterweiterung der EU war auch die Gründung des EU-Vorläufers EWG von Anfang an ein eminent politisches Projekt, das in Ermangelung des dafür notwendigen politischen Konsens zunächst als wirtschaftliche Integration mit dem Ziel der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes ohne Handelsschranken, mit freiem Kapital- und Dienstleistungsverkehr und (bedingter) Freizügigkeit der Arbeitnehmer umgesetzt wurde (vgl. Thiel 1998: 22ff.; Stapelfeldt 1998: 49ff.). Sowohl im Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951) als auch in den Abkommen über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und schließlich 1957 der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) nimmt die »Sicherung des Weltfriedens« einen herausragenden Platz unter den Vertragszielen ein.

Insbesondere auf Betreiben Frankreichs, das ein wiedererstarkendes Westdeutschland als Konkurrenten fürchtete, sollte die Schaffung der Europäischen Gemeinschaften einen zuverlässigen Rahmen für den politisch-ökonomischen Zusammenhalt (West)Europas sichern. Die Einbindung Westdeutschlands in die »westliche Staatengemeinschaft« diente so nicht zuletzt der Formierung einer Staatengruppe als westeuropäischer Gegenstruktur zum Warschauer Pakt im Osten.

Als ideologischer Kitt für die politisch gewollte Gemeinschaft von wirtschaftlichen Konkurrenten fungierten die erhofften gemeinsamen Gewinne an Sicherheit (Frieden), Freiheit, sozialökonomischer Gleichheit und allgemeinem Wohlstand (vgl. Stapelfeldt 1998: 44). In der Präambel des EWG-Vertrages bekennen sich die sechs Signatarstaaten unter anderem zum gemeinsamen Bestreben »ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern« (EG 1987). Wirtschaftliche Integration avanciert so zum universellen Mittel von Friedenssicherung und Wohlstandssteigerung. Und es waren gerade diese Ziele (und die dabei offenkundig erzielten Erfolge), die eine Mitgliedschaft in der EWG (später EU) vor allem auch für schwächer entwickelte Länder besonders attraktiv machen sollten, zumal ihnen noch die Solidarität der hochentwickelten Länder für einen ökonomisch-sozialen Aufholprozess zugesichert wurde.

Trotz der beachtlichen wirtschaftlichen Erfolge der Integration in den sechziger Jahren, insbesondere bei der Verwirklichung einer Zollunion und im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik, scheiterte die ursprünglich bis Ende 1969 anvisierte Schaffung eines gemeinsamen Marktes (vgl. dazu vor allem Stapelfeldt 1998: 52f. und 283ff.; Pintarits 1996) nicht zuletzt an den Funktionsbedingungen eines *keynesianisch-fordistischen Politikkonzepts*, das in diesem Zeitraum das vorherrschende wirtschaftspolitische Regime der EWG-Länder darstellte. Um die Wirksamkeit dieses auf Globalsteuerung der Wirtschaftsprozesse durch den Staat basierenden Konzepts zu sichern, bedurfte es der uneingeschränkten nationalstaatlichen Souveränität über die kritischen volkswirtschaftlichen Parameter – vor allem Zinssatz und Beschäftigungsbedingungen (Lohnniveau). Der Währungskurs war als kritische Variable so lange irrelevant, wie die Wechselkurse stabil an den Dollar gebunden blieben. Unter diesen Bedingungen hätte ein gemeinsamer Markt unabdingbar eine gemeinsame Politik – ein supranationales Quasi-Staatswesen – vorausgesetzt. Die politische Einigung hätte der wirtschaftlichen Vorhergehen müssen. Genau das wurde aber durch die Verweigerung Frankreichs gegenüber der Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft 1953 verhindert.

Der Mangel an politischer Kohärenz erweist sich schließlich als zentrales Integrationshemmnis, als die Gemeinschaft (wie auch das gesamte keynesianisch-fordistische Nachkriegsmodell) in den siebziger Jahren in eine existentielle Krise gerät (vgl. dazu ausführlicher und grundsätzlicher Altvater/Mahnkopf 1996: 402ff.). Die nach 1970 versuchte Neuaufgabe einer Wirtschaftsunion bleibt bereits in den Anfängen stecken und – schlimmer noch – die meisten EWG-Mitglieder wenden sich verstärkt dem klassischen keynesianischen Krisenbewältigungsinstrumentarium – mit dem Handelsprotektionismus im Zentrum – zu. Die Krise des keynesianischen Wohlfahrtsmodells geht so einher mit einer Krise des westeuropäischen Integrationsprozesses.

Erst die »neoliberale Konterrevolution«, die in den achtziger Jahren mehr oder weniger ganz Westeuropa überrollt, eröffnet neue Integrationszugänge, die jetzt allerdings unter gänzlich anderen Vorzeichen stehen. Die Verabschiedung der Gemeinsamen Europäischen Akte (1986), der Cecchini-Bericht über die »Kosten der Nichtverwirklichung des Binnenmarktes« (1988) und schließlich der EU-Vertrag (1992/1993) ebnen den Weg in eine »Liberalisierungsgemeinschaft« (Streeck 1998: 229). Mit dem Projekt zur Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes bis Ende 1992 – und verstärkt mit der Verwirklichung der europäischen Währungsunion (ab 1999) – setzt sich eine Integrationsstrategie durch, die darauf abzielt, durch die Beseitigung von Integrationshemmnissen eine Erweiterung und Intensivierung des Marktmechanismus zu erreichen (vgl. Altvater/Mahnkopf 1993: 74ff.).

Die Fortsetzung der europäischen Integration wird fortan »durch die »Gesetze« der Erosion des fordistischen Gesellschaftskompromisses und der kapitalistischen Globalisierung diktiert« (Röttger 1997: 146; vgl. auch Bieling 1995; Ziltener 1995).

Das Integrationsziel ist nicht länger eine allgemeine Angleichung der Lebensverhältnisse, sondern die Entfesselung der Marktkräfte, die allgemeinen Wohlstand nach Maßgabe der jeweiligen Standortbedingungen hervorbringen soll (vgl. Cecchini et al. 1988). Die »politisch inszenierte wirtschaftliche Integration« (Streeck 1998: 225) wird ersetzt durch eine Entpolitisierung der Ökonomie – die wirtschaftliche Integration, die via Liberalisierung vorangetrieben wird, verselbständigt sich als »Sachzwang«, der die politische Einigung, wie sie insbesondere im Vertrag von Amsterdam (1997) festgeschrieben wird, erzwingt.⁵ Damit wird der Kurs auf ein »Euroland des Kapitals« (Huffschmid/Reuten/Went 1999) endgültig fixiert.

Statt einer gemeinsamen Strategie, die auf eine Angleichung der Sozialstandards abzielt und für die ein gemeinsamer politischer Wille und dessen gemeinsame Durchsetzung erforderlich wären, wird von den wirtschaftlich mächtigsten EU-Staaten einseitig ein wirtschaftlicher »Liberalisierungswettlauf« inszeniert. Die damit wirkungsmächtig werdenden wirtschaftlichen »Sachzwänge« lassen anderen Staaten keine Wahl, als sich anzuschließen (vgl. Streeck 1998: 229).

Mit dieser Wende verbunden ist ein gravierender *Paradigmenwechsel* – weg von einer Konjunkturpolitik keynesianischer Prägung, hin zur Konvergenz der Wirtschaftspolitik, die in ihrem Kern Währungspolitik ist. Das gemeinsame Geld (Geldwertstabilität) wird zum Dreh- und Angelpunkt der Politik – es verwirklicht die Wirtschaftsunion als Bewegungsraum für das Kapital – »der erste europäische Bürger ist das Kapital« (Stapelfeldt 1998: 170).

Die EU ist nicht länger »*Wohlfahrts-Gemeinschaft*«, sondern »*Standort-Union*«, in der harte geldpolitische Kriterien über die Zugehörigkeit (und über

5 Während der EU-Vertrag von Maastricht (1992/93) über die Festlegung von »Konvergenzkriterien« zur Qualifikation für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion die weitgehende vereinheitlichte Durchsetzung einer neoliberalen Wirtschaftsstrategie sichert, wird mit dem Vertrag von Amsterdam (1997) der EU-Vertrag in wesentlichen Punkten neu gefasst und das politische Gewicht der Union gegenüber den Mitgliedstaaten gestärkt. Über die Festschreibung einer »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« und der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich »polizeilicher und justitieller Strafsachen« wird nunmehr auch die weitgehende Angleichung nicht-wirtschaftlicher Politikfelder entscheidend vorangetrieben (vgl. insbesondere Stapelfeldt 1998: 104-113). Damit wird gleichzeitig sichergestellt, dass sich die Beitrittsaspiranten aus Mittel- und Osteuropa faktisch in allen entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Belangen an von der EU vorgegebene Parameter anpassen müssen – ohne diese Parameter selbst beeinflussen zu können (vgl. auch Kriterium 3 der Festlegung von Kopenhagen 1993: Übernahme der politischen und wirtschaftlichen Ziele der Union).

die Nichtzugehörigkeit) zum »Club« – vermeintlich objektiv – entscheiden (vgl. auch Hopfmann 1998). Damit verbunden ist auch eine Absage an die Verheißungen wachsender Gleichheit und zunehmenden Wohlstands aus Zeiten der EWG-Gründung, denn »die Einhaltung der Maastricht-Kriterien ist nur dann möglich, wenn eine starke und zunehmende sozialökonomische Ungleichheit hingenommen wird« (Stapelfeldt 1998: 94). Ein Europa der »zwei Geschwindigkeiten« ist die offenbar gewollte, unausweichliche Folge. Während dies zu Beginn der neunziger Jahre noch offiziell bestritten und nur heimlich in deutschen und französischen Hinterzimmern diskutiert wurde, ist es seit den »richtungsweisenden« Reden von Außenminister Fischer (im Mai) und dem französischen Staatspräsidenten Chirac (Ende Juni 2000) in Berlin inzwischen opportun, offen für die Aufspaltung der EU-Mitglieder in eine »Avantgarde-Gruppe« (Chirac) und ein mehr oder weniger großes »Rest-Europa« einzutreten. Daran ändern auch die Beteuerungen nichts, dass diese »Kern-Gruppe« offen für alle sei. Denn der Sinn einer solchen Differenzierung besteht natürlich darin, dass ihr nicht alle EU-Mitglieder gleichzeitig angehören können.

Neoliberale Standortpolitik statt keynesianischer Konjunkturpolitik heißt die aktuelle »Zauberformel« der europäischen Integration. Darin eingeschlossen ist der Verzicht auf eine Abfederung von Wirtschaftskrisen, auf die Glättung sozialökonomischer Unterschiede und auf Forderungen nach einer zukunftsichernden Umweltpolitik, wodurch eine Nivellierung der ökonomisch-sozialen Regimes zum jeweils niedrigsten EU-Standard vorprogrammiert ist. Darüber kann auch die beachtliche Aufstockung des Kohäsionsfonds der EWG/EU nicht hinwegtäuschen. Denn selbst diese Aufwendungen dienen allein der Verbesserung der Infrastruktur (in den Bereichen Umwelt, Verkehr und transeuropäische Netze – vgl. Agenda 2000/Erster Teil/Abschnitt II/3). Zusammen mit der Forschungs- und Entwicklungsförderung (vgl. Agenda 2000/Erster Teil/Abschnitt I/2) soll damit die Attraktivität bisher benachteiligter Regionen für Investitionen – quasi indirekt – erhöht werden. Inwieweit eine Verbesserung der ökonomisch-sozialen Bedingungen in den betroffenen Regionen stattfindet, bleibt allein den Standortentscheidungen des international agierenden Kapitals überlassen.

In diesem komplexen Szenario eines deregulierten europäischen Wirtschaftsraumes haben schließlich auch die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer ihren spezifischen Platz. Der »Standort Europa« besteht demnach nämlich keineswegs aus 20 oder mehr Hochlohnregionen mit hochgradig diversifizierten Wirtschaftsstrukturen, sondern aus einer Vielzahl höchst unterschiedlich spezialisierter Regionen. Im »Europa des Kapitals« haben sowohl Hightech-Zentren als auch Gebiete mit Billig-Lohn-Fertigung

gen und Regionen mit überwiegend Rohstoffextraktion ihren Platz. Den Reformländern im europäischen Osten – ob als EU-Mitglieder oder lediglich assoziiert – kommt genau die Funktion zu, die von den multinationalen Unternehmen angestrebte Komplettierung und Diversifikation des neuen gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes zu ermöglichen. Denn die »unter scharfem Konkurrenzdruck des EU-Binnenmarktes stehenden Unternehmen können durch den Einkauf preiswerter Vorprodukte in Mitteleuropa ihre Preiswettbewerbsfähigkeit verbessern. Für die EU besteht erstmals die Möglichkeit – ähnlich wie für Japan und die USA seit Jahrzehnten –, hochwertige Vorprodukte aus einer benachbarten Niedriglohnregion zu importieren« (Welfens 1995: 29).⁶

Osteuropa – mittels Transformation zur Integration?

Die Herausbildung eines komplex strukturierten Verwertungsraums »Gesamteuropa« – mit dem »Standort Euroland« als Kernzone – ist allerdings mit erheblichen Kosten verbunden, die nicht allein als Ausgaben für eine Flankierung der Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa durch Kredite, sondern auch als Anpassungskosten im EU-Raum zu Buche schlagen. Die im März 1999 in Berlin nur mit größten Schwierigkeiten verabschiedete »Agenda 2000« stellt den Versuch dar, über eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, eine neue Finanzstruktur und die Neuordnung der Solidaritätsfond der Union die interne Anpassung der EU-Staaten an die Osterweiterung voranzutreiben und einen Finanzrahmen festzuschreiben, der überhaupt erst die Realisierbarkeit des Projekts sichert.

Während ausgehend von der Datenbasis von 1989 anfänglich noch jährliche Beitrittskosten von 58 Mrd. ECU errechnet wurden, geben nachfolgende Schätzungen immer niedrigere Werte an (vgl. Meier 1997: 26; Holtbrügge 1996: 544). In der »Agenda 2000« wurde schließlich ein Finanzrahmen entworfen, in dem für die neuen Mitgliedstaaten bis 2006 rund 45 Mrd. ECU für Struktur- und Kohäsionsfonds bereitgestellt werden sollen (vgl. Agenda 2000/Erster Teil/Abschnitt II/4). Dabei sind als »Heranführungshilfe« zusätzlich zum PHARE-Programm (mit einem Mittelansatz von 1,5 Mrd. ECU pro Jahr) Mittel zur Agrarförderung in Höhe von 500 Mio. ECU pro Jahr und Mittel zur Strukturförderung in Höhe von einer Milliarde ECU vorgesehen (vgl. Agenda 2000/Zweiter Teil/Abschnitt II/2). Eingeschlossen in die neue Finanzstrategie sind allerdings auch erhebliche Veränderungen in der Förderung sogenannter strukturschwacher Regionen innerhalb der EU, wodurch insge-

6 Eine treffendere Beschreibung der tatsächlichen Beweggründe für eine »beschleunigte« Erweiterung der EU gen Osten ist schwerlich vorstellbar.

samt das Volumen der Zahlungen aus den Struktur- und Kohäsionsfonds – infolge einer Verringerung der Förderziele – abgesenkt wird (vgl. Agenda 2000/Erster Teil/Abschnitt II).⁷

Neben den direkten Kosten schafft der angezielte EU-Beitritt zumindest einiger Transformationsländer in Westeuropa zusätzlich enorme Anpassungsprobleme. In den sogenannten sensiblen Bereichen Landwirtschaft, Eisen und Stahl, Chemie, Textil und Bekleidung lässt »die Öffnung der EU nach Mitteleuropa und die regionale Neuorientierung dieser Länder im Außenhandel hohe Marktanteilsverluste und massive Gewinneinbußen befürchten« (Welfens 1995: 28). Diese Effekte dürften aber vor allem zu einer Verlagerung von industriellen Produktionsstätten gen Osten führen, so dass die eigentlich volkswirtschaftlich manifesten Wirkungen in erster Linie auf dem Arbeitsmarkt der betroffenen EU-Länder auftreten werden – die wirtschaftsliberalen Glaubenssätze von mehr Wohlstand durch mehr Deregulierung, die auch dem Projekt »Osterweiterung« zugrunde liegen, drohen so ein weiteres Mal ad absurdum geführt zu werden.

Die Kosten für die potentiellen neuen EU-Mitglieder liegen bisher weitgehend im Dunkeln. Außer den schwer schätzbaren direkten Anpassungskosten – von der umfassenden Angleichung der Rechtsvorschriften bis zur Hinnahme eines wachsenden Außenhandelsdefizits gegenüber der EU – sind auch noch Kosten in Rechnung zu stellen, die möglicherweise aufgrund neuer Freizügigkeiten von Arbeitnehmern durch »brain drain« von Spezialisten und hochqualifiziertem Fachpersonal entstehen. Für die Regierungen der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer war die Kostenfrage jedoch nie ein ernsthafter Hinderungsgrund. Der Beitritt zur EU (und als eine Art »Vorstufe« die Mitgliedschaft in der NATO) gelten nach wie vor und zu welchem Preis auch immer als Nachweis für eine »erfolgreiche« Systemtransformation (vgl. auch Meri 1999). Wenn allerdings die sozialökonomischen Rahmenbedingungen eines Beitritts zur EU angemessen in Rechnung gestellt werden, sind die Mitgliedsperspektiven keineswegs nur verheißungsvoll.

7 Die 1992 eingeleitete und mit der »Agenda 2000« (vgl. Agenda 2000/Erster Teil/Abschnitt III/2-4) radikalisierte Reform der gemeinsamen Agrarpolitik setzt darauf, dass die Agrarpreise innerhalb der EU langfristig auf Weltmarktniveau gesenkt werden, während die einzelnen Mitgliedsländer nach Maßgabe ihrer finanziellen Spielräume direkte Subventionen an die Agrarbetriebe zahlen, die nach noch zu bestimmenden Kriterien auf den nationalen Beitrag zum EU-Haushalt angerechnet würden (vgl. auch Brusis 1999: 78). Als Folge dieses Konzepts wären »reiche« Länder in der Lage, das Einkommensniveau »ihrer« Bauern entsprechend anzuheben, während finanzschwache Staaten einen derartigen Ausgleich zusätzlich zum Niveau der Weltmarktpreise nicht zahlen könnten. Das bedeutet für die mittel- und osteuropäischen Länder mit »übergewichtigem« Agrarsektor, dass sich ihre Konkurrenzposition im Agrarbereich auch nach ihrem EU-Beitritt nicht wesentlich verbessern würde (zu den Auswirkungen eines EU-Beitritts auf die Preise für Agrarprodukte in Mittel- und Osteuropa vgl. Lukas 1995).

Die Skepsis hinsichtlich der wahrscheinlichen Wirkungen eines EU-Beitritts auf die Volkswirtschaften der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer resultiert nicht zuletzt aus den Anpassungszwängen, die aus einer marktwirtschaftlichen Restrukturierung notwendigerweise resultieren. Die weltwirtschaftliche Reintegration des europäischen Ostens steht von Anfang an unter dem dreifachen Zwang, einen Leistungsbilanzüberschuss – und zwar unter den Bedingungen einer beispiellos weitgehenden Liberalisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen (vgl. Inotai 1993; Kornai 1996: 137ff.) – zu erwirtschaften. Erstens wird ein Leistungsbilanzüberschuss (zusammen mit einer möglichst niedrigen Inflationsrate) benötigt, um die Währung »hart« und konvertierbar zu machen. Zweitens hängt von der Höhe des Leistungsbilanzüberschusses ab, in welchem Umfang die unerlässliche Modernisierung der einheimischen Unternehmen ohne eine weitere Erhöhung der Außenverschuldung realisiert werden kann. Drittens schließlich erfordert der Zwang zur Bedienung der zum Teil horrenden Auslandsschulden ebenfalls einen positiven Saldo der Leistungsbilanz.

Gerade bei dieser zentralen Zielgröße der Transformationspolitik (soweit eine »Qualifikation« als Beitrittskandidat angestrebt wird) sind die Entwicklungen allerdings besorgniserregend, weil faktisch alle Bewerber um eine EU-Mitgliedschaft regelmäßige und obendrein noch wachsende Defizite im Warenverkehr mit der EU zu verzeichnen haben. Vor allem hat sich die EU-Regelung, die Nahrungsmittelexporte nach Mittel- und Osteuropa – nach den üblichen EU-Standards – massiv zu subventionieren⁸, zu einem erheblichen Verlust von Marktanteilen der lokalen Produzenten geführt (vgl. Meier 1997: 24, 28).

Der zur Verbesserung makroökonomischer Strukturdaten unausweichliche Zwang zum Export hat unter den Bedingungen einer unterlegenen Konkurrenzposition bei industriellen Erzeugnissen eine langfristig schwerwiegende Konsequenz. Er führt praktisch alternativlos zu einer außenwirtschaftlichen Spezialisierung auf die Extraktion von Rohstoffen oder auf jene (arbeitsintensiven) Wirtschaftszweige, in denen – bedingt durch niedrige Arbeits- und Energiekosten und zum Teil geringe Umweltschutzaufgaben – günstige

8 Angesichts dessen, dass die Landwirtschaft faktisch der einzige Wirtschaftszweig ist, bei dem die mittel- und osteuropäischen Länder mit relativ geringem Aufwand im Handel mit der EU konkurrenzfähig werden könnten, stellt die Subventionspolitik der EU ein besonders dunkles Kapitel der Ost-West-Kooperation in Europa dar. Faktisch wird es dadurch möglich, teuer produzierte und hoch veredelte westeuropäische Agrarerzeugnisse auf osteuropäischen Märkten zu Preisen anzubieten, die von den billig und mit niedrigem Veredlungsaufwand produzierenden einheimischen Erzeugern nur bei Strafe des wirtschaftlichen Untergangs unterboten werden können. Dazu kommt, dass die unter chronischen Haushaltsdefiziten leidenden Transformationsländer nicht in der Lage sind, ihre landwirtschaftliche Produktion zu subventionieren – was zudem bei der »Beurteilung des Reformprozesses« durch die EU negativ zu Buche schlagen würde.

Kostenrelationen bestehen (vgl. dazu auch Welfens 1995: 26; Wittkowsky 1992). Mit der Orientierung auf die Ausbeutung billiger Rohstofflagerstätten und die Nutzung von Lohnkostendifferentialen bildet sich in Mittel- und Osteuropa ein weltwirtschaftliches Integrationsmuster heraus, das – wie einschlägige Erfahrungen der südlichen Entwicklungsländer zeigen – ein geringes industrielles Entwicklungspotential besitzt und nur schwer überwunden werden kann (vgl. Brücker/Schrettl 1997: 23; Hopfmann 1995: 552). Daran ändern auch die Direktinvestitionen transnationaler Konzerne nichts. Die durch die jeweiligen nationalen Regierungen geförderte Ansiedlung derartiger Investitionsvorhaben in besonderen Regionen schafft vielmehr »Modernisierunginseln«, die ein beträchtliches Entwicklungsgefälle zu den übrigen Landesteilen aufweisen – auch diese Art wirtschaftsstruktureller Heterogenität haben die Transformationsländer des Ostens mit den unterentwickelten Ländern der »Dritten Welt« gemein. Zudem lässt ein kritischer Blick auf die wirtschaftsstrukturellen Folgewirkungen der EU-Süderweiterung (Portugal, Spanien und Griechenland) erhebliche Zweifel daran aufkommen, dass eine Integration in eine neoliberal ausgerichtete EU grundsätzliche wirtschaftsstrukturelle Veränderungen hervorbringen würde (vgl. Hardes/Stupp 1996).

Erhebliche Probleme dürften sich zudem daraus ergeben, dass die Kandidaten bereits vor ihrem Beitritt den *acquis* der EU, d.h. »die Ziele der politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion« (Agenda 2000/Zweiter Teil/Abschnitt I/3), vollständig übernehmen müssen⁹ – und zwar den *acquis* von Stufe 2 der Wirtschafts- und Währungsunion. »Dies bedeutet Unabhängigkeit der Zentralbank, Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (nationale Konvergenzprogramme, multinationale Überwachung, Verfahren bei übermäßigen Defiziten usw.) und Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts. (...) Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs muss abgeschlossen sein. Außerdem wird erwartet, dass sie am Wechselkursmechanismus teilnehmen und exzessive Wechselkursänderungen vermeiden« (Agenda 2000/Zweiter Teil/Abschnitt I/3). Damit vollzieht sich die Aufnahme zukünftiger Mitglieder nicht mehr nach dem Muster früherer Erweiterungen der EG bzw. EU (mit stufenweiser Anpassung vor und nach dem Beitritt), sondern ähnlich dem Beitritt der DDR zur BRD – nämlich unter den Bedingungen einer Wirtschafts- und Währungsunion.

Mit der Festlegung stabiler Wechselkurse zum Euro würde sich in den neuen Mitgliedsländern rasch ein Preisniveau herausbilden, das in wesentlichen Bereichen dem der EU insgesamt angeglichen wäre. Die heutige massive

9 »... der Europäische Rat (hat) jeglichen Gedanken einer nur teilweisen Übernahme des *acquis* abgeschlossen« (Agenda 2000/Zweiter Teil/Abschnitt I/3).

Unterbewertung ihrer Währungen, die eine im Vergleich zum nominalen Wechselkurs relativ höhere Binnenkaufkraft sichert, würde beseitigt, was einen mehr oder weniger starken Realeinkommensverlust zur Folge hätte. Sollen derartige Wirkungen auf die ohnehin schon beträchtlich unter dem EU-Durchschnitt liegenden Realeinkommen ausgeschlossen werden, müssten die Nominallöhne bzw. Transfereinkommen (Renten, Stipendien etc.) entsprechend angehoben werden, wodurch wiederum die Belastungen für die öffentlichen Haushalte sowie die Produktionskosten der Unternehmen stark steigen würden. Ein erheblicher Teil der komparativen Kostenvorteile würden auf diese Weise eliminiert.

Wie auch immer die praktische wirtschaftspolitische Lösung für dieser Probleme aussehen wird, in jedem Fall führt die Übernahme des *acquis* zumindest mittelfristig zu Anpassungskosten, die sich für die breite Masse der Bevölkerung mit hoher Wahrscheinlichkeit als (erneuter) Wohlstandsverlust geltend machen werden. Die mittel- und osteuropäischen Neumitglieder müssen also einen hohen Preis für die Zugehörigkeit zu Europa zahlen – einen Preis, über dessen Höhe entweder Illusionen vorherrschen oder bewusst Desinformationen verbreitet werden (vgl. Izik Hedri 1993).

Europa – an der Schwelle zur wirtschaftlichen und politischen Einigung?

Ende 1997 schienen die Würfel für die kommende Beitrittsrunde vorerst gefallen zu sein. Die EU hatte beschlossen, mit fünf mittel- und osteuropäischen Ländern – Estland, Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn – sowie mit Zypern in konkrete Verhandlungen einzutreten. Ein Jahr später wurde diese Entscheidung dadurch faktisch aufgehoben, dass auch die anderen Antragsteller (inklusive die Türkei) in den Kreis der Kandidaten, mit denen verhandelt wird, aufgenommen wurden. Dieser (vermeintliche) Sinneswandel offenbart allerdings rasch die mit ihm verbundene Absicht, wenn das inzwischen laut gewordene »Nachdenken über das Europa des 21. Jahrhunderts« in Rechnung gestellt wird (vgl. Fischer 2000). In einem auf veränderter Vertragsgrundlage geeinten Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten ist es aus Sicht der führenden westeuropäischen Industrieländer nicht sehr sinnvoll, das Arsenal an strategischen Optionen unnötig einzuschränken.

Auch in Anbetracht der enormen Probleme bei der inneren Reform der EU, die diese überhaupt erst »erweiterungsfähig« machen würde, sind erste Beitritte realistischerweise kaum vor 2005 zu erwarten. Allerdings werden keineswegs alle Bewerber zur gleichen Zeit beitreten. Für jene, die es im ersten Anlauf nicht schaffen, bleibt auf längere Sicht die eher unbefriedigende Gewissheit, dass sie als Peripherie des gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes unter ähnlichen Anpassungszwängen stehen wie jene Länder, die – wahr-

scheinlich zunächst zwar als Mitglieder, aber als Nichtteilnehmer der Währungsunion – aufgenommen werden.¹⁰ Im Unterschied zu letzteren vollzieht sich diese Art der faktischen Angliederung an den EU-Raum allerdings, ohne dass sie über Mitspracherechte und Rechte auf Finanzausschüsse der normalen Mitglieder verfügen (vgl. Juchler 1995: 107).

Das sich herausbildende Europa konzentrischer Kreise, von dem die assoziierten Nichtmitglieder und Russland den äußeren Ring bilden, verfügt neben der Kernzone aus jenen EU-Ländern, die an der Währungsunion teilnehmen, daher auch über eine Semiperipherie von EU-Mitgliedern »zweiter Klasse«.¹¹ Als Kristallisationszentrum für diese Gruppe aus Vollmitgliedern ohne Teilnahme an der Währungsunion könnten sich die aussichtsreichsten EU-Aspiranten – Polen, Tschechien, Ungarn und Slowenien – erweisen.

Ein solches heterogenes Integrationsgebilde, das in der Diversität der in ihm eingeschlossenen regionalen Standortqualitäten sicherlich in hohem Grade den Verwertungsinteressen des transnational agierenden Kapitals entspricht, könnte über längere Zeit durchaus stabil bleiben. Voraussetzung ist jedoch, dass die Zumutungen der Anpassung innerhalb des Integrationszusammenhangs durch die tatsächlichen Wohlstandsgewinne zumindest kompensiert werden. Solange dies der Fall ist, bleibt der Beitritt auch ein erstrebenswertes Ziel für (Noch)Nichtmitglieder, selbst wenn sie dadurch noch keineswegs volle Gleichheit im Vergleich zu den Mitgliedern »erster Klasse« erlangen können.

Stabilitätsgarantien gibt es allerdings nicht. Vielmehr steht zu erwarten, dass sich mit der Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion auch die sozial desintegrierenden Tendenzen, die dem EU-Projekt von Anfang an eigen waren (vgl. Stapelfeldt 1998), verstärken. Darüber hinaus ist bisher noch kaum abzu- sehen, welche Wirkungen von der Herausbildung eines »ostmitteleuropäischen Typs« des Kapitalismus (vgl. Hopfmann 1999) mit niedrigeren Sozialstandards, niedrigeren Reallöhnen, hohem Grad der Informalisierung von Wirtschaft und Politik, aber auch hohen Profitraten auf das westeuropäische Modell eines sozialstaatlich orientierten »rheinischen Kapitalismus« (Albert 1991) ausgehen werden (vgl. Brusis 1999). Vieles deutet schon heute darauf hin, dass das von neoliberalen Dogmen inspirierte EU-Projekt eine starke Ten-

10 Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass für Russland eine Beitrittsperspektive von vornherein ausgeschlossen wurde (zur Kritik dieser Entscheidung vgl. Brückner/Schrettl 1997: 25).

11 »The single currency will divide the EU and Europe into A-, B- and C-teams. Those who want, and are allowed, to join; those who don't want to join; and those who are not welcome regardless of their own wishes. The single currency is above all a political project that will lead to further political integration, creating tensions within the union. There is no possibility of any of the applicant states joining the single currency in the foreseeable future. EMU means that they will be excluded from the core of the Union« (Sjöstedt 1998: 6f.).

denz zur sozialstaatlichen Nivellierung nach unten einschließt, aus der im Zusammenwirken mit zyklischen Wirtschaftskrisen durchaus enormer Konflikt- wenn nicht gar Sprengstoff erwachsen könnte. Dieser dürfte dann zwar kaum durch militärische Befriedungsabenteuer zu beherrschen sein, aber auch diese Option kann seit dem Frühjahr 1999 in einer zunehmend militarisierten EU offenbar nicht mehr ausgeschlossen werden.

Wirkliche Stabilitätsperspektiven erschließen sich erst jenseits neoliberaler Integrationsstrategien in einem europäischen Wirtschaftsraum, der für alle Staaten offen steht und der allen tatsächlich Chancen auf ökonomisch-soziale Verbesserungen eröffnet.

Literatur

- Agenda 2000 – Agenda 2000. Eine stärkere und erweiterte Union, in: www.agrar.de/agenda.
- Albert 1991 – Albert, Michel: *Capitalisme contre capitalisme*, Paris.
- Altvater/Mahnkopf 1993 – Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: *Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung*, Münster.
- Altvater/Mahnkopf 1996 – Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, Münster 1996.
- Bieling 1995 – Bieling, Hans-Jürgen: *Maastricht, neoliberale Hegemonie, deutsche Machtpolitik*, in: *Widerspruch*, 29 (Juli 1995): 39-49.
- Brücker/Schrettl 1997 – Brücker, Herbert/Schrettl, Wolfram: *Entsteht eine neue wirtschaftliche Kluft in Europa?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«*, B 44-45/97 (24. Oktober 1997): 17-26.
- Brusis 1999 – Brusis, Martin: *Residuales oder europäisches Wohlfahrtsmodell?*, in: *PROKLA*, Nr. 114, 29(1999)1: 73-94.
- Cecchini et al 1988 – Cecchini, Paolo et al.: *Europa 92. Der Vorteil des Binnenmarktes*, Baden-Baden 1988.
- Clement/Vincentz 1997 – Clement, Hermann/Vincentz, Volkhart: *Globalisierung und Osteuropa. Probleme und Perspektiven der Arbeitsteilung in Europa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«*, B 44-45/97 (24. Oktober 1997): 27-36.
- EG (1987) – *Europäische Gemeinschaften, Amt für Veröffentlichungen: Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften*, Luxemburg.
- Fischer (2000) – Joschka Fischer: *Quo vadis Europa? Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration*. Rede in der Humboldt-Universität zu Berlin am 12. Mai 2000 (www.gruene-farktion.de/uthem/int_politik/joschka.htm)

- Gowan 1998 – Gowan, Peter: Unsicherheiten der EU-Osterweiterung, in: PROKLA, Nr. 112, 28(1998)3: 433-442.
- Hardes/Stupp 1996 – Hardes, Heinz-Dieter/Stupp, Stefan: Die Integration Südeuropas: Wirtschaftlicher Wegweiser für eine Osterweiterung der Europäischen Union? In: Osteuropa-Wirtschaft, 41(1996)4: 354-383.
- Holtbrügge 1996 – Holtbrügge, Dirk: Ökonomische Voraussetzungen und Folgen einer Osterweiterung der Europäischen Union, in: Osteuropa, 46(1996)6: 537-547.
- Hopfmann 1995 – Hopfmann, Arndt: Transformation und Weltmarktintegration – Perspektiven der Reformländer Mittel- und Osteuropas in der internationalen Arbeitsteilung, in: PROKLA, Nr. 101, 25(1995)4: 541-564
- Hopfmann 1998 – Hopfmann, Arndt: Westeuropäische Integration und osteuropäischer Kapitalismus, in: UTOPIE kreativ, Nr. 91/92 (Mai/Juni 1998): 41-48.
- Hopfmann 1999 – Hopfmann, Arndt: Transformation zu einem ostmitteleuropäischen Kapitalismus? Zu den Besonderheiten kapitalistischer Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, in: TRAIN PAPERS, Nr. 1 (Januar 1999), Berlin.
- Huffschmid/Reuten/Went 1999 – Huffschmid, Jörg/Reuten, Geert/Went, Robert: Euroland. Herrschaft des Finanzkapitals – Chancen für eine neue Ökonomie, in: Supplement der Zeitschrift »Sozialismus«, 3/99.
- Inotai 1993 – Inotai, András: Schuldenmanagement, Wechselkurspolitik und Konvertibilität in Ungarn, in: Herr, Hansjörg/Westphal, Andreas (Hrsg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt/M., New York: 343-370.
- Izik Hedri 1993 – Izik Hedri, Gabriella: Die EG und die Staaten des »Vise-gráder Dreiecks«, in: Osteuropa, 43(1993)2: 154-166.
- Juchler 1995 – Juchler, Jakob: Die osteuropäische Krise und die Integration Europas, in: Widerspruch, 29 (Juli 1995): 101-109.
- Kornai 1996 – Kornai, Janos: Unterwegs. Essays zur wirtschaftlichen Umgestaltung in Ungarn, Marburg.
- Lukas 1995 – Lukas, Zdenek: Die EU-Osterweiterung als Belastungsprobe für Brüssels Agrarpolitik, in: Neue Züricher Zeitung, vom 4. Juli 1995: 11.
- Meier 1997 – Meier, Christian: Transformation der Außenwirtschaftspolitik: Zur Wechselbeziehung von EU-Integration und regionaler Kooperation der Staaten Ostmitteleuropas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, B 30-31/97 (18. Juli 1997): 23-30.
- Meri 1999 – Spiegel-Gespräch mit Lennart Meri, in: Der Spiegel, 11/1999: 230-234.
- Nolte 1995 – Nolte, Hans-Heinrich: Wohin mit Osteuropa? Überlegungen zur Neuordnung des Kontinents, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, B 39/95 (22. September 1995): 3-11.

- Pintarits 1996 – Pintarits, Sylvia: Macht, Demokratie und Regionen in Europa: Analysen und Szenarien der Integration und Desintegration, Marburg 1996.
- Quaisser 1997 – Quaisser, Wolfgang: Strategieansätze und Ergebnisse des Übergangs der mittel- und osteuropäischen Länder zur Marktwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, B 44-45/97 (24. Oktober 1997): 3-15.
- Röttger 1997 – Röttger, Bernd: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Münster 1997.
- Sjöstedt 1998 – Sjöstedt, Jonas: Alternatives to EU Enlargement, in: Labour Focus on Eastern Europe, no. 59 (Spring 1998): 4-8.
- Stapelfeldt 1998 – Stapelfeldt, Gerhard: Die Europäische Union – Integration und Desintegration, Hamburg 1998.
- Streeck 1998 – Streeck, Wolfgang: Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, in: Messner, Dirk (Hg.): Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn 1998: 218-246.
- Thiel 1998 – Thiel, Elke: Die Europäische Union. Von der Integration der Märkte zu gemeinsamen Politiken, Opladen 1998.
- Welfens 1995 – Welfens, Paul J.J.: Die Europäische Union und die mittelosteuropäischen Länder: Entwicklungen und wirtschaftspolitische Optionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, B 39/95 (22. September 1995): 22-31.
- Wittkowsky 1992 – Wittkowsky, Andreas: Alternativen zu Schocktherapie und Verschuldung, in: PROKLA, Nr. 89, 22(1992)4: 580-603.
- Ziltener 1995 – Ziltener, Patrick: EU-Entwicklungsperspektiven und -blockaden, in: Widerspruch, 29 (Juli 1995): 80-94.

Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der erweiterten EU

CHRISTA LUFT

Entwicklung von Regionalkonzepten und Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe – eine entscheidende alternative Konzeption linker Europapolitik

Regionalisierung als Gegengewicht zur Globalisierung

Die Globalisierung ist die aktuelle Erscheinungsform der sich unter kapitalistischen Bedingungen objektiv vollziehenden Internationalisierung von Produktion und Arbeit. Sie beherrscht den Mainstream in Wirtschaftswissenschaft, Wirtschaftspolitik und -praxis. Ausdruck dafür ist die dominante Orientierung auf exportzentriertes Wirtschaftswachstum, auf weltweiten Standortwettbewerb, auf internationale Lohnkostenkonkurrenz, Subventionierung von Ferntransporten usw.

Zur Nutzung der billigsten Produktions- und Liefermöglichkeiten werden gewaltige umweltschädigende Verkehrsströme in Gang gesetzt, während lokale und regionale Verarbeitungsketten zunehmend verkümmern, ganze Regionen veröden, natürliche Ressourcen und Qualifikationspotentiale ungenutzt bleiben und erwerbsfähige Menschen zum aufreibenden Pendeln oder in die Arbeitslosigkeit gezwungen werden.

Die weltmarktzentrierte, exportorientierte Wirtschaftspolitik kann nach meinem Dafürhalten nicht die vorherrschende oder gar singuläre Antwort auf den objektiv voranschreitenden Globalisierungsprozess sein. Die Globalisierung und die damit einhergehende Reduzierung nationalstaatlicher Kompetenzen fordert zu einer Gegenstrategie heraus – zur Aufwertung des Regionalen als Gegenpol und Ergänzung zur internationalen Arbeitsteilung. Ohne geeignete Strategien verlieren Regionen ihren Subjektcharakter, mutieren zu Objekten global agierender Großunternehmen. Die Entwicklung von Regionalkonzepten und die Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe gehören daher zu den Schwerpunkten linker Wirtschafts- und Europapolitik, wenn Vollbeschäftigung neuer Art eine Chance haben, wenn das Recht auf Arbeit nicht dem im Profitinteresse nach marktradikalem Standortwettbewerb strebenden Kapital geopfert und die Umwelt vor ausuferndem Schaden geschützt werden soll.

Natürlich geht es nicht um Abkoppelung konkreter Regionen von der Weltwirtschaft. Regionalisierungsprozesse und -konzepte sind immer auch in die

Standortkonkurrenz eingebunden, ob das die Akteure wollen oder nicht. Regionale Vernetzung als Gegengewicht zum globalen Verdrängungswettbewerb kann allerdings – darüber muss man sich im Klaren sein – betriebswirtschaftlich mit einem geringeren Produktivitätswachstum einhergehen als es bei extensiver weltweiter Verflechtung möglich wäre. Die Gesellschaft aber spart »parasitäre« Aufwendungen für die Subventionierung von Ferntransporten sowie für die Reparatur von Straßen- und Umweltschäden und Kosten für die Alimentierung von Arbeitslosen. Politik ist daher gut beraten, lokal und regional anbietenden Unternehmen im Interesse vorgenannter gesellschaftlicher Effekte den Produktivitätsnachteil angemessen zu kompensieren.

Facetten des Regionenbegriffs

»Region« wird als territorialer Wirtschaftskomplex verstanden, als Häufung und Verdichtung ökonomisch, sozial, kulturell und ökologisch miteinander verflochtener Beziehungen. »Region« kann aber auch im Sinne von Problemlösungs- und Kooperationsregion verstanden werden. In jüngster Zeit hat sich der Begriff »Region« über den eben genannten, Bundesländer, Regierungsbezirke, Kreise oder Grenzregionen betreffenden Inhalt hinaus erweitert. Die Europäische Währungsunion transformiert ganze Nationalökonomien in Regionalökonomien. Mit der Einführung des EURO entfallen Wechselkursanpassungen, die den schwächeren Ländern zuvor geholfen haben, strukturelle Defizite in der Wettbewerbsfähigkeit zu korrigieren. Strukturschwache Regionen innerhalb einzelner Länder sind von diesem neuen Tatbestand besonders hart betroffen.

Die gemeinsame Währung wird den Konkurrenzkampf innerhalb der EU verstärken und auf Regionen mit weniger wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstruktur massiven Druck ausüben. Intensiviert wird die Konkurrenz um niedrigste Löhne, Lohnnebenkosten, Unternehmenssteuern und -abgaben, Umweltstandards, Arbeitsschutzvorschriften usw.

Ich werde den Begriff »Region« in all seinen Facetten verwenden, wobei aus dem Zusammenhang jeweils hervorgeht, um welchen Bezug es geht.

Ostdeutschland als größte unterentwickelte Region der Europäischen Union

Ein Beispiel für eine unterentwickelte Region in der Bundesrepublik und der gesamten EU ist Ostdeutschland. Gegenüber anderen Regionen der EU mit beträchtlichen Rückständen zum Durchschnitt des jeweiligen Landes ist Ostdeutschlands Unterentwicklung durch eine Reihe von Besonderheiten charakterisiert. Die Gründe für diesen Tatbestand können hier nicht im Einzelnen

analysiert werden.¹ Sie hängen damit zusammen, dass das Gebiet zwischen Elbe und Oder, die frühere DDR, mit der deutsch-deutschen Währungsunion automatisch Bestandteil der EU wurde, ohne dass in einem Aufnahmeverfahren über Anpassungsfristen, Abfederungen und Schutzinstrumente für die Jahrzehnte vom Weltmarkt abgeschottete Wirtschaft verhandelt worden wäre. Die Beachtung der sich daraus ergebenden Spezifika ist aber für die Einleitung einer selbsttragenden Entwicklung unerlässlich.

Ostdeutschland ist mit gut 15 Millionen Einwohnern die größte unterentwickelte Region innerhalb der EU. Für sie ist charakteristisch, dass ungeachtet beträchtlicher Unterschiede zwischen den einzelnen östlichen Bundesländern, die gemeinsamen Probleme und Rückstände bestimmend sind: die gegenüber Westdeutschland etwa doppelt so hohe Arbeitslosigkeit – im Bundesgebiet West weisen nur 5 von 141 Arbeitsamtsbezirken eine Arbeitslosenquote von 15 und mehr Prozent auf, während im Bundesgebiet Ost alle Arbeitsamtsbezirke zu dieser Gruppe gehören; die weitgehende Deindustrialisierung – auch die 4 Arbeitsamtsbezirke mit der höchsten Industriedichte lagen 1998 mit 70 – 74 Industriebeschäftigten je 1000 Einwohner noch beträchtlich unter dem westdeutschen Durchschnitt von 87;² eine weit niedrigere Steuerkraft je Einwohner; das stark rückläufige Wirtschaftswachstum seit 1996. Die Bevölkerung Ostdeutschlands ist in den neunziger Jahren trotz gewisser Zuzüge aus Westdeutschland um über eine Million zurückgegangen, von 16,43 Millionen 1989 auf 15,33 Millionen 1998. Der Armutsanteil in der Bevölkerung wächst an. Die ostdeutsche Inlandsverwendung in effektiven Preisen ist seit 1991 und gegenwärtig immer noch um rund 200 Mrd. DM oder 50 Prozent höher als das zwischen Elbe und Oder erzeugte Bruttoinlandsprodukt.³

Die Bundesrepublik ist infolge dieser komplexen Probleme in Ostdeutschland das Mitgliedsland der EU mit der größten innerstaatlich-regionalen Differenzierung. Das gilt sowohl für das BIP je Einwohner (in Kaufkraftparitäten) mit einem Verhältnis zwischen Spitzenregion und rückständigster Region von 3,4:1 (in den nächst platzierten Ländern Belgien und Italien lag dieses Verhältnis bei 2:1 bzw. 1,9:1) als auch für die Arbeitslosenquote. In Sachsen-Anhalt, der Region mit der höchsten Arbeitslosigkeit betrug sie 1999 das 2,2fache des Bundesdurchschnitts, in Sizilien das Doppelte und in Südspanien das 1,5fache des Landesdurchschnitts. Im Unterschied zu den am stärksten

1 Vgl. dazu z. B.: Luft, Christa: Abbruch oder Aufbruch, Warum der Osten unsere Chance ist, Berlin 1998; Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft, Protokolle 3/1999, Bundesstiftung Rosa Luxemburg.

2 Kühn, Wolfgang: Ostdeutsche Regionen im Transformationsprozess – eine Bestandsaufnahme, in: MEMO-FORUM Nr. 27, Bremen 2000.

3 Weitere Fakten vgl. Mai, Karl/Steinitz, Klaus: Probleme selbsttragender Wirtschaftsentwicklung und der weiteren Niveaueingleichung der neuen Bundesländer, ebenda.

unterentwickelten Regionen der anderen EU-Länder weisen die ostdeutschen Länder ein überdurchschnittlich hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau der Einwohner und der Erwerbstätigen sowie eine insgesamt relativ entwickelte Infrastruktur auf.

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Unterentwicklung – geringe Wertschöpfung, hohe Arbeitslosigkeit, schwache Industriedichte mit Folgen für die produktionsorientierten Dienstleistungen, Abhängigkeit von Finanztransfers – sind für die meisten hiervon betroffenen EU-Regionen seit Generationen typisch. Für Ostdeutschland handelt es sich um eine historisch neue, mit der Systemtransformation verknüpfte Erfahrung.

Konzepte für regionale Entwicklung

Die schnelle Milderung von Entwicklungsrückständen im Interesse größerer Beschäftigungschancen der erwerbsfähigen Bevölkerung erfordert innerstaatlich und auf der EU-Ebene adäquate Aktivitäten und Maßnahmen. Neben dem gezielten Ausbau der Exportwirtschaft müssen Regionalkonzepte erarbeitet und Antworten vor allem auf folgende Fragen gegeben werden:

- Welche Produkte und Verfahren entsprechen den in der Region vorhandenen Ressourcen, können diese am Gewinnungsort verarbeitet werden, gibt es beispielsweise erneuerbare und nachwachsende Rohstoffe, welche Abfälle aus Produktion und Konsumtion eignen sich für ein modernes Recycling?
- Wie könnte das Arbeitsvermögen der Region am besten ausgeschöpft und wie könnten regionale Disproportionen in der Verteilung der Arbeits-, Wohn-, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten abgebaut bzw. überwunden werden?
- Welche Beschäftigungseffekte sind von der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, der Bau- und Baustoffindustrie, Kunst- und Papierindustrie und Bekleidungsindustrie zu erwarten, also von Branchen, die täglich benötigte Güter herstellen?
- Wie wäre durch Umstrukturieren industrieller Ballungszentren und intensiv genutzter Landwirtschaftsräume die Umwelt zu entlasten? Wie könnten Landwirtschaftsbetriebe stabilisiert werden, um die regionale Eigenversorgung zu erweitern? Wie wäre durch enge Kooperation innerhalb der Region ein Anschwellen des Fernlastverkehrs zu vermeiden?
- Welche Aufgaben müssten angepackt werden, um die lokale »Agenda 21« umzusetzen, jenes 1992 in Rio von 178 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen unterzeichnete Dokument? Die lokale »Agenda 21« fordert die Kommunen auf, gemeinsam mit den Bürgern Strategien für eine nachhaltige Entwicklung auszuarbeiten (z. B. Energiesparprogramme) und Umweltziele örtlich umzusetzen. Viel passiert ist in dieser Hinsicht leider noch nicht.

Handlungsbedarf auf Länder- und kommunaler Ebene

Um Regionalkonzepte in die Praxis zu überführen und regionale Wirtschaftskreisläufe zu initiieren bzw. zu stimulieren, gibt es auf Länder- und kommunaler Ebene dringenden Handlungsbedarf:

Statt die *Konditionen der Fördermittelvergabe* von den Bundesländern starr anzuwenden, müssten sie den jeweiligen Erfordernissen angepasst werden. Warum z. B. kann der Ausbau einer Bäckerei in Sachsen nur dann gefördert werden, wenn sie mindestens die Hälfte ihres Backwarenangebots wenigstens 30 km vom Herstellungsort entfernt absetzt? Das führt zu unnötigen Transporten und belastet die Umwelt.

Soll der Einzelhandel in den Innenstädten nicht weiter geschwächt und Arbeitsplatzverlust hingenommen werden, ist das *Bauplanungsrecht zu verschärfen*. Die geltenden Vorschriften reichen nicht aus, um das Errichten großer Einkaufszentren auf der grünen Wiese in Grenzen zu halten.

Bei *öffentlichen Ausschreibungen* müssten Aufträge prinzipiell in Lose zerlegt werden, die auch von kleinen und mittleren Unternehmen oder von Bietergemeinschaften in der Region zu bearbeiten wären. *Generalüberlassungen an einzelne Großunternehmen sollten die Ausnahme sein*.

Das *Direktvermarkten* von Erzeugnissen und Leistungen zu fördern und regionale Vermarktungsorganisationen zu unterstützen, gehörte zu den Aufgaben von Wirtschafts- und Kommunalpolitik. Besonders hilfreich wäre das beispielsweise bei Ökoobst und -gemüse. Stärkere Effekte könnten von einer besser koordinierten Wirtschaftsförderung ausgehen.

Denkbar wäre z. B. auch ein Bund-Länder-Abkommen zum *konzentrierten Einsatz von Mitteln* für das Sanieren devastierter Böden, Konversionsflächen und Industriebrachen.

Erhalten werden müssen die für Finanzdienstleistungen in der Fläche unersetzlichen Sparkassen und öffentlich rechtlichen Kreditinstitute. Der Aufwertung der regionalen als Gegenpol und Ergänzung zur internationalen Arbeitsteilung direkt entgegenstehen würde ein positiver Entscheid der beim EU-Gerichtshof anhängigen Klage, die eine Gleichstellung der im kommunalen Eigentum befindlichen Sparkassen mit konkurrierenden privaten Kreditinstituten erzwingen soll.

Aufgrund der Regionalbezogenheit und Kundennähe der Sparkassen ist eine stärkere Berücksichtigung von individuellen und territorialen Besonderheiten u. a. bei der Bonitätseinschätzung und Kreditvergabe sowie der Risikobereitschaft möglich. Damit können Sparkassen einen qualitativ anderen Beitrag zur regionalen Entwicklung unter Berücksichtigung spezifischer Besonderheiten (u.a. die Einkommenssituation, die strukturelle Unterkapitali-

sierung der Unternehmen, fehlende bankübliche Sicherheiten) in den neuen Bundesländern leisten. Das flächendeckende Filialnetz stellt insbesondere in strukturell schwächeren Regionen einen hohen Wert dar.

Handlungsbedarf auf EU-Ebene

Überfällig ist eine *Schwerlastabgabe*. Sie würde lange Transportwege entsprechend verteuern und das betriebliche Interesse an Lieferungen über weite Strecken dämpfen. Dringlich ist es, die Subventionierung von Flugbenzin zu beenden.

Ein Impuls für die regionale Wirtschaft könnte von der Erlaubnis niedrigerer *Mehrwertsteuersätze* für regionale Produkte und Leistungen ausgehen. Angehoben werden sollten die *Werte für europaweite Ausschreibungen* öffentlicher Aufträge, um regional ansässigen Firmen eine größere Chance einzuräumen und damit der Beschäftigung erwerbsfähiger Menschen in der Region. Insofern darf bei der *Festlegung der Schwellenwerte* im Rahmen der EU-Vergaberichtlinien noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Seit dem 1. 1. 2000 gilt für die Vergabe öffentlicher Aufträge bei Liefer- und Dienstleistungen der öffentlichen Auftragsgeber auf zentralstaatlicher (Bundes) Ebene als Schwellenwert 272.471 DM; bei öffentlichen Aufträgen der übrigen Auftraggeber 391.166 DM; bei öffentlichen Bauaufträgen 9.779.150 DM.

Überdenkenswert ist die *Genehmigungspraxis* der EU-Kommission bei *kommunalen Bürgschaften*. Fortgesetzt werden muss die EU-Regionalförderung gegenüber den ostdeutschen Ländern als Ziel-1-Region noch für längere Zeit.

Ein Non-Profit-Sektor im Regionalkonzept

Regionale Wertschöpfungsketten eröffnen neben dem gezielten Ausbau der Exportwirtschaft Perspektiven für eine unterentwickelte Region wie Ostdeutschland. Allerdings schafft das immer noch nicht für alle, die es wollen, den Zugang zu einer existenzsichernden Erwerbsarbeit. Die Zeit ist daher überreif, solche humanen Dienstleistungen bereitzustellen und die Produktion neuer ökologischer Güter und Serviceleistungen voranzubringen, die von Privaten bisher gar nicht, zu teuer oder viel zu wenig angeboten werden. Ich nenne als Beispiele Jugendarbeit, psychosoziale Betreuung, Schuldnerberatung, Drogenbekämpfung, Katastrophenschutz, Denkmalspflege, Renaturierung von Mülldeponien, Demontage von Industriebrachen, Altbausanierung, Stadtbegrünung. Auch die soziale und kulturelle Gemeinwesenarbeit (z. B. Nachbarschaftsläden, Kleinbühnen, Künstlerhäuser) ist nicht breit entwickelt.

Soll die Gesellschaft sich weiter wie bisher in der Bundesrepublik Deutschland für Massenarbeitslosigkeit jährlich zwischen 160 und 170 Milliarden DM

kosten lassen und hinnehmen, dass zugleich Berge überaus wichtiger, besonders personalintensiver Arbeiten ungetan bleiben? Oder lohnte es sich nicht, darüber nachzudenken, wie die kommunalen öffentlichen Hände mit gebündelter Nachfrage nach solchen wie den genannten Tätigkeiten auftreten könnten, um sie ihrerseits kostengünstig anzubieten? Das würde eine binnenwirtschaftlich orientierte Arbeitsteilung unterstützen.

Entsprechende Projekte werden bereits debattiert. Eines ist mit »Entwicklung eines dritten Sektors« überschrieben. Gemeint ist ein reguläres Beschäftigungssegment neben der profitgesteuerten privaten Wirtschaft und den gemeinwohlverpflichteten Wirtschaftsunternehmen der öffentlichen Hand. Manche sagen auch »Wirtschaft von unten« oder »öffentlich geförderter Beschäftigungssektor«. In jedem Fall handelt es sich um einen Non-Profit-Bereich.

Das in Rede stehende Projekt läuft im wesentlichen darauf hinaus, dass kommunale Serviceagenturen sozial, kulturell und ökologisch gewollte Leistungen öffentlich ausschreiben, so dass sie an gemeinnützige Träger und private Anbieter zu Marktpreisen vergeben werden könnten. Die Agenturen würden die geordneten Leistungen aufkaufen, um sie zu politisch definierten Preisen an die Endverbraucher weiterzugeben. Die Preise für die Endverbraucher müssten sich an deren Zahlungsfähigkeit orientieren. Die öffentlichen Hände hätten die Differenz zwischen Ankauf- und Verkaufspreis auszugleichen. Das wäre billiger, als massenhaft Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zu finanzieren. Dieses Modell hätte den Vorteil, die ökologisch und volkswirtschaftlich notwendige Wende zu personalintensiven, nur begrenzt rationalisierbaren und daher teureren Diensten objektfinanziert und ohne Niedriglohnjobs voranbringen zu können. Gleichzeitig bekämen die kommunalen Körperschaften ganz neue politische Gestaltungsmöglichkeiten, weil sie in einem demokratischen Prozess darüber entscheiden könnten, in welchen Bereichen derart subventionierte Leistungen gewollt sind. Träger solcher Tätigkeiten könnten Genossenschaften, Verbände, Vereine, Stiftungen, Selbsthilfegruppen, gemeinnützige GmbH, aber auch private Personengesellschaften sein.

Die häufig kritisierte Konkurrenz öffentlich geförderter Beschäftigung zu privaten Anbietern wäre ausgeschaltet, weil die Serviceagenturen die Leistungen zu Marktpreisen erwerben. Die dafür erforderlichen Mittel könnten aus einem neu zu bildenden Fonds für soziale und kulturelle Gemeinschaftsaufgaben kommen. In diesem Fonds sollten u. a. all die Gelder zusammenfließen, die durch zusätzliche Beschäftigungseffekte des dritten Sektors bei der Bundesanstalt für Arbeit eingespart und bei den Sozialversicherungen sowie beim Fiskus neu eingenommen werden. Verknüpft mit Überstundenabbau und verkürzter Wochenarbeitszeit wären die hier genannten Wege geeignet, allen Arbeitswilligen existenzsichernde sinnvolle Tätigkeit zu vermitteln. So wür-

den individuelle Freiheitsrechte und Demokratie für jung und alt erlebbar, könnten viele mutlos Gewordene wieder Hoffnung schöpfen. Die lokale und regionale Wirtschaft zu stärken und einen Non-Profit-Bereich einzurichten sind unausweichliche Schritte; in den neuen Ländern aber sind sie vordringlich.

Herausforderungen in Grenzregionen

Für die neuen Bundesländer und speziell für deren Grenzregionen entstehen durch die EU-Osterweiterung besondere Herausforderungen. Infolge des großen Lohngefälles kann ein starker Druck auf die regionalen Arbeitsmärkte entstehen. Gleichzeitig ist mit veränderten Wettbewerbsbedingungen für viele Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen zu rechnen.

Neue Anforderungen entstehen auch für die Verkehrsinfrastruktur, für das Bildungswesen, den Umweltschutz, den Tourismus usw. In den Grenzregionen müssen daher von den politisch Verantwortlichen in enger Zusammenarbeit mit Vertretern von Handel, Gewerbe, Gewerkschaften usw. rechtzeitig Konzepte zur Vorbereitung der eigenen Region auf die EU-Osterweiterung erarbeitet und umgesetzt werden. Neben der Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit geht es vor allem darum, die bestehende Standortnähe zu nutzen und aussichtsreiche Kooperationsbeziehungen mit den östlichen Nachbarn auszubauen sowie die bestehenden EU-Fördermöglichkeiten konsequent zu nutzen.

In den Beitrittsverhandlungen sollten im Gegenzug zur Gewährung von längeren Übergangsfristen für die Kandidaten auf vielen Feldern der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Agrarpolitik auch adäquate Übergangsfristen für die Öffnung der westeuropäischen Arbeitsmärkte vereinbart werden. Von besonderem Interesse ist das für Deutschland und Österreich, wo 80 Prozent aller Migranten aus den MOE-Staaten sich um Arbeit bewerben. Regionale Entwicklungsagenturen könnten den grenzüberschreitenden Nahverkehr, die Sanierung von Industriebrachen oder die Neuansiedlung von Investoren vorbereiten. Genauer zu prüfen wären auch die Nutzungsmöglichkeiten der Einrichtungen und Finanzen für die Euroregionen sowie der verschiedenen sonstigen Finanzierungsquellen der EU.

Wichtig sein kann eine gemeinsame Initiative der ostdeutschen Länder mit Grenzregionen zur effektiveren Nutzung von Fördermitteln im EU- und im staatlichen Rahmen. Als für deutsch-polnische und deutsch-tschechische Grenzregionen dringlich zu lösendes Problem erweist sich, dass die Hilfsprogramme aus dem Programm INTERREG für EU-Staaten und dem Programm Phare Cross Border Cooperation für die Kandidatenländer wegen unterschiedlicher Bewilligungs- und Abrufungsprozeduren nicht kompatibel sind. Es geht also um eine Verzahnung der Programmfinanzierung.

HANS WATZEK

Wie ist das komplizierte Problem der gemeinsamen Agrarpolitik im Rahmen der erweiterten EU arbeitsmarktpolitisch und sozial verträglich zu lösen?

Der Preußenkönig Friedrich II., bekanntlich auch der Große genannt, schrieb vor über 200 Jahren zur Landwirtschaft: »Die Landwirtschaft ist die erste aller Künste, ohne sie gäbe es keine Kauflaute, Dichter und Philosophen. Nur das ist wahrer Reichtum, was die Erde hervorbringt.«

In der heutigen Industriegesellschaft hat sich die Wertung der Landwirtschaft grundsätzlich geändert. Sie ist beinahe zu einer Randentwicklung in der kapitalistischen Marktwirtschaft geworden.

Bei den Verhandlungen zur Osterweiterung der Europäischen Union wird nun aber die Landwirtschaft und die damit verbundene Agrarpolitik wiederum zu einem erheblichen Konfliktpotenzial. Das ist keine neue Erkenntnis. Bei den bisherigen Erweiterungen der EG/EU gehörten die Ernährungswirtschaft und Agrarpolitik immer zu den Bereichen, die aufwendige Vorbereitungen und auch langjährige Sonder- und Übergangsregelungen erforderten. Dass die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal sieben Jahre dauerten und im Ergebnis eine ganze Reihe Sonder- und Übergangsregelungen beschlossen wurden, war nicht zuletzt diesen Bereichen geschuldet.

Bei den laufenden Beitrittsverhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) ist wiederum kennzeichnend, dass zu den 12, von insgesamt 31 Verhandlungskapiteln, bei denen noch kein konkreter Verhandlungszeitraum ansteht, die Agrarpolitik gehört. Von den Beitrittskandidaten sind auf der anderen Seite aber bereits eine Reihe Sonder- und Übergangsregelungen zu diesem Bereich angemahnt.

Diese Schwierigkeiten ergeben sich vorrangig aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP). Bereits mit den Römischen Verträgen von 1957 wurde diese gemeinsame Agrarpolitik eingeleitet, die in der Entwicklung dazu geführt hat, dass die Mitgliedsländer der Gemeinschaft zu Gunsten gemeinsamer, einheitlicher Rahmenbedingungen und Instrumentarien in der Agrarpolitik auf wesentliche Teile der nationalen Souveränität und Entscheidungen verzichteten. Die Agrarwirtschaft ist heute ein Bereich, der weitgehend auf der Grundlage einheitlicher, verbindlicher Rahmenbedingungen der Brüsseler Kommission gestaltet wird. Nationale Kompetenzen sind weit eingeschränkt. Die negativen Seiten dieser Entwicklung bestehen in der

deutlichen Einschränkung marktwirtschaftlicher Prinzipien und Regularien und deren Ersatz durch Reglementierung und Bürokratisierung. Eine Folgerung war die Abschottung des Agrarmarktes der EG/EU gegenüber Drittländern (Schutzmechanismen gegenüber dem Agrarimport aus Nichtmitgliedsländern). Ausdruck dieser Politik sind Begrenzungen und Regulierungen der landwirtschaftlichen Produktion durch Festlegung von Quoten für bestimmte Produkte und Stilllegungspflichten für landwirtschaftliche Nutzflächen, der staatliche Aufkauf von Überschussprodukten (Intervention) sowie Ausgleichszahlungen für die Mehrzahl der Produkte der Landwirtschaftsbetriebe (Ausgleich zwischen den Produktionskosten der Landwirtschaft und den Weltmarktpreisen für Agrarprodukte).

Für diese gemeinsame Agrarpolitik müssen gegenwärtig knapp 50 Prozent des EU-Haushaltes eingesetzt werden. Allerdings unter Beachtung dessen, dass die GAP das einzig wirkliche gemeinsame Politikfeld der Union mit finanzieller Solidarität ist.

Es muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass nur unter diesen Bedingungen die kleinbäuerlichen Strukturen in der Landwirtschaft Westeuropas konserviert werden konnten.

Bei den Verhandlungen zur Aufnahme der MOEL in die Europäische Union sollten besonders folgende Probleme aus sozialer, ökonomischer und struktureller Sicht Beachtung und im Interesse beider Seiten bei den Entscheidungen Berücksichtigung finden:

Erstens: Die Landwirtschaft ist in den mittel- und osteuropäischen Ländern gesamtwirtschaftlich von wesentlich größerer Bedeutung als in der Europäischen Union. In den zehn MOEL werden 60,2 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) bewirtschaftet. Das sind über 44 Prozent der LN der 15 EU-Mitgliedstaaten. Während in der EU im Durchschnitt der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt (BSP) nur rund 2 Prozent beträgt, sind es in den MOEL 7 Prozent. Allerdings mit starker Differenzierung: Bulgarien und Rumänien mit über 21 bzw. 17 Prozent und die Slowakei und Tschechien mit 4,9 bzw. 5,0 Prozent (Anlage 1).

Die wirtschaftliche Stellung und Wirkung der Land- und Ernährungswirtschaft muss beachtet werden. Sie sind auch weiterhin ein wichtiger Faktor der ökonomischen Stabilisierung. Die Aufholung der erheblichen Einbrüche in der landwirtschaftlichen Produktion im Transformationsprozess der letzten Jahre darf durch Entscheidungen nicht unterbrochen werden, sondern die mit der Integration verbundenen Rahmenbedingungen müssen Grundlagen für eine erfolgreiche Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft schaffen.

Davon können wichtige makroökonomische Impulse ausgehen. Die Konsolidierung und Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft hat, wie auch die Erfahrungen in Ostdeutschland zeigen, Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt.

Das Aufholen der Produktionseinbrüche ist sehr differenziert (Anlage 2). Die in der ersten Gruppe genannten Aufnahmekandidaten haben dabei (außer Estland) die besten Ergebnisse erreicht. Unterschiede bestehen auch zwischen Pflanzen- und Tierproduktion. Durch die drastische Reduzierung der Tierbestände sind besonders in der Tierproduktion erhebliche Rückstände zu verzeichnen.

Eine der grundsätzlichen Fragen besteht in der vollständigen Anwendung der Instrumentarien der GAP in den MOEL nach dem Beitritt zur EU. Mit den Beschlüssen zur Agenda 2000, die auch die Grundsätze für die Erweiterung beinhalten, ist die Übertragung des Systems der Ausgleichszahlungen und Prämien je Hektar und Tier nicht vorgesehen. Diese Entscheidung wurde damit begründet, dass das Erzeugerpreisniveau in den MOEL unter den Erzeugerpreisen der EU liegt und sich erst langsam an das Niveau der Europäischen Union angleichen wird. Die letzten Jahre zeigen aber, dass besonders in der Pflanzenproduktion die Erzeugerpreise in einigen Fällen schon das Niveau in der EU überschritten haben. In einigen MOEL wird deshalb bereits mit dem Aufbau eines Systems von Ausgleichszahlungen und Prämien nach dem Muster der GAP begonnen. Dazu ist eine grundsätzliche Klärung erforderlich, da es sonst auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft zu einer Zwei-Klassen-EU kommen kann. Allerdings erfordert die Übertragung dieser Regelungen der GAP mit den gültigen Interventionspreisen und Ausgleichszahlungen (Hektarausgleich und Tierprämie) nach Berechnungen des Instituts für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa jährliche Kosten in Höhe von 6,6 Milliarden Euro, die im gegenwärtigen Finanzrahmen der EU für die Osterweiterung bis 2006 nicht enthalten sind.

Erhebliche Vorbehalte gibt es gegenüber der Forderung der EU nach Privatisierung des Bodens und freiem Grundstücksverkehr. Ein Problemkreis, der über die Agrarpolitik hinaus geht. Vor allem in Polen, Tschechien und Ungarn, aber auch in anderen Beitrittskandidatenländern, gibt es starke Bedenken hinsichtlich der Freigabe des Bodenerwerbs, insbesondere hinsichtlich des Ausverkaufs der wichtigen nationalen Ressource – des Bodens. Es wird berechtigterweise eine ausufernde Bodenspekulation befürchtet. Die Preise für landwirtschaftlich genutzten Boden liegen in Bayern oder Nordrhein-Westfalen um das Zehn- bis Fünfzehnfache höher als die gegenwärtigen Bodenpreise in Polen.

Besonders in Polen und Tschechien sieht man auch die Gefahr der Revision von Entscheidungen der Alliierten Siegermächte des zweiten Weltkrieges im

Potsdamer Abkommen zur Nachkriegsentwicklung in Europa. Keineswegs ohne Grund, wie das Auftreten des bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber auf dem Treffen der Sudetendeutschen zu Pfingsten in Nürnberg erneut zeigte. In den Verhandlungspositionen von Ungarn und Zypern wird deshalb die Forderung erhoben, dass erst nach einer mehrjährigen Übergangsfrist Ausländer landwirtschaftliche Flächen und Baugrundstücke erwerben dürfen. In Polen soll der Kauf von Boden während eines Zeitraumes von 18 Jahren für Bürger aus anderen Mitgliedstaaten der EU genehmigungspflichtig sein.

Aus den Erfahrungen des Anschlusses der DDR an die BRD und des Transformationsprozesses in Ostdeutschland sind solche Forderungen zu unterstützen. Die zehn Jahre Transformation in Ostdeutschland waren durch die ständige Auseinandersetzung über das Bodeneigentum gekennzeichnet, die auch heute noch nicht abgeschlossen ist.

In den Verhandlungspositionen der Beitrittskandidaten geht es auch um faire, großzügige Entscheidungen zu Produktionsquoten, besonders bei Milch und Zucker. Wichtig ist die Bemessungsgrundlage, die bedeutend höher liegen muss als die gegenwärtige Produktion, um Entwicklungsmöglichkeiten der Produktion nicht von vornherein zu begrenzen. Auch das ist eine Erfahrung aus der Transformation in Ostdeutschland.

Weiterhin gibt es zu vielen Details der bürokratischen Regularien der GAP Änderungsvorschläge und angeforderte Übergangsregelungen. Die polnische Liste mit rund 60 Sonderwünschen ist besonders lang und beinhaltet unter anderem auch eine Schutzklausel, wonach Polen in Abstimmung mit der EU-Kommission seine Landesgrenzen für den Handelsverkehr schließen kann, wenn die Importe aus EU-Mitgliedstaaten die heimischen Märkte destabilisieren.

Bei den agrarpolitischen Entscheidungen zur Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU ist auch zu beachten, dass ein großes Produktionspotenzial, das stark entwicklungsfähig ist, auf den regulierten, bei vielen Produkten gesättigten EU-Agrarmarkt drängt. Durch die geographische Lage und ähnliche natürliche Standortbedingungen (Boden und Klima) wie in der EU, umfasst die landwirtschaftliche Produktion der Beitrittsländer die gleiche Produktionspalette.

Bei der Aufnahme Österreichs, Schwedens und Finnlands in die EU (1995) betrug ihr Anteil an der Agrarproduktion der 12 EU-Mitgliedstaaten unter 10 Prozent.

Trotz der erheblichen Produktionseinbrüche beträgt die Produktion der MOEL bei Getreide bereits etwa 45 Prozent, bei Ölsaaten 30 Prozent und bei Schweinefleisch ebenfalls etwa 30 Prozent der Produktion der 15 EU-Mitgliedstaaten. Die Flächenausstattung pro Kopf der Bevölkerung liegt weit

über dem der EU, die Ackerfläche je Einwohner ist doppelt so hoch. Man kann davon ausgehen, dass durch den leichteren Zugang zum technischen Fortschritt und durch zunehmende Investitionen in der Phase der Heranführung und nach dem Beitritt das Ertragspotenzial wesentlich besser ausgeschöpft wird. Der Deutsche Bauernverband geht nach Berechnungen des IAMO davon aus, dass in den nächsten Jahren Produktionssteigerungen bei Weizen von 20 Prozent, Kartoffeln von 18 Prozent, Ölsaaten von 29 Prozent und Schweinefleisch von 10 Prozent möglich sind.

Im Agrarhandel zwischen den MOEL und der EU findet diese Situation noch keine Widerspiegelung. Mit den Europa-Abkommen unterstützt die EU die mittel- und osteuropäischen Länder auch im Agrarbereich über eine langsame Liberalisierung des Handels. Die Einfuhrquoten für Agrarprodukte werden auf beiden Seiten schrittweise gelockert. Das bisherige Ergebnis zeigt aber, dass diese Regelungen vorrangig der EU zugute kamen. Sie exportiert in diese Länder wesentlich mehr Waren, als sie von dort importiert. Nur Ungarn erzielte in den letzten Jahren einen nennenswerten Exportüberschuss. Alle übrigen Länder waren mehr oder minder starke Nettoimporteure (Anlage 3). Insgesamt hat sich die Position der meisten mittel- und osteuropäischen Länder im Agrarhandel verschlechtert.

Ursachen für diese Entwicklung sind außertarifäre Möglichkeiten der Importbegrenzung (Qualitätsanforderungen und Verbraucherschutz, veterinärmedizinische und phytopathologische Standards), die auch gezielt eingesetzt werden können. Weitere Faktoren sind unzureichende und veraltete Verarbeitungskapazitäten für landwirtschaftliche Produkte und oft fehlende Infrastruktur. Außerdem hat die expansive bis aggressive Handelspolitik der westeuropäischen Handelskonzerne sichtbare Wirkungen. Auch das ist eine Erkenntnis aus der Transformation in Ostdeutschland.

Aus diesen Problemen leitet sich ab, dass bei den Beitrittsverhandlungen sehr gründlich geprüft werden sollte, ob mit dem Beitritt von mittel- und osteuropäischen Ländern zur EU ein sofortiger offener Marktzugang für Agrarprodukte vertretbar ist. Es ist die Zweckmäßigkeit zu prüfen, für einen Übergangszeitraum in bestimmtem Maße Außenschutz und Zollregelungen zu erhalten – sowohl zum Schutz der noch nicht konkurrenzfähigen Landwirtschaft der MOEL als auch zur Begrenzung der noch zu niedrigeren Preisen produzierten Ernährungsgüter und landwirtschaftlichen Rohstoffe der MOEL auf dem EU-Markt.

Zweitens: Ein großer Anteil der Erwerbstätigen ist in den MOEL in der Landwirtschaft tätig, im Durchschnitt über 22 Prozent. In der EU sind es im Durchschnitt nur 5 Prozent, in Deutschland lediglich 2,7 Prozent. Beim Anteil der

Erwerbstätigen in der Landwirtschaft bestehen allerdings zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede. Mit 37 Prozent, 28 Prozent und 26 Prozent liegen Rumänien, Polen und Bulgarien an der Spitze, während der Anteil in Tschechien, Slowenien und Ungarn 5,5 Prozent, 6,8 Prozent bzw. 7,5 Prozent beträgt (Anlage 1). In einigen Ländern wie in Polen hat die Anzahl der in der Landwirtschaft Tätigen noch zugenommen, da durch die wachsende Arbeitslosigkeit in den Städten Abwanderungen zu Verwandten auf das Dorf erfolgten, um besser überleben zu können. Der Transformationsprozess und die Integration in die EU erfordern in den mittel- und osteuropäischen Ländern einen bedeutenden Rationalisierungsschub, der Millionen von Arbeitskräften in der Landwirtschaft frei setzen wird. Da sich die gleichen Prozesse auch in anderen Wirtschaftsbereichen vollziehen müssen, wird die Eingliederung dieser frei gesetzten Arbeitskräfte in anderen Bereichen nur begrenzt möglich sein. Auch die absehbaren finanziellen und materiellen Ressourcen werden nicht ausreichen, um durch die Entwicklung der ländlichen Räume in größerem Umfang neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Dazu ein Vergleich: In den zehn beitriftswilligen mittel- und osteuropäischen Ländern sind über 10 Millionen Menschen in der Landwirtschaft tätig, verglichen mit 7,5 Millionen in der heutigen 15-Staaten-Gemeinschaft. Die Produktivität liegt jedoch nur bei gut einem Zehntel des EU-Wertes. Schon ein Anstieg auf 50 Prozent der Produktivität der EU würde eine Verringerung der Beschäftigtenzahl auf 6 Millionen voraussetzen. Das zeigt den großen Arbeitskräfteüberschuss in der Landwirtschaft einerseits und die Notwendigkeit der Schaffung von Beschäftigungsalternativen außerhalb der Landwirtschaft andererseits. Wenn erforderliche Investitionen für jeden neu zu schaffenden Arbeitsplatz von nur 200 000 DM unterstellt werden, entsteht damit ein Finanzbedarf von etwa 800 Milliarden DM. Bezogen auf das nach Fläche und Einwohnerzahl größte Land – Polen – bedeutet eine Halbierung der Beschäftigten in der Landwirtschaft die Freisetzung von etwa 2 Millionen Arbeitskräften, deren Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess rund 400 Milliarden DM Investitionen erfordert.

Um die Dimension einer solchen Anforderung deutlich zu machen, sei darauf hingewiesen, dass nach dem Anschluss der DDR an die BRD und dem damit verbundenen Überstülpen der Rahmenbedingungen der EU-Agrarpolitik knapp 700 000 Beschäftigte in der Landwirtschaft Ostdeutschlands ihren Arbeitsplatz verloren, verbunden mit erheblichen sozialen Verwerfungen und Problemen in den ländlichen Räumen. Das bedeutete eine Reduzierung der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Ostdeutschlands im Vergleich zu 1989 um 85 Prozent! Draus ergeben sich folgende Überlegungen:

– Bei den Beitrittsverhandlungen sollten die sozialen Wirkungen von Ent-

scheidungen, die mit der Transformation und der EU-Mitgliedschaft verbunden sind, eine entscheidende Größe sein. Nach den in Kopenhagen und Amsterdam von der EU festgelegten Regeln für die Aufnahme der MOEL ist der so genannte Besitzstand der EU »acquis communautaire« vollständig zu übernehmen. Eine wichtige Forderung ist dabei die Wahrung der Menschenrechte. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen zeigt sich aber wiederum, dass nicht von der Einheit von politischen und sozialen Menschenrechten, wie in der UNO-Deklaration zu den Menschenrechten gefordert, ausgegangen wird. Es geht vordergründig nur um die politischen Menschenrechte.

– Die Investitionspolitik sollte vor allem darauf konzentriert werden, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Bereits heute hat die Arbeitslosigkeit in den MOEL den Durchschnitt der EU überschritten (Polen 15 Prozent, Tschechien 9,5 Prozent).

– In den MOEL wird es erforderlich sein, die sozialen Sicherungssysteme auszubauen und zu entwickeln. Dies ist Voraussetzung, um bei der Lösung der vorhandenen und sich verschärfenden sozialen Probleme den Bürgern angemessene Lebensgrundlagen zu sichern.

Drittens: Die mit dem Transformationsprozess vollzogene und sich noch vollziehende Umstrukturierung der Landwirtschaft wirft zusätzliche Probleme bei der EU-Integration der MOEL auf. Diese Probleme bestanden bei den bisherigen EU-Erweiterungen nicht. Die Agrarstruktur der damaligen Kandidaten war weitgehend mit der EU identisch.

Bis 1990 war mit Ausnahme Polens und Sloweniens die Landwirtschaft der MOEL durch große Produktionseinheiten in der Rechtsform von Genossenschaften und Staatsbetrieben charakterisiert. Die mit der politischen Wende eingeleitete Umstrukturierung und Privatisierung in der Landwirtschaft führt zu grundsätzlichen Strukturveränderungen, die noch nicht abgeschlossen sind (Anlage 4). Diese Entwicklungen waren auch eine Ursache für die erheblichen Produktionsrückgänge in den neunziger Jahren.

Die Erfahrungen aus der Transformation in Ostdeutschland zeigen, dass es vorteilhaft ist, eine unterschiedlich strukturierte Landwirtschaft zu entwickeln, bei der auch die guten Erfahrungen der Gemeinschaftsarbeit in Agrargenossenschaften vor 1990 genutzt werden. Die Agrarstruktur in Ostdeutschland hat grundsätzliche Unterschiede zu Westdeutschland. In den alten Bundesländern wird die Landwirtschaft durch private Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe bestimmt. In Ostdeutschland werden 31 Prozent der Nutzfläche von Agrargenossenschaften, 22 Prozent von Kapitalgesellschaften, 24 Prozent von Personalgesellschaften und 23 Prozent von Einzelunternehmen bewirtschaftet. Daraus ergibt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Bauern die

Produktion und Arbeit in gemeinschaftlichen, kooperativen Formen organisieren. Diese Entwicklung, für die sowohl positive Erfahrungen aus der genossenschaftlichen Entwicklung vor 1990 als auch der Genossenschaftsbewegung der letzten Jahrzehnte in Westeuropa genutzt wurden, waren eine der Grundlagen für die Konsolidierung und Stabilisierung der Landwirtschaft in Ostdeutschland. Wie aus der Anlage 4 ersichtlich, haben sich im Prozess der Neustrukturierung in den MOEL in größerem Umfang private bäuerliche Betriebe entwickelt. Das entspricht auch der Tradition bäuerlichen Wirtschaftens. Allerdings ist die damit verbundene Zersplitterung der Produktion in Klein- und Kleinstbetriebe eine Hypothek für die Zukunft, die andere Lösungen und Entscheidungen erfordern wird. Ausgenommen ist Tschechien, wo die durchschnittlichen Betriebsgrößen der Privatbetriebe unterhalb der Größe der Nebenerwerbsbetriebe in Deutschland liegen.

Auch aus der Sicht der eingeleiteten neuen Runde der WTO-Verhandlungen und der damit zu erwartenden weiteren Liberalisierung des Weltagrarhandels, werden Veränderungen in den Strukturen der Landwirtschaft erforderlich sein.

Viertens: Eine entscheidende Grundlage für eine erfolgreiche Integration der Agrarwirtschaft in die EU ist die Entwicklung und Modernisierung der Vorleistungs- und Verarbeitungsindustrie. Die Rückstände auf diesen Gebieten waren wichtige Gründe dafür, dass sich die Landwirte in den neunziger Jahren mit einer immer weiter auseinander klaffenden Preis-Kosten-Schere konfrontiert sahen. Verarbeitungs- und Vertriebskosten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse waren und sind auf Grund der veralteten Anlagen und Geräte besonders im Nahrungsmittelsektor und der ineffizienten Vermarktungsmethoden extrem hoch. Die in der Nahrungsgüterindustrie anfallenden hohen Kosten – wobei die Qualität nicht mit den EU-Erzeugnissen mithalten kann – treiben die Nahrungsmittelpreise erheblich in die Höhe und führen dazu, dass diese Erzeugnisse für den Verbraucher und den Export weniger wettbewerbsfähig sind. Eine zunehmende Wettbewerbsfähigkeit der der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche ist wichtige Voraussetzung für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Agrarwirtschaft.

Fünftens: Die Einhaltung der EU-Bestimmungen stellt an die Landwirtschaft der MOEL hohe Anforderungen. Auch das ist eine Erfahrung aus der Transformation in Ostdeutschland.

Zur Umsetzung des umfangreichen Regelwerkes der Gemeinsamen Agrarpolitik und des EU-Binnenmarktes ist die Etablierung eines entsprechenden Rechts- und Verwaltungsrahmens eine wichtige Voraussetzung. Weiterhin gehören dazu freie Handelstätigkeit und Preisbildung, Übernahme der EU-

Rechtsvorschriften im Veterinär-, Tierschutz- und Pflanzenbereich, in der Lebensmittelgesetzgebung sowie bei Umwelt- und Qualitätsstandards. Die Durchsetzung entsprechender Maßnahmen erfordert zusätzliche Investitionen im öffentlichen Sektor, da entsprechende Prüf- und Erprobungskapazitäten aufgebaut werden müssen. Außerdem sind erhebliche Investitionen im Privatsektor zur Modernisierung der Nahrungsmittelbetriebe notwendig, damit sie die Anforderungen und Normen der EU erfüllen.

Die Übernahme und Sicherung des hohen Verbraucherschutzniveaus der EU stellt auch an die Agrarwirtschaft hohe Anforderungen. Die hinreichende Übernahme und Anwendung der Verbraucherschutzanforderungen ist eine Voraussetzung für den freien Handel mit Agrarprodukten ohne Grenzkontrollen.

Der Beschluss über die Agenda 2000 vom Mai 1999 beinhaltet auch den Rahmenplan für den EU-Haushalt für den Zeitraum 2000 - 2006. Darin sind für Heranführungshilfen für Beitrittsländer jährlich 3,1 Milliarden Euro vorgesehen, für die sieben Jahre insgesamt 21,8 Milliarden Euro. Für die Erweiterung der EU sind ab 2002 insgesamt 58,1 Milliarden Euro geplant. Damit sind für Heranführung und Erweiterung 11,5 Prozent des Finanzrahmens für den Zeitraum 2000 - 2006 vorgesehen. Die Mittel für die Vorbereitung des Beitritts gliedern sich jährlich wie folgt auf (zu Preisen von 1999):

- 1,56 Milliarden Euro zur Stärkung der verwaltungstechnischen und rechtlichen Kapazitäten sowie zur allgemeinen Investitionsförderung (PHARE);
- 1,04 Milliarden Euro zur Strukturförderung - Förderung von Infrastrukturen in den Bereichen Verkehr und Umwelt (ISPA);
- 520 Millionen Euro zur Agrarförderung, Modernisierung und Rationalisierung in Landwirtschaft und Nahrungsgüterindustrie (SAPARD).

Aus heutiger Sicht wird dieser Finanzrahmen nicht ausreichen, um die komplizierten Prozesse der anstehenden Integrationsrunde vor allem sozialverträglich, im Interesse der Bürger der Beitrittsländer zu bewältigen. Der Anteil der Beitrittskandidaten (ohne Türkei) beträgt bei Fläche und Einwohnerzahl im Vergleich zur EU 15, 30 bzw. 33 Prozent. Bei Einbeziehung der Türkei erhöhen sich diese Anteile mindestens um eine Zehnerpotenz. Die dem gegenüber vorgesehenen 11,5 Prozent des EU-Haushaltes bis 2006 entsprechen wohl nicht dieser Herausforderung. Nicht zuletzt auch deshalb, da, wie bereits dargelegt, im bisherigen Finanzrahmen keine Mittel für die GAP (Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft) vorgesehen sind.

Eine Erhöhung des Finanzrahmens für die EU-Erweiterung wird aber nur über eine Steigerung der Beiträge der gegenwärtigen EU-Mitgliedsländer möglich sein, nicht über eine Reduzierung der geplanten Ausgaben für die verschiedenen Politikfelder der Gemeinschaft.

Abschließende Bemerkungen

Eine EU-Erweiterung im Agrarbereich ist – auch nach Auffassung vieler Experten – ohne Übergangsfristen und besondere Übergangsregelungen nicht vorstellbar. Um vor allem soziale Härten und Verwerfungen sowie einen Verdrängungswettbewerb zu vermeiden, sind ausreichend lange Übergangszeiten notwendig, wie sie auch bei bisherigen Erweiterungsrunden der EU gewährt wurden. Diese Erkenntnis scheint auch beim zuständigen EU-Kommissar zu wachsen. Wichtig sind dabei eigene fundierte Konzepte der Beitrittskandidaten für die anstehenden Verhandlungsrunden. Nach einem EU-Kommissionsbericht vom Oktober 1999 über die Fortschritte bei den Beitrittsvorbereitungen werden die Kandidatenländer zu stärkeren Anstrengungen aufgefordert. Allen Anwärterstaaten werden zwar Fortschritte bei der Übernahme des EU-Regelwerkes bescheinigt, die Kommission sieht aber insbesondere im Hinblick auf die Angleichung der einzelnen Agrarpolitiken an den »acquis communautaire« noch großen Nachholbedarf. Dabei scheinen Polen, Rumänien und Bulgarien die größten Sorgenkinder zu sein.

Es sollten immer Ergebnisse angestrebt werden, die sowohl den sozialen und ökonomischen Anforderungen und Bedingungen der Bauern in den Beitrittsländern, als auch denen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union gerecht werden. Nur dann kann eine Interessentübereinstimmung und ein aktives Mitwirken bei der Bewältigung der komplizierten Probleme erreicht werden. Auffassungen, wie sie der Altbundespräsident Roman Herzog auf einer Veranstaltung in Heilbronn äußerte, dass die EU-Osterweiterung auch zum Verzicht in Produktionszweigen in Deutschland, wie der Textilindustrie und der Landwirtschaft, führen kann, sind dem Anliegen einer solchen Politik nicht dienlich. Es kann nicht um Verzicht sondern nur um gemeinsame Lösungen im Interesse der Partner gehen.

Anlage 1 Kennzahlen zur Landwirtschaft der Beitrittsländer im Vergleich zur EU (15)

Staaten	Landwirtschaftl. Nutzfläche in 1000 Hektar	Anteil der Landwirtschaft %		Agrarhandel %	
		BSP	Erwerbstätige	Anteil am Import	Anteil am Export
Bulgarien	6.203	21,1	25,7	9,4	16,2
Estland	1.433	6,2	9,4	17,7	20,7
Lettland	2.508	14,7	18,8	13,2	9,5
Litauen	3.151	10,1	21,0	12,3	15,5
Polen	18.443	6,0	26,7	9,2	12,2
Rumänien	14.789	17,6	37,3	6,8	7,5
Slowakei	2.443	4,9	8,9	7,1	5,2
Slowenien	792	4,2	6,8	8,6	14,9
Tschechien	4.280	5,0	5,5	7,5	5,5
Ungarn	6.195	5,9	7,5	5,8	13,2
MOEL (10)	60.242	7,0	22,5	.	.
Malta	11	2,8	1,8	11,4	2,7
Türkei	29.946	16,1	42,3	8,4	19,8
Zypern	142	4,6	9,6	26,4	19,3
EU (15)	135.260	2,0	5,0	8,1	6,5

Quellen: EU-Kommission, OECD, Agrarmärkte in Zahlen = 1999.

Anlage 2 Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion
in den MOEL
Indizes auf Basis 1990 = 100

Land	1993	1995	1998
Bulgarien	80	85	66
Estland	50	52	45
Lettland	72	58	39
Litauen	66	60	69
Polen	92	92	88
Rumänien	83	86	91
Slowakei	68	80	73
Slowenien	88	96	97
Tschechien	78	77	82
Ungarn	70	73	77

Quelle: Deutscher Bauernverband nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und der ZMP.

Anlage 3 Agrarhandel der MOEL mit der EU (15)
In Mio / DM 1998

Staaten	Importe	Exporte	Saldo
Bulgarien	710	1.211	501
Estland	1.758	1.089	-669
Lettland	1.256	435	-821
Litauen	1.088	870	-218
Polen	6.647	5.143	-1.504
Rumänien	1.826	767	-1.059
Slowakei	1.683	820	-864
Slowenien	1.358	649	-709
Tschechien	3.586	2.269	-1.317
Ungarn	2.075	4.771	2.696
MOEL (10)	21.988	18.024	-3.963

Quelle: Nach Angaben der FAO

Anlage 4 Agrarstrukturen in den MOEL – Anteil der Betriebsformen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Prozent

Land	Genossenschaften ¹		Staatsbetriebe ²		Kapitalgesellschaften		Privatbetriebe ³	
	1989	1997	1989	1997	1989	1997	1989	1998
Bulgarien	58	39	29	2	-	6	13	53
Estland	57	-	37	28	-	28	3	44
Lettland	54	-	41	3	-	13	5	84
Litauen	-	-	91	22	-	18	9	60
Polen	4	3	19	7	-	8	77	82
Rumänien	59	-	29	12	-	12	12	76
Slowenien	-	-	8	4	-	11	92	85
Tschechien	61	43	38	1	-	32	-	24
Ungarn	80	29	14	4	-	15	6	56

1 Kollektiv geführte Betriebe vor 1990, heute überführt in Erzeugergenossenschaften/-vereinigungen.

2 Staatlich geleitete Betriebe vor 1990, heute Staatsbetriebe und vom Staat gehaltene Betriebe.

3 Hauswirtschaftsbetriebe und Privatbetriebe vor 1990, heute Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe.

Quellen: Angaben der Europäischen Kommission und des Instituts für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa.

BIRGIT DAIBER

Ist eine europäische Sozialunion eine Illusion oder ein notwendiges Prinzip der Demokratie-Entwicklung in Europa?

Der deutsche Außenminister möchte gerne die Europäische Union zu einer echten Föderation umgestalten – und bedient sich dabei des Konzeptes einer Renationalisierung europäischer Politik. Demokratie ist für ihn realisiert, wenn die Europäische Union eine klare Verfassung hat und wenn nationale Regierungen wie nationale Parlamente die Entscheidungen in Europa treffen. Damit spricht er jeder eigenständigen europäischen Demokratiebestimmung die Existenzberechtigung ab. Aber er degradiert Demokratie auch gleichzeitig zu einem rein formalen Prinzip, das keiner spezifischen inhaltlichen Prägung bedarf. Demokratie ist aber ein sozialer Tatbestand – oder sie hat keine lebendige Realität. Und dies gilt im besonderen Maße für Europa.

Die Arbeitsgruppe, die für die kommende Regierungskonferenz im Dezember eine Charta der Grundrechte ausarbeitet, befindet sich im Streit darüber, ob soziale Grundrechte mit in den Katalog aufgenommen werden sollen oder nicht. Wir wissen noch nicht, ob die Charta der Grundrechte lediglich als feierliche Erklärung verabschiedet wird – also ohne rechtsverbindlichen Charakter - oder ob sie in den Amsterdamer Vertrag aufgenommen wird und damit direkt handlungsleitende Prinzipien für die Einzelgesetzgebung in der EU darstellt. Wir wissen aber jetzt bereits, dass es nicht gut steht um die sozialen Grundrechte in der Europäischen Union.

Die Europäische Union tut sich schwer mit Sozialpolitik. Dies war schon immer so und es hat sich auch durch den Amsterdamer Vertrag nicht wesentlich verbessert, außer für gemeinschaftliche Maßnahmen im Kampf gegen soziale Ausgrenzung. Beschäftigungspolitik hingegen, die so sehr beschworen wird von der Europäischen Kommission, bleibt auf der Ebene von Leitlinien und der Finanzierungsmöglichkeiten in den Strukturfonds verhaftet.

Es gibt immer noch nur eine sehr eingeschränkte gesetzliche Kompetenz der Europäischen Union in sozialpolitischen Belangen. Sozialpolitik bleibt im wesentlichen nationale Aufgabe.

Die Europäische Union hat mit der Wirtschafts- und Währungsunion zugleich in ihrer wirtschaftspolitischen Konzentrations- und Deregulierungspolitik eine Machtdimension erreicht, die nicht zuletzt für Sozialpolitik enorme Konsequenzen hat. Bereits seit Anfang der neunziger Jahre pocht die Union auf eine Flexibilisierung und das heißt im wesentlichen eine Kapitalisierung der nationalen sozialen Schutzsysteme dort, wo dies möglich erscheint,

und auf die Privatisierung öffentlicher Betriebe. Dieser Druck hat durch die Einführung der gemeinsamen Währung eine ganz neue Dimension erhalten. Es geht um eine restriktive nationalstaatliche Haushaltspolitik – und das heißt im Klartext um den Abbau von staatlichen Leistungen, um so den EURO in der Konkurrenz mit dem Dollar besser plazieren zu können. Volkswirtschaftlich und eurowirtschaftlich sind Sozialausgaben konsumptive Leistungen, die eine Belastung der internationalen Aktionsfähigkeit als global player darstellen. Das funktionalistische Prinzip der Entwicklung der Europäischen Union, diejenigen Bereiche zu vergemeinschaften, die den Nationalstaaten Profit versprechen, und diejenigen Bereiche der nationalen Verfügung zu überlassen, die wirkliche und echte solidarische Entscheidungen im Sinne der Realisierung eines europäischen Demokratiedenkens erfordern und damit aber auch die Notwendigkeit beinhalten, soziale Entscheidungen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger zu treffen, ist ungebrochen.

Wenn wir die sozialpolitischen Rahmenbedingungen in den Ländern der EU vergleichen, so sehen wir, dass es massive Unterschiede gibt, z.B. in der Struktur der Gewerkschaften oder auch in der Struktur der sozialen Schutzsysteme. Wenn wir Europa aber von außen betrachten, dann sehen wir, dass es eine Gemeinsamkeit gibt, und dies ist die Gemeinsamkeit der Tradition des Ringens um soziale Gerechtigkeit und um sozialen Ausgleich. Diese Tradition ist uns Europäern in Ost und West gemeinsam und insofern ist es auch gerechtfertigt, von einem europäischen Sozialmodell zu sprechen.

Das alte europäische Sozialmodell, das eine solidarische soziale Risikoversicherung für die Menschen im Falle von Krankheit, Alter und Erwerbslosigkeit vorsah, ist bereits erheblich ausgehöhlt. Das alte europäische Sozialmodell ist aber nicht nur unter Druck geraten durch die Deregulierungspolitik der Europäischen Union und der Mitgliedsländer. Auch die Tatsache der hohen Arbeitslosigkeit und vor allem das Kippen der Alterspyramide haben hier Handlungsdruck erzeugt.

Mit welchen Konzepten aber auf diesen Druck reagiert wird, ist eine politische Entscheidung, und das, was wir bis jetzt an Konzepten sehen - von der neuen britischen Zwangsarbeitsphilosophie bis hin zur Privatisierung der Altersversorgung in der Bundesrepublik - ist empörend. Es ist vielleicht nicht unangemessen, an dieser Stelle daran zu erinnern, dass das weitgehende (und bis heute nicht mehr erreichte) Mitbestimmungsmodell der Montan-Union zu Beginn der fünfziger Jahre oder auch das lange Zeit vorbildliche niederländische System des sozialen Schutzes (das eine Bürgerrente einschloss) nicht in einer Phase hoher wirtschaftlicher Prosperität geschaffen wurden, sondern in Zeiten, in denen die Wirtschaft darniederlag. Es handelte sich um politische Entscheidungen.

Wenn wir uns mit Sozialpolitik befassen, sind wir unmittelbar mit unserem Demokratieverständnis konfrontiert. Ist demokratische Beteiligung an der Gesellschaft ausreichend gesichert, wenn eine Mehrheit der Bevölkerung diese realisieren kann, um den Preis, dass Minderheiten ausgeschlossen sind, oder geht es hier um grundsätzliche Beteiligungsrechte, die alle Menschen einschließen, ob arm oder reich, jung oder alt, Frau oder Mann, erwerbstätig oder arbeitslos, krank oder gesund? Wenn wir zur ersten Auffassung neigen, genügt es, mit Sozialpolitik eine bestimmte Schicht der Bevölkerung zu begünstigen. Dies hat aber denkwürdige Implikationen: Es wurde noch kein Instrument dafür gefunden, der jeweils aktuell reüssierenden Schicht der Bevölkerung ihren Status auf Dauer zu garantieren – d. h. die Gefahr, dass auch Teile der Mittelschichten in Armut absinken und damit vom gesellschaftlichen Anschluss bedroht sind, ist permanent. Gleichzeitig aber bedeutet eine solche klientelorientierte Sozialpolitik, dass die von der gesellschaftlichen Partizipation ausgeschlossenen Minderheiten in Schach gehalten werden müssen – bis hin zu polizeilichen Maßnahmen. Wenn wir dieses Konzept wirklich konsequent zu Ende denken, gelangen wir zu einer Kastengesellschaft, die auf jeden Fall nicht mehr vereinbar ist mit den Grundprinzipien der Demokratie.

Wenn Sozialpolitik allerdings alle Menschen einschließen soll, dann muss man anders herum, nämlich von unten, auf die Gesellschaft schauen. Dann geht es darum, die Systeme der sozialen Sicherung so zu gestalten, dass sie allen, aber insbesondere denjenigen Menschen einen sozialen Freiheits- und Beteiligungsraum sichert, die in unsicheren materiellen Verhältnissen leben und auch in Zukunft auf die Verfügbarkeit einfacher Erwerbstätigkeit angewiesen sind, um ihre materielle Existenz zu fristen. Ich spreche hier ausdrücklich nicht nur von allgemeinen und individuellen Rechten in den sozialen Schutzsystemen und von Arbeitnehmerrechten. Angesichts der massiven Zwangsverfügungen und die Konstitution von sozial ausgeschlossenen Minderheiten halte ich es für unabdingbar, den Freiheits- und Beteiligungsraum für alle Bürgerinnen und Bürger in den Sozialsystemen zum Thema zu machen. Ich sage dies angesichts der massiven Eingriffe, die im deutschen Sozialsystem bereits erfolgt sind oder beabsichtigt werden. Dies reicht vom Sozialgesetzbuch III bis hin zum Bundessozialhilfegesetz. Negiert wird das Prinzip der Freiheits- und Beteiligungsrechte ausdrücklich von den sozialdemokratischen Strategen des sog. Dritten Weges – ob im Vereinigten Königreich oder in der Bundesrepublik. Lediglich Frankreich versucht hier noch einen etwas anderen Weg, aber für unsere französischen Nachbarn waren soziale Belange und Freiheitsrechte schon immer eher miteinander verbunden.

Wenn es gelingen sollte, soziale Rechte mit in den Grundrechtekatalog der EU aufzunehmen, dann werden sich diese sehr allgemein auf solche Dinge

wie das Recht auf kollektive Interessenvertretung der Arbeitnehmer, die grundsätzlichen Rechte auf Bildung, sozialen Schutz und Gesundheitsversorgung beziehen. Es wird keinesfalls ein Recht auf Arbeit oder auf Wohnung dabei zu finden sein, und ob sozialer Schutz und Gesundheitsversorgung dann in der jeweiligen nationalen Konkretion Freiheitsrechte beinhalten, bleibt weiterhin den Ländern überlassen.

Man muss hier sehr genau sein, denn eine bloße Einbeziehung von einigen sozialen Rechten taugt nichts, und ohne Bestimmung des Freiheitsrechtes darin können diese Rechte genauso gut im Sinne der Zwangsverfügung über Minderheiten genutzt werden. Dieses ist heute in der Debatte der entscheidende Punkt: Es geht nicht um eine klägliche Alimentierung derjenigen, die am Rande der Gesellschaft leben, es geht unmittelbar um Freiheitsrechte und um Beteiligungsrechte an der Gesellschaft.

Ich habe bereits auf die Zwangsverfügungen in der deutschen Arbeitsförderung und in der Sozialhilfe hingewiesen. Dies hat aber durchaus einen europäischen Rahmen. Die Erwerbstätigkeitsquote in der EU ist im Vergleich zu den USA und Japan niedrig. Sie beträgt nur 60 Prozent. Die EU-Kommission spricht im Zusammenhang mit der Sicherung des Sozialschutzes in den EU-Ländern ganz offen davon, dass es darauf ankommt, dass möglichst wenig Menschen von Transferleistungen leben dürfen und möglichst viele, die bis jetzt keine Erwerbstätigkeit haben, einer solchen auch als Geringverdiener zugeführt werden müssen, die dann auch in das Abgaben- und Beitragssystem einbezogen werden. Anders gesagt: Die »working poor« sollen die »verschlankten« d. h. ausgehöhlten sozialen Schutzsysteme tragen. In der Bundesrepublik wurde dieser Weg auch mit der Neuregelung der sog. 630-DM-Jobs beschritten: Hier wird ein Anteil an die Krankenkassen und die Rentenversicherung abgeführt, ohne dass ein individueller Anspruch auf Leistungen besteht. Dies ist, nebenbei bemerkt, eine eklatante Verletzung des Prinzips der Sozialversicherung, wie wir sie seit Bismarcks Zeiten kennen.

Der Beispiele wären viele aufzuzählen. Fast alle Länder in der EU haben in den letzten zehn Jahren ihre Arbeitsmarktpolitik in Richtung von Zwangsverfügungen verändert. Besondere Ausuferungen haben solche Maßnahmen in der Sozialhilfe. Und auch die anderen Länder bedienen sich dieses Instrumentes, um »working poor« dem Arbeitsmarkt zuzuführen. Insofern ist es durchaus ambivalent zu sehen, dass Portugal ein System der Mindestsicherung eingeführt hat und Italien zum ersten Mal in seiner Geschichte dabei ist, ein solches System zu schaffen. Dieses ist der Zusammenhang, in dem wir Freiheitsrechte mit aller gebotenen Deutlichkeit einfordern müssen.

Wenn wir soziale Grundrechte diskutieren, dann nicht allein deshalb, weil wir eine handlungsleitende rechtliche Verankerung dieser Rechte brauchen und

damit die Chance für gesetzliche Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene, sondern auch, weil wir in der Umbruchsituation, in der sich die europäischen Gesellschaften befinden, zu Recht befürchten müssen, dass der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen wird.

Die sozialen Grundrechte umfassen klassisch das Recht auf Arbeit, auf Wohnung, auf sozialen Risikoschutz im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und Alter, das Recht auf Gesundheitsversorgung und auf Bildung. Diese klassischen Rechte müssen heute ergänzt werden um das Recht auf eine gesunde Umwelt, um Antidiskriminierungsrechte und das Recht auf Zugang zu Wissen. Und, wie gesagt, sie müssen als Freiheitsrechte bestimmt werden.

Wer hier einwendet, dies sei ein ganz und gar utopischer Gedanke und nie und nimmer realisierbar, der sei daran erinnert, dass die Europäische Union schon einmal, 1989, eine feierliche Erklärung sozialer Grundrechte verabschiedet hat. Diese war im wesentlichen auf Arbeitnehmerrechte reduziert und sie war nicht rechtsverbindlich. Aber dennoch war sie ein Unikum, weil es vorher überhaupt noch nie eine Erklärung von Grundrechten in der damaligen EG gegeben hat. Wir wollen hier durchaus nicht vergessen, dass in den achtziger Jahren die Linksozialisten und die Sozialdemokraten in der EG Seite an Seite um eine solche Charta der sozialen Grundrechte gekämpft hatten und ziemlich enttäuscht waren, dass nur eine feierliche Erklärung dabei herauskam. Immerhin war die Folge, dass einige anspruchsvolle Rahmengesetze, die durch die damals geltenden Verträge der Europäischen Gemeinschaften durchaus nicht gesichert waren – so z.B. ein Rahmengesetz zum Mutterschutz und zur Arbeitszeitbegrenzung, wie auch die berühmt-berüchtigte Entsende-richtlinie – durchgesetzt werden konnten.

Heute ist der Kampf um soziale Grundrechte noch viel dringlicher. Aber die Sozialdemokraten sind bekanntlich auf einem ganz anderen Weg. Niemand außer Linksozialisten in Europa ist noch in der Lage, dem neuen Kapitalismus Paroli zu bieten und die Situation all derjenigen Menschen, die an diesem System zerbrechen, zu skandalisieren. Deshalb ist es die Aufgabe der linkssozialistischen Politik in Europa, um soziale Grundrechte und deren Realisierung in konkreten Gesetzen zu kämpfen.

Warum aber müssen wir uns mit dieser Forderung eigentlich an Europa wenden, warum genügt es nicht, diesen Kampf in unseren eigenen Ländern zu führen? Warum braucht die Europäische Union eine wirkliche Sozialpolitik?

Die Antwort ist recht einfach: Die Europäische Union hat mit der Wirtschafts- und Währungsunion ein neoliberales Großprojekt verordnet und sie hat dabei eine Machtkonzentration erreicht, die die einzelstaatlichen Handlungsspielräume sehr empfindlich reduziert hat. Darüber hinaus wirkt das

funktionalistische Prinzip der europäischen Integration aber auch als ein Prinzip des »Teile und Herrsche«. Die Deregulierungspolitik der Wirtschaftsunion hat zu einer massiven Entbindung des Kapitals aus national bestimmten sozialen Bindungen geführt. Damit sind nicht zuletzt die Aktionsmöglichkeiten der klassischen Akteure gegen Kapitalmacht höchst eingeschränkt. Die Gewerkschaften haben zwar ein gewisses Mitspracherecht im Rahmen der sogenannten Sozialpartnerschaft, sie sind aber in ihren Aktionsmöglichkeiten national gebunden, d. h. sie haben fast keine Macht, europäisch zu handeln. Dies betrifft ebenso die Sozialverbände und nicht-kapitalistisch organisierte Wirtschaftsbereiche, wie etwa die Genossenschaften. Es gibt noch keine Gegenmacht, die sich europäisch artikuliert. Und dies ist nicht einfach eine Frage des guten Willens der Akteure.

Die Mitgliedstaaten wiederum befinden sich im eisernen Griff der gemeinsamen Währungs politik. Die berühmte Haushaltsdisziplin verlangt auf Gedeih und Verderb den Abbau konsumptiver sozialer Kosten und die radikale Privatisierung öffentlicher Wirtschaftsbereiche. Es gibt aber noch ein anderes Element, das hier wirksam ist. Die Nationalstaaten befinden sich mit ihren je nationalen Volkswirtschaften weiterhin in Konkurrenz zueinander. Wer sich ein aufwendiges Sozialsystem leistet, gerät ins Hintertreffen. Wer sich große Streiks leistet, ebenfalls. Die internationalen Finanzmärkte bestimmen heute über die Börsennotierung des Euro unmittelbar darüber mit, was auf der sozialpolitischen Agenda in den Ländern der Euro-Zone zu stehen hat.

Es gibt hier nur eine Lösung, und diese ist unausweichlich: Es müssen auf europäischer Ebene die sozialpolitischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ein allgemeines und an den individuellen Freiheitsrechten orientiertes europäisches Sozialsystem – das einzelstaatlich durchaus unterschiedlich gestaltet sein kann – begründen. Ich muss hier eine wesentliche Anmerkung machen: Es wird gegen die Idee einer europäischen Sozialunion immer eingewendet, man könne doch in Portugal nicht die Höhe der deutschen Löhne zum Maßstab machen oder die deutsche Sozialhilfe usw. Das stimmt, solange die Lebensbedingungen in den einzelnen Ländern so unterschiedlich sind wie sie es bis heute sind. Solange dies der Fall ist, muss man die gemeinsamen Standards in ihren jeweiligen konkreten Leistungshöhen an die jeweiligen durchschnittlichen Lebenshaltungskosten anpassen. Das geht und ist keine Zauberei.

Es ist aber ganz eindeutig. Nur wenn es gemeinsame Standards gibt, ist das Sozial-Dumping zwischen den Staaten, um Standortvorteile zu erhaschen, unmöglich. Wenn Europa sich gemeinsame soziale Standards gibt, bedeutet dies aber nicht nur eine Neutralisierung des Sozial-Dumping im Binnenbereich, sondern auch ein machtvolleres Signal im globalen Wettbewerb; denn dann muss Europa ein Interesse daran haben, dass auch die anderen Mitspieler im globalen Spiel soziale Standards beachten.

Im Zusammenhang mit der Osterweiterung der EU erscheinen diese Gedanken vielleicht manchem etwas luxurierend. Schließlich erscheint es bis jetzt für die neuen Mitgliedsländer als ein Standortvorteil, billige und gut qualifizierte Arbeitskräfte zu haben und sich nicht so sehr um soziale Belange kümmern zu müssen. Die Hoffnung, im Standortwettbewerb der Mitgliedsländer mit solchen Vorteilen reüssieren zu können, ist ohne Zweifel verführerisch. Es ist aber ein arger Trugschluss, denn die neuen Mitgliedsländer akzeptieren damit mittelfristig eine sich massiv beschleunigende soziale Spaltung in ihren Ländern. Die schlechteste Art Integration zu erreichen, ist die, die die Europäischen Gemeinschaften bei der Integration Spaniens, Portugals und Griechenlands anwandten, und die allgemein für die Interventionen der Strukturfonds gilt: Benachteiligte Gebiete werden mit Hilfe der Strukturfonds ein wenig gepöppelt, ohne dass damit eine wirkliche Entwicklung stattfinden könnte. Die Bedeutung der Strukturfonds soll hier keineswegs unterschätzt werden, sind sie doch das einzige Instrument der Solidarität, das die EU kennt. Sie können erwiesenermaßen aber bestenfalls dazu beitragen, dass sich die Schere zwischen armen und reichen Regionen nicht weiter unerträglich spreizt. Sie sind kein Mittel, um diese Schere zu schließen, und sie sind schon gar kein Ersatz für sozialpolitische Rahmenbedingungen.

Aber das wesentliche Argument ist ein anderes: Die Europäische Union steht auf tönernen Füßen und bleibt ein für die Bürgerinnen und Bürger fremdes Konstrukt, solange sie kein spezifisch europäisches Projekt für eine emanzipatorische Demokratie entwickelt. Und dies kann sie nur, wenn wir ihr den Auftrag geben, soziale Gerechtigkeit als europäisches Projekt zu verwirklichen. Die Europäische Union wird nicht daran scheitern, dass die Sprachenvielfalt noch größer wird und dass ihr noch mehr Menschen zugerechnet werden. Sie wird daran scheitern, dass sie ein kaltes, die menschliche Not und die sozialen Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger ignorierendes, ja missachtendes Projekt ist. Daran wird auch eine formalisierte Föderation mit verfassungsmäßig begründeten und etwas transparenteren Gremien nichts ändern. Zur europäischen Einigung gibt es keine Alternative, das ist wohl wahr. Aber wir brauchen eine radikale Richtungsänderung für den Prozess der europäischen Einigung. Ohne die zügige Schaffung einer echten Sozialunion ist die Europäische Union nicht zu reformieren und nicht zu retten.

Die Anfänge der Idee der europäischen Einigung und der europäischen Demokratie, wie sie vor allem im italienischen und französischen Widerstand gegen die Herrschaft des deutschen Nationalsozialismus über Europa entwickelt worden waren, wurden nicht nur emphatisch getragen von der Idee des Friedens, sondern auch von der Idee der Aufklärung, des sozialen Wohlstands und der demokratischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an ihrem Europa.

ANDREAS WEHR

Diskussionsbeitrag

Ein Problem ist am heutigen Nachmittag nur kurz gestreift worden:

Es handelt sich dabei um die Frage, welche Rückwirkungen die Erweiterung der Europäischen Union auf bald 25 und womöglich sogar auf einmal 30 Staaten haben wird. Ich meine damit die Rückwirkungen auf die Verfolgung des Ziels einer Beschäftigungs-, Umwelt- und Sozialunion, wie sie ja noch von großen Teilen der politischen Linken und den Gewerkschaften als unverzichtbare Schritte hin zu einer vertieften europäischen Integration gefordert werden. Jeder, der an diesen Zielen festhält, muss sich doch fragen, wie diese Ziele in einer Europäischen Union überhaupt noch erreicht werden sollen, in der, was die Produktivität der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer und ihre sozialen und ökologischen Standards angeht, die Ausgangsbedingungen extrem unterschiedlich sind. Schon heute, in dem Europa der 15, ist das Wohlstandsgefälle unter den Mitgliedsländern und Regionen bereits größer als etwa jenes innerhalb der USA. Und natürlich werden sich diese Unterschiede nach dem Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten – und womöglich auch der Türkei – noch weiter verschärfen. Ich fürchte, dass angesichts dieser Tatsachen das Konzept mancher Neoliberalen aufgeht, die in der Osterweiterung eine günstige Gelegenheit sehen, den mühsam erreichten politischen Zusammenhalt der Europäischen Union soweit zu schwächen, dass schließlich nur eine lose Freihandelszone übrig bleibt.

Vor diesem Hintergrund müssen wir die verschiedenen Überlegungen und Konzepte für ein »Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten«, eines »Kerneuropa« oder »Gravitationskerns« unvoreingenommen prüfen. Natürlich stimme ich nicht mit allem überein, was hierzu in letzter Zeit gesagt oder geschrieben wurde, doch wir sollten die tatsächlich vorhandenen Probleme erkennen, die den Hintergrund darstellen, vor dem diese Überlegungen entwickelt werden. Völlig zu Recht hat etwa Christa Luft heute klargestellt, dass eine schnelle Einbeziehung der Beitrittsländer in die Eurozone völlig unrealistisch wäre, da sie unabsehbare ökonomische und damit auch soziale Verwerfungen nach sich ziehen würde. Was für die Wirtschafts- und Währungsunion zutrifft, gilt auch für andere Bereiche, etwa in der Umwelt- und Sozialpolitik.

Als Sozialisten, die in einem der ökonomisch mächtigsten und fortgeschrittensten Länder der Europäischen Union arbeiten, müssen wir Antworten auf die komplizierte Frage finden, wie auch nach einer Verdoppelung der Mitgliedsländer der Union das erreichte Niveau der europäischen Integration

erhalten und entwickelt werden kann, etwa in Richtung einer Beschäftigungs-, Umwelt- und Sozialunion. Zugleich muss der Erweiterungsprozess so angelegt werden, dass nicht zwei Klassen von Mitgliedsländern entstehen. Alle Staaten müssen vielmehr die Chance haben, zu dem engeren Kreis aufzuschließen. Mehr noch: Wir haben Vorschläge zu unterbreiten, wie die vorhandenen krassen Entwicklungsunterschiede Stück für Stück abgebaut werden können. Wir können uns daher nicht damit zufrieden geben, dass in der Union nur vergleichsweise sehr geringe Summen – konkret ist es nicht einmal ein halbes Prozent des unionsweit erzeugten Bruttosozialprodukts – für die Entwicklung schwächerer Regionen vorgesehen sind. Hier ist ein neuer Ansatz zu entwickeln, der auch Elemente einer Transferunion umfassen muss. Dieser Ansatz wird sich aber nur dann entwickeln, wenn zwischen den Völkern und den einzelnen Menschen eine neue Form der Solidarität entsteht. Und daran müssen wir arbeiten.

MAURA COSSUTTA

For a democratic and social Europe

EU enlargement presents us with a perfect opportunity to re-examine the broader political project which lies behind it, since a real unification is something very different from the mere addition of new countries.

We must not forget the important questions regarding the procedures for new entrants or the political consequences of enlargement. From the decision-making process, to competition regulation, to closer cooperation, all of the different aspects of enlargement could offer to the left an opportunity to introduce its own project for reform.

Throughout the continent, EU enlargement will add great problems and new issues to the political agenda of the left, forcing us to deal with theoretical and practical questions of the greatest importance.

I'll start from the first of these and I think the main one for the left. The employers' representatives of candidate countries are ready to join, also formally, UNICE, the employers' organization of the EU. Employers will be united in one organization with a unified voice in Brussels. What about workers? They are organised – with declining numerical strength and militancy - in different associations, sometimes divided according to nation and category. At present, their voice within their countries is weak, and in Brussels, where decisions are taken, hardly heard at all. The CES (European Trade Union Confederation) is an empty and bureaucratic institution, very distant from real processes. As things stand, the employers – even before the triumph of deregulation – have proposed the same collective agreements all over Europe. The fight for cultural hegemony has been won by the god of money, the American-calvinist myth of profit, bringing outsourcing and the delocalisation of factories both within and outside the territory of Europe, to areas where labour is cheaper. So, for instance, Hoover has moved its vacuum-cleaners factory from France to Great Britain, dismissing its workers in France to pay lower wages to British workers, devoid of social protection.

When will the workers, men and women, join together, at least in Europe? And more: will we be able to give politics its rightful role in the task of rethinking the Union and its political and social system?

What kind of social system can we refer to?

What kind of social model can we propose? Which can we aim at?

Italian Communists believe that enlargement must be an opportunity for democracy and social development for all the present European peoples as

well as for the new ones who will come in; the social system springing from this process will be testimony to the level of civilisation we'll be able to reach. The European social system, with its rules and protective measures derived from decades of struggles of working men and women, in every country of our continent, at the cost of so many deaths and sacrifices, cannot and must not surrender to the ultra-liberal assault. And despite the fact that the system is not the same in every country, it must be imposed everywhere, at its highest level.

To the attempt of submitting universal rights to the market economy, we must unit around a broad and ambitious answer .

The European social model, with its work-based civilisation and its harmony between economic development and protection of the weakest, underlines a basic difference from the tendency to transform human society into a market society .

At the present time, the real challenge of enlargement is how to harmonise all of the best things that workers, men and women, have won in our countries, in the field of social rights, democracy and participation, through their passionate and intelligent struggles.

The question is how to widen rights, not how to accept dilution of those rights. Neither the attempt to introduce a huge supply of cheap labour in order to control European workers' wages, nor the proposal for formal agreements covering the introduction of real »free zones« in Europe's heart, will allow the European Union to win the challenge of global competition.

The real challenge now is how to combine development with progress, collective wealth with universal rights.

To support social advances and to harmonise social rights at their highest level means to build a civilised Europe, not a barbaric one such as proposed by the now prevailing culture. The right of association in trade unions, freedom to strike, the right to a minimum wage, equal for everyone all over Europe, the right to a fair unemployment allowance, to holidays with pay, to equality – and not only of wages – between men and women, to a fair pension for everyone. From Lisbon to Warsaw, from Sicily to Lappland, we must have the same rights, in order to avoid discrimination between workers, between citizens, so that a higher level of universal rights can overcome the borders between different countries.

We must go further in this, as the only way to improve the standard of life of the mass of working people and of all who are kept out of the labour market as a lever for wage blackmail. The right to a job, to health, to housing, are inalienable rights: they must be for everyone, and they must be both written down and put into practice.

The Italian Communists, together with comrade Sylvia Kaufmann, have been fighting inside the European Parliament to insert social rights into the Charter of fundamental rights, about which there is at present so much discussion. The Charter of Fundamental Rights must include social rights: lacking employment, housing, health care, men and women are reduced to variable statistic: their dignity is reduced to zero, rights become a matter of blackmail, leading to serious and continual violations of human rights.

If it will be necessary to write a European Constitution in order to guarantee these rights, here we set two conditions: first, the election of a Constituent Assembly, and second, a binding referendum to be held in every country after the promulgation of the Charter .

Last but not least, if a European social model exists and will continue to exist, it will provide a model not only ideologically but concretely for men and women all over the world. We must propose and pursue an international tax against dumping.

In our opinion, there are three measures which should be taken: first, to introduce the Tobin tax and other suitable measures to make the export of capital and delocalisation of firms out of Europe more difficult; next, it is necessary to introduce a social market clause for the import of goods from outside Europe. If goods are produced by workers lacking social and trade-unions rights, a tax should be imposed so that it will be expensive to ignore human rights.

Inside the European Union, we must immediately fight to reform the structural funds, so that they can affect development and not just growth. As the funds are planned today, they are dangerous for the weakest areas, hampering growth and even more the development. And in any case, it is not true that the growth of GNP implies increase of the development; on the contrary, often it exacerbate its distortions.

Policy must correct the relationship between development and growth, between the increase of wealth and rights. If wealth rises and rights go back, it means that democracy decreases and instead of being a substantial element it becomes a mere super structural phenomenon. Rights are reduced to a possibility, while the market becomes a certainty; we believe that the market must be a possibility, and rights a certainty .

All of this won't be easy, but at a moment when the battle has not yet started, we feel necessary to project it beyond the already difficult task of defending of what we have won in the past.

We cannot limit our action to the defence of acquired rights, although today they are endangered by racism and reviving fascism. We need to give voice to a wider project, finding in the defence of acquired rights only a starting point for a new stage in relations between Europe and European.

The Europe we have in mind must unite its citizens more than it does its firms; it must create a common market and common rights; it must be a model of development and progress. This is the real competition with other models, centred on economic ultra-liberalism and deregulation of rights.

We want a continent where different religions are respected, but where personal and collective freedom can be assured by secular authority; where moralistic views are kept out of legal system, but ethical elements are introduced into market regulation.

We too have a dream: a Europe able to fight against monopolies, for a harmonious development which respects the environment; able to defend its free-dom of choice in economic and social matters against the interference of United States; able to carry out its foreign policy according to its own needs and not to imperial demands from beyond the Ocean; able to become a political giant governing economics, instead of an economically powerful but politically subjected giant. A Europe able to win the new century's challenge of governing a system in a European way, respecting its civilised traditions, traditions from which the dream of a united and sovereign Europe was born.

Europäische Regionalpolitik

HELMUTH MARKOV

Grenzüberschreitende Regionalisierung als Basis europäischer Integration

Grenzüberschreitende Regionalisierung als Basis europäischer Integration ordnet sich selbstverständlich und ganz natürlich in den Gesamtkontext der Entwicklung von Regionalkonzepten und Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe ein. Bezug nehmend auf die Ausführungen von Frau Professor Luft, ist bei einer Betrachtung der jetzigen Mitgliedsländer festzustellen, dass die Regionen in den Randlagen und in den Grenzgebieten relativ gleiche Kennzeichen aufweisen: In diesen Regionen sind kaum selbst tragende regionale Wirtschaftskreisläufe vorhanden, das endogene Potenzial fehlt. Die harten Standortfaktoren in ihrem Vierklang Großunternehmen, Klein- und Mittelstand, öffentliche Aufträge und privater Konsum funktionieren nicht, Infrastrukturentwicklung als eine notwendige Voraussetzung ist in diesen Gebieten nicht vorhanden. Aber auch die weichen Standortfaktoren, d.h. das Wissensangebot, das Bildungsangebot, das Ausbildungsangebot fehlen. Demzufolge sind die meisten Randregionen im Verhältnis zu den Agglomerationszentren kaum in der Lage, tatsächlich eigenständige regionale Wirtschaftskreisläufe aufzubauen. Das heißt, sie brauchen a priori eine staatliche Intervention.

Das zweite Moment ist, dass in diesen Regionen der vorhandene Klein- und Mittelstand größtenteils in Sektoren arbeitet, die sich dadurch auszeichnen, dass sie in einem degressiven Markt tätig sind, kaum über überregionale Marktzugänge verfügen, es einen gnadenlosen Verdrängungswettbewerb gibt, in diesen Regionen die Wertschöpfungspotenziale derart gering sind, dass der Rückgriff auf Kooperationspartner daher nur auf sehr kleinteilige mittelständische Unternehmen bezogen ist, so dass damit natürlich auch der gesamte Umsatz, die gesamte Produktion enorm gering sind.

Replik auf die Problematik der Produktivität. Die Produktivität in diesen Regionen (nur von den Regionen in den Mitgliedstaaten der EU gesprochen) ist natürlich geringer. Produktivität kann man aber nicht zum alleinigen Maßstab machen. Produktivität berechnet sich ja anhand der Produktion pro Beschäftigten. Das heißt, die Produktivität könnte in sehr vielen dieser Regionen entschieden höher sein, wenn es den Marktzugang gäbe. Man kann feststellen, dass in diesen Regionen die Auslastung der Produktion in der gewerblichen Wirtschaft nur bei etwa 60 Prozent liegt. So wird deutlich, dass dadurch

natürlich auch die Produktivität entschieden geringer ist. Schlägt man nun den Bogen zu den grenzüberschreitenden Regionen, so ergibt sich folgendes Bild: Die Gesamtlänge der kontinentalen EU-Außengrenze beträgt 5421 km, von der 56 Prozent, also 3033 km, auf Grenzstrecken zu den MOE-Staaten entfallen.

Prinzipiell würde die EU-Osterweiterung wenigstens drei wichtige regionale Wirkungen mit sich bringen:

Erstens würden sich mit dem Beitritt der baltischen Staaten zwei zusätzliche Möglichkeiten ergeben, wie das m. A. Finnland, selbst wenn man das nicht überbewerten darf, während des Helsinki-Gipfels mit seinem Verständnis der »Nordischen Dimension« zum Ausdruck gebracht hat: Diese Staaten in ihre Sphäre unbedingt einbinden, sozusagen ein geschlossenes Konzept schaffen, das man baltisch nennen könnte im Gegensatz zu dem, was jetzt die südlichen Mitgliedstaaten in Südeuropa und am Mittelmeer haben. Gleichzeitig liegt es natürlich auch im Sinne der Regionalpolitik, grenzüberschreitend insbesondere in den Gebieten Kaliningrad, in den Gebieten St. Petersburg, in den Gebieten Murmansk etc. Handelstätigkeit allmählich zu verstärken.

Zweitens: Wenn die Donaustaaten hinzukommen, ergibt sich sofort eine ganz andere Dimension. Griechenland, das als Mitgliedsland der Eu jetzt relativ isoliert ist, wäre natürlich zusammen mit den Staaten Rumänien, Bulgarien, Ungarn sofort in einer ganz anderen Phase, hätte ganz andere Möglichkeiten einer regionalen Verknüpfung, wodurch sich eben auch zusätzlich regionale Wirtschaftskreisläufe ergeben könnten, die jetzt durch die staatliche Grenzziehung einfach nicht gegeben sind.

Drittens entsteht die Scharnierfunktion von Polen, Tschechien und der Slowakei als Bindeglied zwischen den nördlichen und nordöstlichen Mitgliedstaaten zu den südosteuropäischen. Man kann feststellen, dass in den Grenzregionen mittlerweile die Tendenz besteht zu versuchen, über die sogenannten Euroregionen allmählich ganz wichtige Schwerpunkte schon jetzt zu setzen. Und es ist gleichgültig, ob man sich die Euroregion POMERANIA, Viadrina, Spree-Neiße Bober oder auch andere anschaut – das Ziel ist bei allen gleich: »die Aufnahme gemeinsamer Aktivitäten, um die Entwicklung der Region und die Annäherung der Bewohner und Institutionen in den beteiligten Regionen zu fördern«. Hier gibt es Übereinstimmung. Doch es bleibt ein Grundproblem. In diesen Regionen sind die Träger des Versuchs der Zusammenarbeit die kommunalen Gebietskörperschaften: die Städte, die Gemeindeverbände, die Kommunalverbände, die zwar wirtschaftspolitisch gesehen durchaus über Genehmigungsverfahren, über Ansiedlungsverfahren, über Entwicklung kleinteiliger Wirtschaft eine relativ große Wirkung haben, die aber in ihren Handlungsmöglichkeiten beschränkt sind, weil sie eingebunden sind in den gesamten Kontext Europanationalstaat, dann vielleicht noch Föderalstaat wie

in der Bundesrepublik und erst dann als Region agieren können. Unabhängig davon entwickelt sich in diesen Regionen ein besonderes Potenzial, das sich dadurch ausdrückt, dass man sukzessive in der Phase des Vorbeitritts – also bevor die Länder beitreten – versucht, schon bestimmte Voraussetzungen zu schaffen:

- Zusammenarbeit und Austausch von Gesellschafts-, Wissenschafts-, Kultur-, Jugend- und Berufsgruppen zum besseren Kennenlernen der Bevölkerung der grenznahen Regionen;
- Ausbau und Anpassung regionaler Infrastruktur an die Bedürfnisse;
- Entwicklung einer koordinierten Raumplanung beiderseits der Grenzen;
- Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit;
- Einrichtung gemeinsamer Gymnasien oder Universitäten;
- Entwicklung grenzüberschreitender Naturschutzmaßnahmen (z. B. Unteres Odertal).

Es ließen sich genügend Projekte benennen, die in diesem grenzüberschreitenden Raum bereits realisiert worden sind und gut funktionierten, die durch diese Zusammenarbeit eine Vielzahl regionaler Effekte erbracht haben. Der große Nachteil ist aber, dass wir zwei europäische Programme haben: Interreg und Phare. Interreg als das Programm, das den Mitgliedstaaten zur Verfügung steht, und Phare als das Programm der Beitrittskandidaten. Es ist ein enormer Verwaltungsaufwand vonnöten, der meist nicht zahlt, weder bei der Mittelbereitstellung noch bei der Mittelausgabe, um gemeinsame Projekte zu entwickeln. Das heißt, durch die Trennung der beiden Programme diesseits und jenseits der Grenze bei Mittelbereitstellung und -einsatz sind sie in ihrer Effektivität eingeschränkt. Es gibt viele Beispiele, dass auf der einen Seite Gelder ein Jahr früher genehmigt worden sind als auf der anderen, was sich natürlich hemmend auswirkt. Also ein enormer Verwaltungsaufwand, der der regionalen Entwicklung im grenzüberschreitenden Verkehr nicht gerade förderlich ist.

Es gibt ein weiteres europäisches Programm im Rahmen des Vorbeitritts – ISPA. Damit werden jährlich ca. 1 Milliarde DM für alle Beitrittskandidatenländer sowohl der Luxemburg-Gruppe als auch der Helsinki-Gruppe zur Verfügung gestellt. 1 Milliarde hört sich sehr viel an. Die Gelder dieses Programms sind vorrangig auf die Verkehrsinfrastrukturentwicklung und den Umweltschutz fokussiert. Stellt man diese Summe ins Verhältnis zu dem notwendigen Finanzbedarf in den Beitrittskandidatenländern, so beträgt diese 1 Milliarde lediglich 3 Prozent des gesamten Finanzbedarfs. Es macht also deutlich, dass es zwar ein Tropfen auf den heißen Stein ist, aber letztlich in einer kurzen Zeit – und ich bin dafür, das auch fair zu benennen – nicht dazu beitragen wird, diese Probleme in den Beitrittskandidatenländern im Vorfeld des Beitritts zu lösen. Natürlich räumt die Europäische Union den Beitritts-

kandidatenländern großzügig die Möglichkeit ein, Kredite aus der Europäischen Investitionsbank aufzunehmen. Das können sie aber nicht, da sie nicht in der Lage sind, diese zurückzuzahlen. Zudem sind in den MOE-Staaten die Möglichkeiten, aus den nationalen Haushalten oder durch die Bildung von privat-public partnership zusätzlich Kapital zu akquirieren, objektiv mehr als begrenzt. Diese Empfehlungen sind theoretisch hervorragend, praktisch aber nicht realisierbar.

Bei der Behandlung dieser Problematik kommt man jedoch nicht umhin fair zu sagen: die Europäische Union ist der eine Part, der andere Part sind die Nationalstaaten, die auch ihrer regionalen Entwicklung in den zurückgebliebenen Regionen entschieden mehr Aufmerksamkeit widmen müssen.

In der Wissenschaft gibt es drei verschiedene Theorien. Sie treffen hier insofern zu, da von jeder ein Stück stimmt und ein Stück nicht stimmt. Die eine Theorie, das sogenannte Heckscher-Ohlin-Samuelson Theorem, geht davon aus, dass sich grenzüberschreitende Arbeitsteilung zuerst in benachbarten Regionen herausbildet, weil die Transportkosten geringer sind, wobei aus den fortgeschrittenen Regionen arbeitsintensive Fertigungen abwandern und wissensintensive zuwandern; Kapital fließt in die zurückgebliebene Region, mobile Arbeitskräfte strömen in die fortgeschrittene, in dessen Folge sich längerfristig Entwicklungsniveaus angleichen. Das mag stimmen, wenn es in diesen Grenzregionen fortgeschrittene und nicht fortgeschrittene unterschiedliche Regionen gibt. Da sie aber meist auf einem ähnlich angenäherten Entwicklungsniveau sind, dauern diese Entwicklungsprozesse entschieden länger und ich glaube nicht, dass das als allein gültige Theorie gelten kann.

Die zweite Theorie, die neue Außenhandelstheorie, besagt, dass intensiver Handel zwischen zwei Regionen nicht unbedingt davon abhängig ist, wie hoch die komparativen Kostenvorteile sind.

Die dritte Theorie, die sogenannte neue Wachstumstheorie, ist die mutigste, denn sie lässt prinzipiell offen, ob freier Handel und unbegrenzte Faktormobilität zu Konvergenz oder Divergenz von Regionen führen, da sie den entscheidenden Faktor wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in der Wissensakkumulation sieht.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf die Diskussion zur Migration zurückkommen. Dieses Problem muss man sehr differenziert betrachten. Ich glaube nicht, dass es eine große Migration von einer armen in eine andere arme Region geben wird. Vielmehr glaube ich, dass sich die Migration aus den Beitrittskandidatenländern fast ausschließlich in die Agglomerationszentren bewegt, dass das hochqualifizierte wissenschaftliche Personal abwandert, von den Bauarbeitern und Zeitarbeitern einmal abgesehen. Damit geht natürlich Wissenspotenzial aus den Beitrittskandidatenländern verloren, was dringend

notwendig wäre im Interesse ihrer eigenen Entwicklung. Demzufolge ist wirtschaftspolitisch zu trennen zwischen betriebswirtschaftlichem und volkswirtschaftlichem Verständnis.

Unabhängig davon lässt sich aber sagen: Betrachtet man die kumulierten ausländischen Investitionen von Unternehmen in Beitrittskandidatenländern, so ist festzustellen, dass sich westliche Unternehmen fast ausschließlich – zu 85 Prozent – in den Agglomerationszentren engagieren bzw. deren unmittelbarem Umland, weil sich dort auch vorrangig Industrie oder Dienstleistungszentren befinden, Hochschulen mit qualifiziertem Personal etc. vorhanden sind und auch ein leichter zu erreichender Markt mit hohem Konsumentenpotenzial auf dichtem Raum zur Verfügung steht.

Nimmt man als exemplarisches Beispiel Polen, wird dies deutlich. Warschau, Gdansk, Szczecin, Poznan und Wroclaw sind absolut bevorzugt. Die Gebiete entlang der Westgrenze sind für Auslandsinvestitionen alles andere als attraktiv. Übrigens stammen nur 20 Prozent der Investitionen in Polen aus der Bundesrepublik Deutschland, obwohl man als Nachbar natürlicher Kooperationspartner wäre. 80 Prozent entfallen auf andere westeuropäische Unternehmen. Demzufolge ist die häufig geäußerte These, wirtschaftliche und soziale Entwicklung bilde sich längerfristig ohne öffentliche Intervention heraus, auch praktisch nicht haltbar. Ohne gezielte Strukturpolitik unter Berücksichtigung endogener regionaler Potenziale wird es keine Annäherung, sondern mehr Auseinanderdriften geben.

Mir ist durchaus bewusst, dass selbst die enormen Mittel aus den Strukturfonds in den Ziel-1-Regionen der Mitgliedstaaten keine grundlegende Verringerung der Beschäftigungslosen gebracht hat, wie auch der jüngste Bericht des EP zu diesem Thema zeigt. Aber ohne dies wären die Unterschiede noch entschieden größer. Im übrigen, aber darauf wird Frau Prof. Etxezarreta nachfolgend bestimmt eingehen, liegt dies auch in der Zielrichtung der Strukturfonds begründet. Infrastrukturentwicklung ist ein wichtiger Punkt zur Regionalentwicklung, aber eben nur einer. Im Gegensatz dazu – bei allen Unzulänglichkeiten – hat der Kohäsionsfonds der Europäischen Union in den betroffenen vier Ländern doch erhebliche Entwicklungen freigesetzt. Dies setzt aber auch voraus, dass die Mitgliedstaaten der EU bereit sind, die erforderlichen Finanzressourcen aufzubringen und nicht die gegenwärtige Tendenz weiter verfolgen, die Mittel permanent zu kürzen und neuen politischen Herausforderungen lediglich durch Umschichtungen, also Streichungen bei anderen Notwendigkeiten, begegnen zu wollen.

Die Europäische Union investiert natürlich eine große Anzahl von Mitteln insbesondere in die Strukturfonds, die zum größten Teil in die Ziel-1-Regionen gehen. Zum Verständnis: Ziel-1-Regionen sind die Regionen, die unter

75 Prozent des Durchschnitts des Bruttosozialproduktes der Mitgliedstaaten der EU liegen. Von 50 Regionen in den Beitrittskandidatenländern Zentraleuropas haben 48 Regionen ein registriertes Bruttosozialprodukt von unter 75 Prozent des Durchschnitts der 15 Mitgliedstaaten. Nur zwei Regionen, Prag und Bratislava, wären nach heutiger Definition kein Ziel-1-Gebiet. Betroffen wären etwa 100 Millionen Bürger in diesen 10 hinzukommenden Staaten.

Die Europäische Union hat vier Einnahmequellen. Ich konzentriere mich auf eine, darauf, dass zumindest die maximal möglichen 1,27 Prozent des Bruttosozialproduktes der Mitgliedstaaten in den europäischen Topf fließen müssen. Der Prozentsatz liegt gegenwärtig bei 1,1 Prozent. Aber in der Agenda ist vorgesehen, dass bei Beitritt diese Mittel bis zu dieser Höhe ausgeschöpft werden könnten. Das stellt tatsächlich ein zusätzliches Finanzpotenzial dar, was den Beitrittskandidatenländern vorrangig nutzen sollte. Anderenfalls würde dies bedeuten, dass eine Neubestimmung der jetzigen Ziel-1-Regionen bei den Strukturfonds vorgenommen wird, was dramatische Folgen in den heutigen Grenzregionen der Mitgliedstaaten der EU hätte, und damit bei Beitritt der Kandidatenländer insbesondere diese Regionen dann grenzüberschreitend entschieden geringere Chancen auf einen selbsttragenden Wirtschaftskreislauf bekämen. Die Europäische Union ist also gezwungen, entweder zu akzeptieren, dass es diese regionalen Unterschiede auch in einem sehr langem Zeitraum noch geben wird, was natürlich Auswirkungen auf die sozialen Standards hätte, oder aber sie entschließt sich dazu, zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Gleichwohl rücken natürlich die heutigen Grenzregionen geopolitisch vom Rand in Richtung Zentrum, partizipieren über das Grundprinzip der dezentralen Konzentration, nehmen eine neue Stellung zwischen Agglomerationszentren ein. Regionalpolitisch gesehen verschieben sich dadurch Entwicklungspotenziale, die Divergenz zwischen den dann neuen Grenzregionen zu Russland, der Ukraine, Moldawien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Jugoslawien verstetigt sich.

Das heißt, Regionalpolitik müsste man heute schon so ausrichten, dass man sie nicht vorrangig in die heutigen Grenzregionen legt, sondern sie generell in die regionale Entwicklung der Beitrittskandidatenländer verlagert.

Hier greift natürlich auch im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Verantwortung der Länder, im Vorfeld des Beitritts den regionalen Strukturwandel zu befördern, Additionalität zu den EU-Fonds zu gewährleisten, mehr Eigenständigkeit des Handelns in den Regionen zu befördern.

Akzeptierter Standpunkt aller Fraktionen im Europäischen Parlament als auch der Kommission ist, dass im Rahmen des gemeinschaftlichen Besitzstandes bei der Diskussion des Kapitels 21 »Regionalpolitik«, welches unter

portugiesischer Ratspräsidentschaft am 6. April 2000 geöffnet wurde, besonderer Wert auf ein in sich geschlossenes Konzept – von Programmierung, Kofinanzierung, Partnerschaft, Projektentwicklung, Kontrolle, Finanzmanagement bis hin zu Evaluierung – gelegt wird, bei dem auch die sektoralen Bedingungen in den Regionen entschieden stärkere Berücksichtigung finden müssen.

Gerade auch im Zusammenhang mit der Agrarproblematik – auf das auf diesem Gebiet zur Verfügung stehende SAPARD-Programm will ich nicht eingehen, da es dazu einen eigenen Beitrag gegeben hat – muss man die Entscheidung fällen, wie man in Zukunft nicht nur für Westeuropa einen Markt eröffnen, sondern wie man tatsächlich eine Integration der osteuropäischen Länder in dieses Gesamteuropa vollziehen will.

Viele Politiker der Mitgliedstaaten sagen heute schon, die Erweiterung der Europäischen Union ist keine Transferunion. Das heißt, sie sind nicht willens und nicht bereit, zusätzliche Gelder aus ihren eigenen Haushalten für die Erweiterungsländer zur Verfügung zu stellen. Und wenn sie dies nicht tun werden, sind wir von einer Annäherung der Sozialstandards weit entfernt. Wie sollen Polen, Tschechien, Litauen, Slowenien, Estland, Ungarn oder Rumänien in der Lage sein, über 20 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts für Sozialtransferleistungen aufzubringen? Allein schaffen es diese Länder nicht, da die Umverteilungsmasse erst einmal erwirtschaftet werden muss. Wir wissen, dass die Wirtschaftssituation in den Beitrittskandidatenländern es gegenwärtig nicht zulässt, einen so hohen Sozialtransfer in ihren Ländern zu realisieren.

Regionalpolitik muss sich im Vorfeld des Beitritts vorrangig darauf konzentrieren, den Strukturwandel bereits sektoral vorzunehmen, das heißt, es ist festzulegen, in welchen Wirtschaftssektoren, auf welchen Wirtschaftsgebieten das Potenzial sowohl ökonomisch, ökologisch als auch bildungsmäßig vorhanden ist und dort den Schwerpunkt setzen. Dieser Strukturwandel muss dann im Vorfeld des Beitrittes auch mit Hilfe der Europäischen Union befördert werden.

Ich habe versucht, in meinem Beitrag verschiedene Seiten der Chancen und Risiken in den Regionen zu beschreiben, hege aber auch die Befürchtung, die kürzlich Claude Juncker, der luxemburgische Regierungschef, geäußert hat: »Ich habe sogar Zweifel, dass wir (gemeint sind die jetzigen Mitgliedstaaten der EU) unsere Hausaufgaben schaffen und am 1. Januar 2003 erweiterungsfähig sind.« Den Grund dafür sehe ich vor allem darin, dass man sich in politischen Traumvorstellungen ergeht und es versäumt, die notwendigen wirtschafts- und sozialpolitischen Voraussetzungen für diesen Prozess zu schaffen.

MIREN ETXEZARRETA

Paradies Europa? Einige Zweifel von der Peripherie*Vorbemerkung*

Dies ist eine Einschätzung der Folgen der Mitgliedschaft in der Europäischen Union anhand der spanischen Erfahrungen. Da es sich bei Spanien um ein halbindustrialisiertes Land und einen Späteinsteiger handelt (es trat der Gemeinschaft erst 1985 bei, ist also jetzt 15 Jahre lang Mitglied), können seine Erfahrungen für neue Mitglieder der Union von gewisser Bedeutung sein. Ich untersuche zunächst den Einfluss der EU-Mitgliedschaft auf das makroökonomische Gleichgewicht und das Produktionssystem, besonders die Auswirkungen auf letzteres als wichtigste strukturelle Variable. Danach komme ich zum Einfluss der Mitgliedschaft auf das Lebensniveau der Bevölkerung, um schließlich einige Empfehlungen für eine alternative Wirtschaftspolitik zu geben.

Sehnsucht nach Europa

Für das Establishment und die Wirtschaftsmagnaten Spaniens war Europa stets ein erstrebenswertes Ideal, eine Art fernes Paradies. Als das Land in den 60er Jahren noch unter dem dichten Nebel der Diktatur lag, unternahm die Regierung in einer Periode rascher Industrialisierung den Versuch, der EWG beizutreten. Der Antrag wurde jedoch prompt abgelehnt, weil es sich um kein demokratisches Regime handelte (was übrigens ein wohlfeiles Argument war, ein armes und unterentwickeltes Land zurückzuweisen). Im Jahre 1970 wurde ein für Spanien vorteilhaftes Abkommen über Handelspräferenzen mit der EWG unterzeichnet.

Die Wirtschaftskrisen der 70er Jahre, die mit dem Tod des Diktators zusammenfielen, trafen das Land sehr hart. Es folgte eine politisch schwierige, labile Periode, in der sich die Lebensbedingungen der Arbeiter etwas verbesserten, aber die wirtschaftlichen Grundprobleme nicht bewältigt werden konnten. Die Inflation erreichte 1977 27,5 Prozent, die Arbeitslosigkeit stieg bis 1984 gar auf 20 Prozent. Mit Hilfe des Stabilitätspaktes von 1977 versuchten mehrere Regierungen (zunächst der Mitte und danach der Sozialisten) in den 80er Jahren die Krisen mit Hilfe einer neoliberalen Politik¹ zu bewältigen, die sich überall in der Welt und natürlich auch in der EG ausbreitete.

¹ Diese neoliberale Politik hatte gewisse Besonderheiten. Unter der Diktatur waren die Sozialleistungen sehr begrenzt. Mit der Errichtung der Demokratie musste das zuvor sehr schwache Sozialsystem wesentlich verstärkt werden. Dazu zwang auch das sehr hohe Niveau der Arbeitslosigkeit.

Als mit der neuen Verfassung von 1978 die Demokratie formal wieder hergestellt war, wiederholte man den Aufnahmeantrag in die EWG sofort und richtete die gesamte Politik, vor allem im Bereich des Rechts und der Wirtschaft, darauf aus, das Land auf den erhofften Beitritt vorzubereiten. 1985 wurde der Beitrittsvertrag unterzeichnet, 1986 wurde Spanien Vollmitglied der EWG. Die jahrzehntelange Sehnsucht nach Europa war endlich Wirklichkeit.²

Nun sind wir seit 15 Jahren »Europäer« und können einiges zu den Folgen der Integration sagen. Vielleicht können unsere Erfahrungen neuen Anwärtern auf die Mitgliedschaft helfen. Dabei ist methodologisch zu berücksichtigen, dass weder die gesamte Dynamik noch alle Probleme der spanischen Wirtschaft auf die Mitgliedschaft in der EU zurückzuführen sind.

Handel und Auslandsinvestitionen

Handel

Der Außenhandel ist beträchtlich gestiegen. Allerdings handelt es sich um einen asymmetrischen Anstieg: Auch der Export hat sich erhöht, insbesondere nach mehreren Abwertungen der spanischen Währung, aber in viel geringerem Umfang als der Import. Das Verhältnis Export/Import betrug vor dem Beitritt etwa 120 Prozent, sank bis 1989 auf 70 Prozent und schien sich mit den vier Abwertungen, die wir nach 1992 hatten, wieder etwas zu beleben. Das erwies sich aber als kurzlebige Illusion. War im Sommer 1994 fast Parität (95 Prozent) erreicht, konnte sich das Wachstum des Exports nicht konsolidieren, und sein Anteil verringerte sich wieder. Der Tiefstand wurde 1999 mit 80 Prozent erreicht (El Pais, 04.02.2000). Das durchschnittliche Handelsdefizit betrug in den Jahren 1986 bis 1996 4,4 Prozent des BIP. Den höchsten Stand erreichte es 1989 mit 7 Prozent und betrug 1999 immer noch 5,8 Prozent (La Caixa, No. 224, S. 59). Dabei ist Spanien das für Importe aufnahmefähigste Land der EU. Die Auslandsnachfrage wirkte sich in der gesamten Zeit negativ auf das spanische Wirtschaftswachstum aus (-16,2 Prozent, Martin, 1997, S. 20). Im Jahre 1998 war Spanien das einzige »große« EU-Land mit einem Handelsdefizit und dasjenige mit dem größten kommerziellen Defizit.

Traditionell haben die Dienstleistungen diese negative Handelsbilanz stets wieder ausgeglichen und tun das bis heute. Obwohl der Tourismus nach wie vor einen starken positiven Faktor darstellt, ist die ausgleichende Wirkung der Dienstleistungen wesentlich zurückgegangen, da die Zahlungen für Technolo-

2 Das geschah nicht unter den bestehenden Voraussetzungen, da die sozialistische Regierung sich in die EU-Mitgliedschaft stürzen musste, um den skandalösen Wechsel ihrer Haltung zur NATO zu rechtfertigen (als Opposition war sie dagegen, als Regierung dann dafür). Damit hatte sie aber die Bedingungen des Beitritts zur EWG zu akzeptieren.

gie und für Auslandskapital, das in Spanien operiert, sich in den vergangenen zehn Jahren fast verdreifacht haben. Im Zeitraum von 1989 bis 1994 hat es in drei Jahren Defizite der Zahlungsbilanz in Höhe von über 3 Prozent des BIP gegeben. Von 1995 bis 1997 war sie geringfügig positiv, aber seit 1998 befindet sie sich erneut in den roten Zahlen (2,1 Prozent des BIP - La Caixa, No. 224, S. 61).

Der Außenhandel hat sich auf einzelne geographische Regionen und Zweige konzentriert. Mit der EU werden heute über 65 Prozent der spanischen Importe und mehr als 70 Prozent der Exporte abgewickelt, obwohl traditionelle Verbindungen nach Lateinamerika bestanden. Ein einzelner Zweig nimmt heute die absolute Vorrangstellung ein: 1996 waren über 30 Prozent des Exports Autos, während ihr Anteil 1985 nur 18,2 Prozent betragen hatte. Obwohl der Anteil 1998 und 1999 wegen des steigenden Inlandsbedarfs etwas gesunken ist, betrug er nach wie vor 24,2 Prozent. Auch beim Import liegen Autos mit über 15 Prozent im Jahre 1998 und 17 Prozent 1999 weit an der Spitze.

Die EU-Mitgliedschaft hat die reale Leistungsbilanz Spaniens nicht verbessert. Im Gegenteil, diese ist trotz vier aufeinanderfolgender Abwertungen, die die Situation nach 1994 etwas verbesserten, insgesamt wesentlich gesunken. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Frage: Wie wollen wir die Probleme unserer Zahlungsbilanz jetzt in den Griff bekommen, da wir unsere Währung nicht mehr abwerten können?³

Auslandsinvestitionen

Die Jahre 1986 bis 1990 waren eine stürmische Phase für das Auslandskapital. Fonds strömten ins Land, da die EG-Mitgliedschaft als Garant für politische Stabilität und gesunde wirtschaftliche Entwicklung galt. Die Gesamtsumme der Auslandsinvestitionen und die der Direktinvestitionen aus dem Ausland stieg von 1985 bis 1990 auf das 4fache. Es verdoppelten sich die Investitionen in Grund und Boden, was zu einem unglaublichen Preisanstieg führte. Auch Wertpapier- und andere Anlagen stiegen auf das 5,5fache, starteten allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau. Andererseits waren die Direktinvestitionen Spaniens im Ausland zunächst gering. Bis Mitte der 90er Jahre betrugen sie nicht mehr als 0,5 Prozent des BIP. Seitdem sind sie allerdings rapide angestiegen. Im Jahre 1996 floss zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte mehr Kapital ins Ausland (4 Mrd. Pesetas) als direkte Auslandsinvestitionen ins

3 Forschungen, die es auf diesem Gebiet gibt, zeigen, dass die Lage des exportorientierten Sektors in Spanien bei festen Wechselkursen und einer hohen internationalen Mobilität des Kapitals, milde ausgedrückt, sehr prekär werden kann. Siehe Martin 1997, S. 146.

Land kamen (2,56 Mrd. Pesetas). 1998 stiegen die spanischen Investitionen im Ausland auf das 4fache und erreichten 3,2 Prozent des BIP. Im August 1999 standen sie bereits doppelt so hoch wie im gesamten Jahr 1998. Spanien ist heute einer der größten Investoren in Lateinamerika. Dieser Abfluss von Kapital wurde durch ausländische Wertpapierinvestitionen teilweise ausgeglichen, die 1999 auf 169,7 Prozent gestiegen sind und nun etwa 3,7 Mrd. Pesetas betragen (La Caixa, No. 224, S. 62).

Direktinvestitionen werden hauptsächlich dafür verwendet, bestehende Unternehmen aufzukaufen (während in den 60er Jahren damit neue Betriebe geschaffen wurden), bereits existierende Vertriebsketten zu erwerben sowie die verarbeitende Industrie zu rationalisieren und in größere europäische Zusammenhänge einzugliedern. Dadurch wurden einzelne Industriezweige rigoros angepasst, was zur Schließung von Produktionsstätten und zum Ersatz ihrer Erzeugnisse durch Importe führte. So sind die Produktionskapazitäten des Landes nicht wesentlich entwickelt worden (wenn auch eine gewisse Rationalisierung und Verbesserung von Management und Technologie nicht bestritten werden kann). Mit der Europäischen Währungsunion (EWU) haben die großen Fusionen wesentlich zugenommen. Ihre Zahl wuchs von 1995 bis 1999 um das 2,5fache. Anfang der 90er Jahre wurden die neu entstehenden Marktwirtschaften in den osteuropäischen Staaten für mögliche Rivalen als Empfänger von Auslandskapital gehalten. Bisher scheint dieser Wettbewerb jedoch keine sehr negativen Folgen für Spanien zu haben.

Wertpapiieranlagen, Finanzkapital und Kredite aus dem Ausland sind in den 90er Jahren geradezu in die Höhe geschossen. Betragen sie 1990 im Vergleich zu den ausländischen Direktinvestitionen nur etwa die Hälfte, so sind sie 1997 auf das 3,16fache gestiegen. Der Spitzenwert lag 1993 beim 7,6fachen. Wie bekannt, sind diese Ströme sehr instabil, veränderlich und reagieren vor allem auf äußere Probleme. (So litt Spanien z. B. im Gefolge der Asien-Krise an einem starken Abfluss dieser Fonds oder 1998 an einer enormen Instabilität der Börse, obwohl es dafür im Lande selbst kaum Gründe gab.)⁴ Im Gegenzug zu diesem Geldstrom ins Land stieg auch der Abfluss von Dividenden und Zinsen. Er erreichte 1994 etwa 1 Mrd. Dollar.

Diese starken Kapitalströme haben es Spanien bisher ermöglicht, alle Ungleichgewichte seiner Zahlungsbilanz auszugleichen. Zugleich konnte es hohe Devisenreserven anlegen und investiert zunehmend im Ausland. Einige negative Folgen gibt es allerdings auch: Erstens musste Spanien vor dem Bei-

4 Man kann natürlich einwenden, dass dies überall auf der Welt geschieht. Dem stimme ich zu, aber es zeigt nur, dass das gegenwärtige Modell der wirtschaftlichen Organisation der Welt sehr instabile Parameter hat, woran auch die EU-Mitgliedschaft nichts Wesentliches ändert.

tritt zur EWU hohe Zinssätze aufrechterhalten, um Finanzkapital anzulocken. Das hatte schwerwiegende negative Folgen für Investitionen und Beschäftigung im Lande. Zweitens trieben die Kapitalströme den Wechselkurs in die Höhe, wodurch sich die Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Waren auf den Außenmärkten verschlechterte. Drittens kommt Auslandskapital seit der EWU nur ins Land, wenn die Wirtschaftspolitik ihm genehm ist, was ein sehr restriktives Vorgehen entsprechend diesen Interessen notwendig macht. Viertens hat der Überfluss an ausländischem Kapital zu einer Situation ähnlich der »holländischen Krankheit« in dem Sinne geführt, dass Probleme der Zahlungsbilanz kaum noch Beachtung finden, und wenn, dann, um den Wechselkurs der Peseta in dem vom Europäischen Währungssystem geforderten Rahmen zu halten und nicht, um die Defizite auszugleichen.⁵ Wenn man sich weitgehend auf das Auslandskapital stützt, dann sind einer Politik im Interesse von Beschäftigung und Wohlstand sehr enge Grenzen gezogen, wenn sie überhaupt noch möglich ist.

Die EU-Mitgliedschaft hat Spanien für das Auslandskapital – in den 90er Jahren insbesondere für Wertpapieranlagen – sehr attraktiv gemacht. Das ist günstig für Vermittler von Finanz- und Handelsgeschäften, die von den hektischen Kapitalströmen profitieren, aber ein sehr zweifelhafter Segen für die Produktionsstruktur des Landes.

Wachstum, Produktion und Produktivität

Wachstum

Man kann feststellen, dass die EU-Mitgliedschaft die mittelfristigen Wachstumsraten der betroffenen Länder und die Zyklen ihrer Wirtschaftsentwicklung nicht wesentlich verändert hat. Letztere folgen der zyklischen Entwicklung aller Länder, ob sie nun EU-Mitglied sind, oder nicht. Im Falle Spaniens kann man sogar sagen, dass die zyklische Entwicklung der Wirtschaft noch verschärft wurde. Die Expansionsperiode von 1986 bis 1990 fiel stärker aus, die Krisen von 1991 bis 1994 waren tiefer, das Wachstum seit 1996 ist steiler.⁶ Wenn man den gesamten Zeitraum betrachtet, in dem zweifellos insbesondere seit 1995 ein beträchtliches Wachstum stattgefunden hat, liegt das Realeinkommen pro Kopf in Spanien 1997 bei 76,1 Prozent des EU-Durchschnitts,

5 Es ist interessant festzustellen, dass die EU und auch die OECD sich über die gegenwärtigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten von Ländern wie Spanien kaum Sorgen zu machen scheinen, selbst wenn diese sehr hoch sind. Dagegen beunruhigen hohe Inflationsraten sie sehr. Liegt das daran, dass diese Defizite durch hohe Importe und starken Kapitalabfluss aus diesen Ländern bedingt sind, was den Hauptländern der Gemeinschaft gute Märkte und Gewinne beschert?

6 Die OECD behauptet, weniger entwickelte Länder wiesen ähnliche Konjunkturperioden auf, während ihre Rezessionsperioden sehr unterschiedlich seien.

was weniger ist als 1974 (79,2 Prozent) oder 1991 (76,3 Prozent). Zwar hat es in den letzten drei Jahren hohe Wachstumsraten gegeben, und doch liegt Spanien nach wie vor um 20 Prozentpunkte hinter dem durchschnittlichen BIP der EU zurück. Der Fortschritt ist sehr langsam und wechselhaft. Wenn alles gut geht, kann Spanien vielleicht im Jahr 2025 den EU-Durchschnitt beim BIP pro Kopf der Bevölkerung erreichen.

Produktivität

Im Jahr 1996 erreichte die Produktion pro Arbeitskraft in Spanien 76,4 Prozent des EU-Durchschnitts. Gegenüber dem Wert beim EU-Beitritt zehn Jahre zuvor (75,1 Prozent) ist dies nur eine sehr geringe Verbesserung. Die Produktivität wuchs in Spanien von 1986 bis 1990 um jeweils 1 Prozent pro Jahr und etwas mehr in der Zeit der hohen Wachstumsraten der Wirtschaft von 1997 bis 1998 (1,3 Prozent). Diese Verbesserung wurde jedoch im Wesentlichen mit einem Rückgang der Zahl der Arbeitskräfte erkauft und nicht durch wirkliche Steigerung der Produktivität erreicht. Millionen von Arbeitsplätzen gingen von 1976 bis 1986 verloren. Und obwohl die Wirtschaft von 1986 bis 1990 beträchtlich wuchs, reduzierte sich die Zahl der Arbeitsplätze von 1990 bis 1995 erneut um etwa 800 000. Bis 1996 ist die Gesamtzahl der Beschäftigten in absoluten Ziffern im Wesentlichen auf dem Niveau von 1976 verblieben (12.444 000). Erst in den letzten drei Jahren stieg sie etwas an und erreichte im Jahre 1999 13.500 000.⁷ Der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung ist nicht nur der niedrigste in Europa, sondern er steigt auch am langsamsten an. Er betrug 1980 48,7 Prozent und 1999 etwa 50 Prozent.

Dabei lag die Investitionsrate in Spanien über dem EU-Durchschnitt (21,6 Prozent des BIP gegenüber 19,8 Prozent in der EU). Nach wie vor besteht ein großer technologischer Rückstand, obwohl viel Auslandskapital ins Land fließt, das angeblich ein wichtiger Faktor zur Verbesserung der Technologie sein soll. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (von denen 58 Prozent vom Staat bestritten werden) liegen in Spanien nur bei 34,1 Prozent des EU-Durchschnitts. Andererseits ist der Betrag, der für Lizenzen gezahlt werden muss, von 1993 bis 1998 auf das 3fache angestiegen. Der Index des Humankapitals zeigt Spanien in unveränderter relativer Position seit 1986. Hier können wir bereits eine unserer Schlussfolgerungen vorwegnehmen: Der fehlende Input in die Entwicklung des Humankapitals muss weitgehend von der öffentlichen Hand kommen. Da aber der Maastrichter Vertrag und der Sta-

⁷ Hier ist zu berücksichtigen, dass sich die Computererfassung verändert hat. Die Beschäftigtenzahl wird dadurch erhöht, dass man auch Menschen berücksichtigt, selbst wenn sie nur eine einzige Stunde in der Woche gearbeitet haben.

bilitätspekt den Staatsausgaben sehr enge Grenzen setzen, scheint es nur schwer möglich, die Effektivität der Produktion voranzubringen. Und man kann eindeutig sagen, dass das Engagement des Privatkapitals für eine höhere Effektivität sehr dünn ausfällt.

Da die Produktivität nur langsam steigt, scheint die einzige Möglichkeit zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu sein, die Währung weiter abzuwerten oder die Kosten (vor allem der Arbeit) zu senken. Da die EWU ersteres unmöglich macht, ist die einzige realistische Hoffnung auf verbesserte Wettbewerbsfähigkeit für Spanien die Senkung der Löhne. Das sind nicht gerade erfreuliche Aussichten für Arbeiter, die seit vielen Jahren sehr knapp gehalten werden und zu mehr als einem Drittel nur Zeitverträge haben.

Produktions- und Handelsstruktur

Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung haben die Produktionsstruktur schwer in Mitleidenschaft gezogen. Viele kleine und mittlere Betriebe der Verarbeitungsindustrie, die dem Wettbewerb effizienterer Firmen aus anderen europäischen Ländern nicht mehr standhalten konnten, mussten geschlossen werden. Zugleich sind viele wichtige Unternehmen von großen Firmen aus anderen EU-Staaten aufgekauft und in einen Umstrukturierungsprozess einbezogen worden. Damit wurden ihre Produktionskapazitäten entweder ganz geschlossen, oder die Beschäftigtenzahl wurde wesentlich zurückgefahren. Zwar sind die nachfolgenden Zahlen nicht sehr zufriedenstellend, weil viele Betriebe, vor allem kleinere und mittlere, ohne jedes juristische Verfahren geschlossen werden und auch die Umstrukturierung nicht erfasst wird. Dessen ungeachtet sieht die Situation bei den Firmenschließungen so aus: 1987 – ein Jahr nach dem Beitritt zur EG – gingen 288 Unternehmen in Konkurs, 1990 waren es 480 Unternehmen. In den Krisenjahren 1992/93 stieg die Zahl wesentlich an. 1992 waren es bereits 1.507 Unternehmen. Aber auch in einem Wachstumsjahr wie 1997 lag die Zahl der Firmenzusammenbrüche noch bei 1.135, also höher als 1987. Etwas besser sah es 1998 aus, da nur 692 Unternehmen Konkurs anmeldeten.

Von besonderem Interesse ist der Übergang der Produktions- und Vertriebskanäle von Nahrungsgütern und Getränken im Lande in ausländische Hand. Bei 15 Hauptnahrungsmitteln stammen 30 Prozent von 5 Hauptproduzenten (bei 2 Nahrungsgütern sind es 30 Prozent, bei 5 - 45 Prozent, bei 4 - 50 Prozent, bei 3 - 80 Prozent und bei einem gar 100 Prozent). Das Vertriebssystem für Lebensmittel in den spanischen Städten hat sich in wenigen Jahren völlig verändert. Traditionelle Geschäfte, die 1976 noch einen Marktanteil von 96 Prozent hatten, verfügten 1985 nur noch über 61 Prozent und 1998 noch über 18 Prozent (Nielsen, 1994). Kleinere und mittlere Geschäfte mussten zu Tau-

senden schließen. Die Einführung internationaler Handelsstrukturen hat zu einer starken Steigerung des Imports von Verbrauchsgütern geführt, ob das nun bei der einzelnen Ware vorteilhafter war oder nicht.

Häufig wird behauptet, vom Auslandskapital kontrollierte Unternehmen erweiterten die Außenmärkte, entwickelten die Technologie und erhöhten die Effizienz. Aus diesen Gründen werden sie von den Regierungen gefördert. Diese Rolle scheinen sie in Spanien bisher nicht gespielt zu haben. Ausländische Firmen sind große Nettoimporteure (sie importieren mehr als Inlandsfirmen), entwickeln nicht unbedingt die Technologie oder treiben die Produktivität voran. Wenn das Auslandskapital eine solche positive Rolle überhaupt spielen kann, dann muss es in eine intelligente und umfassende Industriepolitik des Staates eingebunden werden, die in Spanien völlig fehlt. So behauptete der sozialistische Industrieminister Ende der 80er Jahre, die beste Industriepolitik sei keine Industriepolitik. Im Jahre 1990 lag Spanien bei der finanziellen Unterstützung des Staates für die Industrie weit unter dem Durchschnitt der Union und hat seitdem die Fonds für diesen Zweck weiter gekürzt. So präsentiert es sich als einer der treuesten Vollstrecker der Politik der Union auf diesem Gebiet.

Was die Produktionsstruktur betrifft, so ist zu beobachten, dass Zweige mit hoher Nachfrage und entwickelter Technologie in der spanischen Verarbeitungsindustrie nur einen geringen und sogar zurückgehenden Anteil haben (von 78,9 Prozent des EU-Durchschnitts im Jahr 1986 sank dieser Anteil auf 73,3 Prozent 1996). Traditionelle Verarbeitungszweige mit niedriger Technologie gehen ebenfalls zurück (von 122,2 Prozent des EU-Durchschnitts auf 117,9 Prozent). Dagegen haben wegen des hohen Anteils des Automobilbaus, auf den sich Spanien spezialisiert hat, die Zweige mit mittlerem technologischem Niveau und mittlerer Nachfrage ihren Anteil erhöhen können. Damit hat aber unser Land keinen Fortschritt zu einer dynamischeren und technologisch progressiveren Produktionsstruktur erreicht.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft soll hier wegen ihres Gewichts in Spanien, wegen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU und wegen der Bedeutung dieser Frage für neue Mitglieder eingehender betrachtet werden.

Wie in allen Ländern ist das Gewicht der Landwirtschaft zurückgegangen. 1986 betrug der Anteil von Land- und Fischwirtschaft zusammengenommen 5,6 Prozent des BIP, 1999 waren es nur noch 3,99 Prozent. Zwar bleibt dies aus sozialen, politischen und Beschäftigungsgründen (7,1 Prozent der Beschäftigten des Landes im Jahre 1999) ein wichtiger Wirtschaftssektor, aber Spanien kann nicht mehr als Agrarland betrachtet werden.

Es hieß immer, die Landwirtschaft werde von der europäischen Integration wegen des Zugangs zu dem auch vorher wichtigen europäischen Markt am meisten profitieren. Von den sehr strengen Konditionen dieses Zugangs einmal abgesehen, trat Spanien zu einem Zeitpunkt der EU bei, da die Agrarpolitik vom Grundsatz der Produktionsförderung zur Produktionsbeschränkung überging. Das bedeutet, dass im Rahmen einer streng limitierten Produktion und sinkender Preise große Fortschritte bei der Konkurrenzfähigkeit der Produkte erwartet wurden. Das heißt, Rationalisierung und höhere Effektivität waren an der Tagesordnung, nicht Erweiterung der Produktion. Insgesamt ist festzustellen, dass es lediglich bei Obst und Gemüse, besonders bei letzterem, gelang, in der Union größere Marktanteile zu erobern. Zugleich drangen Nahrungsmittel aus der EU, insbesondere Milchprodukte, in großem Umfang auf den spanischen Markt vor. Die Import/Exportrate bei Agrarprodukten verschlechterte sich seit Mitte der 80er Jahre wesentlich, wobei über 70 Prozent der Exporte in die EU gehen. Dieser Wert betrug 1997 84,98 Prozent, 1998 82,11 Prozent und von Januar bis September 1999 76,46 Prozent.

Die wachsende ausländische Kontrolle des Vertriebs von Konsumgütern, darunter Nahrungsmittel, wurde bereits erwähnt. Die Importe von landwirtschaftlichen Produkten und Nahrungsgütern schossen in die Höhe. Wenn man die Jahre 1982 bis 1985 mit den Jahren 1991 bis 1994 vergleicht, dann lag der Anstieg in laufenden Preisen zwischen 391 Prozent und 761 Prozent. (Étxezarreta & Viladomiu, 1997, S. 347). Die meisten verarbeiteten Nahrungsgüter mussten sich harter Konkurrenz aus anderen EU-Staaten erwehren. Die Import/Exportrate verschlechterte sich auch im Vergleich mit allen anderen Artikeln einer ohnehin negativen Außenhandelsbilanz. Es ist eine schwerwiegende Feststellung, dass »der Wert der landwirtschaftlichen Produktion von 1985 bis 1994 in konstanten Preisen (ohne Berücksichtigung von Subventionen) um 34,4 Prozent gesunken ist. Das Einkommen in der Landwirtschaft in konstanten Preisen ging von 439,2 Mrd. Pesetas im Jahre 1985 auf 388,9 im Jahre 1994 zurück (G. Garcia Fernandes, 1995). Das bedeutet ein Absinken der Realeinkommen um 11,5 Prozent in kaum zehn Jahren. Nur mit Subventionen konnte sichergestellt werden, dass die Einkommen der spanischen Bauern keinen starken Abwärtstrend aufwiesen.«⁸

Die Einkommen in der Landwirtschaft, insbesondere die der Familienbetriebe, konnten auch nur gehalten werden, weil die Zahl der Arbeitskräfte um etwa 40 Prozent zurückgegangen ist und die landwirtschaftliche Produktion

8 In den ersten Jahren nach dem Beitritt herrschte eine günstige Situation, da das Niveau der garantierten Preise und der Wechselkurs höhere Preise für Agrarprodukte bedingten, als sie zuvor im Lande gezahlt wurden.

stark konzentriert⁹ und modernisiert wurde. Die Produktivität stieg in dem genannten Zeitraum um 121 Prozent. Die spanischen Bauern haben enorme Anstrengungen unternommen, um ihre Produktion zu modernisieren. Und doch sind sie heute in einer äußerst schwierigen Lage und können nur mit Unterstützung der öffentlichen Hand überleben.

Wenn man die Gesamtwirkung der Mitgliedschaft in der EU auf die spanischen Bauern einschätzen will, dann sind drei Perioden zu unterscheiden: Unmittelbar nach dem Beitritt folgte für etwa drei Jahre eine kurze Zeit der Expansion und des Optimismus. Die Ergebnisse waren besser als erwartet – selbst in den Zweigen, wo man mit negativen Auswirkungen gerechnet hatte. Das lag an steigenden Marktpreisen, positiven finanziellen Effekten, einem raschen Anwachsen der Subventionen und einer sehr langsamen Durchsetzung der restriktiven Maßnahmen der EU durch die spanische Regierung, die von der Union zugelassen wurde. Als der Subventionsstrom jedoch versiegte, die Union auf der Durchsetzung der restriktiven Maßnahmen bestand und sogar Strafen androhte, als die Marktpreise sanken und die Garantiepreise eingefroren wurden, kam es zu einer negativen Periode von ebenfalls etwa drei Jahren. Produktion und Einkommen gingen zurück, die spanischen Bauern bekamen die Beschränkungen der GAP zu spüren. In dieser Zeit sanken die Preise für Ackerland, stieg die Verschuldung wesentlich an. Seit 1993 ist eine gewisse Erholung eingetreten. Die Marktpreise stiegen wieder, und durch Abwertung der Peseta wurde nicht nur die Zahlungsbilanz verbessert, sondern stiegen auch die garantierten Preise in ECU an. In den letzten Jahren haben allerdings die generellen politischen Aussichten und die harte Durchsetzung einiger veränderter EU-Normen (insbesondere bei Obst, Gemüse und Olivenöl) die Aussichten für die Zukunft stark verdüstert. Den Bauern geht es gegenwärtig noch nicht zu schlecht, aber sie sind sehr verwirrt und besorgt. Sie begreifen, dass die großen Bemühungen zur Erhöhung der Produktivität, die man ihnen abverlangte, nicht zu wesentlich höherem Einkommen geführt haben und dass weitere Produktionssteigerungen fast bei keinem Produkt mehr möglich sind. Die widersprüchliche Politik macht sie völlig hilflos.

Was die Produktionsstruktur betrifft, so hat die spanische Landwirtschaft seit den 60er Jahren einen großen Modernisierungsschub erlebt. Hauptfaktor der Erhöhung der Produktivität war jedoch die Reduzierung der Arbeitskräfte. Das Produktionsergebnis liegt noch weit unter dem Durchschnitt der EU

9 Nach der offiziellen Statistik war die Konzentration nicht sehr hoch. Wenn dies auch beim Bodenbesitz zutrifft, von dem die offizielle Statistik ausgeht, so ist die reale Konzentration der Produktion doch wesentlich höher, da zum einen inoffizielle Absprachen über die Ausweitung des bearbeitenden Bodens getroffen werden und zum anderen die Intensität der Produktion gestiegen ist, weshalb weniger Betriebe jetzt wesentlich mehr produzieren.

(wenn auch einige Bauernwirtschaften dieses erreichen und sogar übertreffen). Strukturveränderungen sind vielmehr auf Preise und Marktpolitik, viel weniger auf eine Strukturpolitik mit finanzieller Unterstützung und Förderung für effizientere Produktion zurückzuführen. Auch hier kann festgestellt werden, dass selbst bei einem so wichtigen Politikbereich der EU wie der Landwirtschaft die Produktionsstruktur kaum beeinflusst wurde, sondern den Trends folgt, die sie auch außerhalb der EU beeinflusst hätten. Das Anpassungstempo war vielleicht etwas höher.

Die GAP hat die Modernisierung vorangebracht und die Einkommen nicht wesentlich sinken lassen, aber die Gesamtproduktion reduziert, eine Spezialisierung und sehr scharfe Differenzierung hervorgebracht, bei der eine Minderheit großer, moderner und konkurrenzfähiger Betriebe den Löwenanteil der Produktion erbringt, während kleine, moderne Familienbetriebe für ihr Überleben immer mehr auf Subventionen angewiesen sind, von den Kleinbetrieben ganz zu schweigen. Gegen diese Art Struktur wäre nicht unbedingt etwas einzuwenden, wenn nicht immer größere Teile der arbeitsfähigen Bevölkerung die Landwirtschaft und die Landgebiete verlassen müssten, aber heute in den Städten nicht mehr so viel Beschäftigung finden wie in der Vergangenheit. Im Hinblick auf eine ausgeglichene Verteilung der arbeitsfähigen Bevölkerung und des Einkommens ist diese Veränderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes sehr besorgniserregend.

Was wir heute bereits als die Hauptrichtung der GAP erkennen können, wird zweifellos zum Schlüsselfaktor für die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion werden. Die Unterstützung für die Landwirtschaft wird auf der Ebene der Union weiter beträchtlich zurückgehen. Agrarpolitik wird zunehmend durch direkte Einkommens-, Entwicklungs- und Umweltpolitik ersetzt werden, deren Anliegen nicht mehr die Unterstützung der Landwirtschaft, sondern die Entwicklung verschiedener Einkommensquellen für Familien im ländlichen Raum bei geringer staatlicher Unterstützung sein wird.¹⁰ Darüber hinaus ist ein Trend zu einer vorsichtigen Renationalisierung der Mittel für die Unterstützung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes zu erkennen, die das Ziel verfolgt, dass die Mitgliedstaaten wieder 30 Prozent ihrer Strukturfonds selbst finanzieren sollen. Das ist für ärmere Länder natürlich sehr ungünstig. Außerdem werden die neuen Mitglieder für eine bestimmte Übergangsperiode einen größeren Anteil des

10 Zwar haben einige Programme wie LEADER nicht geringe staatliche Unterstützung erhalten, aber sie sind auf sehr spezifische Regionen beschränkt. Wenn diese Unterstützung, wie es auf der Konferenz von Cork über die Entwicklung des ländlichen Raumes im Jahre 1996 vorgeschlagen wurde, auf alle oder die Mehrzahl der Regionen der Union ausgedehnt werden sollte, dann wird das niedrige Niveau dieser Unterstützung sehr rasch sichtbar werden.

EU-Haushalts erhalten, was auf Kosten der älteren Mitglieder gehen wird.

Andererseits sind die Aussichten für eine weitere Expansion der Märkte für Landwirtschaftsprodukte äußerst gering. Angesichts des Zustandes des europäischen Binnenmarktes und der Weltmärkte hat die EU kaum noch Möglichkeiten, die Produktion und den Export auch nur eines einzigen landwirtschaftlichen Erzeugnisses zu erhöhen. Im Gegenteil, Überschüsse werden auch weiterhin ein wichtiges Problem bleiben. Die Produktion überall in Europa wird bei Null- oder Negativwachstum gehalten werden, während die Produktivität ständig steigt. Die Aussichten für die Bauern sind also sehr trübe.

Was erwartet neue Mitglieder angesichts der heutigen gemeinsamen Agrarpolitik? Erstens kann die Landwirtschaft gegenwärtig zwar als wichtige Quelle von Devisen durch wachsenden Export gesehen werden. Der Nettoeffekt dieses Außenhandels wird jedoch sehr zweifelhaft sein. Die Liberalisierung des Handels, die aggressive Expansionsstrategie der entwickelteren EU-Länder und ihre hohe Wettbewerbsfähigkeit werden zu einer raschen Steigerung der Importe von Landwirtschaftsprodukten und verarbeiteten Nahrungsgütern in diese Länder führen, wodurch sich ihre Handelsbilanz wie im Falle Spaniens sehr schnell verschlechtern wird. Zweitens wird die GAP nicht die Steigerung der Produktion fördern, sondern diese in bestimmten Grenzen halten und statt dessen auf rasches Produktivitätswachstum, Rationalisierung und Effektivierung drängen. Die Bauernwirtschaften werden sich ohne Produktionserweiterung rasch modernisieren müssen und endlos darum kämpfen, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Konkurrenten in der Union zu erreichen. Die Strukturpolitik der Union wird jedoch diese Bemühungen nur sehr geringfügig unterstützen, denn die Strukturveränderungen führen zu einer Reduzierung der Produktpalette, zur Entwicklung großer spezialisierter Betriebe auf Kosten der Familienunternehmen mit diversifizierter Produktion. Dadurch werden Arbeitsplätze in großem Umfang vernichtet und die Fähigkeit der Landwirtschaft zur Aufnahme arbeitsfähiger Menschen wesentlich verringert werden. Dabei kann es durchaus sein, dass die Bauern in den osteuropäischen Ländern einige Jahre lang kurzzeitige Vorteile und wachsende Einkommen haben können, wie es in Spanien der Fall war. Aber wenn nicht von Anfang an eine sehr intelligente und umfassende Strukturpolitik für die Landwirtschaft betrieben wird, dann kann es geschehen, dass diese in zehn Jahren auf eine sehr enge Produktpalette reduziert ist, sich kaum noch diversifizieren kann, mit hohen Schulden zu kämpfen hat und nicht weiß, wie es weitergehen soll.

Gesamtstruktur der Produktion

Die Mitgliedschaft in der EU hat insgesamt nicht dazu geführt, ein dichtes, solides und effizientes Produktionssystem aufzubauen. Die Wirtschaftspolitik

hat zügelloses Wachstum zugelassen, statt einen Produktionsapparat mit relativer Selbständigkeit zu konsolidieren. So setzt Spanien mehr und mehr auf die internationale Szene und die transnationalen Gesellschaften als Lokomotiven des Wachstums (durch Handel, Kapital und Technologietransfer). Da es nach wie vor bei Produktivität und technischen Fähigkeiten einen Rückstand hat, wird ihm in der Strategie der transnationalen Gesellschaften eine zweitrangige Rolle zugewiesen. Sie nutzen die Märkte und die billigen Arbeitskräfte des Landes. Letzteres verliert an Bedeutung, da die osteuropäischen Länder hier noch günstigere Bedingungen bieten.

Gewinne und Preise

Gewinne

Der Anteil der Gewinne am Nationaleinkommen ist seit 1977 ständig gestiegen. Ihr Bruttoanteil am BIP stieg im Zeitraum von 1981 bis 1992 auf 3,8 Prozent. Der Nettoanteil betrug 1,7 Prozent, da die Gewinnsteuer um 2,4 Prozent stieg (Millan, 1994, S. 57). Dieser Trend hält unvermindert an. Dabei ist es zu einer Umverteilung im Lande gekommen. Seit 1982 weisen die Gewinne des Finanzkapitals und der großen Industrieunternehmen ein ständig steigendes überdurchschnittliches Wachstum auf. Das betrifft insbesondere die Finanzen (Banken, Versicherungen und Finanzdienstleistungen) sowie die großen Industrieunternehmen, während viele kleine und mittlere Betriebe schwere Zeiten erlebt haben. Nach der Statistik der Spanischen Zentralbank erreichten die Gewinne der größten Unternehmen 1998 mit 23,6 Prozent – den höchsten Wert, seit diese Statistik 1983 eingeführt wurde. Für das Big Business war es eine sehr gute Zeit. Seit 1998 bis heute ist es mit der spanischen Wirtschaft ständig bergauf gegangen, weshalb auch kleine Unternehmen an der allgemeinen Konjunktur teilhatten. Aber auch heute sind deren Aussichten sehr trübe, wenn es sich nicht um Unternehmen mit sehr fortgeschrittener Technologie, z.B. im Bereich der Telekommunikation, handelt.

Inflation

Die Preisstabilität hat sich stark verbessert. Das moderne Spanien war stets ein Land mit sehr labilen Preisen. 1977 war die Inflationsrate mit 27,5 Prozent besonders hoch. Mit einer sehr restriktiven Geldpolitik und durch den Stabilitätspakt wurde sie 1981 auf 14,5 Prozent und 1986 auf 8,8 Prozent herabgedrückt. Sie ist seitdem, wenn auch ungleichmäßig, stets weiter gesunken. 1997 betrug der Preiszuwachs noch 2 Prozent, die niedrigste Rate in der modernen Geschichte Spaniens und eine glänzende Erfüllung der Kriterien von Maastricht. Seitdem weisen die Preise wieder eine leicht steigende Tendenz auf.

1999 betrug die Inflationsrate 2,9 Prozent und wird wohl im Jahre 2000 nicht unter 3 Prozent liegen.

Das ist sicher der Aspekt der Wirtschaftspolitik, wo sie wirklich erfolgreich war und wo ganz offensichtlich auch ihre Priorität liegt.

Aber hier stoßen wir auf ein Paradox, das vor allem in den Ländern an der Peripherie Europas auftritt. Nach enormen Anstrengungen, die sich auf die Beschäftigungssituation und das Lebensniveau der Arbeiter schwerwiegend ausgewirkt haben, konnte die Inflationsrate drastisch auf einen Tiefstand gesenkt werden, der bisher völlig unbekannt war. Seit 60 Jahren, da entsprechende Statistiken geführt werden, hatte Spanien niemals eine so niedrige Inflationsrate wie heute. Da aber der größte Teil des Handels innerhalb der EU abgewickelt wird, geht es nicht so sehr um die Inflationsrate an sich, sondern darum, wo sie im Vergleich zu anderen Mitgliedsländern der EU liegt. So hat Spanien zwar die beste Inflationsrate in seiner gesamten modernen Geschichte, aber diese liegt dreimal so hoch wie bei ihren Hauptkunden und -rivalen, weshalb die gewaltigen Anstrengungen zur Senkung der Inflationsrate aus Sicht des Handels (nicht der Preisstabilität, um Kapital anzuziehen) eigentlich nutzlos sind. Diese Länder müssen ständig am Laufen bleiben, um ihren Platz zu halten, ja, sie müssen sogar ihr Schrittmaß erhöhen, wenn sie nicht weiter zurückfallen wollen.

Der finanzielle Beitrag Europas

Viel Aufhebens wird von den Geldmitteln gemacht, die die Europäische Union ihren ärmeren Mitgliedern überweist. Wenn man sich manche Kommentare anhört, dann könnte man glauben, sie leben nur auf Kosten der Union. Die Realität ist aber viel differenzierter. Wenn man die Nettosumme für Spanien nimmt, dann betrug der jährliche Transfer bis 1992 etwa 0,5 Prozent des BIP (die Zahl für Irland liegt dagegen bei ca. 4,5 Prozent). Das ist nicht gerade zu verachten, aber auch kein Betrag, der die Bedingungen für Akkumulation und Wohlstand im Lande wesentlich verändern könnte. Erst harsche Kritik am Maastrichter Vertrag von 1991 brachte die spanische Regierung dazu, auf den Kohäsionsfond für ärmere Länder zu drängen, von dem Spanien jetzt bis zu 50 Prozent erhält. Damit hat sich der Nettotransfer auf etwa 1,5 Prozent des BIP erhöht. Wie wir wissen, sind die Kohäsionsfonds allerdings nur zeitweiliger Natur und werden bald anderen Ländern zugute kommen. Es ist also abzusehen, dass die Zuwendungen in der Zukunft wieder zum ursprünglichen Anteil tendieren werden. Wenn wir die hier beschriebenen Nachteile bedenken, die die EU-Mitgliedschaft für die spanische Wirtschaft mit sich gebracht hat, dann reduzieren sich die finanziellen Vorteile sehr rasch.

Häufig wird die Öffentlichkeit dadurch zu »EU-Illusionen« verführt, dass man nur von den eingehenden Geldtransfers spricht. Wichtige Transfers werden eilig der Union zugeschrieben, während sie doch in Wirklichkeit nationale Ressourcen darstellen, die wir in den Haushalt der Gemeinschaft eingezahlt haben.¹¹ Wenn man z. B. die Strukturfonds oder die finanziellen Unterstützungen für die Infrastruktur nimmt, dann profitieren davon zweifellos gewisse Bevölkerungsgruppen (Bauern) oder Regionen, ein Teil der Fonds kommt jedoch von den eigenen Steuerzahlern. Da bei vielen Programmen der EU nationale Zusatzfinanzierung notwendig ist, wird mit den Kriterien, die die Union zur Verteilung ihrer Fonds einsetzt, zugleich auch die Verteilung nationaler Fonds bestimmt. Das muss nicht immer negativ sein, aber der Einfluss der EU auf die Verteilung der nationalen Finanzen soll hier festgehalten werden.

Bekannt ist auch, dass Mittel immer nur für einen bestimmten Zweck bewilligt werden, der nicht unbedingt zu den sozialen Prioritäten im Lande gehören muss. Häufig akzeptieren Regierungen jede Bedingung, um Geldmittel zu erhalten, weil sie meinen, das sei besser, als gar kein Geld zu bekommen (wenn nicht noch andere Gründe im Spiel sind). Aber Geld für Projekte auszugeben, ohne dass diese in ein größeres Programm integriert sind, muss nicht ratsam sein, weil damit unumkehrbare Entscheidungen gefällt werden, die die weitere Entwicklung auch behindern können.

Daher müssen Subventionen aus der Gemeinschaft zunächst genau bewertet und eingeschätzt werden, bevor man sie eilig akzeptiert und sich auf ihre Wirkungen freut.

Wirtschaftspolitik

Der Maastrichter Vertrag und der Stabilitätspakt haben klar ans Licht gebracht, welche große Macht die Union über die generelle Orientierung der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten ausübt. Das Subsidiaritätsprinzip, das Grundgesetz der freiwilligen Koordinierung der Wirtschaftspolitik kann glauben machen, dass der Einfluss der Union nicht sehr stark sei. Das ist heute nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Es muss, für sich genommen, keine große Affäre oder gar eine ausweglose Situation sein. Das wirkliche Problem liegt nicht in der Integration der Politik, sondern darin, welche Art Politik (nicht gewählte) Organe der Union den Staaten aufzwingen und dass dies ohne jegliche demokratische Rechenschaftspflicht geschieht.

¹¹ Regierungen, die ihre politischen Entscheidungen rechtfertigen wollen, sind häufig sehr bemüht, diese Illusion aufrechtzuerhalten, indem sie nur die Summen veröffentlichen, die das Land von der EU erhält, und die Zahlungen an die Union nicht erwähnen.

Die Politik der Union wird weithin kritisiert, und ich will darauf nicht näher eingehen; aber ihr Gewicht sollte auf keinen Fall unterschätzt werden. Die Europäische Union verkündet, befördert und realisiert ein spezifisches Modell der Wirtschaftspolitik (das wir aus Zeitgründen kurz als neoliberal bezeichnen wollen, obwohl dieser Begriff genauer definiert werden müsste). Das geschieht nicht nur über die bekannten Kriterien, die mit dem Maastrichter Vertrag und dem Stabilitätspakt durchgesetzt werden, sondern auch über endlose »inoffizielle« Ratschläge und Forderungen (wie der Empfehlung, die sozialen Sicherheitssysteme zu reformieren, die Löhne zu senken, alles Mögliche zu privatisieren), die von den verschiedensten Organen, Forschungseinrichtungen und anderen Institutionen der Union kommen. Die Politik der Mitgliedstaaten wird von der Union und ihren Institutionen konsequent gesteuert, die für besondere nationale Maßnahmen nur sehr geringen Raum lassen und für die kaum andere Überlegungen als die der Union eine Rolle spielen.¹² Die gegenwärtige EU repräsentiert ein Entwicklungsmodell von konsequent neoliberalen Charakter, das den Mitgliedsländern aufgezwungen wird. Dabei wäre eine ganz andere Politik notwendig, die sich auf Beschäftigung und Strukturverbesserung konzentriert, wenn wir nur die negativen Folgen des Maastrichter Vertrages und des Stabilitätspakts auf die staatlichen Investitionen und Ausgaben für Forschung und Entwicklung oder Bildung bedenken, die für die weitere Produktivitätssteigerung so entscheidend sind.

Zugleich geht der Druck auf die Politik der Mitgliedstaaten nicht mit einer durchdachten eigenen Politik der Union einher, die erstere ersetzen könnte. Vor Jahren »schien es, als hätten die europäischen Länder ihre Autonomie zugunsten einer makroökonomischen Politik der Gemeinschaft aufgegeben, aber in der Realität existiert eine solche gar nicht. Zur makroökonomischen Politik der einzelnen Staaten gibt es kein europäisches Pendant. Wir kommen mehr und mehr dazu, auf jegliche Wirtschaftspolitik schlicht und ergreifend zu verzichten.« (Grjebine, 1992)

Unter den vielen negativen Folgen der Politik der Union will ich eine erwähnen, die für neue Mitglieder besondere Bedeutung erlangen kann – der verbreitete Eindruck, es sei nur ein einziger Weg der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung möglich – der der Union. Den Menschen wird suggeriert, es gäbe überhaupt keine Möglichkeit, in irgendeinem Bereich einen

¹² Dabei sollten wir nicht der Versuchung erliegen, die gesamte Verantwortung für die Politik nur den EU-Behörden anzulasten, denn auch die nationalen Regierungen, die meist den gleichen neoliberalen Überzeugungen huldigen, ziehen Vorteile aus dieser Lage, indem sie die Anforderungen der Union für alle unpopulären politischen Maßnahmen verantwortlich machen, die sie selbst durchführen: »Europa verlangt das so«, ist eine der häufigsten »Begründungen«, um nationale Politik zu rechtfertigen.

anderen Kurs zu steuern, weshalb man dafür auch nicht zu kämpfen braucht. Man müsse nur getreu dem vorgezeichneten Weg folgen. Damit soll aus meiner Sicht der Gedanke ausgemerzt werden, dass man die ökonomische Wirklichkeit (zumindest teilweise) mit politischen Mitteln auf soziale Ziele orientieren kann. Der Gesellschaft soll das Gefühl totaler Ohnmacht eingeimpft werden. Der Wille der Bevölkerung, politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen anzustreben, soll geschwächt werden und (sowohl in der Öffentlichkeit als auch im privaten Sektor) möglichst ganz verschwinden, was schließlich zu sozialer Sklerose führt. Einsatz für soziale oder politische Ziele ist dann nicht mehr möglich.

Dieses Gefühl kann die Beitrittsverhandlungen wesentlich beeinflussen. Das Streben, unbedingt aufgenommen zu werden, kann den Anwärtern jegliche Härte in den Verhandlungen nehmen, was für ihre künftige Mitgliedschaft sehr ernste negative Folgen hätte. Die Beitrittsbedingungen werden immer härter. »Europa« wird zur großen Rechtfertigung neoliberaler Politik. So ist das im Falle unseres Landes geschehen, und wir haben noch heute an den Folgen zu tragen.

Was die demokratische Kontrolle betrifft, so sei hier daran erinnert, dass bislang nur nationale Regierungen ihrer Bevölkerung für ihre Politik Rechenschaft schulden (es wäre eine große Übertreibung, dies auch für das europäische Parlament zu sagen). Das Paradox ist also offensichtlich. Die Politik wird von Menschen und Institutionen bestimmt, die für ihre Entscheidungen nur sehr indirekt demokratische Verantwortung tragen.

Der soziale Bereich

An seinen Kriterien muss die europäische Integration vor allem gemessen werden. Schließlich ist die Wohlfahrt der Gesellschaft das eigentliche Ziel aller wirtschaftlichen Tätigkeit. Es ist kurios, wie die Bedeutung wirtschaftlicher Ziele immer mehr entstellt wird: Die Medien können frohgemut verkünden, dass »die Wirtschaft eines Landes sehr gut geht«, während es dort 20 Prozent Arbeitslose gibt, die Arbeitsbedingungen sich bedeutend verschlechtern, öffentliche Dienstleistungen abgebaut, Sozialleistungen reduziert werden und sich Armut ausbreitet. Eine vollständige Perversion der Bedeutung der Begriffe scheint erreicht.

Löhne

In Spanien setzte 1977 eine wirtschaftliche Regulierungsperiode ein, die bis 1985 zu Lohnzurückhaltung und damit zu einem Absinken der Reallöhne um 19 Prozent führte. Der Anteil der Löhne am Nationaleinkommen ging von 55,2 Prozent 1977 auf 49,7 Prozent 1985 zurück (Roca, 1991, S. 228). Die

Konjunktur, die 1986 einsetzte, brachte ein Aufholen und eine gewisse Steigerung der Löhne mit sich. Diese stiegen von 1986 bis 1992 um 26 Prozent. Von 1992 bis 1995 gingen die Reallöhne wieder zurück, danach stiegen sie erneut leicht an. Bei bedeutenden Verlusten in der Zwischenzeit haben die Reallöhne heute etwa das Niveau von 1992 wieder erreicht.¹³ Seit 1999, da die Wirtschaft boomte, sanken die Reallöhne um 0,5 Prozent. Aufgrund der steigenden Produktivität und der veränderten Wechselkurse sind die Lohnkosten über diese gesamte Periode ständig gefallen. 1999 stiegen sie nur halb so rasch wie in allen anderen EU-Ländern.

Um ein genaueres Bild von den Einkommen der Lohnabhängigen zu zeichnen, sollen verschiedene Gruppen behandelt werden. Betrachten wir zunächst die Gesamtsituation auf dem Arbeitsmarkt:

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Hier sei zunächst das unerhörte Niveau der Arbeitslosigkeit erwähnt. Die Arbeitslosenrate hielt sich lange Zeit (1984 bis 1987 und 1993 bis 1998) auf einem Stand von über 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Auch in Zeiten boomender Konjunktur wie 1986 bis 1991 sank sie jedoch nicht unter 16 Prozent. Gegenwärtig, da wir eine sehr dynamische Wirtschaftsentwicklung haben, liegt sie immer noch bei 15,8 Prozent. Spanien hat eine der höchsten Arbeitslosenraten in der entwickelten Welt. Wie überall sind Frauen und Jugendliche am schwersten betroffen. Deren Anteile erreichen in einigen Regionen 30, bzw. 40 Prozent.

Dazu kommt, dass die Beschäftigungsrate der spanischen Bevölkerung mit 50 Prozent eine der niedrigsten in den EU-Ländern ist. Auch der Anteil der beschäftigten Frauen ist mit 36 Prozent äußerst gering. Sie stellen ganze 22 Prozent aller Beschäftigten. Ein gewisser Anstieg ist hier zu beobachten, weil der Ernährer durch Arbeitslosigkeit seinen Verdienst verliert und dann seine Frau verzweifelt nach irgendeiner Beschäftigung unter den prekärsten Bedingungen sucht. Wenn bei diesen niedrigen Raten die Arbeitslosenquote trotzdem 20 Prozent beträgt – wie hoch wäre sie wohl, wenn der Anteil der aktiven Bevölkerung näher an dem Durchschnitt der EU-Länder läge?

Aber das Problem ist nicht nur die extrem hohe Arbeitslosenrate. Über 90 Prozent der Arbeitsverträge, die jedes Jahr abgeschlossen werden, sind Zeitverträge. Der Anteil dieser Beschäftigten erreicht bereits 36 Prozent der Gesamtzahl. Bei den Jugendlichen sind dies gar 73 Prozent. Ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung von insgesamt 13 Millionen Menschen – wenig

13 Die Zahlen beziehen sich auf Löhne, die in Tarifverträgen ausgehandelt wurden, welche in der Regel für die besser organisierten Arbeiter zutreffen. Viele andere müssen mit niedrigeren Löhnen vorlieb nehmen.

mehr als 1976 – arbeiten also aufgrund von Zeitverträgen. Trotz einer kürzlich in Kraft getretenen Politik, die feste Arbeitsverträge fördern soll, sind 80 bis 90 Prozent der neuen Verträge befristet, 99 Prozent auf weniger als sechs Monate und 64 Prozent sogar weniger als einen Monat.¹⁴ 1999 wurden bei einer Gesamtzahl der Beschäftigten von 13 Millionen neue Verträge für 11 Millionen Menschen abgeschlossen, von denen nur 1 Million (9,2 Prozent) feste Arbeitsverträge waren. Wenn man dazu die Menschen in Zeitarbeit (die darauf eingehen, nicht weil sie das wollen, sondern weil nichts Anderes zu haben ist), die nominell Selbständigen (eine fiktive Zahl, die meist Scheinselbständige betrifft) oder die Menschen, die ganz ohne Vertrag als Schwarzarbeiter jobben, hinzunimmt, dann versteht man, welche Sorgen und Probleme den spanischen Arbeitsmarkt plagen.

Ein wichtiges Element ist die Entwicklung der Arbeitsbedingungen. Aufgrund der Zeitarbeitsverhältnisse und des harten Gerangels der Arbeiter auch um diese Jobs haben sich die Arbeitsbedingungen wesentlich verschlechtert: Lange Arbeitszeiten und verbreitete Überstunden, Schichtarbeit, die kaum durch die Erfordernisse des Produktionsprozesses gerechtfertigt ist, permanente Arbeitsbereitschaft und sehr ungünstige Zeitpläne sind an der Tagesordnung. 20 Prozent der Tarifverträge, die 1999 abgeschlossen wurden, enthalten inzwischen Klauseln, die regelwidrige Arbeitszeiten erlauben. Wenn man weiß, wieviele Unternehmer diese praktizieren, ohne sie in die Tarifverträge aufzunehmen, dann sieht man das Ausmaß rechtswidriger Arbeitsbedingungen. Besonders schwerwiegend ist die Lage bei den Arbeitsunfällen. Spanien ist das Land mit den meisten Arbeitsunfällen in der EU und, was noch schlimmer ist, auch mit den meisten Todesopfern. Nach einem ILO-Bericht für das Jahr 1999 liegen Spanien und Luxemburg mit 10,2 pro 100.000 Arbeiter, die bei der Arbeit ihr Leben verlieren, an der Spitze. Unsere sehr zahmen Gewerkschaften haben das Jahr 2000 zum Jahr des Kampfes gegen Arbeitsunfälle erklärt, weil mit den vielen Zeitarbeitsverhältnissen und der Deregulierung die Zahl und Schwere dieser Vorkommnisse stark angestiegen ist.

Das Hauptproblem liegt hier darin, dass sich diese Situation durch Spaniens EU-Beitritt nicht verbessert, sondern infolge der Auswirkungen der Mitgliedschaft auf die ärmeren Volkswirtschaften sogar noch verschlechtert hat. Wir haben bereits erklärt, wie unsere Landwirtschaft ständig Arbeitsplätze verliert. Was die Industrie betrifft, so können sich viele Unternehmen mit geringeren

14 Nachdem die Regierung lange Zeit eine Politik der »Flexibilisierung der Arbeit« propagierte, was auf den Abschluss ungesicherter Arbeitsverträge hinauslief, hat das Ausmaß dieser Zeitarbeit 1994 dazu geführt, wieder Anreize für den Abschluss von unbefristeten Arbeitsverträgen einzuführen. Aber selbst diese bringen die Unternehmen nicht dazu, sich auf längerfristige Arbeitsverhältnisse einzulassen.

Produktionskapazitäten und niedriger Produktivität nicht gegen die Liberalisierung und Umstrukturierung auf europäischem Niveau behaupten und verschwinden von der Bildfläche. Dadurch entsteht das extrem hohe Niveau der Arbeitslosigkeit, an dem Spanien leidet (allein während der Krisen der 90er Jahre gingen über 800.000 Jobs verloren). Man fragt sich, ob sich Ostdeutschland seit 1990 nicht anders entwickelt hätte, wenn es nicht sofort voller Bestandteil des Westens geworden wäre. Auf völlig freizügigen, unregulierten Märkten können schwächere Länder ihre Produktionsstruktur nicht aufrechterhalten. Die Strukturpolitik der EU hat weder die finanzielle Ausstattung, noch den notwendigen Mechanismus, um hier wirkliche Abhilfe zu schaffen.

Einkommen und »Klassen«¹⁵

Löhne und Beschäftigungsbedingungen bestimmen weitgehend Einkommen und Lebensniveau des größten Teils der Bevölkerung. Betrachten wir zunächst die Arbeiter in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen. Ihr Realeinkommen ist gestiegen, wenn auch langsamer als die Produktivität. Sie verdienen in absoluten Zahlen jedes Jahr mehr, und wenn sie auch den Eindruck haben, dass der Zuwachs geringer geworden ist, so sind sie mit ihrem Lebensniveau (angesichts der grassierenden Arbeitslosigkeit um sie herum) relativ zufrieden. Ihr Lebensstandard und ihre Arbeitsbedingungen sind akzeptabel. In vielen dieser Familien sind zwei Verdiener, was ihnen ein höheres Konsumniveau ermöglicht, als man vor wenigen Jahren noch für möglich hielt. Zu dieser Gruppe gehören allerdings auch die Beschäftigten des Staates, die ein Viertel bis ein Fünftel der Gesamtzahl der Beschäftigten im Lande ausmachen. Ihre Löhne blieben den größten Teil dieser Zeit eingefroren. Mit ihrem garantierten Arbeitsplatz gelten sie als genügend begünstigt und müssen sich deshalb mit niedrigeren Löhnen abfinden. Zu dieser Kategorie zählt man auch die Arbeiter in schwächeren Zweigen, deren Löhne stagnieren, während sie den Konkurrenzdruck der großen Zahl von Zeitbeschäftigten und Arbeitslosen verspüren, die jederzeit an ihre Stelle treten können.

Einige kleine Gruppen konnten ihr Lebensniveau wesentlich verbessern. Dazu gehören hochqualifizierte Kräfte – die Manager von Unternehmen, viele Politiker und hochrangige Beamte, die Stars der verschiedenen Branchen, kleine Gruppen der gehobenen Mittelschichten in Finanzen, Marketing, Medien, Computerwirtschaft, die Elite der privaten Unternehmer und ähnliche Kategorien. Auch hier kommen oft zwei Gehälter auf eine Familie. Das sind

15 Ich erhebe hier keinen Anspruch, eine exakte Klassifizierung zu geben, sondern will nur mit einigen kräftigen Strichen deutlich machen, welche Position die einzelnen Gruppen einnehmen und welche Rolle sie für die politische Stabilität der Gesellschaft spielen.

die Erfolgreichen, die Siegertypen, die die Chancen des modernen Lebens in vollen Zügen genießen und glauben, Spanien sei ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten für jeden, der fähig und willens ist, sie zu nutzen oder um sie zu kämpfen. Ihre absolute Zahl wächst, und da sie ein hohes Konsumtionsniveau haben, sind sie die Trendsetter. Dies ist der mittlere und obere Mittelstand, der im öffentlichen Leben Spaniens sehr präsent ist. Diese »neue Klasse« bestimmt mit ihrem Konsumniveau, ihrem neuen Geschmack und ihrem Verhalten den Lebensstil. Obwohl sie nur einen kleinen Anteil an der Bevölkerung stellen, nehmen sie in der Gesellschaft und den Medien großen Raum ein, weil sie sich als gesellschaftliche Gruppe am meisten Gehör verschaffen, weil Marketing, Werbung und Politiker sie nur zu gern als Beispiel und Muster für ein gutes Lebensniveau hinstellen.

Zu diesen privilegierten Gruppen kommen die Kapitalbesitzer, denen es durchweg gut geht. Ihre Gewinne und Kapitalerträge sind beträchtlich gestiegen. Von 1986 bis 1991 wurden viele kleine und mittlere Unternehmen für märchenhafte Preise an das Auslandskapital verkauft. Der beste Unternehmer war der, der seine Firma zum höchsten Preis losschlug. Diese umfangreichen Finanzströme haben die Börse beträchtlich aufgebläht. Die Übernahme von Firmen und Banken hat für Finanzspekulation (und für Korruption auf höchster Ebene) viele neue Möglichkeiten geschaffen. Laut einem früheren sozialistischen Finanzminister war Spanien in den 80er Jahren der beste Platz in Europa, um schnell reich zu werden. Mit einem Wort, Spanien ist nach seiner Wirtschafts- und Sozialstruktur ein »modernes« neoliberales Land geworden.

Die hier beschriebenen Menschengruppen haben ihren Verbrauch enorm steigern können. Dazu gehören solche Statussymbole wie der Erwerb ausländischer Wagen, das Verkehren in teuren Gourmet-Restaurants, Mode, Auslandsurlaub usw. Das erweckt bei manchen den oberflächlichen Eindruck von einer expandierenden und florierenden spanischen Wirtschaft, der stark schöngefärbt ist.

Soviel zu den Gewinnern. Die Kehrseite der Medaille ist nicht so glänzend. Hier finden wir viele Beschäftigte, die mit einem einzigen (oft eingefrorenen) Lohn darum kämpfen müssen, ihre Familien zu ernähren. Dazu kommen weiter all die Zeitarbeiter, die Arbeitslosen und viele Menschen, die gern arbeiten möchten, aber gar nicht mehr nach einem Job suchen.

Fast alle zeitweilig Beschäftigten arbeiten für geringere Löhne als vergleichbare Beschäftigte in unbefristeten Arbeitsverhältnissen. Es ist die Regel, dass große, wohlhabende Firmen ihre älteren Beschäftigten zwingen (zu hohen Kosten für den Staat), in Rente zu gehen, um sie durch jüngere, billigere Zeitarbeitskräfte zu ersetzen. Niedrigere Löhne und hohe Unsicherheit, was die Verlängerung ihrer Arbeitsverträge betrifft, sind bei jüngeren Beschäftig-

ten die Regel und führen zu einer sehr prekären Situation. Eines der großen Probleme dieser Generation ist das Fehlen jeder Hoffnung, eine einigermaßen sinnvolle berufliche Laufbahn aufzubauen. Verzweigung, Unsicherheit und Demotivierung, was Arbeit (oder Studium) betrifft, sind typische Begleiterscheinungen für viele Menschen in solchen Verhältnissen.

Diese Erscheinungen führen zu wachsender Armut und Ausgrenzung. Nach offiziellen Zahlen und der EU-Definition für Armut hatten 1998 8 Millionen Menschen (20 Prozent der Bevölkerung) Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. 4 Millionen Menschen lebten in tiefer Armut. Eine Million Familien haben keinerlei regelmäßiges Einkommen. Das sind sehr eindrucksvolle Zahlen, die viele im »prosperierenden, europäischen Spanien« gar nicht erwarten. Die wachsende Polarisierung, die für Gesellschaften mit neoliberaler Politik so typisch ist, tritt in Spanien ganz unverhüllt hervor. Die Konjunktur des Jahres 1999 hat diese Situation geringfügig verbessert, aber das ist in der Regel nur eine vorübergehende Erscheinung.

Ich hoffe, dass diese kurze Beschreibung klären hilft, weshalb Gesellschaften, die sich schnell entwickeln, politisch relativ stabil wirken (wenn auch tiefgreifende Veränderungen bei den Mehrheitsparteien, vor allem der bedeutende Zulauf rechtsextremer Parteien nicht ignoriert werden sollte). In diesen Gesellschaften geht es Menschen in permanenten Arbeitsverhältnissen nicht so schlecht, wenn man bedenkt, dass sie ihr Leben lang gewisse Fortschritte erzielen können. Andere fallen zwar objektiv in die Reihen der Armen zurück, überleben aber, weil das Niveau dieser Armut es ihnen gestattet und es eine historische Erinnerung an noch schlimmere Armut gibt. Die Arbeitslosen und Ausgegrenzten dagegen sind hilflos. Ihre Sorgen und Leiden werden vom Agieren der prosperierenden Gruppen überdeckt, die sicht- und hörbarer sind, die sich politisch organisieren und die außerdem die Unterstützung des Staates und der Medien genießen. Die Erfolglosen werden mit optimistischen Bildern einer Gesellschaft und dem zutiefst individualistischen Glauben bombardiert, dass jeder das ist, was er oder sie verdient. Die Ärmsten, die über ihre Armut verzweifeln und keinerlei Möglichkeit sehen, diese Lage zu ändern oder ihr Schicksal unter Kontrolle zu bekommen, werden bewusst verwirrt. Zwar stellen diese unterprivilegierten Menschen einen wichtigen Teil der Bevölkerung, aber ihr Elend ist nicht sichtbar, hörbar und organisiert genug, um die Politik zu beeinflussen oder den Machthabern wirkliche politische Probleme zu bereiten.

Das Sozialsystem

Die Wiederherstellung der Demokratie in Spanien erforderte einen Ausbau des damals sehr primitiven Sozialsystems. Von 1977 bis 1982 stiegen die

Sozialausgaben und -zuwendungen wesentlich an (auf ca. 4 Prozent des BIP). Danach hielt dieser Anstieg, wenn auch in ungleichmäßigem Tempo, weiter an. Bis 1990 blieben diese Aufwendungen bei ca. 14 Prozent des BIP. In den 90er Jahren haben die hohen Arbeitslosenzahlen zu einem weiteren wesentlichen Anstieg dieser Ausgaben geführt. Sie standen 1992 bei 17 Prozent des BIP. Andere Quellen geben sogar über 20 Prozent an. Aber selbst bei dieser wesentlichen Steigerung lagen die durchschnittlichen Ausgaben auf sozialem Gebiet pro Kopf der Bevölkerung in Spanien im Jahre 1997 noch bei 62 Prozent des EU-Durchschnitts (*Alternatives économiques*, No. 180). Seit 1984 zeigten sich unter der sozialistischen Regierung widersprüchliche Tendenzen: Einerseits waren soziale Zuwendungen nun jedermann zugänglich, andererseits wurden Maßnahmen getroffen, um das weitere Anwachsen dieser Ausgaben unter Kontrolle zu bringen. Seit 1991 ist der zweite Trend stärker in den Vordergrund getreten. 1996 wurde das Rentensystem verändert, was zu einer Reduzierung der künftigen Renten führt. Zugleich wurden größere private Zuzahlungen zu medizinischer Behandlung und ein wesentlich strengeres System des Arbeitslosengeldes eingeführt, wodurch der Kreis der Berechtigten eingeschränkt wurde. Mit einem Wort, seit Anfang der 90er Jahre ist das Sozialsystem wesentlich geschrumpft, und dieser Trend hält weiter an, obwohl das spanische System der sozialen Sicherung im Vergleich zu anderen Ländern bereits als unterentwickelt anzusehen ist. Die im Februar wiedergewählte konservative Regierung hat sich das Ziel gestellt, die sozialen Dienstleistungen (Bildung, besonders Gesundheitsfürsorge und Renten) weiter zu privatisieren. Sie tut dies unter dem Vorwand, dass eine Modernisierung dieser Systeme notwendig sei.

Für unser Thema ist wesentlich, dass die Tatsache der EU-Mitgliedschaft das Sozialsystem Spaniens zu keiner Zeit günstig beeinflusst hat. Die Verbesserungen waren sämtlich auf politische Umstände im Lande zurückzuführen. Sollten hier Faktoren der EU gewirkt haben, dann sind sie durchweg negativ zu bewerten. Besonders seit dem Maastrichter Vertrag werden die Grenzen der staatlichen Ausgaben stets als Rechtfertigung für den weiteren Abbau des Sozialsystems ins Feld geführt. Von der EU (und der OECD) kommen ausschließlich strenge Empfehlungen, die Sozialausgaben zu senken und die öffentlichen Dienstleistungen zu privatisieren. Für die zusätzliche private Vorsorge bei Renten und medizinischer Behandlung hat man starke Anreize geschaffen (insbesondere durch Steuervorteile und die Verbreitung des Gedankens durch Öffentlichkeit und private Firmen, dass das Rentensystem in der Zukunft gewiss zusammenbrechen wird), so dass viele Menschen Bereitschaft zeigen, sich auf die private Vorsorge zu verlegen.

Weitere Aspekte

Hier soll die Frage nach dem generellen Wert der EU-Integration gestellt werden. Zuvor will ich aber noch einige zusätzliche Aspekte wie die regionalen Unterschiede erwähnen, die mit der EU-Mitgliedschaft nicht etwa verringert wurden, sondern, im Gegenteil, weiter gewachsen sind. Daran ändert auch nichts, dass einige Regionen zu ständig subventionierten Gebieten mutierten oder dass sich in den letzten Jahren eine größere Sensibilität für die Probleme der Umwelt entwickelt hat. Letzteres ist natürlich positiv, wäre nicht zur gleichen Zeit die Produktion umweltschädlicher Güter verstärkt worden (Aluminium in Galizien, Intensivierung der Landwirtschaft, Eukalyptus-Anpflanzungen in Kantabrien, umfangreiche Infrastrukturbauten mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Umwelt usw.), die genau die entgegengesetzte Wirkung haben.

Ein Wort zur Migration: Häufig wird gesagt, dass die Migration in Europa wegen der Sprachbarriere und der unterschiedlichen Lebensweise gering sei. Das möchte ich ganz entschieden bestreiten. In den 60er Jahren immigrierten Millionen Spanier in reichere europäische Länder. Gegenwärtig sehen wir, dass Bewohner osteuropäischer Länder sehr gern nach Westeuropa kommen, von Afrikanern ganz zu schweigen. Bürger der EU migrieren nicht innerhalb Europas, weil nirgendwo ordentliche Jobs zu bekommen sind. Was Migranten aus der Dritten Welt betrifft, so wissen wir, welche Hürden man für sie errichtet hat. Arbeiter strömen stets zur Arbeit, was sich in Europa eindeutig zeigt, wohin trotz der hohen Arbeitslosigkeit, Menschen aus vielen Ländern zu gelangen suchen.

Schließlich noch ein Wort über Werte: Nicht nur die Werte, die sich in den letzten Jahren in der ganzen Gesellschaft entwickelt haben, sind sehr individualistisch geprägt – Stützen auf die eigene Kraft¹⁶, Wettbewerb, Aggressivität, Bezahlung nach der individuellen Leistung, persönliche Investitionen in das Humankapital, private individuelle Vorsorge bei den sozialen Dienstleistungen usw. Auch auf der Ebene der Gesellschaft werden Elemente neoliberaler Politik und der privaten Märkte als die einzigen hingestellt, die für die moderne Zeit tauglich sind. Mehr noch, die doppelte Struktur der Gesellschaft wird als der Normalzustand angesehen. Die neuen Werte sind allerdings noch nicht das schlimmste Merkmal der Entwicklung im letzten Vierteljahrhundert.

16 Ich betone dies, weil ich nicht der Meinung bin, das hier wirklich das Stützen auf die eigene Kraft gefördert wird. Vielmehr wird ständig der Gedanke suggeriert, Gewinner werde man ausschließlich aufgrund der eigenen Leistung und Verlierer nur aufgrund des eigenen Versagens.

Zusammenfassung

Für ein halbindustrialisiertes Land wie Spanien hat die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu folgenden Ergebnissen geführt:

- Das Land hat einen kurzfristigen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, der vor allem auf den wachsenden Zustrom von Auslandskapital zurückzuführen ist, das aus der Integration Nutzen ziehen konnte, weil es die besten Unternehmen und Grundstücke aufkaufte und sich im finanziellen Bereich etablierte.

- Diese kurzzeitige Verbesserung bedeutet jedoch keine Weiterentwicklung der strukturellen Elemente der Wirtschaft. Weder der Nettoausußenhandel noch die Produktivität konnten wesentlich verbessert werden. Die Wettbewerbsfähigkeit hängt weitgehend vom Wechselkurs ab. Es kann daher nicht überraschen, dass das Wachstum den Launen der zyklischen Entwicklung unterworfen ist, wie es immer war. Lediglich die Preisstabilität wurde wesentlich verbessert.

- Die Handelsbilanz hat sich wesentlich verschlechtert und konnte erst durch vier aufeinanderfolgende Abwertungen wieder ins Lot gebracht werden. Das lässt die Zukunft in einem sehr zweifelhaften Licht erscheinen, da das Land nicht mehr in der Lage sein wird, den Wechselkurs für derartige Regulierungen zu nutzen.

- Die Ströme von Auslandskapital haben die Wirtschaftsstruktur nur sehr geringfügig verbessert. Mit direkten Auslandsinvestitionen wurden bereits bestehende Firmen aufgekauft und rationalisiert, statt die Produktionskapazitäten zu erweitern oder neue Technologien zu entwickeln. Das Finanzkapital hat das Land dazu gezwungen, die Preisstabilität zum Hauptziel seiner Politik zu erklären, an hohen Zinsraten festzuhalten und eine rigide Sozialpolitik zu betreiben. Dabei blieb es stets instabil und auf dem Sprung, beim geringsten Anzeichen wirtschaftlicher oder sozialer Probleme in andere Teile der Welt zu flüchten. Diese Kapitalströme stellen künstliche Faktoren dar, die die wahren Probleme der Wirtschaft verschleiern und ihre Lösung erschweren.

- Wichtig ist vor allem der Einfluss auf die Produktionsstruktur. Die Liberalisierungs- und Umstrukturierungsprozesse auf europäischer Ebene haben die Produktionskapazitäten vieler Zweige, die in der Vergangenheit wichtig waren, reduziert, ohne etwas Neues, Dynamischeres an ihre Stelle zu setzen. Viele mittlere und kleine Verarbeitungsbetriebe sind verschwunden. Das Produktionssystem ist durch Spezialisierung, Rationalisierung und Konzentration wesentlich verschlankt worden. Was Nachfrage, Technologie und Akkumulationskraft betrifft, sind wichtige Produktionszweige zur Zweitrangigkeit herabgesunken, ist die Produktionspalette schmaler geworden.

- Ähnliches kann auch von der Landwirtschaft gesagt werden. Trotz oder vielleicht gerade wegen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU konnte die Pro-

duktion kaum auf dem früheren Niveau gehalten werden. In der Landwirtschaft geht ein tiefgreifender Umstrukturierungs- und Konzentrationsprozess vor sich, der Hunderttausende in die Arbeitslosigkeit stürzt. Die Verbliebenen sehen sich einem harten Rationalisierungsprozess unter Führung der Firmen des internationalen Agro-Business ausgesetzt, der durch den Konkurrenzdruck der Bauern aus anderen europäischen Ländern noch verschärft wird. Ein großer Teil der Familienwirtschaften kann nur mit Subventionen überleben.

– Obwohl eigentlich eine andere Politik notwendig wäre, die sich auf Beschäftigung und Strukturentwicklung konzentriert, ist die Wirtschaftspolitik Spaniens den Empfehlungen der EU und den Praktiken der konservativsten EU-Staaten treu gefolgt. Sie hat die geringen Freiräume nicht genutzt und damit eine Verbesserung der Situation im Lande weiter erschwert.

– Es nimmt daher nicht wunder, dass Spanien seine Situation im Vergleich zu den anderen EU-Staaten kaum verbessern konnte. Es befindet sich auch weiterhin unter den armen Staaten Europas und ist nur geringfügig vorangekommen. Natürlich haben sich auch alle anderen EU-Staaten weiterentwickelt, weshalb es logisch erscheint, dass sie ihre Plätze wahren konnten. Aber Spanien hätte seine Position doch wenigstens bei ein oder zwei wichtigen Kriterien verbessern müssen.

– Mit einem Wort, *die Zugehörigkeit zur EU hat die wichtigsten Strukturprobleme Spaniens aus der Zeit vor der Mitgliedschaft nicht gelöst, sondern statt dessen dazu beigetragen, neue zu schaffen und die Lösung der bisherigen sogar noch zu erschweren.*

– Das ändert nichts an der Tatsache, dass ein kleiner Teil der Bevölkerung, der im absoluten Umfang wächst und mit der Produktion unmittelbar wenig zu tun hat, von der EU-Mitgliedschaft profitieren konnte. Hohe Gewinne und Einnahmen, Entwicklung neuer Chancen für Handel, Finanzgeschäfte und hoch bezahlte Tätigkeiten, günstige Bedingungen für Geschäftemacherei und Spekulation, die Zunahme von hoch bezahlten Posten im Öffentlichen Dienst (häufig in direkter Verbindung mit Europa) haben eine wohlhabende Bevölkerungsgruppe hervorgebracht, die vor allem die Aufmerksamkeit der Medien sowie der ausländischen Beobachter auf sich zieht und die Situation der Bevölkerungsmehrheit in den Hintergrund treten lässt.

– Was das Lebensniveau der Bevölkerung betrifft, so ist festzustellen, dass viele Beschäftigte in unbefristeten Arbeitsverhältnissen ihren Lebensstandard erhöhen konnten. Die Verteilung der Einkommen ist allerdings ungleicher geworden. Die Beschäftigung wird immer unsicherer, die Arbeitslosigkeit ist während der ganzen Zeit der EU-Mitgliedschaft hoch geblieben, der Anteil der arbeitenden Bevölkerung liegt weiterhin sehr niedrig und die Armut ist gewachsen. Die staatlichen Dienstleistungen werden nach einer anfänglichen

Entwicklung jetzt wesentlich reduziert, auch wenn sie das bei »unseren europäischen Partnern« übliche Niveau niemals erreicht haben. Vorhandene Arbeitsplätze sind unsicherer geworden, die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert. Daher ist es kein Wunder, dass sich mehr und mehr einfache Spanier fragen, was Europa für sie bedeutet.

– Die EU-Mitgliedschaft hat nicht dazu geführt, dass die positiven Werte der europäischen Tradition – Freiheit, Kultur, Gerechtigkeit, Solidarität, Mitgefühl und Kreativität – sich entwickelt haben, sondern an ihre Stelle ist eine exklusive »Marktgemeinschaft« getreten. Daher ist es nicht leicht, für dieses Europa positive Gefühle zu entwickeln.

– *Was den Wohlstand der Mehrheit der Bevölkerung betrifft, so kann die Mitgliedschaft in der Europäischen Union nicht als positiv angesehen werden.*

Das Ergebnis ist klar: Die Union geht einen falschen Weg. Die Prioritäten ihres wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmodells müssen verändert werden. Die Völker der Europäischen Union müssen begreifen, dass ihr eigener Wohlstand die erste Priorität der EU sein muss. Sie sind die Einzigen, die ihre Entscheidungsträger zu Veränderungen zwingen können.

Die Zukunft

Wenn die europäische Integration solche Ergebnisse hervorbringt, dann erhebt sich die Frage, was dagegen getan werden kann.

Hier soll keine umfassende Politik in allen Einzelheiten dargelegt werden¹⁷, aber ich will einige Elemente nennen, die ich für wesentlich halte, um die negativen Aspekte in der Entwicklung der Union abzubauen.

Erstens müssen wir uns selbst davon überzeugen, dass das Modell verändert werden kann. Mancher von uns reagiert zuweilen so, als habe der Kapitalismus tatsächlich das Ende der Geschichte gebracht. Dabei können Elemente der Wirtschaft in andere Richtungen gelenkt werden, wenn in der Gesellschaft das Bewusstsein und der Wille vorhanden sind. Immer wieder kommen wir zu der Erkenntnis zurück, dass bei Politik und Macht begonnen werden muss.

Wir haben nicht nur das Modell im Sinne der »Mittel für besondere Ziele« zu verändern, sondern auch die Ziele selbst. Statt nach außen orientierte sogenannte »Wettbewerbsgesellschaften« anzustreben, müssen wir einen soliden Produktionsapparat aufbauen, der vor allem auf die Erfüllung der Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung gerichtet ist. Nachhaltige Produktion muss

¹⁷ Ein detaillierter Vorschlag für eine alternative Wirtschaftspolitik findet sich in dem Memorandum unter dem Titel »Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit«, das die Gruppe kritischer europäischer Ökonomen 1996 vorgelegt hat. Ich habe darüber in dem Artikel »Die EWU und der Maastrichter Vertrag: ein paar Überlegungen aus dem Süden« geschrieben.

gefördert und Spekulation – die Kasinogesellschaft – als Mittel für Gewinn und Prestige ausgemerzt werden. Andererseits ist auch die gegenwärtige Konsumgesellschaft in Frage zu stellen. Wir müssen die Tatsache herausstellen, dass die endlose Steigerung des individuellen Verbrauchs oder auch der entsprechenden Bedürfnisse (viele Menschen werden die meisten Konsumgüter niemals besitzen, die man ihnen einzureden versucht) das Wohlbefinden nicht erhöht. Ich rede hier nicht allgemeiner Armut oder Abstinenz das Wort, sondern versuche zu zeigen, dass eine Wirtschaft mit einem anderen Modell von Produktion und Konsumtion wesentlich mehr Zufriedenheit bringen, eine bessere Verteilung ermöglichen und für die Umwelt verträglicher sein kann.

Das Zweite ist die Verteilung der »Früchte des Fortschritts« und damit die gesamte Frage der Beschäftigung. Wenn Beschäftigung auch weiterhin für die Mehrheit der Bevölkerung der Hauptweg zur Verteilung von Einkommen bleibt, dann muss es Beschäftigung für alle Menschen geben. Die Frage, wie alle mit Beschäftigung versorgt werden können, rückt damit absolut in den Mittelpunkt. Beschäftigung muss zum Brennpunkt jeglicher Politik werden. Wenn aber Beschäftigung nicht länger als Mittel der Verteilung von Einkommen geeignet ist, müssen andere Wege dieser Verteilung gefunden und als grundlegendes Bürgerrecht etabliert werden – fern von jedem Gedanken an Sozialhilfe oder Subvention. Beschäftigung oder ein gesichertes Grundeinkommen für alle Menschen muss das Hauptziel eines jeden alternativen Wirtschaftsmodells sein.

Das nächste Problem ist das Sozialsystem, das für das wirkliche Wohlergehen der Bevölkerung so wichtig ist. Nach meiner Meinung ist es absolut notwendig, den Grundsatz durchzusetzen, dass ein gutes Sozialsystem niemals zur Disposition stehen kann. Unsere Gesellschaften werden immer reicher, und es gibt keinen Grund, weshalb dafür nicht die notwendigen Mittel vorhanden sein sollten. Das bedeutet nicht, gegen jede Reform des Sozialsystems zu sein, aber dabei ist stark zu betonen, dass die Reform zu einem verbesserten Funktionieren dieses System im öffentlichen Bereich führen muss. Die »Reformen«, die in der EU ablaufen, sind häufig genug verschleierte Rezepte der Privatisierung, die nur mit dem Reformbegriff gerechtfertigt werden. Wenn eine Europäische Union die Situation der Beschäftigung und die Sozialsysteme der verschiedenen Mitgliedsländer verbessert, dann würde sich nach meiner Überzeugung eine wirkliche Gemeinschaft in Europa entwickeln.

Als Mitgliedstaaten müssen wir uns auch selbst davon überzeugen, dass es ungeachtet der Beschränkungen, die uns die EU auferlegt, Möglichkeiten für eine selbstständige Politik gibt. Diese können erweitert werden, wenn die Regierungen etwas selbstständiger handeln. Wenn sie zu einer bestimmten Frage eine feste Haltung einnehmen, können sie durchaus etwas erreichen.

Die Erfahrung zeigt, dass manche Regierungen zahmer sind als andere. Das beste Beispiel ist die Haltung der verschiedenen Länder zum Maastrichter Vertrag.

In diesem Zusammenhang will ich erwähnen, wie wichtig es ist, dass Regierungen von Beitrittsländern sich nicht auf jede Bedingung einlassen. Je dringender sie den Beitritt wünschen, desto mehr sind sie geneigt, fast alle Forderungen zu akzeptieren, was später schwerwiegende Folgen haben kann. Sie müssen hart verhandeln, um gute Bedingungen zu erreichen. Später etwas zu verändern, ist weitaus schwieriger.

Um auf der Ebene der einzelnen Länder eine alternative Politik voranzubringen, müssen unter den Bedingungen des heutigen Kapitalismus und der Politik der Union drei Bereiche der Wirtschaftspolitik erwähnt werden:

Erstens betrifft es den Bereich der Haupttriebkraft der wirtschaftlichen Tätigkeit. Aus meiner Sicht muss dies die Inlandsnachfrage, nicht der Export oder die Wettbewerbsfähigkeit auf den Außenmärkten sein. In den meisten Ländern stellt der Export nur einen kleinen Teil des BIP dar. Er reicht oft nicht aus, um die notwendige Beschäftigung zu sichern. Eine Expansion auf den Außenmärkten ist dagegen sehr schwer zu erreichen.¹⁸ Auch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Außenmärkten ist eine harte Aufgabe und erfordert oft eine Verschlechterung bei Beschäftigung und Löhnen im Lande. Nach Einführung der EWU trifft das noch mehr zu. Es gibt viele weitere Gründe für die Feststellung, dass ein exportorientiertes Modell viel anfälliger und für den Wohlstand im Lande weniger ergiebig ist als ein auf die Binnenmärkte konzentriertes. Ich meine, der Export muss als komplementär, als Basis zur Finanzierung der wichtigsten Importe angesehen werden, und nicht umgekehrt.

Zweitens ist dies der Bereich der Kapitalströme. Ich meine, ein Land sollte sich nicht in erster Linie auf die Kapitalströme von außen verlassen, selbst wenn es eine niedrigere Wachstumsrate in Kauf nehmen muss. Das bedeutet, dass Investitionen und Haushaltsdefizite im wesentlichen aus internen Quellen finanziert werden sollten. Wichtig ist eine ausgeglichene Zahlungsbilanz. Ich halte das nicht für eine unrealistische Bedingung, wenn gewisse Importe von Konsumgütern reduziert und eine leicht niedrigere Wachstumsrate akzeptiert werden. Wenn die Inlandsnachfrage die wichtigste Triebkraft ist, dann wird es auch leichter, die reale Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen. Ich meine auch, dass für die Kapitalströme von außen solche Bedingungen gestellt werden sollten (ich denke da an das Beispiel Chile), dass das Aus-

18 Die EU-Staaten exportieren vor allem untereinander. Die Öffnung der EU für Nichtmitglieder beläuft sich auf höchstens 10 Prozent ihres BIP. Hohe Exportraten nach außen bedeuten also eine sehr unausgeglichene Bilanz gegenüber den EU-Ländern.

landskapital, das ins Land kommt, einen realen Beitrag zu dessen Produktionskapazitäten und Beschäftigung leisten und nicht nur zu wachsender Spekulation beitragen sollte.

Drittens ist hier der Bereich der Industriepolitik zu erwähnen. Ich meine, dass kein Land, das sich entwickeln oder auch nur Wachstum organisieren will, ohne eine aktive Industriepolitik auskommt (selbst die USA unter Reagan betrieben eine aktive Industriepolitik). Die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Ausgleich zwischen den Regionen oder die technologische Entwicklung sind Themen, denen sich eine solche Politik widmen muss. Vor allem aber geht es um die Notwendigkeit, ein dynamisches, ausgeprägtes Produktionssystem in Industrie (und Landwirtschaft) hervorzubringen, zu entwickeln und zu stärken, das in der Lage ist, die Produktion der meisten Verbrauchsgüter der Bevölkerung und die notwendigen Exporte zu gewährleisten. Die einzige Art von Industriepolitik der EU ist Wettbewerbspolitik, die genau in die entgegengesetzte Richtung führt. Der Beitritt zur EU muss unbedingt von einer starken Industriepolitik begleitet sein, damit die Produktionskapazitäten des Landes wenigstens erhalten, wenn nicht verbessert werden.

Sicher wird man mir sagen, dass die gegenwärtige Politik der Union ein solches Vorgehen geradezu ausschließt. Das trifft zu, aber genau auf diesen Punkt will ich hinweisen: Wenn wir eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der Ebene der Union und der einzelnen Länder ermöglichen wollen, dann muss das heutige Politikmodell der Union verändert werden. Das ist möglich. Viele alternative wirtschaftspolitische Wege stehen zur Verfügung. Es ist unsere Aufgabe, unsere Völker und die Entscheidungsträger zu überzeugen, dass die Europäische Union, wenn sie Wohlstand für ihre Völker erstreben will, ihre Politik radikal ändern muss.

Wenn die europäischen Wirtschaftsbesitzer und die großen Vertreter des Kapitals eines erreicht haben, dann, die Völker Europas und besonders ihre politischen Führer davon zu überzeugen, dass europäische Politik nur den jetzigen Weg gehen und nicht verändert werden kann.¹⁹ Das trifft nicht zu. Um diese Politik zu ändern, müssen in Europa starke Bewegungen für soziale Gerechtigkeit und die Wohlfahrt der Völker entwickelt werden. Seit Jahrhunderten vollziehen sich politische und soziale Aktionen ausschließlich im nationalen Bereich. Soziale Bewegungen in größerem Rahmen befinden sich noch im Embryonalzustand. Heute ist die europäische Arena zu einem weiteren Feld für die Bemühungen von Generationen geworden, eine bessere Verteilung von

19 Es ist sehr interessant zu beobachten, dass nach so vielen Jahren, in denen behauptet wurde, die Wirtschaftspolitik sei nicht veränderbar, in den letzten Monaten aufgrund der Finanzkrise viele gewichtige Stimmen einen Politikwechsel und bestimmte Regulierungen fordern.

Reichtum und Einkommen, mehr Teilhabe an den Entscheidungen zu erkämpfen, die das Leben der Gesellschaften bestimmen. Genau darin liegt unsere Aufgabe.

Zum Schluss noch einige Worte zu der radikaleren Option, aus der EU auszutreten. Diese Ansicht mag nicht sehr verbreitet sein, aber ich bin überzeugt, dass dies eine mögliche und machbare Variante ist. Sie wird oft als unrealistisch abgetan, aber wir sollten bedenken, dass Norwegen und die Schweiz nicht EU-Mitglieder sind, dass Dänemark einmal in der Gemeinschaft und einmal außerhalb stand, dass auch Schweden und Großbritannien sich nur an einigen Aspekten der Gemeinschaft beteiligen. Wenn die Bevölkerung eines europäischen Landes sich über die Folgen ihrer Entscheidung klar ist und trotzdem gegen die Mitgliedschaft optiert, dann ist das durchaus möglich. Aus meiner Sicht ist es zu akzeptieren, nicht Mitglied der EU zu sein, wenn ein Land fest entschlossen ist, seinen eigenen Weg zu gehen und eine andere Wirtschaftspolitik zu betreiben.²⁰ Ich habe hier aufzuzeigen versucht, dass das Paradies Europa viele Nachteile hat und die Hauptprobleme nicht gelöst werden, wenn man sich Hals über Kopf in die Mitgliedschaft stürzt. Wenn ein Land wirklich eine gerechte Gesellschaft will, dann muss der Gedanke, einen eigenen Weg dorthin zu finden, nicht unbedingt töricht, sondern kann auch sehr vernünftig sein. Wahrscheinlich wird das Auslandskapital es eine Zeit lang stiefmütterlich behandeln, Exporte können wegen der starken Position der heutigen Wirtschaftsblöcke erschwert sein, und man wird ein geringeres Wachstum in Kauf nehmen müssen. Aber mit starker politischer Unterstützung im Lande und klaren sozialen Prioritäten, mit einer gesunden makroökonomischen Politik (insbesondere gegenüber dem Ausland) und einer klugen Industriepolitik ist es aus meiner Sicht durchaus möglich, dass ein Land zwar geringere Wachstumsraten hat, aber eine geschlossenerere Produktionsstruktur und eine bessere Verteilung des Wohlstandes erreicht. Ich denke, dass das Recht, nicht der Union anzugehören, akzeptiert und bekräftigt werden sollte.

Quellen

Alternatives Economiques, No. 224, Paris

Etchezarreta, M. & Viladomiu, L., El avance hacia la internacionalización: Crónica de una década de la agricultura española. In: Gomez Benito, C. & Gonzalez Rodriguez, J.J., Agricultura y Sociedad en la España contemporánea, Centro de Investigaciones Sociológicas, Madrid 1997.

²⁰ Der Fall Frankreichs unter Mitterrand im Jahre 1981 kann als Gegenargument angeführt werden. Ich meine aber, dass Frankreich seiner Politik selbst Grenzen setzte und damit seine Lage erschwerte, weil es nicht wirklich einen eigenen Weg gehen, sondern lediglich im europäischen Rahmen eine unterschiedliche Politik betreiben wollte, um trotz allem einer der führenden Staaten der EU zu bleiben.

- García Fernández, G., Territorialización de las rentas y subvenciones agrarias. In: El boletín, No. 28, Nov. 1995.
- Grjebine, A., Après Maastricht: des ecus et des chômeurs? Arbeitspapier. In: Centre d'études et des recherches internationales de la fondation nationale des Sciences Politiques, No. 3, 1992.
- La Caixa, Monatschrift, Barcelona, No. 206, Sept. 1998.
- Martin, C., España en la nueva Europa. Alianza Economía, Madrid 1997.
- Millan, J.L., La distribución de la renta. In: J. Torres Lopez (Hrsg.), La otra cara de la política económica. Los libros de la Catarata, Madrid 1994.
- Roca, J., Pacte social i política de rendes. Eumo editorial, Vic 1991.

MICHAEL BRIE

Schlussbemerkungen

Ich habe in den letzten Wochen in Vorbereitung der Konferenz viel gelesen und hier viel gehört, und je mehr ich las und je mehr ich hörte, um so nachdenklicher wurde ich, um so kritischer, um so skeptischer und um so mehr wurde mir klar, dass das Projekt Europäische Union wie auch das Projekt ihrer Erweiterung durch die Art und Weise, mit der sie betrieben werden, und durch die Ziele, die dabei verfolgt werden, gefährdet ist. Für mich zumindest war diese Tagung ein Beitrag zu meiner politischen Bildung.

Das Bild von Rosa Luxemburg hat in diesen Tagen über uns geschwebt. Ich denke, sie hätte, wenn auch mit einem leichten Lächeln, vielem hier zugestimmt und wäre froh gewesen, dass unter ihrer Patronage Frauen und Männer aus Nord und Süd, Ost und West des europäischen Kontinents sich getroffen haben.

Gestatten Sie mir, am Ende unserer Konferenz einige jener Erfahrungen zu resümieren, die ich persönlich in diesen zwei Tagen für mich gewonnen habe.

Erstens: Es gibt keine Erweiterung der EU, sondern es gibt den offenen Prozess der grundlegenden Veränderung der EU bei gleichzeitiger Erweiterung
Es gibt keinen Fixpunkt EU, zu dem sich andere einfach hinbewegen können und müssen. Die EU selbst ist im Umbruch, sie ist hart umkämpft, wichtigste institutionelle Veränderungen stehen aus. Es handelt sich um einen zweiseitigen Prozess, bei dem die 15 Mitglieder der EU und die Beitrittsländer am Ende nicht in der heutigen EU, sondern in einem stark gewandelten Staatenbund ankommen oder auch nicht ankommen werden.

Man sollte auch nicht glauben, dass die Erweiterung der EU bzw. der Bestand der EU zwangsläufig sind. Große geschichtliche Prozesse sind niemals ehernen Notwendigkeiten unterworfen, auch wenn sie oft fatal enden. Auf einiges wird noch zurückzukommen sein.

Gestatten Sie mir die Metapher: Die Völker Ostmitteleuropas haben das angeschlagene und heruntergekommene Schiff des sowjetischen Staatssozialismus verlassen und sind in das Meer von Transformationen gesprungen mit der Hoffnung, in den Luxusliner EU aufgenommen und durch den Schlachtkreuzer NATO verteidigt zu werden. Was aber, wenn es keine Gegner gibt und man auf die Seinen schießt wie auf dem Balkan geschehen? Vor allem aber: Was, wenn der Luxusliner sich als eines jener Schiffe erweist, die Ende des vergangenen Jahrhunderts Millionen von Menschen in die USA brachten und

die Mehrheit auf dem Zwischendeck Platz nehmen muss, wenn es drei oder vier Klassen gibt auf diesem ganz gewöhnlichen Dampfer?! Wenn die erwarteten Wohlstandsgewinne zu Gewinnen weniger und Verlusten vieler werden?! Die Ostdeutschen wollten sozial aufsteigen und stimmten für den Beitritt. Jetzt sind sie sozial aufgestiegen und doch Deutsche zweiter Klasse. Ostmitteleuropäern kann es passieren, dass sie real sogar absteigen. Für sie, aber auch für viele andere kann sich der Dampfer unvermutet als schlechte Notabsteige erweisen. Die Kapitäne werden sie auf keinen Fall sein.

Welche Vision wird die EU zusammenhalten, wenn es zu sozialen, politischen und kulturellen Krisen kommt? Jetzt rennen alle mit in dem Wettlauf, um zu jenen zu gehören, die in EU, NATO oder auch der Euro-Zone sind. Was aber, wenn sich für viele dieser Wettlauf als sinnlos, als verheerend erweist? Was ist, wenn sich zeigt, dass hier nicht zusammenwächst, was zusammengehört? Italien ist durch eine Spaltung der Nation bedroht. In Österreich regieren die Rechtsradikalen mit. Die EU ist schon jetzt vor allem von innen bedroht.

Zweitens: Die EU-Erweiterung braucht keine soziale Dimension, sondern sie ist ein sozialer Prozess, muss als solcher gestaltet werden oder sie scheitert.

Wie im sowjetischen Plansystem blicken alle auf die Wachstumsraten des BSP. Die Menschen werden aber nicht in die statistischen Jahrbücher oder Regierungsverlautbarungen blicken, um den Sinn der Erweiterung zu bemessen, sondern in ihre eigene Geldbörse blicken, werden nach Arbeitsplatz, sozialen Lebensbedingungen, Umwelt, Solidarität fragen. Prof. Kabaj machte deutlich: Die neuen Reichen in Polen und internationale Unternehmen haben sich das gesamte Wachstum als ihr Wachstum angeeignet und zugleich auch noch der Mehrheit der Bevölkerung etwas von ihrem bescheidenen Wohlstand weggenommen. Volkswirtschaftliches Wachstum tritt dann als Erhöhung von Armut auf. 1990 lebte ein Fünftel der polnischen Bevölkerung unterhalb des sozialen Minimums. Jetzt ist es die Hälfte. In der EU sind in den letzten zehn Jahren die Einkommen aus Erwerbsarbeit in krasser Weise zuungunsten der Einkommen aus Vermögen gesunken. Wird sich dieser Prozentsatz weiter verschärfen?

Eliten sprechen gerne von negativen Nebeneffekten, die nun mal leider nicht vermeidbar seien. Oft handelt es sich dabei für die Bevölkerung um die eigentlichen Effekte. Welche Rationalität hat ein solches Verständnis von sozialer Evolution, bei dem in wunderbarer Weise die Rationalität von gut bezahlten Experten mit den Interessen weniger so auffallend übereinstimmen? Die Definitionsmacht ist bei den Kommissionen, den Regierungen, den Unternehmen. Aber sollte man sie ihnen nicht nehmen?

Erstmals in der Geschichte des (west)europäischen Einigungsprozesses soll er zum »Nulltarif« zu haben sein. Eine relative Aufstockung des EU-Haushalts ist nicht geplant. Die Beitrittsländer sollen ohne Wenn und Aber den »Besitzstand« der EU übernehmen, nur ist dieser »Besitzstand« ein unendlicher Katalog von detaillierten Forderungen und Regelungen, gegen den nicht zuletzt die französischen Bauern buchstäblich auf die Barrikaden gehen. Schon heute sind die weniger entwickelten Länder im Zuge der Erweiterung nach Westen, Süden und Osten in Nettoimporteure der Waren der sog. »Kernstaaten« verwandelt worden. Und es sind erstere, die vor allem die Kosten tragen.

Der berühmteste Rechtsphilosoph dieses Jahrhunderts, John Rawls, sah nur jene Entwicklung als gerecht an, bei der die Gewinne jener, die sowieso schon privilegiert sind, nicht durch Verluste anderer, die bisher schon sozial unten waren, bezahlt werden. Ein sozialer Fahrstuhl, dies das Mindeste, müsse her. Statt dessen öffnet sich in vielen Ländern der EU wie der Beitrittsländer eine wachsende Kluft zwischen Oben und Unten. Wie aber soll ein Jahrhundertwerk erfolgreich vollendet werden, wenn es nicht gerecht wäre?!

Drittens: Die Erweiterung der EU ist durch den Dualismus geprägt zwischen dem politökonomischen Projekt der herrschenden Machteliten und dem Projekt der Hoffnung der Völker auf Lösung ihrer sozialen Probleme.

Große historische Projekte müssen die Ängste und Hoffnungen der Völker, der Menschen ernst nehmen. Ökonomisch ist der Kauf einer fremden Ware identisch mit dem Export eigener Arbeitsplätze. Sozial und psychologisch aber ist es etwas anderes, ob ich die billigen Waren kaufe, die in anderen Ländern hergestellt wurden, oder aber meinen eigenen Arbeitsplatz durch jene, die ich als Fremde ansehe, bedroht sehe. Man kann dies als Illusionen abtun, aber Illusionen sind immer machtvoll gewesen, wenn Katastrophen sich vorbereiteten.

90 Prozent des industriellen Vermögens und alle Banken Ostdeutschlands sind in westdeutscher Hand. Ebenso 30 Prozent der privaten Wohnungen. In Polen sind gleichfalls heute schon die Banken fast durchgängig in ausländischem Besitz. Genauso in Ungarn. Auch viele größere Betriebe. Dem Kapital sind Nation oder Ethnie egal. Menschen aber laden soziale Fragen mit nationaler oder ethnischer Bedeutsamkeit auf.

Wenn die EU als Instrument von Neoliberalismus und Monetarismus missbraucht wird, wenn mit Verweis auf die EU nationale und regionale Schutzformen gegen die Durchkapitalisierung von Gesellschaften geschwächt werden, dann könnte der Druck wachsen, sich gegen die EU zu wenden.

Das sogenannte Demokratiedefizit der EU ist vor allem ein Sozialdefizit, ein Partizipationsdefizit im Sinne des sozialen Gebrauchs der EU durch die Völker gegen den asozialen Gebrauch derselben durch herrschende Eliten.

Die stärksten Bewegungen, die zumindest verbal gegen den Neoliberalismus antreten, scheinen sich von rechts zu formieren. Italien, Österreich, auch Ostdeutschland sind Beispiele. Damit ist nicht zu spielen. Das muss die Linke nachdenklich stimmen und zur Formierung einer eigenen politisch-sozialen Strategie beitragen.

Eliten sprechen gerne vom Tal der Tränen, das schnell durchschritten werden müsse, um in das gelobte Land zu kommen. Aber die Tränen werden nicht von ihnen vergossen. Sie sind die sofortigen Gewinner. Für andere aber kann das Tal sich als Sumpf erweisen, aus dem es keinen Ausweg gibt und in dem man langsam oder schnell versinkt. Damit ist nicht zu spielen.

Noch ist ein Stück Hoffnung der Völker da und nicht aufgebraucht, das sich mit der EU verbindet. Was passiert, wenn mit diesem Stück Hoffnung achtlos umgegangen wird, wenn diese Hoffnung nicht zumindest zu einem Stück heute und morgen für alle eingelöst wird?!

Was vom Standpunkt der Eliten in und außerhalb der EU als politischer, wirtschaftlicher und Verwaltungsakt erscheint, ist vom Standpunkt der Völker ein sozialer Prozess von Auf- oder Abstieg. 1989/90 haben sie sich viele politische Rechte erkämpft. Aber die Transformation und der Beitritt scheinen sich für nicht wenige als Prozess der sozialen Enteignung zu erweisen. Wenn wir nicht Alternativen dazu öffnen, dann werden es andere, werden es rechte, rechtsradikale, nationalistische Kräfte tun. Wenn wir keine sozial-emanzipative alternative Entwicklung der EU zu gestalten vermögen gegen eine kapitalistisch-herrschaftliche, dann wird es dauerhaft kaum eine EU geben, die mehr als eine überregulierte, bürokratisierte, parasitäre Freihandelszone ist.

Viertens: Der Prozess der EU-Osterweiterung und der weiteren Entwicklung der EU selbst ist nur dann alternativlos, wenn er alternativ gestaltet wird.

Der ehrenwerte Vertreter der Europäischen Kommission, Herr Gerstenlauer, hat mich nachdrücklich überzeugt: Wenn der Prozess in der von ihm beschriebenen Weise vorangetrieben wird, dann ist er gefährdet und gefährlich. Und wenn man 300 Mio. Euro ausgeben wird, um dies öffentlich auch noch bekannt zu machen, dann wird man davon auch viele andere überzeugen.

Eliten sprechen gerne von historischen Fenstern, die genutzt werden müssten, da sich sonst die Völker gegen die Projekte der Eliten wenden könnten. Es soll deshalb autoritär durchgezogen werden. Weder die Völker in Ost, geschweige denn in West sollen befragt sein. Was aber sind das für Projekte, die Angst vor den Völkern haben müssen? Wieso sinkt die Zustimmung im Maße der Realisierung des Projekts?

Wenn mir jemand von Sachzwängen spricht, so habe ich vor und nach 1989 gelernt, dann suche ich Zwänge, die im Interesse von Herrschaft liegen. Wenn

jemand von Alternativlosigkeit redet, beginne ich zu argwöhnen, dass man Alternativen wegreden will.

Ich habe mich in den letzten zwei Tagen davon überzeugt, dass nur die alternative, die soziale, die gerechte Gestaltung der EU-Osterweiterung wie der Veränderung der EU selbst ihr eine Chance geben, sichern, dass die Völker sie tragen werden, uns davor bewahren, dass starke rechte sozial-nationalistische Bewegungen unsere Gesellschaften und ihre Demokratien erschüttern.

Das Heilige Römische Reich deutscher Nation ging real im 16. Jahrhundert daran zugrunde, dass weder Bauern noch Bürger, noch die vielen Armen in diesem Reich sozialen Halt, Gerechtigkeit, Schutz fanden. Sie unterwarfen sich den Fürsten und wurden mit brutaler Waffengewalt unterworfen. Die EU ist ein Projekt ähnlicher Größe in einer globalen Welt. Und eines kann man von der Geschichte doch lernen: Es gibt immer Alternativen. Und nichts ist auf Dauer selbstverständlich, was sich nicht als nützlich für die Völker erweist.

Lassen Sie mich schließen:

Dank Ihnen allen, dass Sie gekommen sind.

Dank Ihnen allen, dass Sie uns belehrt haben.

Dank Ihnen allen, dass hier Konturen von Alternativen aufschienen.

Dank Ihnen allen für erlebte Gemeinsamkeit. Wir sind einander schon beigetreten. Und dies nicht 2002 oder 2003, sondern in den letzten Tagen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird stolz sein, Sie im nächsten Jahr wieder hier begrüßen zu können.

Autoren

Marco Berlinguer

Mitglied der Nationalen Leitung der
Partei der kommunistischen Wiedergründung (Prc – Italien)

Prof. Dr. Michael Brie

Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Maura Cossutta

MP, Member of the National Main Board
of the Party of Italian Communists PdCI

Birgit Daiber

EU-Referentin für Berliner Bildungsträger und Sozialbetriebe

Dr. Bruno Drweski

Member of the direction Comittee of »Espaces Marx«, Paris

Dr. Wlodzimierz Dymarski

Universität für Wirtschaftswissenschaften Poznań

Dr. Hilde Ettinger

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Prof. Dr. Miren Etxezarreta

Autonome Universität Barcelona

Dr. Gyula Hegyi

MP, Abgeordneter der USP in der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Dr. Arndt Hopfmann

Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Redaktion der Zeitschrift
»UTOPIE kreativ«, Berlin.

Prof. Dr. Mieczyslaw Kabaj

Institute of Labour and Social Studies, Warszawa

Prof. Dr. Christa Luft

MdB (PDS)

Dr. Helmuth Markov

MdEP

Dr. Lutz Schrader

Institut Frieden und Demokratie der FernUniversität Hagen

Dr. Hans Watzek

Agrarwissenschaftler, Berlin

Andreas Wehr

Mitarbeiter der Konföderalen Fraktion Vereinte Europäische
Linke/Nordische Grüne Linke im EP

Dr. Evelin Wittich

Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Francis Wurtz

Vorsitzender der Konföderalen Fraktion
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke im EP